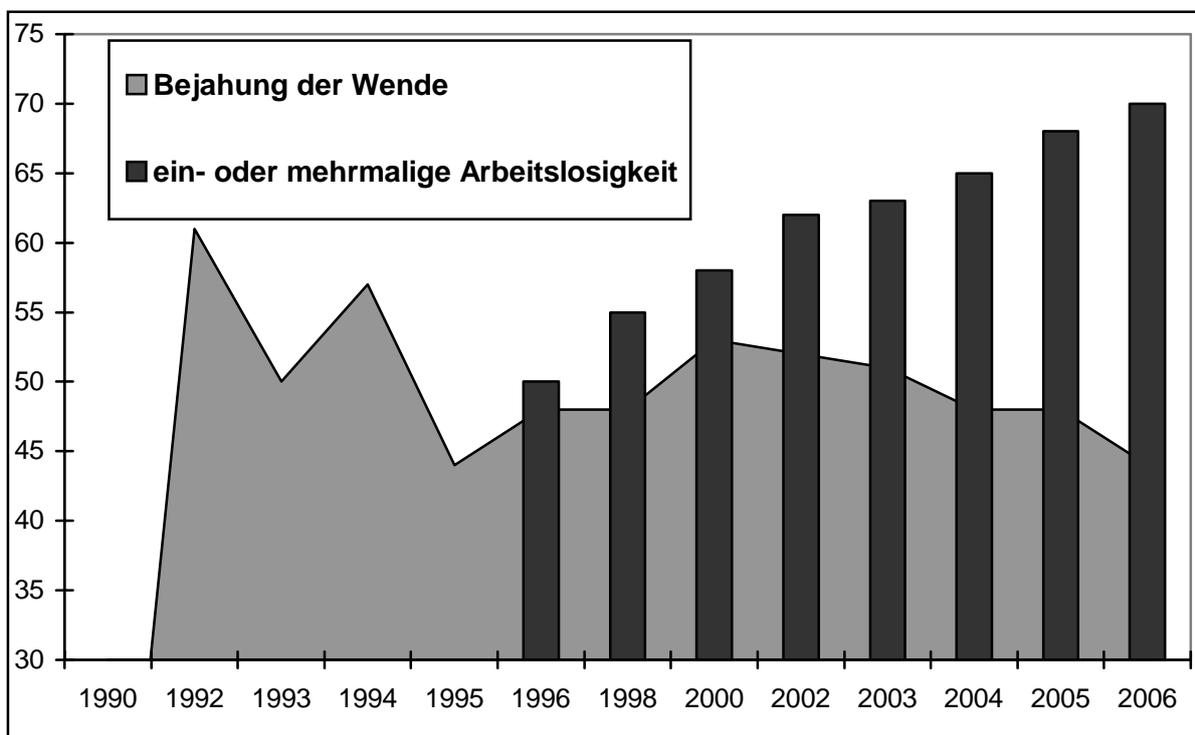


Kippt das Erleben von Arbeitslosigkeit die Bejahung der Wende? Beispiel: Die 33-Jährigen im Osten



Eine sozialwissenschaftliche Längsschnittstudie begleitet seit 1987 rund 400 junge Ostdeutsche auf ihrem Weg aus dem realen Sozialismus in den realen Kapitalismus

Arbeitsbericht über ausgewählte Ergebnisse der 20. Welle 2006

*Forschungsleiter und Verfasser: Prof. Peter Förster, Leipzig
Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung*

Mit Beiträgen von Dr. Hendrik Berth und Dr. Yve Stöbel-Richter
Leipzig, Mai 2007 – Präzisierte Fassung

Wir danken allen Einrichtungen, die diese Studie seit 1990 gefördert haben. Das betrifft insbesondere:

- **die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)**
- **das Leipziger Institut für praktische Sozialforschung (LIPS)**
- **die Friedrich-Ebert-Stiftung**
- **die Fachhochschule Erfurt**
- **die Hans-Böckler-Stiftung**
- **die Otto-Brenner-Stiftung**

Unser besonderer Dank gilt der Rosa-Luxemburg-Stiftung, mit deren Unterstützung es gelungen ist, diese Untersuchung nach 2002 fortzusetzen.

Wir bedanken uns auch bei allen Panelmitgliedern, den Jugendlichen bzw. inzwischen jungen Erwachsenen, die uns in den fast zwei Jahrzehnten seit 1987 einen unverstellten Einblick in ihr Denken und Fühlen gewährt haben, in ihr Erleben und in ihre Bewertungen des von ihnen hautnah erfahrenen Systemwechsels vom realen Sozialismus zum realen Kapitalismus.

Ergebnisse von Meinungsumfragen zur aktuellen Entwicklung im Osten sind (fast) immer spannend. Aber was ist eigentlich langfristig und grundsätzlich gesehen, über aktuelle Stimmungen und häufig taktisches Wahlverhalten hinaus, seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik in den Köpfen junger Ostdeutscher, in ihrem politischen Bewusstsein vor sich gegangen?

- Teilen sie die Auffassung, dass die Ziele der „friedlichen Revolution“ im Herbst '89 heute verwirklicht sind und die Ostdeutschen damit die Freiheit errungen haben?**
- Sind sie mittlerweile froh, in einem geeinten kapitalistischen Deutschland zu leben oder hätten sie lieber die DDR zurück?**
- Sind sie inzwischen davon überzeugt, dass der Kapitalismus das beste Wirtschaftssystem ist, das die Geschichte bisher hervorgebracht hat?**
- Was halten sie nach dem selbst erlebten Zusammenbruch des Sozialismus noch von sozialistischen Idealen?**
- was ist von dem hängen geblieben, das ihnen damals in der Schule gelehrt wurde?**
- Waren sie arbeitslos und was hat das bei ihnen bewirkt? Haben sie die Erfahrung gemacht, dass jeder, der Arbeit sucht, auch Arbeit findet?**
- Wie zuversichtlich sehen sie ihre eigene Zukunft und die ihrer Kinder?**

Diesen und anderen relevanten Fragen gehen wir in dieser Information mit dem Blick auf junge Leute nach, die 1973 geboren wurden, im Jahr 2006 demnach 33 Jahre alt sind. Dabei stützen wir uns auf eine besondere Art sozialwissenschaftlicher Untersuchung, die leider nur noch selten praktiziert wird, aber einen wesentlich genaueren Einblick in latente individuelle Veränderungsprozesse bietet: Eine Längsschnittstudie (Panelstudie) mit einer bisherigen Dauer von 19 Jahren.

Wir befragten zwischen 1987 und 2006, also über den Systemwechsel hinweg, nicht 20-mal verschiedene Personen, sondern 20-mal dieselben. Auf diese Weise entstand eine umfangreiche, zusammenhängende Dokumentation über wichtige Etappen des Lebensweges einer identischen Gruppe von jungen Menschen (also immer derselben!), die in der DDR aufwuchsen, in ihr sozialisiert wurden, und die sich mit 17 Jahren unerwartet und ungefragt in einem ganz anderen Land und einem völlig anderen Gesellschaftssystem wiederfanden.

Ein spannenderes Szenarium kann es für eine Längsschnittstudie kaum geben, zumal die Akteure ihre Rollen nicht wie im Drehbuch zum „Großexperiment Deutsche Einheit“ vorgesehen spielen und dessen Fortgang heute völlig offen erscheint...

Betont sei außerdem: Panelstudien sind keine Konkurrenz gegenüber Meinungsumfragen! Sie sind auf die Aufdeckung langfristiger Entwicklungsprozesse und deren Einflussfaktoren orientiert, was aktuelle Umfragen nicht leisten können und auch nicht wollen.

Inhaltsverzeichnis:	Seite
0. Vorbemerkungen	
0.1 Hauptaussagen zum politischen Einstellungswandel bei den heute 33-Jährigen zwischen 1987 und 2006	6
0.2 Angaben zur Sächsischen Längsschnittstudie und zur Untersuchungspopulation	11
1. Haupttendenzen des politischen Einstellungswandels vor und nach der Wende	14
1.1 Enttäuschung von der Herrschaft der SED, jedoch ein starker Glaube an eine sichere Zukunft in der DDR	14
1.2 Keine Zukunft im Osten!	19
1.3 Kippt die Bejahung der Wende?	27
1.4 Das vereinte Deutschland ist für die meisten der 33-Jährigen zu einer Selbstverständlichkeit und zugleich zu einer Utopie geworden	32
1.5 Die Kritik gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem nimmt weiter zu	39
1.5.1 Geringe Zufriedenheit mit grundlegenden Seiten der Politik	40
1.5.2 Geringe Bereitschaft zur politischen Partizipation	49
1.5.3 Nur eine Minderheit glaubt noch an die Freiheit im gegenwärtigen Kapitalismus	51
1.5.4 Die Entwicklung im Osten: Fortschritt oder Rückschritt?	54
1.6 Das Vertrauensdefizit gegenüber den demokratischen Parteien hält an	56
1.7 Noch nie zuvor gab es so viel DDR-Verbundenheit wie jetzt!	64
1.7.1 Schon Bundesbürger, aber immer noch DDR-Bürger	64
1.7.2 Beim Systemvergleich schneidet die DDR besser ab	71
1.8 Sozialismus – eine gute Idee, nur schlecht ausgeführt	77

1.9 Existenzängste dämpfen die Zukunftszuversicht und die Bindung an das jetzige System	80
2. Einige Einflussfaktoren der Kritik am gegenwärtigen Gesellschafts- systems und des Entstehens von Existenzängsten	89
2.1 Eigene Arbeitslosigkeit und Unsicherheit des Arbeitsplatzes	91
2.2 Geringe Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung	104
2.3 Unzufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit	108
2.4 Das Erleben wirtschaftlicher Zwänge	111
2.5 Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden	111
2.6 Kritische Wahrnehmung der Politik der USA bei der Verbreitung von Demokratie und Freiheit	112
3. Weitere Ergebnisse der 20. Welle	117
A Ergebnisse des Fragebogens zum Befinden	117
B Ergebnisse der Fragen zur Familienbildung	128
4. Zusatzinformationen	136
5. Literatur, Angaben zum Verfasser	148

0.1 Hauptaussagen der Studie

Die Sächsische Längsschnittstudie dokumentiert in vermutlich einmaliger Weise den massiven Wandel, der sich bei jungen Ostdeutschen des Geburtsjahrganges 1973 zwischen ihrem 14. und 33. Lebensjahr in Bezug auf ihr politisches Bewusstsein vollzogen hat, ausgelöst durch das Ende der DDR und des realen Sozialismus, die schockartigen Veränderungen in der Wendezeit und das unmittelbare Erleben des realen Kapitalismus, den sie bisher nur aus den Medien und ihren Lehrbüchern kannten. Damit ist der weitaus größte Teil ihres bisherigen bewussten Lebens von weit reichenden und tiefgehenden Umbrüchen beeinflusst worden, deren Folgen für ihre weitere Persönlichkeitsentwicklung heute noch nicht absehbar sind.

Die wichtigsten Trendlinien des politischen Einstellungswandels im Untersuchungszeitraum 1987 bis 2006 lassen sich wie folgt zusammenfassen.

1. Die Ergebnisse aus der ersten Phase dieser Studie vor der Wende (1987 - Frühjahr 1989) widerspiegeln die Enttäuschungen der damals 14- bis 16-jährigen Panelmitglieder vom „real existierenden Sozialismus“ in der Endzeit der DDR. Ihre Identifikation mit der DDR, mit dem Sozialismus überhaupt, mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung ging von Jahr zu Jahr mehr oder weniger drastisch zurück. An der Politik der SED wurde deutliche Kritik geäußert.

Von diesen regressiven Tendenzen faktisch ausgenommen war jedoch ihre Überzeugung, in der DDR eine sichere Zukunft zu haben. Diese Zuversicht hatte vorwiegend sozialpolitische Grundlagen, darunter nicht zuletzt die Tatsache, dass im Frühjahr 1989, am Ende der 10. Klasse, für faktisch alle TeilnehmerInnen der Untersuchung feststand, wie es nach der Schulzeit weitergeht. Sie hatten eine sichere berufliche Perspektive, für Ängste um einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz bestand kein Anlass. Arbeitslosigkeit war für sie ein Begriff aus einer anderen Welt.

Diese und weitere sozialen Erfahrungen im stark prägenden Kindes- und Jugendalter wirken fast ungebrochen und nachhaltig bis in die Gegenwart nach und bilden den Kern einer noch heute bestehenden emotionalen Verbundenheit mit der DDR. Sie sind auch aufschlussreich für das Verstehen heutiger, teilweise unerwarteter Reaktionen dieser jungen Frauen und Männer auf die Folgen der Vereinigung und des Transformationsprozesses in Ostdeutschland.

2. Für die große Mehrheit der in die Studie einbezogenen jungen Ostdeutschen gab es lange Zeit kein Zurück zu den politischen Verhältnissen vor der Wende. Es bestand Konsens darüber, dass die Wende richtig war. Diese Bejahung scheint in der jüngsten Zeit zu kippen. Die meisten bezweifeln in zunehmendem Maße, dass die Ziele der ‚friedlichen Revolution‘ im Herbst ’89 erreicht wurden. Viele stellen auch in Frage, dass die Ostdeutschen damit die Freiheit errungen haben, vor allem dann, wenn sie längere Zeit arbeitslos waren.

3. Das vereinte Deutschland ist für die meisten von ihnen zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Sie haben von ihm Besitz ergriffen, anerkennen und nutzen die sich aus der

Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung und ihre berufliche Karriere, nicht zuletzt dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren. Allerdings ist in der jüngsten Zeit ein Rückgang der Zustimmung zu beobachten.

Die Vereinigungsfolgen für Ostdeutschland werden noch immer überwiegend ambivalent bewertet. Der vermutete Zeitpunkt für die Herstellung der wirtschaftlichen und der inneren Einheit wird von Jahr zu Jahr weiter in die Zukunft hinaus geschoben, sie wird für sie mehr und mehr zu einer Utopie - Widerspiegelung erheblicher Enttäuschungen von den Realitäten des Vereinigungsprozesses.

4. Die grundsätzliche Bejahung der deutschen Einheit ist nicht identisch mit der Zustimmung zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem. Dieses System wird auch reichlich anderthalb Jahrzehnte nach der Herstellung der Einheit mehrheitlich kritisch oder ablehnend betrachtet, in jüngster Zeit sogar mit deutlich zunehmender Tendenz.

Das betrifft in besonderem Maße die jetzige Wirtschaftsordnung und – damit eng zusammenhängend - das politische System in der Bundesrepublik. Die ohnehin geringe Zufriedenheit mit beiden Seiten ging schon am Ende der Kohl-Ära stark zurück, nach einem kurzzeitigen Anstieg nach dem Regierungswechsel 1998 und den damit verbundenen neuen Hoffnungen hat sie danach erneut mehr als zuvor abgenommen. Nur Minderheiten sind zufrieden mit der Sozialpolitik, der Familienpolitik, der Gesundheitspolitik und der Lohnpolitik in Ostdeutschland. Die nur ebenfalls schwache Zufriedenheit der 33-Jährigen mit der Demokratie steht in einem umgekehrt proportionalem Verhältnis zu der ihr zugeschriebenen fundamentalen Bedeutung für die jetzige Gesellschaft. Nur wenige haben konkrete Erfahrungen mit ihr gemacht.

5. Die Bereitschaft der Panelmitglieder zur gesellschaftlichen Partizipation ist von Jahr zu Jahr geringer geworden und geht jetzt gegen Null. Diese Orientierung, die schon in der Endzeit der DDR stark zurück gegangen war, nahm nach der Wende keinen Aufschwung, sondern stürzte im Gegenteil völlig ab.

Auch der starke Rückgang des Strebens nach Aufstieg in der jetzigen Gesellschaft ist Ausdruck des massiven Abbaus der Bereitschaft zur Unterstützung des politischen Systems. Hintergrund ist vor allem die Erfahrung, als Ostdeutscher nach wie vor nur geringe Chancen zu haben, in die vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite aufgenommen zu werden - ein generelles Problem der ostdeutschen Gesellschaft.

6. Das Vertrauen zu den demokratischen Parteien ist noch immer sehr gering entwickelt. Die Trends belegen: Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System, mit der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt geht in beträchtlichem Maße auf die sehr schwache Vertrauensbasis faktisch aller demokratischen Parteien zurück. Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: In den letzten Jahren hat sich der Anteil der jungen Erwachsenen, die zu keiner der etablierten Parteien Vertrauen haben, ständig erhöht. Stark beeinflusst wird dieser Prozess durch die kritische Sicht auf die politische Klasse und die Wirtschaftsführer, die im Hinblick auf Moral und Ehrlichkeit gegenüber den Bürgern mehrheitlich auf eine Stufe mit den Politikern in der DDR gestellt wird. Die meisten meinen, dass die heute herrschenden Politiker in erster Linie die Politik der Reichen und Mächtigen vertreten, Politik und Vertrauen schließen sich für sie offenbar mehr und mehr aus.

7. Die kritische Sicht dieser jungen Ostdeutschen auf das jetzige Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten und weiter wachsenden Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit. Nur weniger als 10% glauben daran, dass dieses System die dringenden Menschheitsprobleme

lösen wird und dass es das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell sei. Ebenfalls nur eine Minderheit hofft, dass das jetzige System erhalten bleibt, die meisten wünschen das Gegenteil, wollen den gegenwärtigen Kapitalismus wieder loswerden. Und nur ein kleiner Teil bejaht, dass im Kapitalismus Freiheit existiert und die Menschenrechte geachtet werden. Der Anteil derer, die die Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende als Fortschritt bewerten, ist deutlich zurückgegangen. Besonders diese Ergebnisse lassen auf eine tief verinnerlichte systemkritische Haltung schließen, deren Quellen nicht nur in den gegenwärtigen Erfahrungen dieser jungen Frauen und Männer liegen, sondern vermutlich weit in ihre zu DDR-Zeiten erlangte, nachhaltig wirkende Sozialisation zurückreichen.

8. Die anwachsende Kritik des größten Teils der Panelmitglieder an ihrem gegenwärtigen gesellschaftlichen Umfeld geht zeitgleich mit teilweise überraschenden Entwicklungen anderer politischer Einstellungen einher. Sie äußert sich insbesondere im Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, der sich als ein sehr langwieriger Prozess erweist. Bei den meisten dieser 33-Jährigen ist ziemlich konstant eine „Doppelidentität“ festzustellen: Sie fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben. Mehr noch: Selten zuvor hat es eine derart breite emotionale Bindung an die DDR gegeben. Das Zugehörigkeitsgefühl zur DDR ist bei ihnen offensichtlich tiefer verwurzelt, als lange Zeit angenommen wurde. Absehbar ist, dass die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik noch längere Zeit dauern wird, wenn sie überhaupt zustande kommt. Dafür spricht auch, dass die politische Identifikation mit der Bundesrepublik erst sehr schwach ausgeprägt ist

9. Beim Systemvergleich DDR – heutige Bundesrepublik schneidet die DDR in sozialer Hinsicht nicht schlechter, sondern von Jahr zu Jahr besser ab – eine bemerkenswerte Erscheinung trotz (oder wegen) intensiver gegenläufiger Bemühungen. Das gilt vor allem in Bezug auf die soziale Sicherheit, die Betreuung der Kinder, das Verhältnis der Menschen untereinander, die Förderung der Familie, den Schutz gegenüber Kriminalität, die Schulbildung, die soziale Gerechtigkeit. Das sind offensichtlich jene Gebiete des Lebens, auf denen bei den 33-Jährigen nach wie vor positive Erinnerungen überwiegen.

Mit hoher Konstanz halten sie mehrheitlich an der Auffassung fest, dass die DDR sowohl gute als auch schlechte Seiten hatte. Dabei wird die DDR um so positiver beurteilt, je negativer die heutigen Erfahrungen der jungen Leute mit den Folgen der Vereinigung sind. Diese positiven Erinnerungen stehen jedoch in keinem Zusammenhang mit ihren früheren politischen Bindungen, bedeuten keine „ideologische Verklärung“ der DDR.

Zahlreiche TeilnehmerInnen halten an ihrer Kritik fest, dass es ein grundsätzlicher Fehler der Vereinigungspolitik sei, faktisch keine der ihrer Meinung nach „guten Seiten“ der DDR in das vereinte Deutschland zu übernehmen.

10. Die ansteigende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem geht außerdem mit einer deutlich zunehmenden Tendenz der Identifikation mit sozialistischen Idealen einher. Sozialistisches Gedankengut ist trotz des Zusammenbruchs der DDR und des „Real existierenden Sozialismus“ nicht aus dem Bewusstsein dieser jungen Ostdeutschen verschwunden. Dafür spricht auch, dass die überwiegende Mehrheit den Sozialismus für eine gute Idee hält, die nur schlecht verwirklicht wurde.. Die grundsätzliche Frage „Kapitalismus oder Sozialismus?“ ist für sie offensichtlich noch nicht endgültig beantwortet. Dass die sozialistischen Gesellschaftsideale sich eines Tages durchsetzen werden, glauben gegenwärtig allerdings ebenso wenige wie das jetzige Gesellschaftsmodell für zukunftsfähig halten.

11. Die persönliche Zukunftszuversicht der 33-Jährigen – zugleich aussagekräftiges Kriterium dafür, wie sie die Zukunft der Gesellschaft beurteilen – hat nach der Wende und der deutschen Einheit nicht zugenommen, sondern erheblich abgenommen. Als ein sehr ernstes Signal ist zu werten, dass immer weniger der 32-Jährigen ihre Zukunft mit Ostdeutschland verbinden. Vor der Wende ging bei ihnen der Glaube an eine gesicherte Zukunft in der DDR nur unwesentlich zurück. Nach der Wende stürzte die individuelle Prognose, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, geradezu ab - Echo der realen wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland und der zunehmend pessimistischen Erwartungen für deren Entwicklung in absehbarer Zeit, insbesondere mit Blick auf den „Arbeitsmarkt“. Das hat zugleich beträchtliche Folgen für die Einstellung zur Wende, zur Wirtschaftsordnung und zur Legitimität des politischen System, aber auch für die Absichten der Panelmitglieder, im Osten zu bleiben oder in den Westen bzw. ins Ausland abzuwandern. Etwa ein Viertel dieser jungen Erwachsenen ist bereits abgewandert und hat sich dort integriert; fast alle wollen auch dort bleiben einschließlich ihrer Kinder.

12. Die Zukunftszuversicht vieler Panelmitglieder, ihre gesamte Lebensgrundstimmung wird durch eine Vielzahl von Alltagsängsten beeinträchtigt, die aus den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen erwachsen. Vor allem die psychisch stark belastenden existenziellen Ängste vor einer weiteren Verteuerung des Lebens, vor eigener Arbeitslosigkeit und Eintreten einer persönlichen Notlage (fast von Anfang an erfasst), vor den Auswirkungen von „Hartz IV“ sowie vor weiteren Reformen der Regierung haben erheblichen Anteil an der bestehenden Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen System, an einer verbreiteten Angst vor dem heutigen Kapitalismus. Bei sehr vielen ist über Jahre hinweg ein „Stau“ negativer Gefühle entstanden. Als Alarmsignal ist zu werten, dass rund zwei Drittel der jungen Erwachsenen sich bereits im Alter von 33 Jahren von Armut im Alter bedroht fühlen!

13. Dank der spezifischen Anlage der Untersuchung als Längsschnittstudie bei einer identischen Population junger Leute über die Wende hinweg konnten aus der Vielfalt der realen individuellen Lebensumstände der Panelmitglieder einige wesentliche Einflussfaktoren nachgewiesen werden, die hinter den erwähnten Trends stehen. Sie lassen sich überwiegend auf den gemeinsamen Nenner der persönlichen Erfahrungen mit dem jetzigen Gesellschaftssystem bringen.

13.1 Entscheidender aktueller Einflussfaktor ist die Grunderfahrung Arbeitslosigkeit, die immer mehr dieser jungen Ostdeutschen machen müssen, bis 2006 bereits 70% gemacht haben! Der Anteil derer, die bereits mehrfach Arbeitslosigkeit erlebt haben und bei denen ihre ernstesten negativen Auswirkungen besonders deutlich sichtbar werden, hat sich zwischen 1996 und 2006 von 17% auf 40% mehr als verdoppelt!

Die Arbeitslosigkeit, nach dem Systemwechsel von Anfang an erfasst, geht wie ein Riss durch die gesamte Population. Sie nährt Ängste gegenüber dem gegenwärtigen kapitalistischen System, bestärkt Zweifel an seiner Zukunftsfähigkeit und erhöht die Protestbereitschaft, hat aber auch erhebliche negative Folgen für die physische und psychische Gesundheit der TeilnehmerInnen. Entscheidend ist, dass diese negativen Auswirkungen mit wachsender Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit des einzelnen Betroffenen in vieler Hinsicht nachweislich kumulativ zunehmen, eine Tatsache, die aus den individuellen Längsschnittdaten, nicht jedoch aus den amtlichen Statistiken ablesbar ist. So geht mit zunehmender Dauer eigener Arbeitslosigkeit kontinuierlich die Zukunftszuversicht der jungen Erwachsenen zurück und steigt ihre Angst vor einer persönlichen Notlage stark an. Auch die Bejahung der Wende und

selbst die Zahl der gewünschten Kinder nimmt signifikant ab! Diese Folgen werden von der Politik völlig unterschätzt, klein geredet oder kaschiert.

Die übergroße, zunehmende Mehrheit meint, dass Arbeitslosigkeit ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems ist, Angst vor der Zukunft macht, den Menschen ihr Selbstbewusstsein und ihre Lebensfreude nimmt, Verlust an individuellen Freiheiten bedeutet und die Menschen arm und krank macht. Nahezu alle lehnen es ab, sich mit Arbeitslosigkeit abzufinden. Bei mehr als der Hälfte von ihnen haben sich die langjährigen Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit inzwischen zu der Auffassung verdichtet, dass ohne Arbeit keine Freiheit existiert.

Dabei spielen keineswegs nur die direkten, persönlichen Erfahrungen eine Rolle, sondern auch indirekte Erfahrungen im sozialen Nahbereich (Lebenspartner/Eltern/Geschwister/enge Freunde), sowie die Wahrnehmung der vielschichtigen negativen Folgen einer weiter zunehmenden kollektiven Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Auch diese Wirkungen werden viel zu gering eingeschätzt. Hinzu kommt bei vielen TeilnehmerInnen die weiter abnehmende Sicherheit ihres Arbeitsplatzes, die in ihren psychischen Auswirkungen denen von erfahrener Arbeitslosigkeit faktisch gleich zu setzen ist.

Als Zeitpunkt, ab dem man sich eigenen Beobachtungen der TeilnehmerInnen zufolge heute generell Sorgen um seinen Arbeitsplatz machen müsse, wird 2005, d. h. mit 32 Jahren, ein Alter von durchschnittlich 36,9 Jahren angegeben! 64% vermuten, dass die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland eher zunehmen wird, 2% dass sie eher abnehmen wird. 34% schätzen, dass sie bleibt wie sie ist.

Weiter stellte sich heraus, dass nur wenige Panelmitglieder die deklarierte Demokratie tatsächlich erleben, dass ein großer Teil die verkündete Chancen- bzw. Verteilungsgerechtigkeit vermisst und noch immer die Erfahrung machen muss, von vielen Westdeutschen als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden.

13.2 Die in der DDR erfahrene Sozialisation der 32-Jährigen hat bis in die Gegenwart nachweisbare Langzeitwirkungen. Das betrifft vor allem die damaligen Alltagserfahrungen in sozialer Hinsicht, insbesondere die erlebte soziale Sicherheit. Aber auch die damalige politische Sozialisation ist nachweislich nicht wirkungslos geblieben. Das äußert sich weniger in bestimmten Einstellungen als vielmehr in einer zunehmenden generellen Identifikation mit sozialistischem Gedankengut. Langzeitwirkungen früherer politischer Bindungen treten insbesondere bei denen hervor, die gegenwärtig überwiegend negative Erfahrungen mit dem kapitalistischen Gesellschaftssystem machen.

Fazit:

Die bis 2006 vorliegenden Trends führen alles in allem zu der Feststellung, dass der Zeitraum von mehr als anderthalb Jahrzehnten nicht ausgereicht hat, um einen nennenswerten Teil der jetzt 33-Jährigen politisch für das jetzige Gesellschaftssystem einzunehmen. Sie haben sich diesem System gegenüber nicht „entfremdet“, sondern stehen ihm faktisch schon von der Wendezeit an mehrheitlich skeptisch oder ablehnend gegenüber. Diese kritische Haltung verstärkte sich bereits am Ende der Regierungszeit von Schwarz-Gelb, den kurzfristig wachsenden Hoffnungen nach dem Regierungswechsel 1998 zu Rot-Grün folgte ein noch stärkerer Absturz als zuvor, der sich auch nach den jüngsten Bundestagswahlen 2005 fortzusetzen scheint.

Das äußert sich besonders augenfällig in der signifikant zurückgehenden Bejahung der Wende, dem bisher folgenreichsten politischen Ereignis im Leben dieser jungen Ostdeutschen, nachweislich vor allem hervorgerufen durch die stark gestiegene persönliche

Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. Sie hat maßgeblich zur „Entzauberung“ der Verheißungen des Kapitalismus beigetragen. Das betrifft in besonderem Maße die jungen Frauen, die der jetzigen Gesellschaft noch kritischer gegenüberstehen als die jungen Männer.

0.2 Angaben zur Sächsischen Längsschnittstudie und zur Untersuchungspopulation

Bei dieser Untersuchung handelt es sich nicht um eine ein- oder mehrmalige Meinungsumfrage, sondern um eine in ihrer Anlage ungewöhnliche, weil systemübergreifende sozialwissenschaftliche Längsschnittstudie (Panelstudie). Sie wurde bereits 1987, zu DDR-Zeiten, begonnen und begleitet seitdem über die Wende hinweg den politischen Mentalitätswandel bei einer identischen Population junger Ostdeutscher zwischen ihrem 14. und (2006) 33. Lebensjahr.

Dass diese Studie seit nunmehr 19 Jahren immer noch existiert und 2007 den 20. Jahrestag ihres Starts begehen kann, verdankt sie einem glücklichen Umstand vor der Wende: Im Frühjahr 1989, etwa ein halbes Jahr vor dem Zusammenbruch der DDR, endete eine Längsschnittstudie (Intervallstudie) zum politischen Mentalitätswandel bei älteren SchülerInnen, die zwischen 1987 und 1989 in Zusammenarbeit des damaligen Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig (ZIJ), der Universität Leipzig und der Pädagogischen Hochschule Zwickau durchgeführt wurde. Zu Beginn der Studie besuchten die Panelmitglieder die 8. Klasse und waren 14 Jahre alt, am Ende verließen sie die 10. Klasse im Alter von 16 Jahren.

Da die damaligen Ergebnisse (wie generell bei der DDR-Jugend, vgl. W. Friedrich/P. Förster/K. Starke 1999) einen deutlichen Rückgang der politischen Grundeinstellungen zum Sozialismus signalisierten, wurden die Panelmitglieder im Rahmen der letzten Befragung in der 10. Klasse im Frühjahr 1989 gebeten, auch nach dem Verlassen der Schule (als Lehrling, Student, Arbeiter) weiter an ähnlichen Forschungsprojekten teilzunehmen. Dazu erklärte sich erfreulicherweise freiwillig rund jeder zweite von ihnen (genaue Zahlen s. u.) bereit, mit Angabe ihrer damaligen Adressen.

Nach der Wende bemühten wir uns intensiv darum, diese nunmehr etwa 17-Jährigen im Frühjahr 1990 für die Fortsetzung der Befragungen unter völlig veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zu gewinnen, eine einmalige Chance sozialwissenschaftlicher Forschung zum „Groß-Experiment Deutsche Einheit“. Das ist bei einem hinreichend großen Teil von ihnen gelungen.

Entscheidend für die Aussagekraft der Daten ist, dass es sich bei dem 1987 gebildeten Panel um eine Zufallsauswahl der 14-Jährigen des Jahrganges 1972/73 aus 72 8. Klassen in 41 Schulen der Bezirke Leipzig und Karl-Marx-Stadt gehandelt hat, die repräsentativ für die 14-Jährigen in der DDR insgesamt war. Wie Berechnungen nachweisen, sind die nach der Wende erfassten Teilpopulationen wiederum eine Zufallsauswahl aus der damaligen Gesamtpopulation, sie können ebenfalls als repräsentativ für die genannte Altersgruppe gelten (ausführlicher Nachweis vgl. Förster 2002, S. 13 f.).

In ihrer ersten Phase vor der Wende (drei Befragungswellen zwischen 1987 und Frühjahr 1989, d. h. in der Endzeit der DDR) dokumentierte die Untersuchung den zunehmenden

Verfall des politischen Bewusstseins der Panelmitglieder, ihre wachsende Distanz gegenüber der Politik der SED. In ihrer zweiten Phase (seit Frühjahr 1990) begleitet sie nun den Weg dieser jungen Ostdeutschen aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der Bundesrepublik, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger.

Die generelle Forschungsfrage ist, wie sie mit dem gegenwärtigen kapitalistischen System zurecht kommen, ob bzw. inwieweit mit der zunehmenden Dauer der Lebensspanne in ihm auch eine politische Identifikation mit diesem System bzw. mit der Bundesrepublik Deutschland entsteht, welche Einflussfaktoren eine solche Bindung fördern bzw. hemmen.

Die Untersuchungspopulation ist für solche Langzeitanalysen geradezu prädestiniert: Zur Wendezeit waren die TeilnehmerInnen bereits 16/17 Jahre alt, hatten die zehnklassige polytechnische Oberschule (POS) als letzter Jahrgang voll durchlaufen und waren damit über ein Jahrzehnt vom Bildungs- und Erziehungssystem der DDR geprägt worden. Zugleich waren bzw. sind sie noch jung genug, um sich nach dem Zusammenbruch der DDR und des Sozialismus neu zu orientieren, die Werte des kapitalistischen Gesellschaftssystems zu übernehmen oder aber sich kritisch mit ihnen auseinander zu setzen.

Wir ergänzen diese generellen Angaben durch konkrete Zahlen:

In die drei Untersuchungswellen vor der Wende waren **1281** SchülerInnen einbezogen. Im Frühjahr 1989 erklärten sich im Rahmen der 3. Welle **587** TeilnehmerInnen freiwillig schriftlich bereit, auch nach Schulabschluss weiter mitzuarbeiten. Allerdings konnten nach dem Abschluss der Schulzeit und der wenig später folgenden politischen Wende nicht gleich alle von ihnen einbezogen werden. Viele hatten erst einmal damit zu tun, mit den gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen der Wende zurecht zu kommen, die insbesondere ihre Eltern, aber auch sie selbst betrafen. Doch schon im Frühjahr 1990, an der ersten Etappe nach dem Zusammenbruch der DDR, beteiligten sich immerhin 276 gleich 48% der nunmehr 17-jährigen potenziellen TeilnehmerInnen. Danach gingen die Teilnehmerzahlen noch einmal zurück, die Abwanderungswelle gen Westen machte keinen Bogen um die Studie. Viele Briefe kamen mit dem Vermerk zurück „Absender unbekannt verzogen“. Damals stand buchstäblich auf der Kippe, ob die Studie überhaupt eine Zukunft hat. Durch mühevollen Recherchen (z. T. auf grotesken Wegen) gelang es allmählich, zahlreiche der zeitweilig „verschollenen“ Panelmitglieder wieder aufzufinden und für eine weitere Mitarbeit zurück zu gewinnen. Schon seit 1993 beteiligte sich ein hinreichend großer Teil an den bisher 17 (postalischen) Befragungen nach der Wende.

Die 20. Welle der Untersuchung fand überwiegend im Zeitraum Mai bis September 2006 statt. 387 TeilnehmerInnen schickten ihren Fragebogen ausgefüllt zurück, das sind 66% derer, die sich 1989 zur weiteren Mitarbeit bereit erklärt hatten (N = 587), eine hinreichend hohe Quote.

(Dabei muss berücksichtigt werden, dass – soweit wir wissen - mindestens 8 ehemalige Panelmitglieder verstorben sind, von mindestens vier weiteren fehlt jede Spur. Die tatsächliche Zahl der verbliebenen potenziellen Panelmitglieder kann deshalb zur Zeit nicht genau ermittelt werden, sie liegt auf jeden Fall unter der Anzahl jener, die sich 1989 bereit erklärt hatten, weiter mitzumachen.)

Tabelle 0.1: Tätigkeitsstatus und weitere Merkmale 2006 (20. Welle)

Status:	Gesamt	männlich	weiblich
Angestellte	42	35	49
Arbeiter	18	32	7
Elternzeit	10	2	16
Selbstständiger	10	14	7
Arbeitslos	11	8	14
Beamte	5	6	3
Lehrling, Student	1	1	1
Etwas anderes	3	2	3

(Spaltenprozente)

- 60% waren zum Zeitpunkt der Befragung erwerbstätig (m = 67%, w = 56%).
- 10% haben sich selbstständig gemacht, darunter 14% der jungen Männer, aber nur 7% der jungen Frauen.
- Durchschnittsalter 33,2 Jahre
- männlich: 45%; weiblich 55%
- 92% haben ihre berufliche Ausbildung abgeschlossen
- 34% haben studiert (darunter 7% ohne Abschluss)
- 46% sind verheiratet (männlich 37%; weiblich 53%)
- Eltern sind 65%, darunter 55% der jungen Männer bzw. 73% der jungen Frauen
- Von allen 387 TeilnehmerInnen leben 24% im Westen (n=94) bzw. 2% (n=7) im Ausland

Das ermöglicht zusätzlich aufschlussreiche regionale Ost-West-Vergleiche der Lebenslage und des Mentalitätswandels.

Die Anzahl der Befragten lag in den Jahren 1990 bis 1994 zwischen 170 und 276, ab 1995 zwischen rund 350 und 400 mit zunehmender Tendenz.

Die folgenden Ergebnisse können mit einer statistischen Fehlertoleranz von plus/minus 6% für junge Ostdeutsche der Altersgruppe der (2006) 33-Jährigen (Geburtsjahrgang 1973) verallgemeinert werden, unabhängig davon, ob sie im Osten oder Westen leben. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die ermittelten Zusammenhänge und Trends. Sie widerspiegeln sozusagen im Kleinen wichtige Aspekte des Prozesses der deutschen Einheit, seiner Licht- wie Schattenseiten. Repräsentativität für junge Ostdeutsche insgesamt wird ausdrücklich nicht beansprucht.

Der Autor ist Forschungsleiter der Studie seit 1987, vor der Wende im Zusammenwirken mit Wissenschaftlern der Universität Leipzig und der Pädagogischen Hochschule Zwickau. Die Studie steht hinsichtlich Anlage und Auswertung in der Tradition der Längsschnittforschung

des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ), das zwischen seiner Gründung 1966 und seiner „Abwicklung“ 1990 fast 20 Untersuchungen dieser Art durchgeführt hat (vgl. Müller 1999, S. 491, 566).

Die Auswertung der Daten ist noch im Gange. Auf einige Forschungsgegenstände wie z. B. die Lebensorientierungen, kollektive Identitäten, Nachwirkungen der DDR-Sozialisation, Einfluss der Westsenderrezeption vor der Wende u. a. kann hier nicht eingegangen werden bzw. sie sind erst noch aufzuarbeiten. Das gilt auch für die Fülle der qualitativen Daten (Antworten auf offene Fragen), die seit 1990 vorliegen, auch für 2006.

Bei den folgenden Ergebnissen handelt es sich um eine Auswahl wesentlicher Trends, aus denen die Grundrichtung des politischen Einstellungswandels besonders deutlich hervorgeht. Auf breite Interpretationen kann meist verzichtet werden, da die dargestellten Trends für sich selbst sprechen.

Die Abkürzung AP bedeutet Antwortposition eines vorgegebenen Antwortmodells, X steht für Mittelwert. Prozentdifferenzen, aus denen Aussagen über Trends bzw. Unterschiede zwischen Subgruppen abgeleitet werden, wurden auf statistische Signifikanz geprüft (alpha = 0.05).

Die Zahlenangaben in den Tabellen und Abbildungen sind (wenn nicht anders angegeben) Prozentwerte; im Tabellenkopf wird das nicht gesondert erwähnt. Auf die bei Panelstudien berechenbaren Längsschnittkoeffizienten können wir aus Gründen des Umfangs des Berichtes nicht eingehen.

Auf eine ausführliche Darstellung des politischen Mentalitätswandels bei den Panelmitgliedern vor der Wende, zwischen ihrem 14. und 16. Lebensjahr, müssen wir in dieser Information verzichten. Diese Trends werden vom Verfasser ausführlicher beschrieben in den Publikationen:

Peter Förster: „Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende.“ Verlag Leske + Budrich, Opladen 2002 (ISBN 3-8100-3452-5)

Hendrik Berth, Peter Förster, Elmar Brähler, Yve Stöbel-Richter: „Einheitslust und Einheitsfrust. Junge Ostdeutsche auf dem Weg vom DDR- zum Bundesbürger. Eine sozialwissenschaftliche Längsschnittstudie von 1987 bis 2006.“ Psychosozialverlag Gießen 2007.

Anzumerken ist noch, dass es sich bei dieser Dokumentation nicht um eine völlige Neufassung der vorangegangenen Berichte handelt. Die seit Jahren praktizierte Gliederung hat sich grundsätzlich bewährt. Wenn sich Trends und deren Interpretationen auf der Grundlage der aktuellen Daten verändert haben (und das ist vielfach der Fall, z. B. in Bezug auf die Haltung der Panelmitglieder zur Wende), wird das natürlich thematisiert.

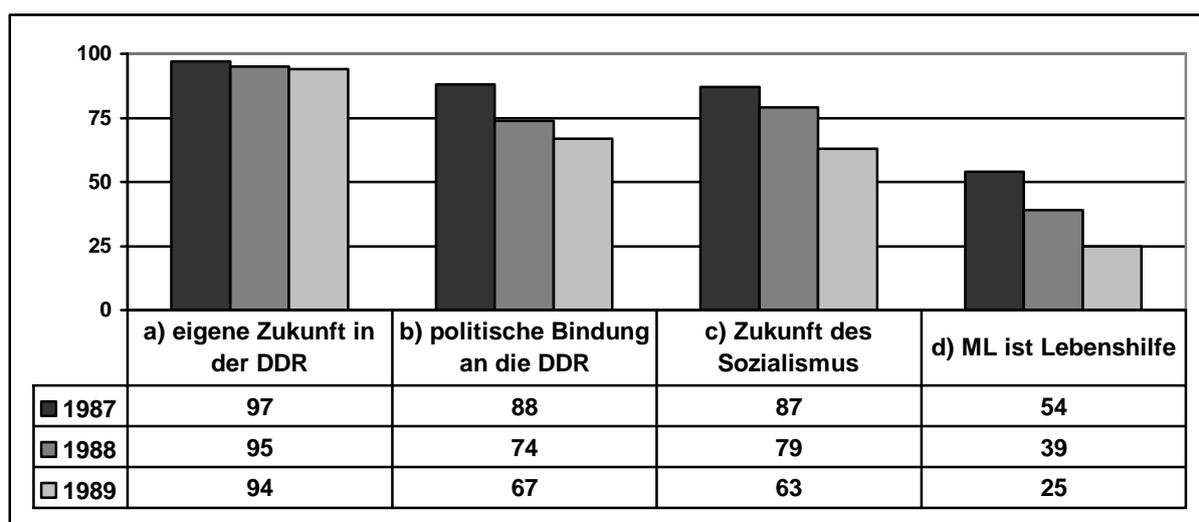
1. Haupttendenzen des politischen Einstellungswandels und der Zukunftserwartungen zwischen 1987 und 2006

1.1 Enttäuschung von der Herrschaft der SED, jedoch ein starker Glaube an eine sichere Zukunft in der DDR

Ein entscheidender Vorzug dieser Studie besteht darin, dass wir uns bei den Analysen zum Wandel der politischen Einstellungen und der Zukunftszuversicht auch auf Daten stützen können, die bei denselben Panelmitgliedern bereits vor der Wende gewonnen wurden. Anliegen der ersten Phase der Untersuchungen war es unter anderem, die Entwicklung der politischen Grundeinstellungen, der Lebensorientierungen und der Zukunftserwartungen bei den damaligen SchülerInnen zwischen ihrem 14. und 16. Lebensjahr bzw. zwischen der 8. und 10. Klasse der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule zu analysieren. Diese Analysen waren und sind noch heute insofern sehr interessant, da sie zwischen 1987 und Frühjahr 1989 vorgenommen wurden, d. h. in den letzten Jahren der DDR, rund ein halbes Jahr vor ihrem Zusammenbruch. Einige der damals gestellten Fragen konnten auch nach der Wende fortgeschrieben werden, u. a. zu Lebenszielen wie z. B. der Bereitschaft zur politischen Aktivität, zur persönlichen und gesellschaftlichen Zukunftszuversicht. Zu diesen Fragen liegen mittlerweile spannende Ergebnisse über den gesamten Zeitraum zwischen 1987 und 2006 vor. Aber auch alle anderen Daten zu politischen Problemstellungen bilden einen soliden Hintergrund für die korrekte Beurteilung von Langzeitwirkungen der politischen Sozialisation zu DDR-Zeiten. Wir stellen deshalb bewusst einige der damaligen Ergebnisse voran.

Die Ergebnisse aus der ersten Phase dieser Studie vor der Wende (1987 - Frühjahr 1989) belegen die Enttäuschungen der damals 14- bis 16-jährigen Panelmitglieder vom „real existierenden Sozialismus“ in der Endzeit der DDR. Ihre politische Identifikation mit der DDR, mit dem Sozialismus überhaupt, mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung ging von Jahr zu Jahr mehr oder weniger drastisch zurück:

Abbildung 1.1.1: Veränderungen ausgewählter politischer Grundeinstellungen bei den Panelmitgliedern zwischen 1987 und (Frühjahr) 1989 - Zusammengefasste Anteile sehr starker (Antwortposition 1) und starker (2) Zustimmung in Prozent. Gesamtgruppe der damaligen Panelmitglieder.



Fragetexte: a) „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“
 b) „Ich fühle mich mit der DDR als meinem sozialistischen Vaterland eng verbunden.“
 c) „Dem Sozialismus gehört die Zukunft, trotz zeitweiliger Rückschläge.“
 d) „Der Marxismus-Leninismus gibt mir auf alle wichtigen Lebensfragen eine richtige Antwort.“

Antwortmodell: Davon bin ich überzeugt 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Die Trends sind eindeutig: Die Überzeugung von der Bedeutung des „ML“ als Lebenshilfe (schon 1987 nur noch schwach ausgeprägt), die politische Identifikation mit der DDR, der Glaube an den Sieg des Sozialismus nahmen in dieser Zeit immer mehr ab. Die Diskrepanzen zwischen der politischen Rhetorik der SED einerseits und den eigenen Lebenserfahrungen der Jugendlichen andererseits wurden immer größer. Schon damals hatten sie gelernt, zwischen Theorie und Praxis zu unterscheiden, Widersprüche kritisch zu hinterfragen. Ein „Nullpunkt“ der Identifikation mit dem Sozialismus war allerdings selbst kurz vor der Wende nicht erreicht. Diese Tatsache gewinnt angesichts der nicht zu übersehenden Rückbesinnung auf die positiven Seiten der DDR noch an Bedeutung.

Ablesbar ist aber auch: Das Vertrauen darauf, in der DDR eine „gesicherte Zukunft“ zu haben, blieb faktisch bis kurz vor der Wende erhalten. Im Frühjahr 1989 glaubten noch immer 94% an eine gesicherte Zukunft in der DDR, darunter 62% ohne Einschränkung. Selbst jene Panelmitglieder, die sich von der DDR politisch distanzieren, gingen mehrheitlich davon aus, dass sie ihnen eine gesicherte Zukunft bietet. Ein völliger Zusammenbruch des von ihnen zunehmend kritisch bewerteten Staates wurde auch von ihnen nicht erwartet. Die weiblichen Panelmitglieder äußerten sich damals übrigens signifikant positiver als die männlichen, ein aus heutiger Sicht bemerkenswerter Sachverhalt, bewerten sie doch heute das jetzige System fast durchgehend signifikant negativer.

Diese Zuversicht der Panelmitglieder in eine gesicherte Zukunft hatte vorwiegend sozialpolitische Grundlagen, sie war kein ideologisches Bekenntnis zur DDR. Ein wesentlicher Hintergrund dafür war, dass zu diesem Zeitpunkt für faktisch alle von ihnen (97%) fest stand, wie es nach der zu Ende gehenden Schulzeit weitergeht. Bis auf wenige Ausnahmen hatten alle Absolventen ihren Platz an der folgenden Erweiterten Oberschule (EOS) oder ihre Lehrstelle sicher bzw. wussten, dass sie ein Fachschulstudium beginnen oder eine Arbeit im Betrieb aufnehmen werden. Für Ängste vor eigener Arbeitslosigkeit bestand kein Anlass.

Belege für eine sehr differenzierte Bilanz der Panelmitglieder vor der Wende sind in ihren Antworten auf eine im Frühjahr 1989, am Ende der 10. Klasse gestellte offene Frage (d.h. ohne Antwortvorgaben) danach zu finden, „Was an der DDR gefällt bzw. nicht gefällt.“ Diese aus der Sicht heutiger Reaktionen bemerkenswerten Ergebnisse ihrer „persönlichen DDR-Bilanz“ sollen hier knapp dokumentiert werden. Wir stützen uns dabei auf die Angaben der damaligen Gesamtgruppe.

Zunächst zu den Ergebnissen des ersten Teiles der Frage, d.h. danach, „was an der DDR besonders gefällt“. Sie wurde von 987 Befragten gleich 90 % beantwortet. Von ihnen wurden insgesamt 2.186 einzelne Angaben gemacht, das waren im Durchschnitt 2,2 Angaben pro Befragungsteilnehmer.

Tabelle 1.1.1: Anteil verschiedener Lebens- bzw. Erfahrungsbereiche, die den 16-jährigen Teilnehmern der Studie im Frühjahr 1989 „an der DDR besonders gefielen“, an der Gesamtzahl der Nennungen (2186 Nennungen = 100 %)

<u>Lebens- /Erfahrungsbereich</u>	<u>Anteil in %</u>
Die gesicherte berufliche Perspektive	22,0
Die soziale Sicherheit und Geborgenheit	18,7
Sichere Zukunft allgemein	12,3
Die Friedenspolitik der DDR	7,4
Die besondere Förderung der Jugend	6,6

Die Wohnungspolitik hinsichtlich der Vergabe und der Mietpreise	6,1
Stabile Preise für Grundnahrungsmittel	4,1
Leichte Verbesserungen der Reisemöglichkeiten	3,3
Das kulturelle Angebot	2,2
Die Förderung des Sports	1,6
Sonstiges	15,7

Über die Hälfte der Nennungen (53 %) entfielen auf die Erwartung einer gesicherten persönlichen Zukunft in der DDR!

Einige typische Angaben im Wortlaut:

> Gesicherte berufliche Perspektive:

- „Dass jeder eine Lehrstelle bekommt und der spätere Beruf gesichert ist.“
- „Man hat seinen Beruf sicher, ich fühle mich geborgen.“
- „Dass es ein Recht auf Arbeit und Erholung gibt.“
- „Ich brauche keine Angst zu haben, mal arbeitslos zu werden.“
- „Beste Aussichten auf einen Arbeitsplatz.“
- „Dass es in der DDR keine Arbeitslosigkeit gibt.“

> Soziale Sicherheit und Geborgenheit

- „Die soziale Unterstützung, die jeder bekommt.“
- „Die vielfältigen Stützungen durch den Staat.“
- „Kostenloser Arztbesuch bzw. Krankenhausaufenthalt.“
- „Das Gefühl der Geborgenheit.“
- „Gute soziale Errungenschaften.“
- „Keine Armut und Obdachlosigkeit.“
- „Soziale Sicherheit für alle.“
- „Kinderfreundlicher Staat.“
- „Ich fühle mich hier wohl.“

> Sichere Zukunft allgemein

- „Ich habe eine gesicherte Zukunft und brauche keine Angst zu haben, mal auf der Straße zu landen.“
- „Gesicherter Arbeitsplatz = gesicherte Zukunft.“
- „Ich weiß nicht genau, was mir gefällt oder nicht. Aber ich fühle mich in der DDR wohl und sicher und das ist für mich die Hauptsache.“

Diese positiven Urteile über bestimmte sozialen Seiten der DDR gingen mit einer kritischen Bewertung anderer Aspekte einher. Das geht aus den Ergebnissen des zweiten Teils der Frage hervor, d.h. danach, „was an der DDR nicht gefällt“. Sie wurde von 96 % der Befragten beantwortet, die insgesamt 2993 einzelne Angaben machten. Das waren im Durchschnitt 2,8 Angaben pro Teilnehmer, mehr als bei der Frage zu den positiven Seiten der DDR.

Tabelle 1.1.2: Anteil verschiedener Lebens- bzw. Erfahrungsbereiche, die den Panelmitgliedern im Frühjahr 1989 „an der DDR nicht gefielen“, an der Gesamtzahl der Nennungen (2993 Nennungen = 100 %)

<u>Lebens-/Erfahrungsbereich</u>	<u>Anteil in Prozent</u>
Das schlechte Angebot an Waren und Dienstleistungen	35,5
Die Politik der Partei- und Staatsführung der DDR	25,1

<i>darunter u. a.:</i>	
Ablehnung einer nicht dem Volke dienenden Innenpolitik	7,2
Unzufriedenheit mit den eingeschränkten Reisemöglichkeiten	10,7
Beschränkungen der Meinungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit	3,7
Die Mauer	1,3
Die Ablehnung der Politik Gorbatschows durch die SED	1,1
Die Vernachlässigung des Umweltschutzes	5,5
Zu wenige Jugendklubs, zu wenige Veranstaltungen für die Jugend	4,8
Allgemeine Missstände in der Wirtschaft	3,7
Die schlechten Straßenverhältnisse	3,6
Zu lange Wartezeiten auf PKW, zu hohe PKW-Preise	3,2
Die Wohnungspolitik hinsichtlich der Wartezeiten und der Erhaltung der Bausubstanz	2,9
Die in der DDR lebenden Ausländer, Ausländerpolitik der DDR	2,8
Ungerechte Unterschiede zwischen Stadt und Land hinsichtlich Versorgung und Baugeschehen	2,2
Notwendigkeit von persönlichen Beziehungen bei der Alltagsgestaltung	1,9
Die Schule (Schulsystem, Unterricht, zeitliche Gestaltung)	1,6
Sonstiges	7,2

Die kritischen Aussagen der damaligen Panelmitglieder konzentrieren sich vor allem auf zwei Bereiche: Die Versorgungslage im weitesten Sinne (einschließlich Dienstleistungen) und die Politik der „Partei- und Staatsführung“ gegenüber der Bevölkerung des Landes. Wir können hier nur auf den zweiten Bereich eingehen:

Rund 25 % der Äußerungen enthielten eine zum Teil sehr deutliche Kritik am autoritären Machtsystem der SED-Führung, das zu dieser Zeit bereits in einer tiefen Krise steckte und wenige Monate später zusammenbrach. Hauptsächlich zielte die Kritik der Jugendlichen auf eine realitätsferne, dogmatische und unehrliche Innenpolitik, auf die restriktive Handhabung des Reiseverkehrs in den Westen und auf die Beschränkung der Meinungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit. Von einem Teil der Befragten kamen kritische Aussagen zur Mauer sowie zur ablehnenden Haltung der SED-Spitze gegenüber der Politik Gorbatschows. Zur Kritik an der Innenpolitik wieder einige typische wörtliche Angaben:

„Dass wir die Probleme, die wir im Staat haben, nicht versuchen zu lösen, sondern sie immer schlimmer machen, und nach außen so tun, als sei alles vollkommen.“

„ Pseudodemokratie, Personenkult, politisch-ideologisches Stagnationsdenken, Selbstzufriedenheit, Selbstverherrlichung, politische Arroganz gegenüber anderen sozialistischen Staaten.“

„Schmalzreden von Politikern in unserem Land, die nur das Positive ansprechen, keine öffentliche Meinungsfreiheit.“

„Keine klaren Antworten auf politische Fragen – Ausreden.“

„Die Politik in unserem Land. Denn solange die alten Politiker die Regierung bilden, ändert sich nicht viel. Es müssen junge Leute mit einer anderen Weltanschauung in die Regierung.“

„Immer die gleiche Partei an der Macht, Einparteiensystem. Es müssten mehr Parteien zugelassen werden.“

Von den meisten Panelmitgliedern wurden sowohl positive als auch negative Aspekte genannt. Neben Angaben zur sozialen Sicherheit oder zur gesicherten beruflichen Perspektive standen sehr häufig Notizen zur kritischen Versorgungslage, zur verlogenen Innenpolitik oder zur nichtexistenten Reisefreiheit – Ausdruck der widersprüchlichen gesellschaftlichen Realität.

Diese und viele weitere damals gewonnenen Daten sind sehr aufschlussreich für das Verstehen heutiger, teilweise unerwarteter Reaktionen dieser jungen Frauen und Männer auf die Folgen der Vereinigung und des Transformationsprozesses in Ostdeutschland. Mehr noch: Vieles in ihrem Denken und Fühlen ist überhaupt nur auf dem Hintergrund ihrer damaligen persönlichen Erfahrungen zu verstehen. Und es ist damit zu rechnen, dass diese teilweise überraschenden Nachwirkungen erfahrener DDR- Sozialisation bei ihnen noch geraume Zeit anhalten oder – wie gegenwärtig zu beobachten - sich sogar verstärken. Auf keinen Fall haben sie sich einfach in Luft aufgelöst. Das gilt mit Sicherheit für die gesamte Thematik der Aufarbeitung der DDR-Geschichte.

Ausführlicher sind die vor der Wende gewonnenen Daten dargestellt in der Publikation des Autors „Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit“ (vgl. Förster 2002, S. 33 – 45 bzw. unter „www.wiedervereinigung.de/SLS/“).

Verwiesen sei hier auch noch auf die Tatsache, dass die hier aus der Endzeit der DDR stammenden Daten zu politischen Einstellungen nicht für die gesamte Zeitspanne der Existenz der DDR gelten. Die Jugendforschung in der DDR hatte für die Zeit ab 1966 empirisch belegt nachgewiesen, dass es über viele Jahre hinweg auch zunehmende Trends der Identifikation mit der DDR und dem Sozialismus gegeben hat, die zwischen 1972 und 1975 ihren Höhepunkt erreichten. Im Anhang verweisen wir exemplarisch auf den vom Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) zwischen 1969 und 1990 dokumentierten Wandel der Identifikation mit der DDR bei den Lehrlingen.

1.2 Keine Zukunft im Osten!

Insbesondere die qualitativen Ergebnisse der Studie, die zahlreichen verbalen Angaben der Panelmitglieder lassen darauf schließen, dass das Thema „Zukunft“ für sie immer wichtiger geworden ist und noch wird, viele von ihnen angesichts fehlender oder unklarer Zukunftsorientierungen und –visionen stark belastet. Das gilt in besonderem Maße mit dem

Blick auf ihre (künftigen) Kinder, der den meisten mehr Unsicherheit als positive Perspektiven vermittelt.

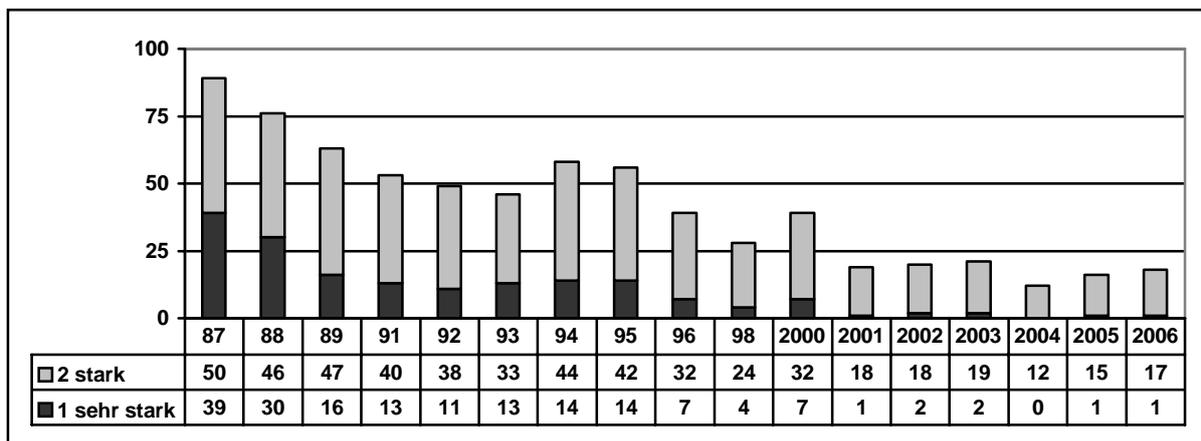
Die folgenden Zeitreihen zur Zukunftszuversicht der Panelmitglieder zwischen 1987 und 2006 geben exemplarisch und in vermutlich einmaliger Weise Aufschluss über die Wahrnehmung des Geburtsjahrgangs 1973 von nahezu zwei Jahrzehnten massiver gesellschaftlicher Veränderungen, eingeschlossen die letzten Jahre der DDR, die politische Wende, die Vereinigung und die nachfolgenden Transformationsprozesse („Schöpferische Zerstörung“) mit ihren tief reichenden Auswirkungen auf ihre Mentalität. Unsere langjährigen Trends unterstreichen die Auffassung der Autoren der Shellstudie Jugend 2000, dass Einschätzungen der Jugendlichen über ihre Zukunft geradezu seismographischen Charakter tragen (vgl. Jugend 2000, S. 286).

Diese Daten lassen bereits ahnen, welche gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen von den jungen Männern und Frauen von ihrer Kindheit an zu bewältigen waren. Im Rahmen dieser Dokumentation beschränken wir uns auf eine grafische Darstellung der Trends. Zunächst führen wir die seit 1987 vorliegenden Zeitreihen zur gesellschaftlichen und zur persönlichen Zukunftszuversicht unserer Panelmitglieder an:

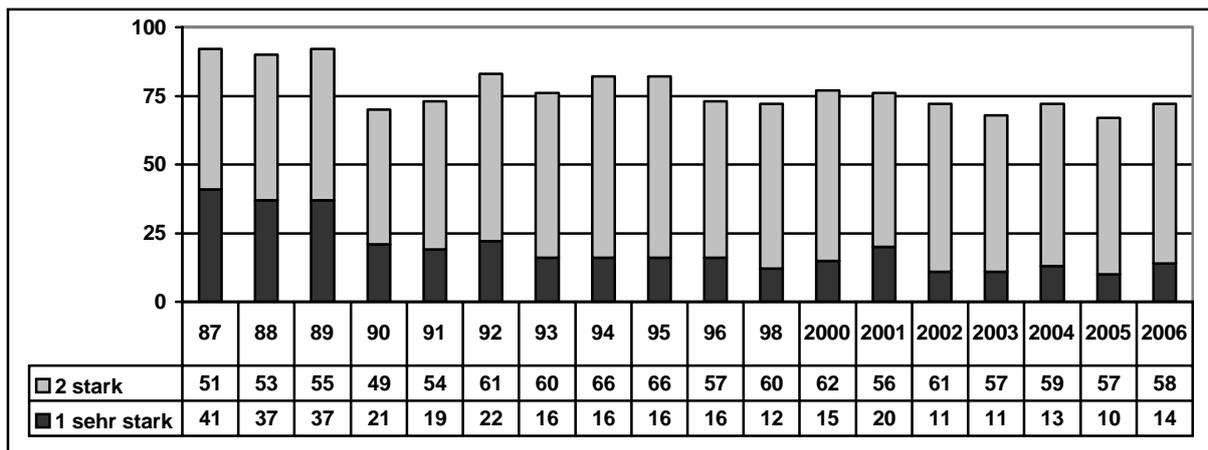
Abbildung 1.2.1: Trend der sehr starken bzw. starken Ausprägung der a) gesellschaftlichen und b) persönlichen Zukunftszuversicht zwischen 1987 und 2006 (zusammengefasste Anteile der AP 1 und 2)

Fragetext: „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft
a) für die Entwicklung in der DDR / ab 1991: in Ostdeutschland?
b) für Sie persönlich?“
1 sehr zuversichtlich 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zuversichtlich

a) gesellschaftliche Zuversicht: 1987 - 1989 Entwicklung in der DDR
ab 1991 Entwicklung in Ostdeutschland (1990 nicht erhoben)



b) persönliche Zuversicht:



Bei beiden, eng verbundenen Aspekten ist bereits seit 1987 ein Negativtrend erkennbar. Das gilt in besonderem Maße für die gesellschaftliche Zukunftszuversicht (a). Wie unsere Studie zeigt, ist diese im gesamten Untersuchungszeitraum fast kontinuierlich stark zurückgegangen. Der erste große Einbruch war bereits in der Endzeit der DDR zu beobachten, Widerspiegelung der damaligen Krisenerscheinungen, die auch von den Panelmitgliedern deutlich reflektiert und kritisch bewertet wurden.

Nach der Wende und der Vereinigung (hier ab 1991) wäre angesichts damaliger Versprechungen der neuen politischen Herrscher („blühende Landschaften“) und Hoffnungen dieser jungen Ostdeutschen eigentlich eine völlige Umkehrung des Trends der gesellschaftlichen Zukunftszuversicht zu erwarten gewesen. Davon war und ist jedoch in ihren Köpfen kaum etwas zu entdecken. 1998 äußerte sich nur noch knapp ein Drittel (28 %) mehr oder weniger stark zuversichtlich über die Entwicklung in Ostdeutschland, Echo der zunehmenden gesellschaftlichen Verwerfungen im Osten am Ende der Regierung Kohl. Im Jahr 2000 deutete sich eine positive Trendwende an, die vermutlich durch den Regierungswechsel zu Rot-Grün ausgelöst wurde. Diese bemerkenswerte, aber nur kurzfristige optimistische Tendenz durchzieht die gesamte Studie, fast sah es wie eine Trendwende aus. Ab 2001 sind diese Hoffnungen jedoch wieder verschwunden, die Anteile zuversichtlicher Panelmitglieder liegen nur noch um 20%.

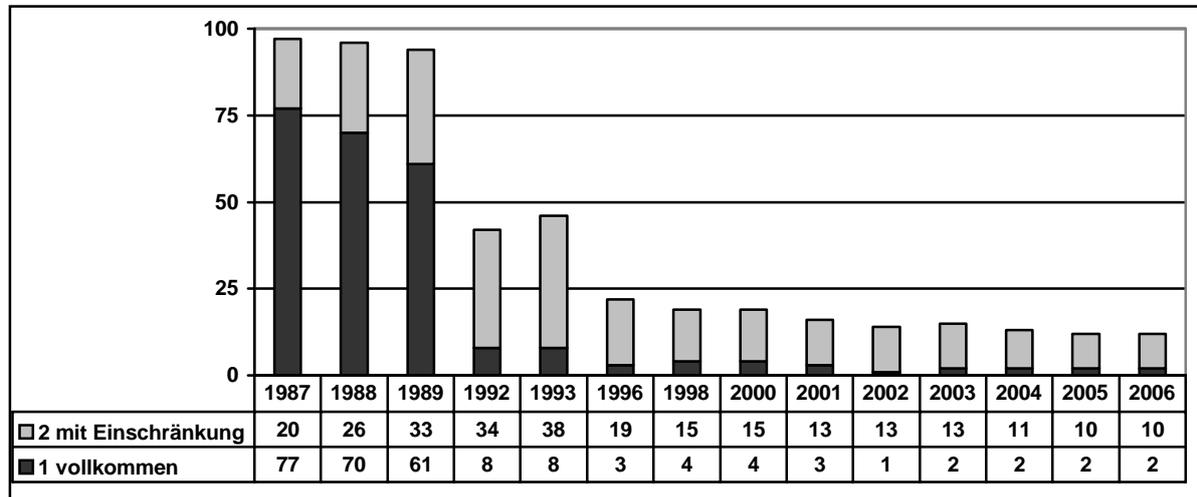
Die persönliche Zukunftszuversicht nahm einen etwas anderen Verlauf. Vor der Wende war fast kein Rückgang festzustellen. Die eigene Zukunft schien damals von der Krise in der DDR wenig betroffen zu sein, ein völliger Zusammenbruch der DDR-Gesellschaft mit weit reichenden persönlichen Konsequenzen wurde (auch) von den damals 16/17-Jährigen nicht erwartet. Faktisch alle wussten, wie es nach der Schulzeit weitergeht, zu Ängsten vor Arbeitslosigkeit, Armut im Alter oder sozialer Notlage bestand kein Anlass.

Nach der Wende stieg die persönliche Zuversicht nicht an, sondern ging ebenfalls zurück, insbesondere in ihrer einschränkungslosen Ausprägung. Das subjektive Erleben der Wendezeit und der unmittelbar darauf folgenden gravierenden politischen und wirtschaftlichen Umbrüche hatte bei einem großen Teil der Jugendlichen (und ihrer Eltern) zu einem „Wendeschock“ geführt, der nachweislich lange angehalten hat, teilweise noch heute besteht (siehe Förster 2002, S. 149)

Erst ab 1992 zeigten sich positive Veränderungen, die jedoch 1996 erneut von negativen Tendenzen abgelöst wurden. 1998 äußerten sich zwar 72% zuversichtlich, darunter aber nur noch 12% ohne Einschränkung. Im Jahr 2000 deutet sich erneut eine Trendwende an: Der Regierungswechsel hatte offensichtlich zunächst auch einen positiven Einfluss auf die persönliche Zukunftssicht zur Folge. Die Daten ab 2001 lassen allerdings erneut eine eindeutig rückläufige Tendenz erkennen, Ausdruck erneuter Frustrationen.

Von diesen Entwicklungen her betrachtet überrascht nicht, dass nach der Wende auch der Anteil jener Panelmitglieder massiv weiter abgenommen hat, die zuversichtlich sind, persönlich in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, eines der bedenkenswertesten Ergebnisse der Studie:

Abbildung 1.2.2: Entwicklung der Zuversicht, in der DDR bzw. in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, im Trend 1987 bis 2006



Fragetext: 1987 – 1989: „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“

Ab 1992: „Ich habe in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

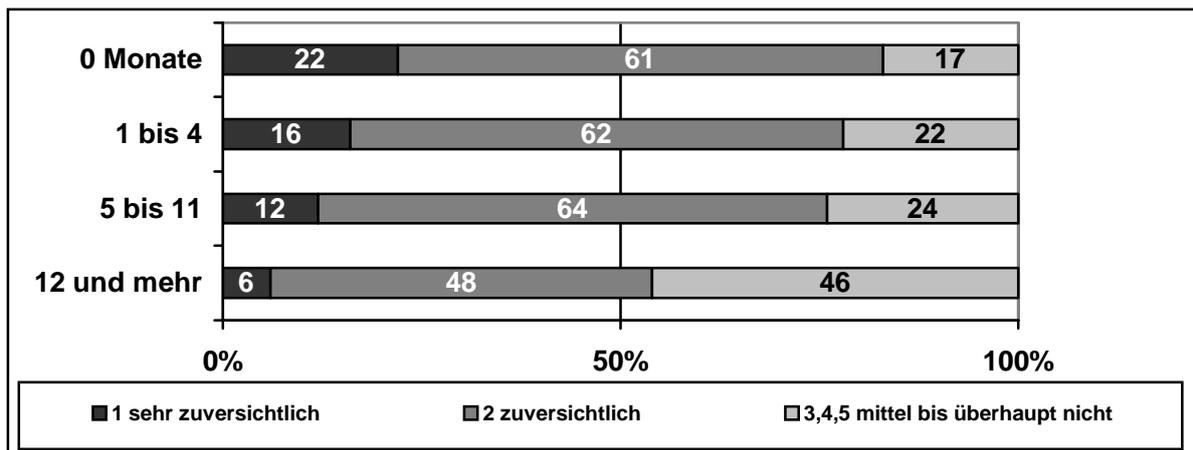
In den Jahren 1987 bis 1989 ging die Zuversicht, in der DDR eine gesicherte Zukunft zu haben, nur wenig zurück. Nach der Wende stürzte sie, nun bezogen auf Ostdeutschland, geradezu ab und hat vermutlich ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht. 2006 gehen nur noch 12% davon aus, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, darunter lediglich 2% ohne Einschränkung. Immer weniger junge Frauen und Männer verbinden ihre Zukunft mit Ostdeutschland – eine deutliche Quittung für eine verfehlte Politik der Bundesregierung!

Wie die Studie klar belegt, hat die bittere Erfahrung so vieler junger Leute, dass ihre Heimat ihnen keine Zukunft bietet, auch einen hohen politischen Preis: Längsschnittkorrelationen belegen eindeutig, dass der regressive Trend der Zukunftszuversicht zeitgleich mit zu einem Rückgang der Systemzufriedenheit beigetragen hat.

Dieser Absturz hat auch wesentlich mit dazu geführt, dass etwa ein Viertel der TeilnehmerInnen der Studie nach der Wende in den Westen abgewandert sind. Von ihnen meinen in den letzten Jahren null Prozent, im Osten eine gesicherte Zukunft zu haben! In die neuen Länder wollen von ihnen 2006 3% auf jeden Fall und 11% wahrscheinlich zurückkehren; diese jungen Leute sind für den Osten faktisch verloren, einschließlich ihres Nachwuchses.

Wie wir noch belegen werden, haben die Erfahrungen der Panelmitglieder mit Arbeitslosigkeit einen entscheidenden Anteil an diesen Regressionen. Diese Tatsache durchzieht die gesamte Studie. Wir fügen deshalb hier im Vorgriff darauf eine Abbildung ein, die exakt belegt, dass die negativen Veränderungen der persönlichen Zukunftszuversicht nicht zuletzt unter dem Einfluss zunehmender Zeitdauer von Arbeitslosigkeit vor sich gegangen sind:

Abbildung 1.2.3: Ausprägung der persönlichen Zukunftszuversicht der Panelmitglieder 2006, differenziert nach der bisherigen (kumulierten) Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit in Monaten



Fragetext: „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft für Sie persönlich?“

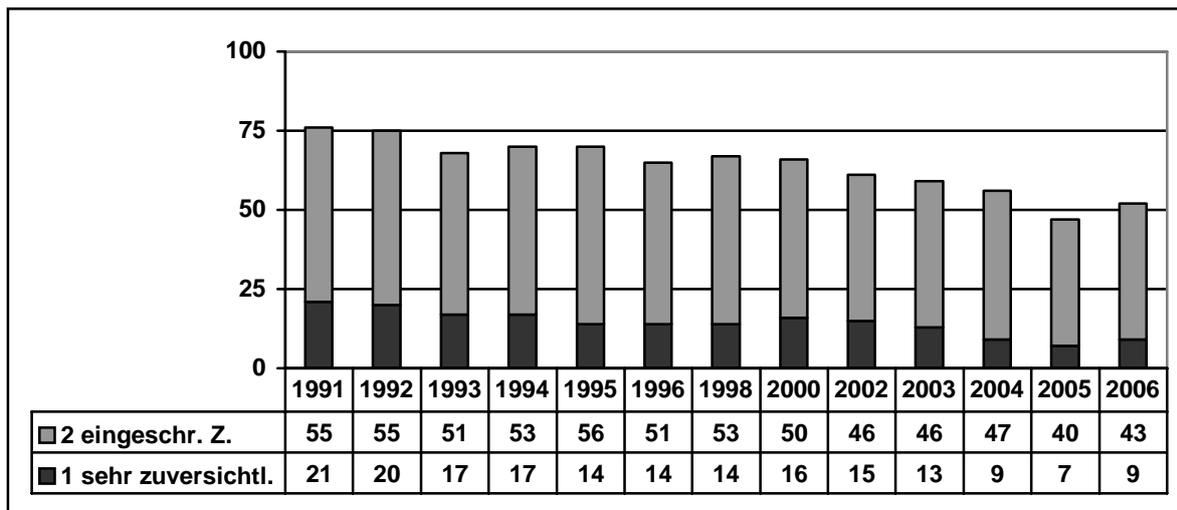
1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

H-Test: Chi-Square = 33,81; Significane = < .0000; (Erläuterungen s. 2. Teil)

Hier genügt zunächst ein Blick auf die Extremgruppen: Von jenen 33-Jährigen, die im gesamten Zeitraum seit der Wende nicht von Arbeitslosigkeit betroffen waren („0 Monate“), äußern sich 2006 22% sehr zuversichtlich und weitere 61% zuversichtlich über ihre persönliche Zukunftsaussichten. Nur 17% blicken ambivalent bis ganz ohne Zuversicht in ihre Zukunft. Bei denen, die länger als ein Jahr („12 und mehr Monate“) betroffen waren, trifft das nur auf 6% bzw. 48% zu, fast die Hälfte sieht mit gemischten oder negativen Gefühlen in die Zukunft. Das sind beträchtliche, signifikante Unterschiede, die für sich sprechen. Auf den Einflussfaktor Arbeitslosigkeit kommen wir im zweiten Teil dieser Dokumentation ausführlich zurück.

Deutlich rückläufig entwickelte sich in diesem gesellschaftlichen Kontext auch die Zuversicht der Panelmitglieder, ihre beruflichen Pläne verwirklichen zu können, die entscheidende Grundlage für die eigenen Zukunftspläne überhaupt. Dazu liegen Informationen seit 1991 vor:

Abbildung 1.2.4: Veränderung der beruflichen Zukunftszuversicht zwischen 1991 und 2006



Fragetext: „Wie zuversichtlich sind Sie, dass Sie Ihre beruflichen Pläne verwirklichen können?“

1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

Zur Bewertung der Angaben ab 1991 muss noch einmal darauf hingewiesen werden, dass im Frühjahr 1989, am Ende der 10. Klasse, für 97% der damals 16-Jährigen klar war, wie es nach

dem Abschluss der Schule weitergehen wird. Die Wende im Herbst 1989 und die folgenden Unsicherheiten und Umbrüche hatten jedoch die beruflichen Pläne des größten Teiles von ihnen in Frage gestellt oder gar zunichte gemacht: 1998 gaben 38% der Panelmitglieder rückblickend an, dass sie diese Pläne nach der Wende völlig verändern mussten, bei 35% war das etwas der Fall und nur 27% berichteten keine Veränderungen – mit signifikanten oder zumindest tendenziellen Folgen für die persönliche Zukunftszuversicht (ausführlicher siehe Förster 2002, S. 49 ff. und S.156 ff). Das galt vor allem für jene, die eine Lehrausbildung (mit oder ohne Abitur) begonnen hatten. Viele beschrieben damals ausführlich die Probleme, mit denen sie sich zu Beginn ihrer Berufskarriere herumschlagen mussten und die häufig auch Ängste auslösten. Dazu nur wenige typische Beispiele:

„Ich habe sehr große Angst davor, dass ich nach dem Schließen meines Betriebes arbeitslos auf der Straße stehe... Wer stellt schon einen Facharbeiter ein, der eben erst seinen Abschluss in der Tasche hat und noch keine berufliche Erfahrung besitzt.“ (w)

„Der Übergang ist mir sehr gut gelungen... Ich habe Angst vor der Zukunft, dass ich meine Arbeitsstelle verliere und nirgends Arbeit finde. Ich habe überhaupt Angst vor dieser ganzen Politik, man weiß gar nicht, wie es weitergehen soll.“ (w)

„... hört man jetzt, dass wir vielleicht sogar drei Jahre lernen müssen und dann auch noch nach dem Lehrplan der BRD. Aber man kann doch das 1. Lehrjahr nicht einfach im Winde verwehen lassen... Man weiß nicht mehr, wem man glauben soll. Einer sagt hüh, der andere hott.“ (w)

„Durch die Wende wird die Lehre noch schwerer. Alles geht drunter und drüber, man weiß nicht mehr, woran man ist. Die größte Sorge macht mir, dass ich höchstwahrscheinlich nach der Lehre arbeitslos werde.“ (m)

„Wahrscheinlich muss ich umlernen, weil ich keinen Arbeitsplatz bekommen werde. Ich habe irgendwie schon Angst vor der Zukunft. Man weiß nicht, was wird. Ich fühle mich nicht mehr geborgen.“ (w)

Einigen Lesern (insbesondere westdeutschen) wird es vermutlich schwer fallen, sich in solche Sätze hineinzudenken. Sie charakterisieren jedoch exemplarisch die völlig neue psychische Situation, in der sich die meisten TeilnehmerInnen 1989/90 befanden und die bei vielen nachweislich bis in die Gegenwart weiter wirkt, weil sich solche prägenden Erfahrungen nicht einfach abschütteln lassen wie ein ärgerliches Alltagserlebnis. Arbeitslosigkeit ist für viele seitdem zu einem bestimmenden Merkmal des Lebens in einer kapitalistisch verfassten Ordnung geworden. Und zwar ohne Aussicht auf eine Änderung in absehbarer Zeit...

Zurück zum Trend: Zwischen 1991 und 2006 ist ein starker, signifikanter Rückgang dieser wesentlichen Seite der Zukunftszuversicht erkennbar, nicht überraschend angesichts der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland und zunehmend direkter und indirekter Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit.

2006 ist mit 52% nur noch rund die Hälfte der 33-Jährigen zuversichtlich, von den jungen Frauen noch deutlich weniger als von den jungen Männer: 46% gegenüber 58%! Für die kritische oder ablehnende Sicht dieser jungen Frauen auf das gegenwärtige System hat das erheblichen Aussagewert, spielen doch die erfahrenen beruflichen Entwicklungschancen bei dessen Beurteilung eine entscheidende Rolle.

Seit 2002 fragen wir auch danach, wie zuversichtlich die TeilnehmerInnen der Studie die Zukunft ihrer Eltern und ihrer (künftigen) Kinder sehen, seit 2005 auch nach ihren Einschätzungen der Zukunft der heranwachsenden Jugendliche im Osten. Wir stellen diese in den Kontext ihrer eigenen Zukunftszuversicht:

Tabelle 1.2.1: Zukunftszuversicht für die Eltern, die (künftigen) Kinder und die heranwachsenden Jugendlichen im Vergleich mit der eigenen Zuversicht 2002 bis 2006

„Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft?“
 1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>für Sie persönlich</i>						
2002	11	61	(72)	25	3	0
2003	11	57	(68)	28	4	0
2004	13	59	(72)	23	4	1
2005	10	57	(67)	28	3	2
2006	14	58	(72)	25	3	0

	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>für Ihre Eltern</i>						
2002	7	46	(53)	32	12	3
2003	8	44	(52)	31	13	4
2004	9	45	(54)	32	10	4
2005	11	46	(57)	25	14	4
2006	10	44	(54)	30	11	5

<i>für Ihre (künftigen) Kinder</i>						
2002	4	36	(40)	38	12	10
2003	4	32	(36)	39	15	10
2004	4	27	(31)	41	18	10
2005	2	25	(27)	45	20	8
2006	5	25	(30)	43	18	9

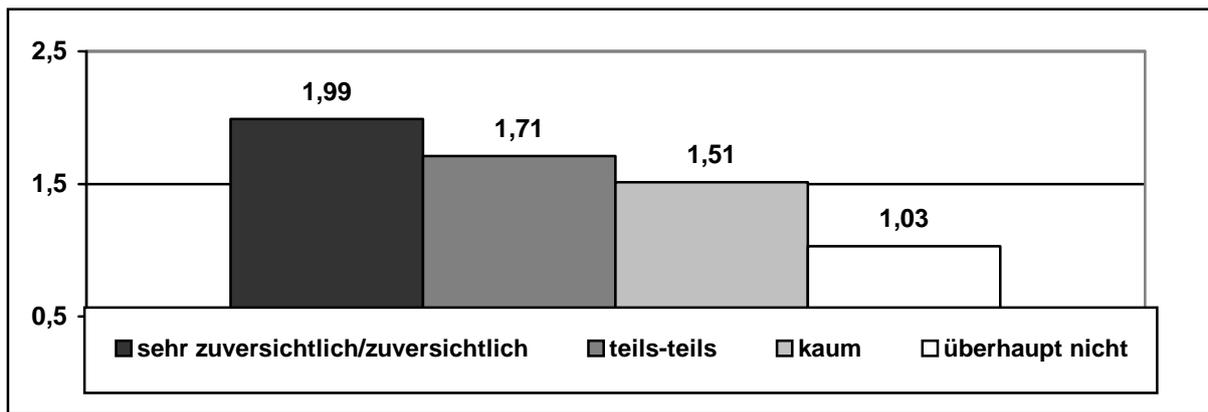
für die Entwicklung der jetzt heranwachsenden Jugendlichen im Osten

2005	1	4	(5)	34	46	15
2006	1	6	(7)	34	42	17

Ablesbar ist, dass die Zukunft der Eltern nur von der reichlichen Hälfte der Panelmitglieder mehr oder weniger zuversichtlich gesehen wird, verständlich angesichts der Tatsache, dass zwischen 1990 und 2004 58% der Väter und/oder Mütter persönliche Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gemacht haben (hier nicht dargestellt, vgl. den Forschungsbericht der 18. Welle). Sich Sorgen um die Zukunft der Eltern machen zu müssen, reduziert die eigene Zukunftszuversicht erheblich, wir haben das bereits früher nachgewiesen (vgl. Förster 2002, S. 160).

Noch weniger zuversichtlich sehen die Panelmitglieder jedoch die Zukunft ihrer (künftigen) Kinder, eine dramatische Widerspiegelung der unsicheren Zukunftsperspektiven mit gravierenden Auswirkungen bis hin zur Anzahl der gewünschten Kinder:

Abbildung 1.2.5: Zukunftszuversicht für die (künftigen) Kinder und Kinderwunsch 2006



Fragetext siehe Tabelle 1.2.1; die Positionen 1 und 2 wurden zusammengefasst.

H- Test: Chi-Square = 34,82; D.F. = 3; Significance = .0000

Je weniger zuversichtlich die Panelmitglieder die Zukunft ihrer (künftigen) Kinder beurteilen, um so weniger Kinder wünschen sie sich; der Unterschied ist enorm!

Auch die eigene Zukunftszuversicht ist umso pessimistischer, je weniger zuversichtlich die Zukunft der Kinder betrachtet wird (und umgekehrt). Das ist eine der wichtigsten Erkenntnisse dieser Studie: Offensichtlich messen viele der jungen Erwachsenen das jetzige System vor allem daran, welche Zukunftschancen es ihren eigenen Erfahrungen zufolge ihren Kindern bietet. Im Verlauf der Studie ist unübersehbar geworden: Mit der Familienbildung der Panelmitglieder und der Geburt von Kindern ist eine gewichtige neue Einflussvariable entstanden, deren Bedeutung kaum überschätzt werden kann!

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang schließlich auch die Angaben, wie zuversichtlich die 33-Jährigen die Zukunft der jetzt heranwachsenden Jugendlichen im Osten sehen: Nur 7% äußern sich 2006 positiv, 34% ambivalent und 59% negativ. Die Aussichten der nächsten jungen Generation sind in ihren Augen nicht besser, sondern erheblich schlechter.

1.3 Kippt die Bejahung der Wende?

Eines der bedeutsamsten Ergebnisse der 20. Welle 2006 besteht darin, dass der sich seit 2000 andeutende rückläufige Trend der Bejahung der Wende signifikant durchgesetzt hat. In Anbetracht der politischen Bedeutung dieser „schleichenden Zurücknahme“ scheinbar endgültiger Entscheidungen in den Köpfen wollen wir diesem Phänomen etwas ausführlicher nachgehen.

Wir informieren zunächst über die 2006 ermittelten Ergebnisse:

Tabelle 1.3.1: Zustimmung zur Wende 2006, nach Untergruppen differenziert

„Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen, 2,3 4 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	n
Gesamtgruppe	44	22	(66)	26	6	2	387
<u>Geschlechtergruppen:</u>							
männlich	53	24	(77)	17	6	0	175

weiblich	36!	20	(56)	34	6	4	211
<u>Wohnregion</u>							
NBL	41	23	(64)	27	6	3	285
ABL/Ausland	48	21	(69)	25	5	1	94
<u>Gesamtdauer bisheriger Arbeitslosigkeit bis 2006</u>							
Null Monate	53	21	(74)	19	5	2	116
1 bis 4 Monate	51	22	(73)	17	7	3	71
5 bis 11 Monate	38	24	(62)	31	5	2	82
12 und mehr Monate	34	20	(54!)	36	7	3	117
<u>Zugehörigkeitsgefühl zu Schichten</u>							
Oberschicht	100	0	(100)	0	0	0	5
Mittelschicht	49	20	(69)	23	6	2	307
Unterschicht	19	30	(49!)	41	7	3	69
<u>Angst vor (erneuter) persönlicher Arbeitslosigkeit:</u>							
stark/eher stark	34	21	(55)	36	7	2	150
eher schwach/schwach	50	22	(72)	20	5	3	236
<u>Angst vor Armut im Alter:</u>							
stark/eher stark	39	21	(60)	31	6	3	259
eher schwach/schwach	52	24	(76)	17	6	1	127
<u>Glauben Sie an einen Gott?</u>							
Ja	62	15	(77)	19	3	1	92
Nein	37	23	(60)	30	6	4	223
(Noch) nicht im Klaren	42	25	(67)	23	9	1	65
<u>Ich bin froh, heute in einem kapitalistischen Deutschland zu leben</u>							
1+2 vollkommen/etwas	78	15	(93)	5	0	2	58
3 teils-teils	49	23	(72)	23	5	0	177
4 kaum	26	28	(54)	42	4	0	85
5 überhaupt nicht	20	15	(35)	34	17	14	65
<u>Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Lage insgesamt</u>							
Zufrieden	64	17	(81)	13	6	0	63
Eher zufrieden	48	22	(70)	22	4	4	169
Eher unzufrieden	31	22	(53)	37	9	1	103
Unzufrieden	26	24	(50)	35	9	6	46

Wir stellen diese (wechselseitigen) Zusammenhänge bewusst etwas breiter dar, um die Komplexität anzudeuten, in die diese Grundeinstellung eingebettet ist.

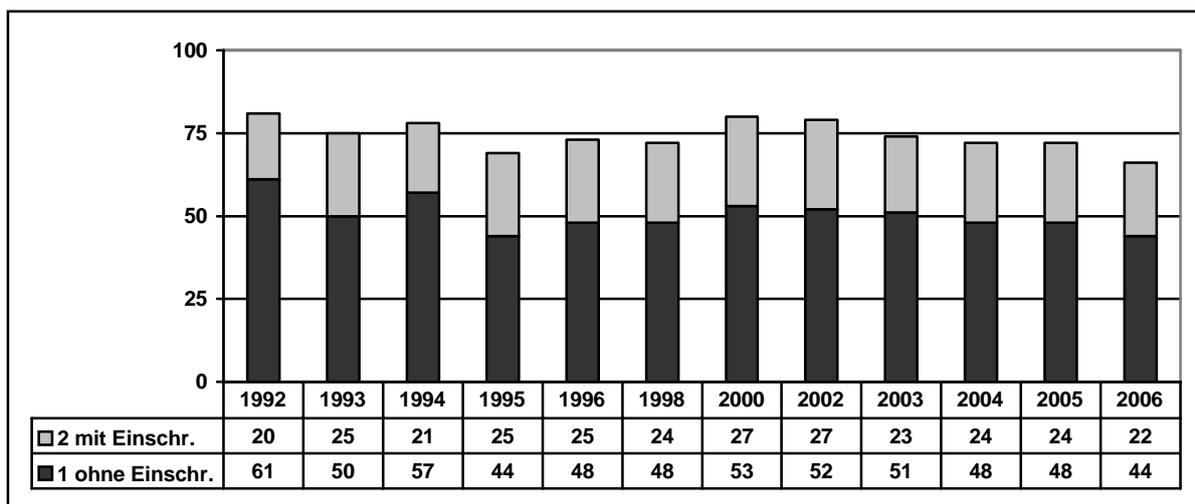
- Wie auch in den vorhergehenden Jahren unterscheiden sich die Urteile der Geschlechtergruppen: die 33-jährigen jungen Frauen äußern sich deutlich weniger zustimmend (insbesondere einschränkungslos) zu dieser historischen Zäsur als ihre männlichen Altersgefährten (signifikant, $P = < .05$).

- Panelmitglieder im Osten stimmen weniger häufig zu als jene im Westen ($P = .049$).

- Die Differenzierung nach der bisherigen, kumulierten Dauer der Arbeitslosigkeit belegt ihren gravierenden Einfluss: Je höher das „persönliche Gesamtkonto“ erfahrener Arbeitslosigkeit seit der Wende, desto geringer ist die Bejahung der Wende – ein brisantes Ergebnis angesichts der Zunahme von Betroffenheit und Dauer. Immerhin geht die Zustimmungsrate bei denen auf rund die Hälfte (!) zurück, die ein Jahr oder länger betroffen sind.
- Kaum überraschend ist, dass von den 18% der Panelmitglieder, die sich selbst der „Unterschicht“ zuordnen, gerade noch die Hälfte diese historische Zäsur für richtig halten.
- Auch die bestehenden Existenzängste wie die vor (erneuter) Arbeitslosigkeit bzw. vor Altersarmut (im Alter von 33 Jahren!) dämpfen die heutige Bejahung der Wende erheblich.
- Die mit rund einem Viertel ziemlich große Population derer, die an einen Gott glauben, steht der Wende deutlich positiver gegenüber als jene, die nicht daran glauben bzw. sich darüber noch nicht im Klaren sind.
- Deutlich überdurchschnittlich häufig stimmen erwartungsgemäß Panelmitglieder zu, die mehr oder weniger froh darüber sind, heute in einem kapitalistischen Deutschland zu leben. Das sind 2006 15% aller 33-Jähriger.
- Auch materielle Faktoren nehmen Einfluss, hier die Zufriedenheit mit der finanziellen Lage insgesamt: von den mehr oder weniger unzufriedenen TeilnehmerInnen (immerhin rund 40%) meinen weitaus weniger als von den zufriedenen, dass die Wende richtig war.
- Auch die frühere Bindung an das sozialistische System vor der Wende macht sich bemerkbar: Panelmitglieder, die sich damals mit dem Sozialismus stark oder in mittlerem Maße verbunden fühlten (das war zwischen 1987 und 1989 mit erfasst worden), bejahen den Systemwechsel deutlich weniger häufig als jene, die ihn ablehnten (hier nicht dargestellt).

Die entscheidende Aussage beruht auf der Auswertung der seit 1992 vorliegenden Zeitreihen:

Abbildung 1.3.1: Anteil der Panelmitglieder mit einschränkungsloser (AP 1) bzw. eingeschränkter (AP 2) Zustimmung zur Wende im Trend 1992 bis 2006



Auffällig ist, dass auch bei dieser grundsätzlichen politische Einstellung beträchtliche Schwankungen zu beobachten sind. Schon zwischen 1994 und 1998 kam es zu einem signifikanten und relevanten Abbau dieser Einstellung, Ausdruck der zunehmenden Unzufriedenheit dieser jungen Ostdeutschen mit der wirtschaftlichen Situation im Osten in der Endzeit der schwarz-gelben Regierungskoalition unter Helmut Kohl. Eine ähnliche rückläufige Tendenz ist erneut ab 2000 zu erkennen, d. h. nach dem Regierungswechsel zu Rot-Grün, Widerspiegelung erneut zunehmender Enttäuschungen. Mit dem jüngsten Wechsel

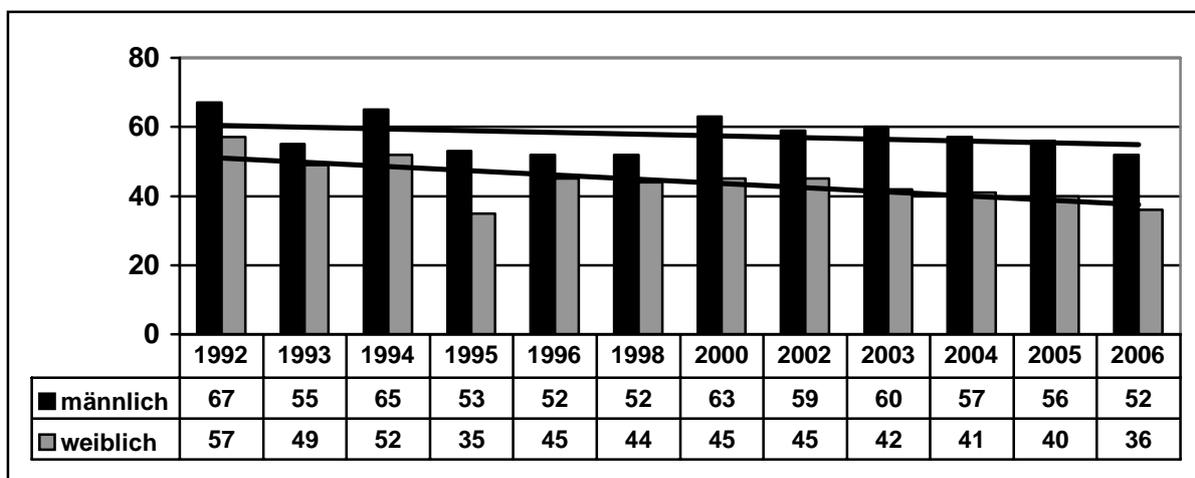
zur Großen Koalition im Herbst 2005 ist diese Entwicklung nicht gestoppt, sondern verschärft worden.

Insgesamt gesehen ist der Anteil der Zustimmungen nicht gestiegen, sondern signifikant von 81% 1992 auf 66% 2006 gefallen, darunter der einschränkungslosen Zustimmungen von 61% auf 44%! Das sind erhebliche Veränderungen in den Urteilen der Panelmitglieder über dieses Ereignis von historischer Tragweite!

Zugleich ist es ein aufschlussreiches Beispiel für die seit der Wende bei dieser identischen Population tatsächlich abgelaufenen latenten, schleichenden Bewusstseinsprozesse, über die in dieser Dokumentation weiter zu berichten ist.

Dieser Trend in der Gesamtgruppe soll noch durch den Trend in den Geschlechtergruppen ergänzt werden:

Abbildung 1.3 2: Anteil der Panelmitglieder mit uneingeschränkter Zustimmung (Position 1) zur Wende im Trend 1992 bis 2006, nach den Geschlechtergruppen differenziert



Fragetext: „Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Von den jungen Frauen haben in diesem Zeitraum deutlich mehr ihre einschränkungslose Zustimmung zum damaligen Systemwechsel kontinuierlich zurück genommen als von den jungen Männern, ebenfalls eine typische Tendenz mit hoher Aussagekraft.

Wir wollen den Rückgang zwischen 2000 (14. Welle) und 2006 (20. Welle) noch etwas genauer untersuchen:

Tabelle 1.3.2: Längsschnittkoeffizienten der Veränderungen der Einstellung zur Wende zwischen 2000 und 2006 (nur Panelmitglieder, die an allen Welle mitgearbeitet haben; N = 326)

„Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Jahr	1	2	(1+2)	3	4	5	X	V	POP	KOP	NEP
2000	54	27	(81)	14	5	1	1,71	-	-	-	-
2002	53	27	(80)	13	6	1	1,75	00:02	16	64	20
2003	51	24	(75)	20	4	1	1,79	02:03	19	62	19
2004	50	25	(75)	17	7	1	1,85	03:04	17	60	23

2005	49	24	(73)	20	5	2	1,86	04:05	19	62	19
2006	44	23	(67)	24	6	3	2,00	05:06	16	60	<u>24</u>

Vergleich 14. mit 20. Welle:

2000	54	27	(81)	14	5	1	1,71	-	-	-	-
2006	44	23	(67)	24	6	3	2,00	00:06	14	54	<u>32</u>

Anmerkungen:

Die sehr geringen Abweichungen in den Prozentwerten gegenüber der Abbildung 1.3.2 hängen mit der erwähnten Auswahl dieser Population zusammen.

Zu den angeführten Koeffizienten siehe die Erläuterungen im Anhang.

Wie der Längsschnittvergleich zeigt, ging der ziemlich massive Abbau dieser Grundeinstellung nahezu „schleichend“ vor sich, erst zwischen der 19. und 20. Welle (V = Vergleich 2005:2006) werden die Veränderungen signifikant: Die Prozentquote der Panelmitglieder, die sich regressiv (im statistischen Sinne) verändert haben (NEP = 24%), übersteigt erstmals signifikant die jener, die sich progressiv verändert haben (POP = 16%).

Der Längsschnitt 2000 bis 2006 (und nur dieser Zeitraum ist hier gemeint) weist für den gesamten Zeitabschnitt eine signifikante Regression auf der fünfstufigen Skala aus, die für immerhin 32% (!) der TeilnehmerInnen gilt, 14% haben sich progressiv verändert, 54% haben sich in ihrer Position auf der Skala nicht verändert. Diese Gruppen sind noch differenzierter zu analysieren.

Weitere Ergebnisse belegen, dass diese Zurücknahme mit erheblichen Zweifeln der Panelmitglieder daran einhergeht, dass die Ziele der 'friedlichen Revolution' im Herbst 1989 erreicht wurden bzw. die Ostdeutschen damit die Freiheit errungen haben:

Tabelle 1.3.3: Grundeinstellungen zur Wende

Das entspricht meiner Meinung

1 vollkommen
4 kaum

2 im großen und ganzen
5 überhaupt nicht

3 teils-teils

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)	X
--	---	---	-------	---	---	---	-------	---

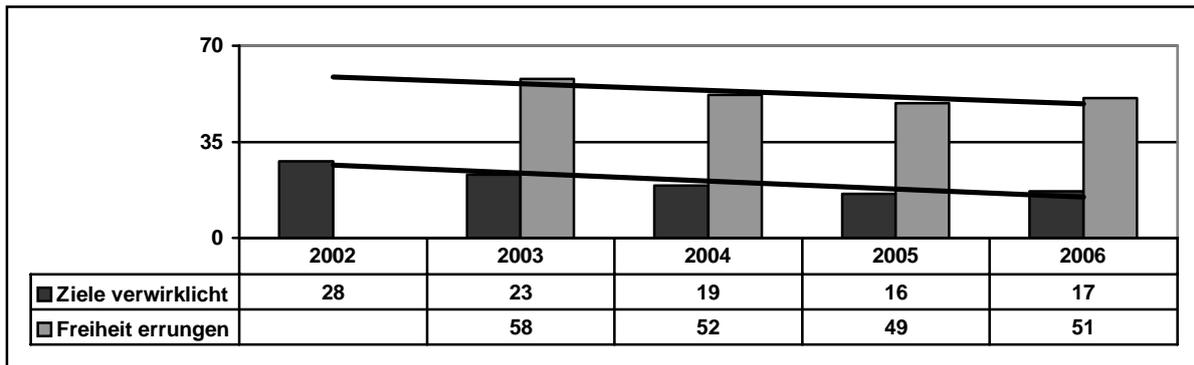
„Die Ziele der 'friedlichen Revolution' im Herbst '89 sind heute verwirklicht.“

2002	2	26	(28)	58	13	1	(14)	2,86
2003	2	21	(23)	58	17	2	(19)	2,96
2004	1	18	(19)	53	22	6	(28)	3,13
2005	2	14	(16)	51	26	7	(33)	3,21
2006	0	17	(17)	52	23	8	(31)	3,21

„Mit der friedlichen Revolution im Herbst '89 haben die Ostdeutschen die Freiheit errungen.“

2003	15	43	(58)	35	6	1	(7)	2,36
2004	17	35	(52)	37	9	2	(11)	2,45
2005	16	33	(49)	36	12	3	(15)	2,52
2006	16	35	(51)	35	11	3	(14)	2,49

Abbildung 1.3.3: Anteile der Panelmitglieder, die diesen Aussagen mehr oder weniger zustimmen



Fragetext siehe oben; die AP 1 und 2 wurden zusammengefasst.

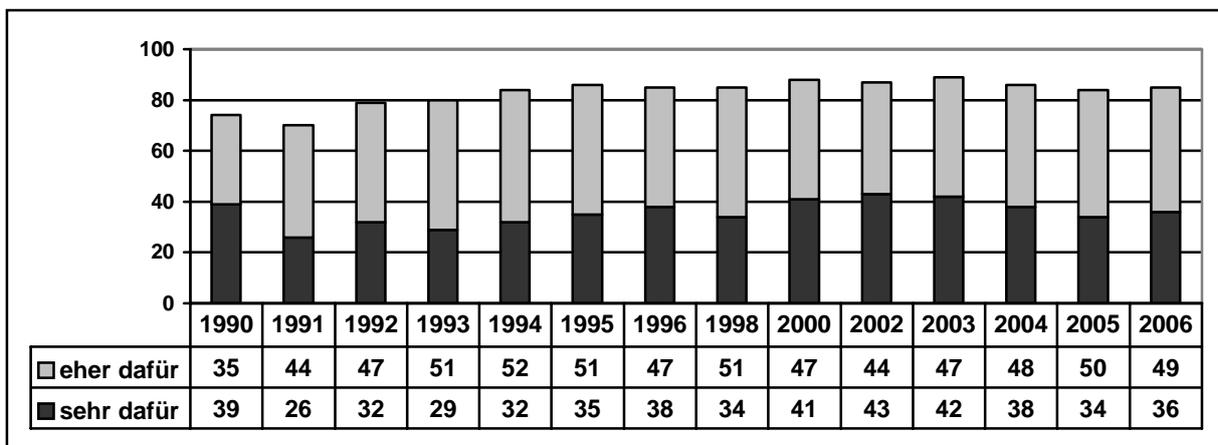
Rund die Hälfte (51%) der 33-Jährigen stimmt 2006 zu, dass die Ostdeutschen mit der Wende die Freiheit errungen haben. Die Tendenz seit 2003 ist rückläufig.

Nur noch 17% bejahen 2006, dass die damaligen Ziele verwirklicht wurden, 52% äußern sich ambivalent, immerhin 31% stellen das in Abrede. Die Tendenz der Zustimmung seit 2002 ist deutlich abnehmend.

1.4 Das vereinte Deutschland ist für die meisten der 33-Jährigen zu einer Selbstverständlichkeit und zugleich zu einer Utopie geworden.

Nach wie vor gilt: Die jungen Erwachsenen haben von dem vereinten Deutschland Besitz ergriffen, anerkennen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung und ihre berufliche Karriere, nicht zuletzt dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren. Das ist jedoch nicht gleich bedeutend mit einer Zustimmung zu den jetzigen gesellschaftlichen Verhältnissen.

Abbildung 1.4.1: Grundeinstellung zur deutschen Einheit im Trend 1990 bis 2006. Anteile einschränkungsloser (1) und eingeschränkter (2) Zustimmung



Fragetext: „Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD?“

1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

Die Daten von 1990 wurden im Frühjahr erhoben, also noch vor dem Beitritt. Ab 1991 wurde der Fragetext mit dem Satz eingeleitet: „Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt. Wie würden Sie heute antworten?“

Den Werten von 1990 ist hinzuzufügen, dass fast die Hälfte der Panelmitglieder (49%) das Tempo der Vereinigung als zu schnell empfand. Einem Drittel (31%) war es gerade recht, nur eine Minderheit hätte es gerne noch schneller gehabt (8%; zum damaligen Tempo der Vereinigung vgl. auch Förster/Roski 1990, S. 66).

Die Zusammenhangsanalyse zwischen dem Urteil derselben (!) Panelmitglieder über die Geschwindigkeit des „Zuges der deutschen Einheit“ und der heutigen Bejahung der deutschen Einheit belegt, dass dieses (vorwiegend von Zukunftsängsten bestimmte) Urteil noch heute nachwirkt: Wer damals meinte, dass dieser Prozess zu schnell verläuft, bejaht heute noch immer signifikant weniger häufig (insbesondere einschränkungslos) die deutsche Einheit als die übrigen Panelmitglieder bzw. spricht sich häufiger dagegen aus – ein interessanter Beleg für die Nachhaltigkeit damaligen Denkens und Fühlens über 16 Jahre hinweg.

In diesem Zusammenhang ist es nützlich (und nur bei einer Panelstudie möglich), an die überwiegend „gemischten“ Erwartungen der Panelmitglieder zur bevorstehenden Einheit zu erinnern. Dafür stehen die typischen Notizen einer Fachschulstudentin vom Frühjahr 1990:

„Es gibt viele Fragen, die ich mir stelle. Zum Beispiel, was wird, wenn die Wiedervereinigung da ist. Wird es bald in zunehmendem Maße Drogen, Gewalt und Verbrechen geben? Werden wir mit dem neuen Geld und der Wirtschaft zurechtkommen? Es wird sicher mehr Arbeitslose geben, die dann vielleicht auf der Straße landen. Ich habe irgendwie Angst vor der Zukunft und wiederum bin ich froh über die Wiedervereinigung und die Währungsunion. Ich bin noch ziemlich verwirrt, um mir jetzt eine richtige Meinung zu bilden. Immer wieder erfährt man etwas Neues. Ich hoffe, dass alles gut wird und dass man nicht bereuen muss.“

Ausschließlich zustimmende Äußerungen wie diese (meist von männlichen Teilnehmern geäußert) gab es nur wenige:

„Ich bin sehr froh über diesen Umbruch und hoffe, dass es so bald wie möglich zur deutschen Einheit kommt.“ (m)

„Ich weiß, dass im Westen auch nicht alles Gold ist, was glänzt, aber ich weiß, dass es die bessere Gesellschaftsordnung ist.“ (m)

Wesentlich häufiger wurden (insbesondere von weiblichen Teilnehmern) demgegenüber Auffassungen gegen die Vereinigung geäußert, zum Teil in drastischen Formulierungen, aus denen oft die Angst vor den Folgen der Einheit sprach:

„Was im Herbst 89 begann, war toll. Was jetzt geschieht, macht mir Angst. Ich bin gegen die Vereinigung zum jetzigen Zeitpunkt.“ (w)

„Ich bin auch nicht für die Wiedervereinigung... Den Menschen muss es doch genügen, dass die Grenzen offen sind und man überallhin fahren kann, wenn man das Geld hat.“ (w)

„Ich frage mich, wieso die Leute so dumm sind. Ich bin für keine Wiedervereinigung, weil ich einfach Angst um unser Leben habe. Wer weiß, wie viele in zwei Jahren auf der Straße sitzen, weil immer wieder was Neues erfunden wird, das die Menschen arbeitslos macht... Kein Wunder, wenn die Leute immer aggressiver und nervöser werden bei soviel Angst ums Leben.“ (w)

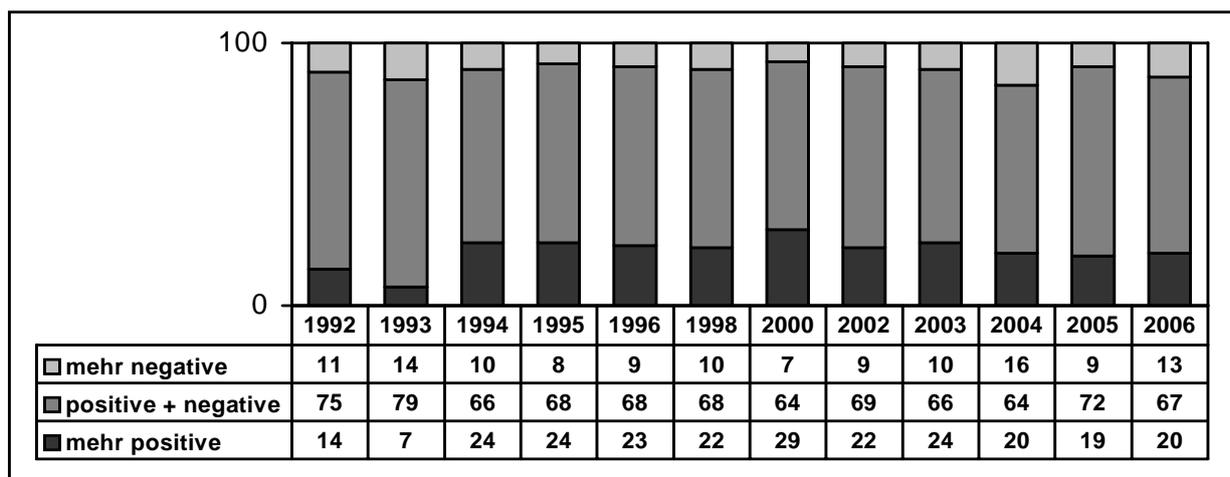
„Ich finde, die DDR-Bürger müssen aufpassen, dass sie nicht vor die Hunde gehen... Wir haben uns doch nicht von Honecker verabschiedet, um jetzt mit anzusehen, wie sich ein Herr

Kohl u. a. das einstecken, was sich früher Erich genommen hat. Einige wenige werden ein besseres Leben führen, aber ein Großteil der Bürger wird sehr bald merken, dass sich für ihn nicht viel in positiver Richtung ändert. Ich sehe für die Zukunft schwarz.“ (m)

Zurück zum Trend: Nach einer seit 1990 fast kontinuierlich wachsenden Bejahung (mit Ausnahme von 1998) war zwischen 2003 und 2005 ein signifikanter Rückgang zu beobachten, insbesondere der vorbehaltlosen Zustimmung. Diese Regression scheint sich 2006 nicht fortzusetzen. Allerdings hat sich seit 1990 nicht nur die quantitative Seite der Zustimmung zur Vereinigung verändert, sondern auch ihre qualitative, inhaltliche Seite: Konnte man Anfang der 1990er Jahre aus der Zustimmung der Panelmitglieder zur Einheit ziemlich sicher auf ihre Zufriedenheit mit dem neuen politischen System schließen, hat sich diese Beziehung später deutlich gelockert. Sie ist für sie (fast) kein Politikum mehr.

Trotz der überwiegenden Zustimmung zur Einheit werden ihre Folgen noch immer ambivalent beurteilt. Die Mehrheit der Panelmitglieder reflektiert seit 1992 sowohl positive als auch negative Veränderungen:

Abbildung 1.4.2: Urteile über die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung im Trend 1992 bis 2006



Fragetext: „Wenn Sie die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung bilanzieren: Gab es mehr positive oder mehr negative Veränderungen?“

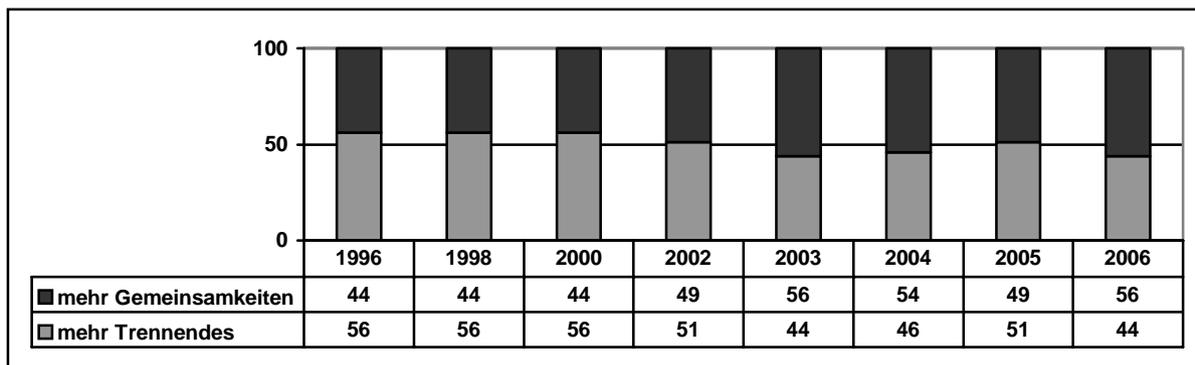
Insgesamt gesehen gab es in Ostdeutschland

1 mehr positive Veränderungen 2 sowohl positive als auch negative 3 mehr negative Veränderungen

Der bis 2000 erkennbare generelle Trend einer Zunahme der Auffassung, es gäbe mehr positive Veränderungen, scheint gestoppt, mit Sicherheit auf dem Hintergrund der immer deutlicher zu Tage tretenden wirtschaftlichen Krise in Ostdeutschland. Die Quote jener, die mehr negative Veränderungen reflektieren, schwankt zwischen 7% und 16%. Typisch ist jedoch durchgängig eine ambivalente Beurteilung, die zwischen 79% und 64% äußern.

Seit der 12. Welle 1996 wurde erhoben, ob es zwischen Ost- und Westdeutschen mehr Trennendes oder mehr Gemeinsamkeiten gibt:

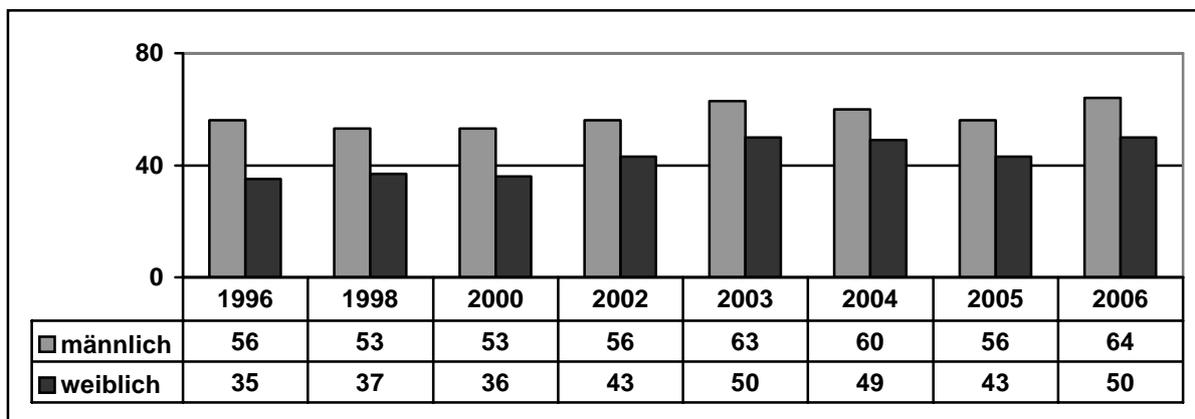
Abbildung 1.4.3: Mehr Trennendes oder mehr Gemeinsamkeiten?



Fragetext: „Gibt es gegenwärtig zwischen Ost- und Westdeutschen insgesamt gesehen mehr Trennendes oder mehr Gemeinsamkeiten?“

In diesen 10 Jahren entschieden sich zwar immer mehr der jetzt 33-Jährigen für die Einschätzung, dass die Gemeinsamkeiten gegenüber dem Trennenden überwiegen. Gegenüber 1996 (12. Welle) haben sich die Relationen sogar umgekehrt. Von den Panelmitgliedern im Westen sehen 65% mehr Gemeinsamkeiten, von denen im Osten 54% (sign.). Dennoch werfen diese Ergebnisse die Frage auf, ob diese Generation überhaupt noch die Erfahrung machen wird, dass die Gemeinsamkeiten vorherrschen und was damit eigentlich gemeint ist. In einigen sarkastischen Notizen wird erwartet, dass zunehmende Armut und sozialer Abstieg Gemeinsamkeiten werden könnten...

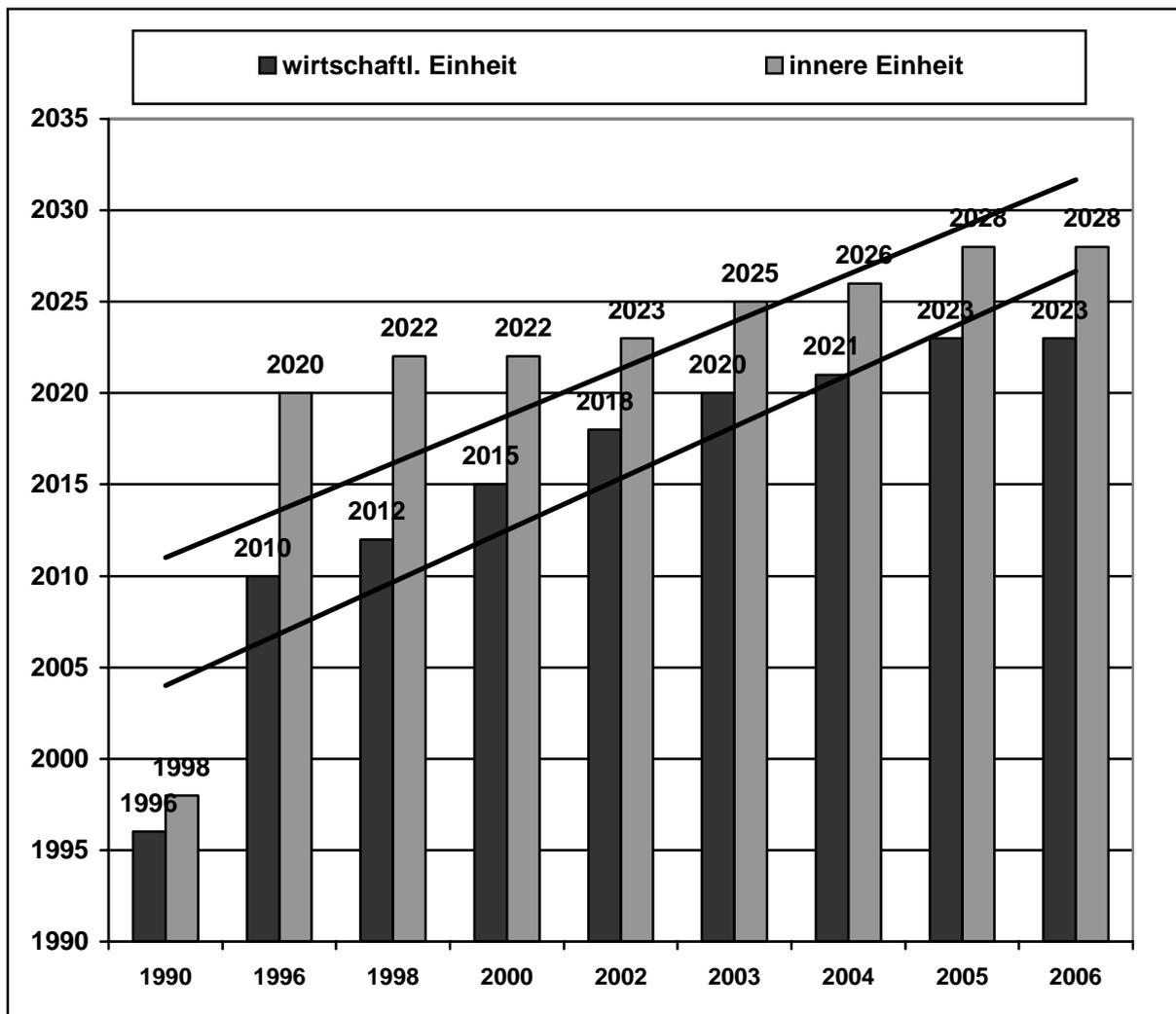
Abbildung 1.4.4: Anteile der Panelmitglieder, die mehr Gemeinsamkeiten reflektieren, differenziert nach den Geschlechtergruppen, im Trend 1996 bis 2006



Die ablesbaren erheblichen Unterschiede sind zu allen Zeitpunkten signifikant (alle $P < .05$), die jungen Frauen meinen seit 1996 durchweg weniger häufig, dass die Gemeinsamkeiten überwiegen. würden.

Hinzu kommt, dass die Verwirklichung der Einheit immer weiter in die Zukunft verlagert wird. Das geht aus zwei offenen Fragen (ohne Antwortvorgaben) danach hervor, wie lange es wohl dauern wird, bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen bzw. bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind. Die folgende Abbildung zeigt die auf dieser Grundlage jeweils berechneten prognostizierten Jahre:

Abbildung 1.4.5: Prognostizierte Jahre für die Herstellung der wirtschaftlichen bzw. inneren Einheit zu den acht Befragungszeitpunkten zwischen 1990 und 2006



- Fragetext: „Wie lange wird es dauern ...
 a) bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen?
 b) bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind?“ (freie Angaben in Jahren)

Die Daten von 1990 stammen nicht aus dieser Studie, sondern aus einer DDR-repräsentativen Umfrage des bis Ende 1990 noch bestehenden Zentralinstituts für Jugendforschung (Direktor: Prof. Dr. Walter Friedrich) vom September 1990 für den SPIEGEL, berechnet für die Altersgruppe der 18 - bis 24-Jährigen (vgl. hierzu SPIEGEL Spezial 1/1991; P. Förster/G. Roski 1990, S. 64 ff.)

Diese und weitere, noch heute lesenswerte Ergebnisse dieser „Spiegel-Umfrage“ des ZIJ wurde vom SPIEGEL zusammen mit den Vergleichswerten der westdeutschen Population (zeitgleich befragt von den Meinungsforschungsinstituten EMNID und USUMA) in dem Sonderheft 1/1991 der Reihe SPIEGEL SPEZIAL veröffentlicht.

Im Vorwort zu dieser Publikation, verfasst von dem verantwortlichen Redakteur Werner Harenberg, hieß es damals: „Fünftausend Stunden lang saßen Interviewer in den Wohnungen repräsentativ ausgewählter Männer und Frauen, stellten ihnen Fragen zu hundert Themen. Sie lieferten auf diese Weise das Material für die umfassendste Untersuchung über die Deutschen in Ost und West... Diese SPIEGEL-Untersuchung ist gleichsam eine Eröffnungsbilanz der gesamtdeutschen Bundesrepublik. Anhand der Umfragezahlen ist künftig, wenn sie fortgeschrieben werden, abzulesen, ob, wie und wann zusammenwächst, was zusammengehört. Die Untersuchung ist ein Gemeinschaftswerk des Bielefelder

Emnid-Instituts und des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung, von den gemeinsam erarbeiteten Fragebögen bis zu den Kommentaren ...“ (S. 3).

Die Fortschreibung der Daten zum Zusammenwachsen von Deutschland Ost und West war übrigens ein zentrales konzeptionelles Vorhaben des ZIJ nach der Wende (insbesondere mittels mehrerer Längsschnittstudien mit verschiedenen Alterskohorten), fand jedoch ein jähes Ende mit seiner „Abwicklung“ Ende 1990. Es ist aber ein Anliegen dieser Längsschnittstudie geblieben, bezogen auf die Altersgruppe der 1973 Geborenen (vgl. hierzu W. Friedrich/P. Förster/K. Starke 1999).

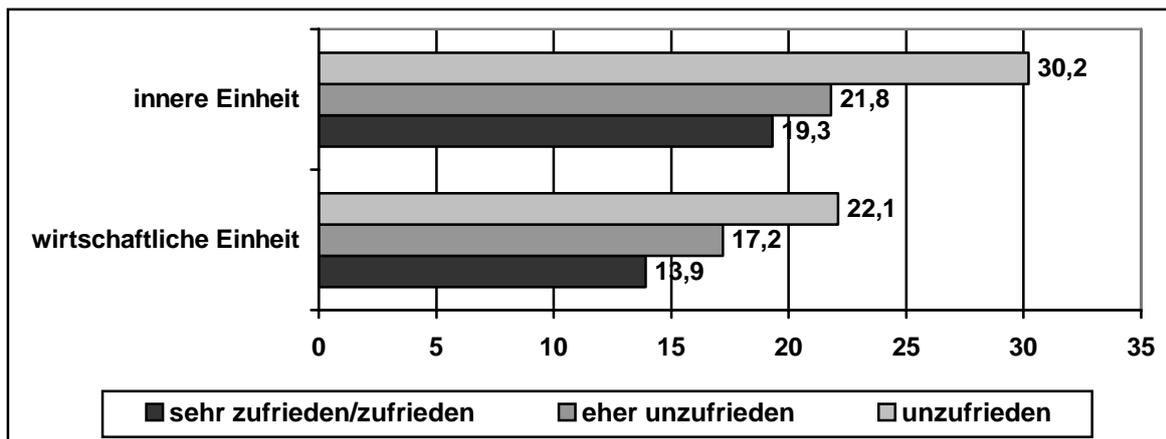
Ein bemerkenswertes Phänomen! Die seit Jahren ersichtliche Grundtendenz verstärkt sich zwar 2006 nicht mehr, bleibt aber auf einem hohen Niveau erhalten: Der vermutete Zeitpunkt für die Herstellung der wirtschaftlichen und der inneren Einheit wurde von Jahr zu Jahr weiter in die Zukunft hinaus geschoben, Widerspiegelung erheblicher Enttäuschungen von den Realitäten des Vereinigungsprozesses. Im Mittel gehen die Panelmitglieder 2006 davon aus, dass es noch rund 17 Jahre dauern wird, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland denen im Westen angeglichen sind (das wäre im Jahr 2023). Im September 1990, kurz vor der Vereinigung, wurde im Ergebnis einer identischen Frage für die Altersgruppe der 18 - 24-Jährigen ein Durchschnittswert von nur 6,2 Jahren berechnet (das wäre 1996 gewesen).

Diese Zeitvorstellungen der Panelmitglieder korrelieren natürlich deutlich mit ihren Einschätzungen, ob es gegenwärtig zwischen Ost- bzw. Westdeutschen mehr Gemeinsamkeiten oder mehr Trennendes gibt: Für jene, die 2006 mehr Gemeinsamkeiten entdecken, wird diese wirtschaftliche Angleichung „nur“ noch 14,8 Jahre dauern gegenüber 20,1 Jahren bei denen, die mehr Trennendes sehen!

Noch mehr Zeit wird den Vorstellungen der jungen Erwachsenen zufolge vergehen, bis die Ostdeutschen und Westdeutschen zu einer „richtigen Gemeinschaft“ zusammengewachsen sind: im Durchschnitt 22 Jahre (d. h. im Jahre 2028). 1990 wurde hierzu ein Mittelwert von nur 8,2 Jahren ermittelt (das wäre 1998 gewesen). Für jene, die zwischen Ost- und Westdeutschen mehr Gemeinsamkeiten reflektieren, wird dieser Prozess 18,8 Jahre dauern gegenüber 27,1 Jahren bei denen, die mehr Trennendes sehen!

Zu fragen ist natürlich, ob diese zeitlichen Vorstellungen überhaupt relevant sind oder von den Panelmitgliedern nur ausgedacht. Dazu genügt es, auf den signifikanten Zusammenhang mit ihrer Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung zu verweisen:

Abbildung 1.4.6: Zeitliche Vorstellungen bis zur wirtschaftlichen bzw. inneren Einheit bei Panelmitgliedern mit unterschiedlicher Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung 2006



Die Mittelwerte für die Dauer der Einheit unterscheiden sich bei beiden Seiten erheblich. Panelmitglieder, die sehr zufrieden oder zufrieden mit der gesellschaftlichen Entwicklung sind, denken an weitaus kürzere Zeiten als jene, die unzufrieden sind. Umgekehrt (hier nicht direkt dargestellt) lassen längere Zeiten auf deutlich geringere Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung schließen.

Aufschlussreich ist schließlich auch das Ergebnis einer weiteren Frage nur an die Osten lebenden Panelmitglieder, wie lange es dauern wird, bis ihr Einkommen 100% des Einkommens im Westen betragen wird. 2004 wurde dazu ein Mittelwert von 15,9 Jahren berechnet, 2006 sind es 15,8 Jahre! Die Panelmitglieder wären dann knapp 50 Jahre alt.

Fazit: In den Vorstellungen der Panelmitglieder hat sich die tatsächliche deutsche Einheit mehr und mehr in eine Utopie verwandelt...

Als „Gewinner“ der deutschen Einheit verstehen sich 2006, 16 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur BRD, mit 47% weniger als die Hälfte der 32-Jährigen, die meisten davon mit der Einschränkung „Ja, etwas schon“:

Tabelle I.4.1: Gewinner der Einheit 2005 und 2006

„Fühlen Sie sich als Gewinner der deutschen Einheit?“

1 ja, vollkommen 2 ja, etwas schon 3 nein, eigentlich nicht 4 nein, absolut nicht

	1	2	(1+2)	3	4
2005	10	34	(44)	35	21
2006	11	36	(47)	40	13
männlich	12	48	(60)	31	9
weiblich	10	26	(36)	48	16
Status					
Beamte	28	44	(72)	22	6
Selbstständige	26	42	(68)	29	3
Angestellte	11	37	(48)	43	9
Arbeiter	4	45	(49)	36	15
Elternzeit (nur w)	16	16	(32)	57	11
Aktuell Arbeitslose	0	31	(31)	37	32

Bisherige kumulierte Dauer von Arbeitslosigkeit:

Null Monate	18	38	(56)	38	6
1 bis 4 Monate	15	39	(54)	37	9
5 bis 11 Monate	8	36	(44)	43	13
12 Monate und mehr	4	31	(35)	42	23

Zufriedenheit mit den Möglichkeiten politischer Teilnahme

Zufrieden	26	30	(56)	44	0
Eher zufrieden	18	42	(60)	37	3
Eher unzufrieden	8	37	(45)	41	14
Unzufrieden	5	25	(30)	39	31

Zufriedenheit mit der Chancengerechtigkeit

Zufrieden	43	34	(77)	21	2
Eher zufrieden	11	44	(55)	37	8
Eher unzufrieden	3	31	(34)	52	14
Unzufrieden	3	17	(20)	37	43

Glaube Sie an einen Gott?

Ja	14	44	(58)	32	10
Nein	11	30	(41)	43	16
Unklar	9	43	(52)	42	6

Von den jungen Männern fühlen sich immerhin 60% als „Gewinner“, von den jungen Frauen dagegen nur 36%, ein gravierender Unterschied, der schlaglichtartig die bei ihnen durch den Beitritt bewirkten Nachteile und Rückschritte auf vielen Gebieten widerspiegelt.

Erstaunlich deutlich differenziert der aktuelle sozioökonomische Status: Während sich von den Beamten bzw. Selbstständigen deutlich mehr als die Hälfte als „Gewinner“ fühlen (72% bzw. 68%), äußern dies lediglich rund ein Drittel der jungen Frauen in der Elternzeit (32%) bzw. derer, die aktuell arbeitslos sind (32%)!

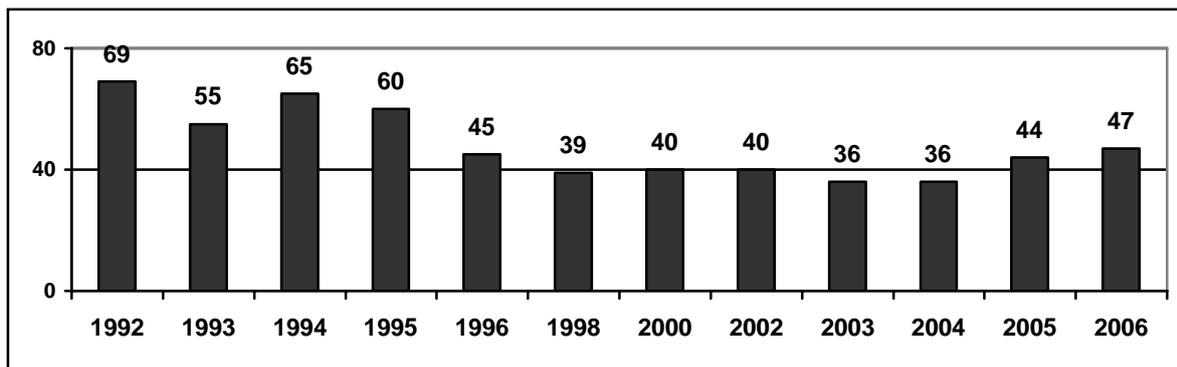
Gläubige Panelmitglieder (24%), fühlen sich zwar signifikant häufiger auf der Gewinnerseite, aber auch bei ihnen stellen das 42% in Abrede.

Wir heben hier auch noch hervor, dass erfahrene Arbeitslosigkeit, aber auch die verbreitete Unzufriedenheit mit der Teilhabe an der Demokratie bzw. die Unzufriedenheit mit der realen Chancengerechtigkeit, das Gefühl, zu den „Gewinnern der deutschen Einheit“ zu gehören, signifikant einschränken. Wir gehen auf diese und weitere Einflussfaktoren noch ausführlicher ein.

1.5 Die Kritik gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem nimmt weiter zu

Eine der wichtigsten Erkenntnisse der bisherigen Analysen bei den TeilnehmerInnen der Studie lautet: Die mehrheitliche Bejahung der deutschen Einheit ist nicht identisch mit der Zustimmung zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem. Bestand Anfang der 90er Jahre noch eine hohe positive Korrelation zwischen beiden, konnte man von der Bejahung der Einheit also auch auf eine Bejahung des Gesellschaftssystems schließen, hat sich diese Beziehung inzwischen erheblich gelockert:

Abbildung 1.5.1: Prozentquoten der Panelmitglieder mit einschränkungsloser Zustimmung zur Einheit, die zugleich völlig mit dem politischen System zufrieden sind, im Trend zwischen 1992 und 2006



Selbst uneingeschränkte Zustimmung der Panelmitglieder zur deutschen Einheit schließt nicht zugleich auch ihre Systemzufriedenheit ein. 1992 war das zwar noch bei 69 % der Fall, ging danach jedoch deutlich zurück. 2006 waren von jenen, die die deutsche Einheit uneingeschränkt bejahten, lediglich 47 % zugleich zufrieden mit dem politischen System. Die Haltung zur deutschen Einheit stellt 2006 in weitaus geringerem Maße als in der ersten Hälfte der 1990er Jahre ein Politikum dar.

1.5.1 Geringe Zufriedenheit mit grundlegenden Seiten der Politik

Das jetzige Gesellschaftssystem wird auch reichlich anderthalb Jahrzehnte nach der Herstellung der Einheit mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet, in jüngster Zeit sogar mit deutlich zunehmender Tendenz:

Tabelle 1.5.1: Zufriedenheit mit der Gesellschaft, 20. Welle 2006

„Wie zufrieden sind Sie mit dem Folgenden?“

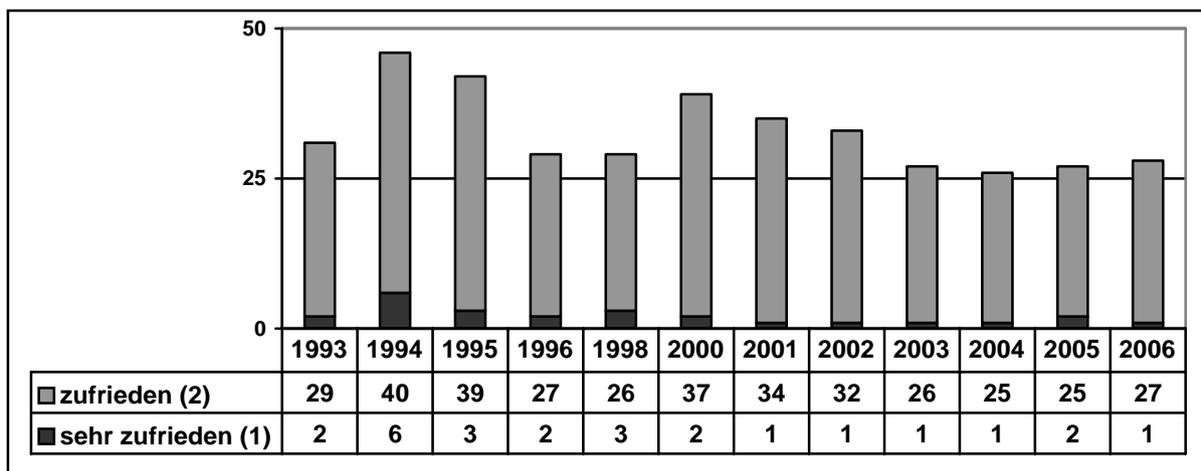
1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

	1	2	(1+2)	3	4
mit der Außenpolitik	4	47	(51)	37	12
mit der Demokratie	2	36	(38)	48	14
mit der Wirtschaftsordnung	1	27	(28)	53	19
mit dem politischen System in der BR Deutschland	1	24	(25)	53	22
mit der Bildungspolitik	0	15	(15)	48	37
mit der Sozialpolitik	0	10	(10)	49	41
mit der Lohnpolitik in Ostdeutschland	0	10	(10)	31	59
mit der Gesundheitspolitik	0	9	(9)	47	44
mit der Familienpolitik	0	9	(9)	46	45
mit der Arbeitsmarktpolitik	0	3	(3)	34	63

Je mehr Daten mit zunehmender Dauer der Studie zur Verfügung stehen, desto klarer tritt die generelle Tendenz der Urteile über die untersuchten Aspekte hervor: Von der Außenpolitik abgesehen, überwiegt die Unzufriedenheit bei weitem.

Das gilt in besonderem Maße für die gegenwärtige Wirtschaftsordnung, das politische System und die Demokratie, proklamierte Grundlagen der jetzigen Ordnung:

Abbildung 1.5.1: Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung im Trend 1993 - 2006. Anteile sehr starker (AP 1) bzw. starker Zufriedenheit (AP 2)



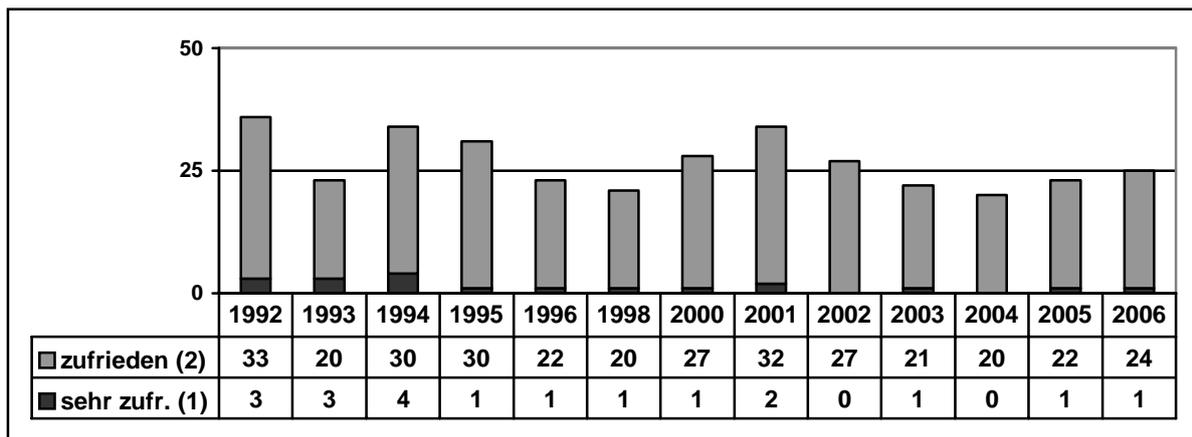
Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der jetzigen Wirtschaftsordnung?“

1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

Der Prozentanteil der mehr oder weniger stark zufriedenen Panelmitglieder hat zu keinem Zeitpunkt die 50%-Marke erreicht, sehr zufrieden ist nur eine Minderheit. Die 33-Jährigen stehen der jetzigen Wirtschaftsordnung nach vielen Jahren eigener Erfahrung mehrheitlich kritisch gegenüber. Außerdem fällt der erste deutliche Abwärtstrend der Zufriedenheit zwischen 1994 und 1998 von 46% auf 29% auf, am Ende der Kohl-Regierung. Im Jahr 2000 (nach dem Regierungswechsel zu Rot-Grün) schien dieser Abwärtstrend gestoppt zu sein, hat sich danach – auch über die Bildung der Großen Koalition hinweg - jedoch erneut durchgesetzt, nun auf einem noch niedrigeren Niveau. Seit 2004 äußert nur noch rund ein Viertel Zufriedenheit (2006: 28%), das sind die bisher geringsten Anteile seit Beginn unserer Erhebungen hierzu im Jahr 1993.

Sehr ähnlich verlief die Entwicklung der Zufriedenheit mit dem politischen System:

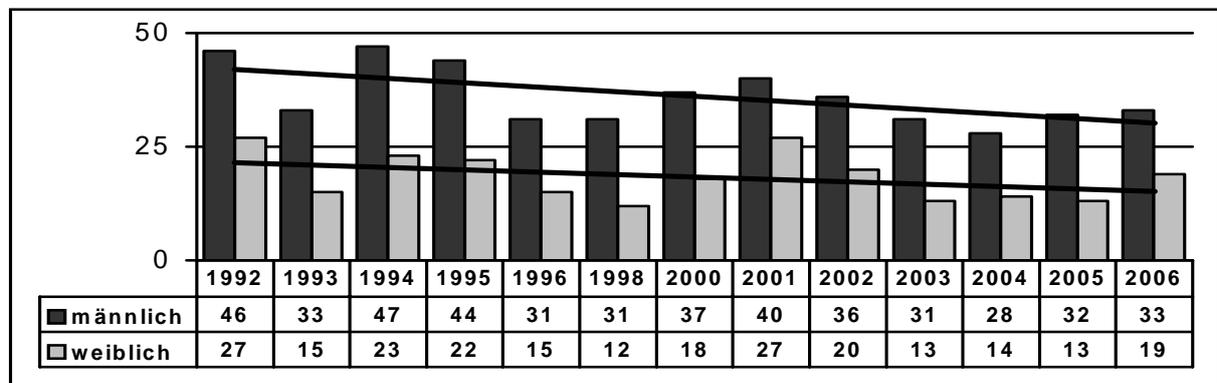
Abbildung 1.5.2: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 - 2006. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Zufriedenheit (2)



Der Anteil systemzufriedener Panelmitglieder geht zu keinem Zeitpunkt über ein reichliches Drittel hinaus, nur wenige davon sind sehr zufrieden. Das bisherige Maximum der Zufriedenheitsquote betrug 36% (1992). Zwischen 1994 und 1998 war ebenfalls ein signifikanter Abwärtstrend zu erkennen. Die erneute leichte Zunahme der Systemzufriedenheit nach dem Regierungswechsel 1998, ablesbar an den Werten für 2000 und 2001, weicht ab 2002 wieder einem deutlichen Negativtrend. 2006, nach der vorgezogenen Bundestagswahl im Herbst 2005 sind lediglich 25% mit dem politischen System zufrieden.

Sowohl in Bezug auf die jetzige Wirtschaftsordnung als auch auf die politische Legitimität sind die weiblichen Panelmitglieder erheblich kritischer als ihre männlichen Altersgefährten. Wir belegen das anhand der Daten zum politischen System:

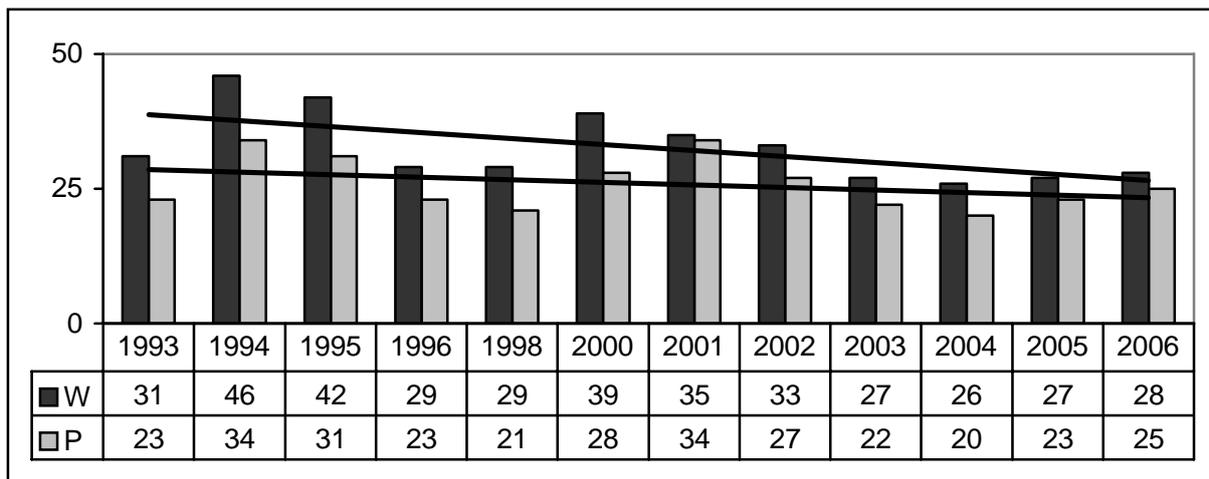
Abbildung 1.5.3: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 bis 2006 nach den Geschlechtergruppen differenziert. Zusammengefasste Anteile sehr starker (1) und starker Zufriedenheit (2)



Die Unterschiede sind über den gesamten Zeitraum hinweg signifikant. Außerdem verlaufen beide Trendlinien in negativer Richtung.

Aufschlussreich ist eine zeitlich synchron verlaufende Betrachtung der Veränderungen hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung einerseits und dem politischen System andererseits:

Abbildung I.5.4: Trend der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung (W) bzw. dem politischen System (P) zwischen 1993 und 2006, zeitgleich im Zusammenhang betrachtet. Die Häufigkeiten sehr zufriedener (AP 1) und zufriedener Panelmitglieder (AP 2) wurden zusammengefasst.



Anhand der Daten über die in diesem Zeitraum und in dieser Weise abgelaufenen Bewusstseinsprozesse in einer identischen Personengruppe ist die durchgehende Tendenz ablesbar, dass in diesem reichlichen Jahrzehnt die Zufriedenheit mit dem politischen System um so geringer ausfällt, je schwächer die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung ist – Widerspiegelung eines engen Zusammenhanges zwischen wirtschaftlichen Effektivität und politischer Legitimität des Systems. Daran wird sich wohl auch künftig nichts ändern. Das belegen auch die durchgängig signifikanten Zusammenhänge zwischen beiden Aspekten (z. B. 2005: $r = .66$; $P = < .000$; 2006: $r = .68$; $P = 0 < .000$).

Zur Veranschaulichung stellen wir hier für 2006 die komplette Kontingenztafel dar:

Tabelle 1.5.2: Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung einerseits und dem gegenwärtigen politischen System andererseits:

„Wie zufrieden sind Sie mit“ ...
 - der jetzigen Wirtschaftsordnung
 - mit dem politischen System

1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

	1+2	3	4	n
<u>jetzige Wirtschaftsordnung:</u>				
1+2	67	29	4	109
3	10	78	12	200
4	3	21	76	71
<u>Politisches System:</u>				

Pearsons $R = .66$ (Significance = .00000); Contingency Coefficient = .65 (Appr. Significance = .00000). Kein Erwartungswert < 5 .

Anmerkung: Die Skalenplätze 1 und 2 mussten bei beiden Aspekten wegen zu geringer Besetzung des Platzes 1 (sehr zufrieden, $n =$ jeweils 3) zusammengefasst werden.

Je zufriedener die Panelmitglieder 2006 mit der Wirtschaftsordnung sind, desto zufriedener sind sie auch mit dem politischen System; das gilt natürlich auch umgekehrt.

Im Zusammenhang mit der Haltung der Panelmitglieder zur jetzigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung fügen wir hier noch einige Ergebnisse an, die erst in den letzten Jahren gewonnen wurden und zu denen noch keine langfristigen Trends zur Verfügung stehen:

Tabelle I.5.3: Zweifel an der Überlegenheit des jetzigen Wirtschaftssystem 2005 und 2006

„Der Kapitalismus ist das beste Wirtschaftssystem, das die Geschichte bisher hervorgebracht hat.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)
2005	3	6	(9)	22	29	40	(69)
2006	3	5	(8)	23	30	39	(69)
männlich	5	7	(12)	26	26	36	(62)
weiblich	1	4	(5)	20	33	42	(75)
Aktuell Arbeitslose	0	0	(0)	16	29	55	(84)

Nach 16 Jahren persönlichen Erfahrungen bejahen bisher 8% diese häufig zu lesende Auffassung, 23% äußern sich ambivalent und 69% widersprechen. Die jungen Frauen sind noch erheblich kritischer als ihre männlichen Altersgefährten, ebenso jene 33-Jährigen, die zum Zeitpunkt der Untersuchung arbeitslos waren. Von ihnen bejaht keiner einziger diese These.

Damit stimmen weitgehend auch ihre Auffassungen zu den „Hartz IV“ - Verordnungen bzw. zu „Alg II“ überein:

Tabelle I.5.4: Urteile über „Hartz IV“ und „Alg II“ 2006

Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1,2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>„Hartz IV bedeutet Armut für die Betroffenen“</i>						
2005	46	23	(69)	20	8	3
2006	40	23	(63)	23	10	4
aktuell arbeitslos	59	12	(71)	24	5	0
zählt sich zur „Mittelschicht“	36	23	(59)	26	11	4
zählt sich zur „Unterschicht“	52	26	(78)	13	7	2
<i>„Auch mit Alg II kann man in Würde leben“</i>						
2005	2	6	(8)	21	28	43
2006	3	9	(12)	23	33	32
aktuell arbeitslos	0	0	(0)	10	44	46

69% sind der Meinung, dass „Hartz IV“ Armut für die Betroffenen bedeutet. Damit korreliert sehr eng die mehrheitliche Zurückweisung der amtlich sanktionierten Auffassung, dass man mit dem Arbeitslosengeld II „in Würde leben könne“ (Beschluss des Berliner Sozialgerichts vom 2. August 2005).

Ebenfalls zu allen Zeitpunkten schwach entwickelt war die Zufriedenheit mit der Demokratie, seit 10 Jahren untersucht. Wir führen zunächst einige wesentliche Differenzierungen an:

Tabelle 1.5.5: Zufriedenheit mit der Demokratie 2006, differenziert betrachtet
 „Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie?“

	1 sehr zufrieden	2 zufrieden	3 weniger zufrieden	4 unzufrieden	
	1	2	(1+2)	3	4
Gesamt	2	36	(38)	48	14
Männlich	3	46	(49)	36	15
Weiblich	1	27	(28)	58	14
Lebt im Osten	2	34	(36)	48	16
Lebt im Westen	4	41	(45)	47	8
<u>Qualifikation (Hauptgruppen)</u>					
Hochschule/Promotion	8	47	(55)	37	8
Fachschule	0	39	(39)	47	14
Facharbeiter/in	1	28	(29)	53	18
Zählt sich zur „Mittelschicht“	3	38	(41)	47	12
Zählt sich zur „Unterschicht“	0	23	(23)	51	26
<u>„Gewinner der Einheit“?</u>					
ja, vollkommen	12	58	(70)	26	4
ja, etwas schon	2	48	(50)	46	4
nein, eigentlich nicht	1	23	(24)	57	19
nein, absolut nicht	2	20	(22)	41	37
<u>Haben Sie die Erfahrung gemacht, dass Sie Einfluss auf die Gesellschaft nehmen können?</u>					
Ja	7	55	(62)	34	4
Nein	2	28	(30)	51	19
<u>„Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.“</u>					
Vollkommen	2	26	(28)	48	24
Mit Einschränkung	1	33	(34)	54	12
Teils-teils	3	37	(40)	49	11
Kaum/überhaupt nicht	6	59	(65)	27	8
<u>Gesamtdauer bisheriger Arbeitslosigkeit</u>					
Null Monate	4	41	(45)	44	11
1 bis 4 Monate	3	42	(45)	42	13
5 bis 11 Monate	1	34	(35)	45	20
12 Monate und mehr	1	28	(29)	56	15

38% der 33-Jährigen sind mit der Demokratie zufrieden, allerdings fast alle von ihnen mit Einschränkung. Die jungen Frauen äußern sich erheblich weniger positiv als ihre männlichen Altersgefährten. Panelmitglieder im Westen sind nur tendenziell zufriedener, der Grenzwert für P wird knapp verfehlt (.08).

Höher Qualifizierte sind deutlich häufiger zufrieden als weniger Qualifizierte. Das betrifft insbesondere Panelmitglieder, die mit Abschluss studiert haben. Sehr geringe Zufriedenheit ist bei jenen festzustellen, die sich der „Unterschicht“ zurechnen!

Demokratiezufriedenheit hat sehr viel mit damit zu tun, ob man sich zu den „Gewinnern“ oder zu den „Verlierern“ der Einheit zählt. Hier gilt natürlich auch die Umkehrung.

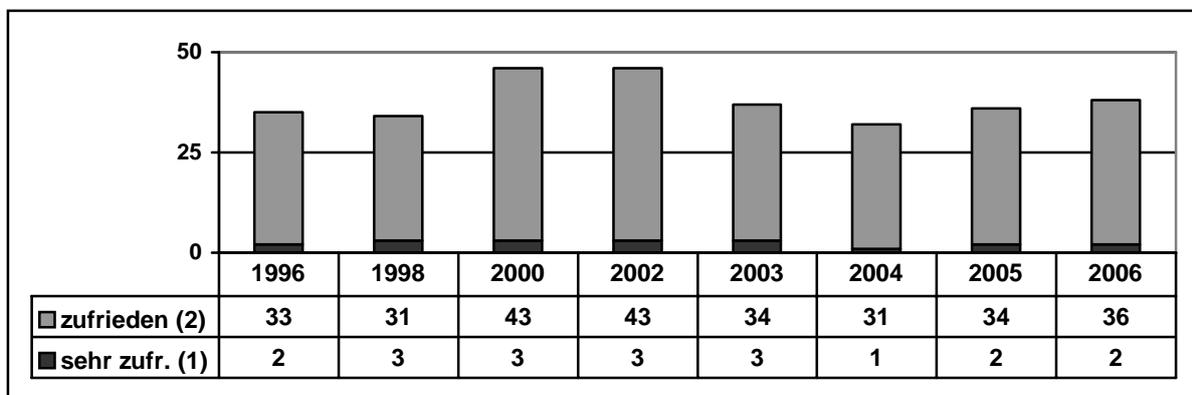
Eine entscheidende Einflussgröße ist die eigene Erfahrung politischer Partizipation: Von denen, die diese Erfahrung gemacht haben, sind auch die meisten (62%) mit der Demokratie zufrieden. Allerdings ist die Gruppe mit 12% ziemlich klein. Wir kommen darauf zurück.

Besonders kritisch stehen der real existierenden Demokratie jene Panelmitglieder gegenüber, die den Sozialismus mehr oder weniger stark für eine „gute Idee“ halten. Das lässt darauf schließen, dass auch grundsätzliche Vorstellungen von Demokratie eine erhebliche Rolle spielen, Kritik an der realen Situation fördern.

Auch erfahrene Arbeitslosigkeit spielt eine große Rolle, wir gehen noch näher darauf ein.

Aufschlussreich ist wiederum der Trend seit 1996:

Abbildung 1.5.5: Zufriedenheit mit der Demokratie im Trend 1996 bis 2006. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Zufriedenheit (2)



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie?“

1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

Knapp die Hälfte war 2000 und 2002 bisher das Maximum derer, die sich zufrieden mit der Demokratie äußern, wobei der Anteil sehr zufriedener lediglich 2 bis 3% beträgt. Interessant ist, dass wie in vielen anderen Bereichen auch im Hinblick auf die Demokratie nach dem Regierungswechsel 1998 (hier ab 2000) ein beträchtlicher, signifikanter „Aufschwung“ sichtbar wird, der jedoch wohl nur Ausdruck kurzlebiger Hoffnungen war. Danach stürzte der Anteil der alles in allem zufriedenen Panelmitglieder wieder deutlich ab, ob die Daten von 2005 bzw. 2006 auf eine Trendwende hinweisen, bleibt abzuwarten.

An dieser Stelle muss angedeutet werden, dass die Anlage der Untersuchung als Panelstudie noch eine andere Aufbereitung und Darstellung der Ergebnisse möglich macht. Sie wurde von uns noch nicht durchgehend praktiziert, angesichts der Bedeutung des Gegenstandes Demokratie führen wir sie hier mit an. Wir wechseln dazu die Blickrichtung: Wir fragen nicht nach der (durchschnittlichen) Ausprägung der Demokratiezufriedenheit in der Gesamtgruppe zu einem bestimmten Zeitpunkt (z. B. 18. oder 19. oder 20. Welle bzw. 2004 oder 2005 oder 2006), sondern wollen wissen, wie sich diese Ausprägung bei den Individuen, den einzelnen Panelmitgliedern über einen längeren Zeitraum widerspiegelt, ob und inwieweit man von einer verinnerlichten Haltung sprechen kann. Das Mittel dafür ist eine Typenbildung.

Wir wählen hier den Zeitraum zwischen 2004 bis 2006, also über drei Jahre, und legen den Berechnungen eine leicht vereinfachte, dichotomisierte Skala zugrunde: Die Positionen „1 sehr zufrieden“ und „2 zufrieden“ werden zu „1 zufrieden“ zusammengefasst, die Positionen

„3 weniger zufrieden“ und „4 unzufrieden“ zu „unzufrieden“. Damit ergeben sich für diese drei Jahre folgende Längsschnitt - Konfigurationen/Typen:

Tabelle 1.5.6: Längsschnitt - Konfigurationen der dichotomisierten Angaben der Panelmitglieder zu ihrer Zufriedenheit mit der Demokratie in den Jahren 2004, 2005 und 2006, nach den Geschlechtergruppen differenziert (N = 356).

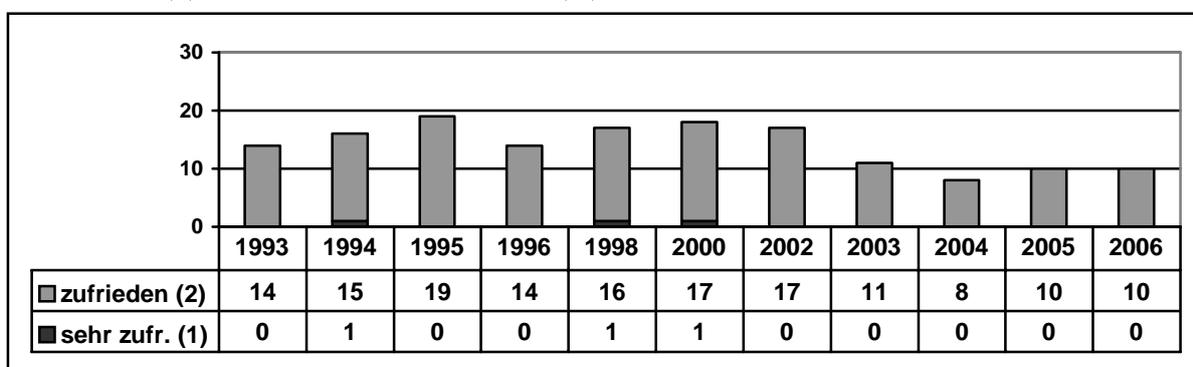
Nr.	Konfiguration	n	Gesamt	% männlich	% weiblich
			%		
1	1 1 1	69	19,4	24	15
2	1 1 2	16	4,5	8	1
3	1 2 1	16	4,5	5	4
4	1 2 2	18	5,1	4	6
5	2 1 1	23	6,5	10	4
6	2 1 2	15	4,2	5	4
7	2 2 1	28	7,9	10	6
8	2 2 2	171	48,0	34	60!

Legen wir diesen längerfristigen und individuumsbezogenen Maßstab zugrunde, dann äußern sich über diese drei Jahre hinweg 19,4% der jetzt 33-Jährigen mehr oder weniger zufrieden mit der Demokratie (Konfiguration 1 1 1). Dem stehen 48% jener gegenüber, die sich zu allen Zeitpunkten mehr oder weniger unzufrieden geäußert haben (2 2 2). Bei den jungen Frauen steigt diese Quote auf 60%. Stellen wir höhere Ansprüche an die Zeitspanne (etwa seit 2000), schrumpfen die Quoten derer, die kontinuierlich mit der Demokratie tatsächlich mehr oder weniger zufrieden sind, weiter zusammen; wir gehen dem hier zunächst nicht weiter nach.

Erstaunlich ist generell, dass über die Ursachen für die im Grunde genommen katastrophal geringe Zufriedenheit mit der erklärten Herrschaftsform in der Bundesrepublik wenig bekannt ist. Meist wird diese Frage auch nicht gestellt. Auf Ergebnisse unserer Studie zu möglichen Gründen bei den Panelmitgliedern gehen wir noch ein.

Nur Minderheiten äußerten sich im Untersuchungszeitraum mehr oder weniger positiv über die Sozialpolitik. Die bisher höchste Prozentquote der zufriedenen Panelmitglieder betrug im Jahr 1995 19%:

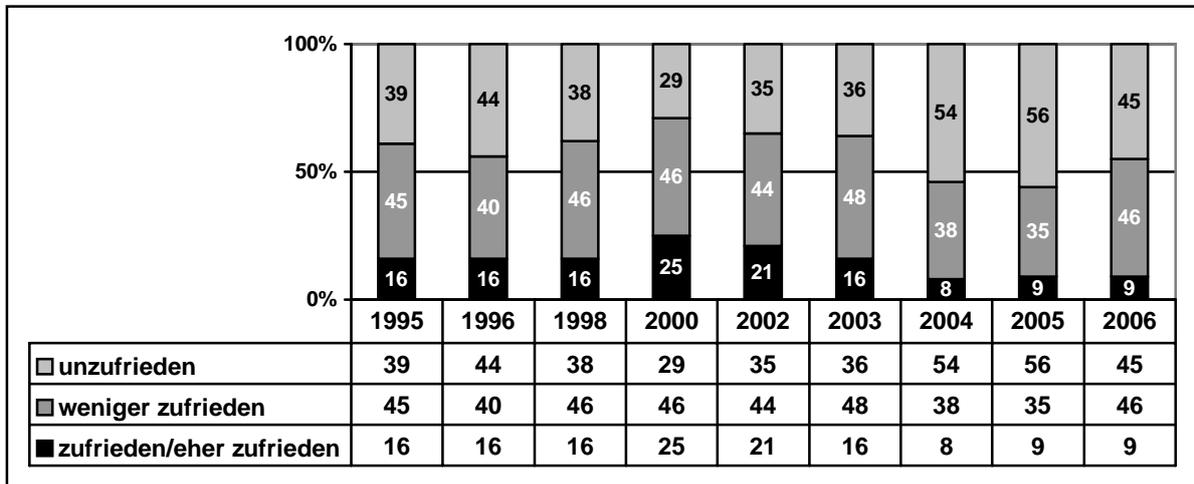
Abbildung 1.5.6: Zufriedenheit mit der Sozialpolitik im Trend 1993 bis 2006. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Zufriedenheit (2)



Auch nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998 blieb die Zufriedenheitsquote gering. 2005 und 2006 wird der bisher zweitschlechteste Wert von 10% erreicht, der Anteil sehr zufriedener Panelmitglieder liegt bei Null. Nach der Bildung der Großen Koalition gab es noch keine Veränderungen.

Aufschlussreich ist auch der Trend zur Zufriedenheit mit der Familienpolitik, die für die 33-Jährigen inzwischen von hoher Relevanz ist. Da hier vor allem die Prozentquoten unzufriedener Panelmitglieder zugenommen hat, stellen wir deren Anteile mit dar:

Abbildung 1.5.7: Zufriedenheit mit der Familienpolitik im Trend 1996 bis 2006



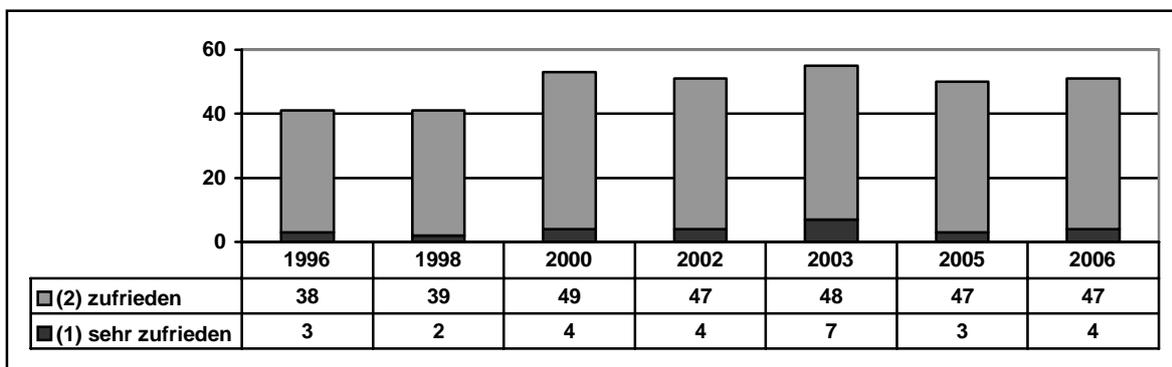
Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der Familienpolitik?“

1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

Der Anteil der mehr oder weniger Zufriedenen liegt weiterhin unter 10%, es gibt nur eine leichte Verschiebung zwischen den Relationen der weniger Zufriedenen bzw. völlig Unzufriedenen zugunsten Ersterer – möglicherweise eine Reaktion auf die Bildung der Großen Koalition. Auch hier fällt auf, dass sich nach dem Regierungswechsel 1998 (hier ab 2000) zunächst eine positive Tendenz andeutete, die sich danach jedoch kontinuierlich umkehrte.

Schließlich führen wir nur knapp kommentiert die Trends der Zufriedenheitsquoten für die Außenpolitik, die Gesundheitspolitik und die Lohnpolitik im Osten an:

Abbildung 1.5.8: Zufriedenheit mit der Außenpolitik im Trend 1996 bis 2006

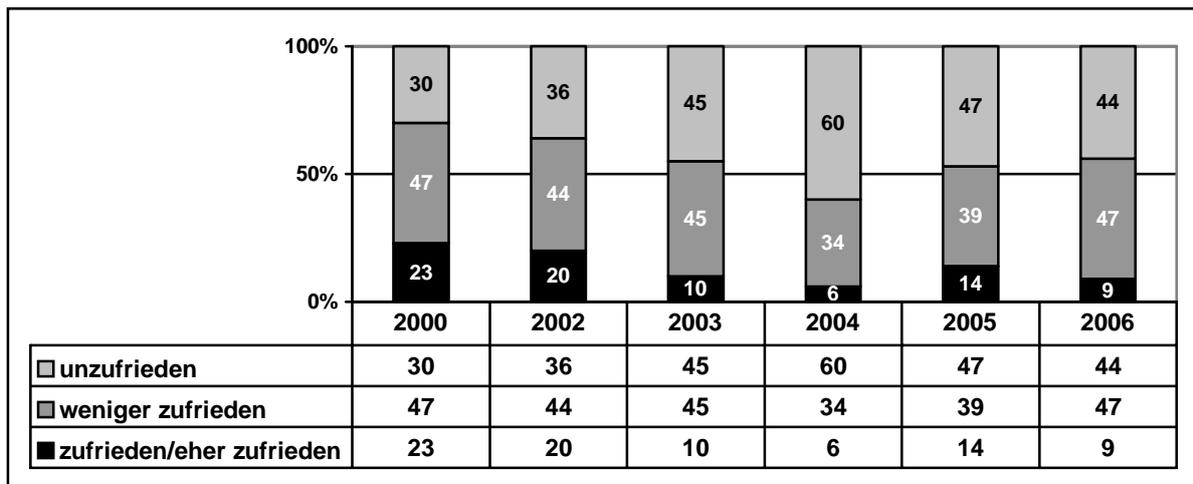


Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der Außenpolitik?“

1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

Bereits vor dem Regierungswechsel 1998 (hier ab 2000) war die Zufriedenheit mit der Außenpolitik weitaus höher als mit allen anderen Seiten der Politik. Danach stieg sie signifikant an und verbleibt seitdem auf einem verhältnismäßig hohem Niveau.

Abbildung 1.5.9: Zufriedenheit mit der Gesundheitspolitik im Trend 2000 bis 2006

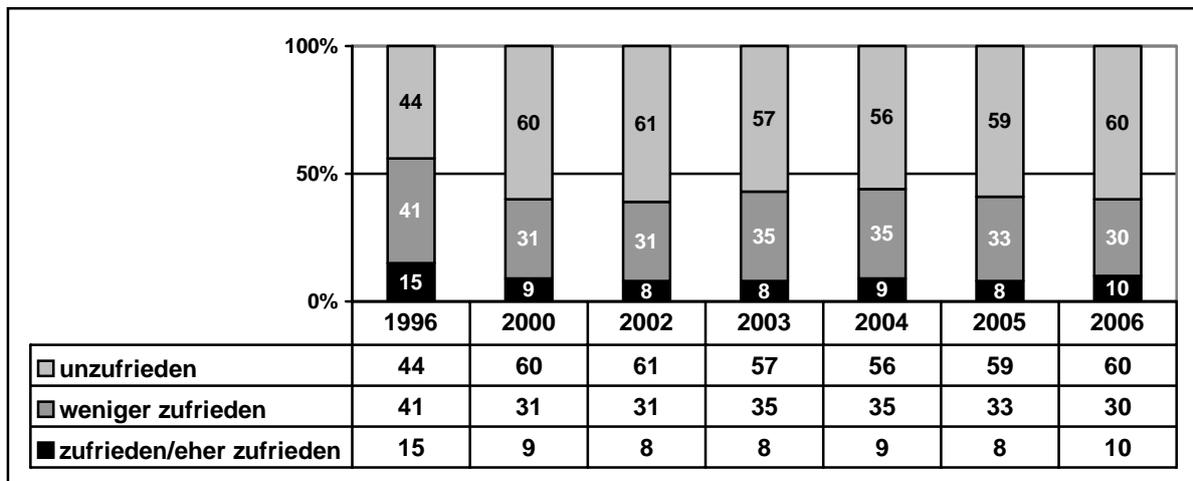


Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der Gesundheitspolitik?“

1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

Mit der Gesundheitspolitik waren 2000 noch 23% der damals 27-Jährigen zufrieden (darunter 1% sehr), dann nahm dieser ohnehin geringe Anteil fast kontinuierlich ab.

Abbildung: 1.5.10 Zufriedenheit mit der Lohnpolitik im Osten im Trend 1996 bis 2006



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der Lohnpolitik in Ostdeutschland?“

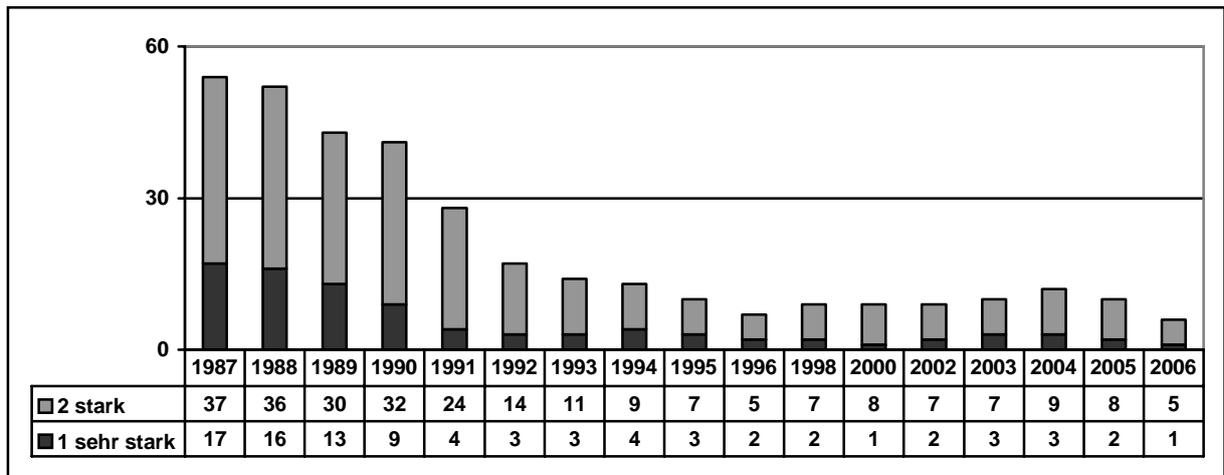
1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

Der Anteil der Zufriedenen ist über alle 10 Jahre hinweg sehr gering, zumal wenn man bedenkt, dass die Quote der einschränkungslos Zufriedenen durchweg ein Prozent nicht erreicht.

1.5.2 Geringe Bereitschaft zur politischen Partizipation

Symptomatisch für die Veränderungen des politischen Bewusstseins der jungen Ostdeutschen ist der gravierende Rückgang ihrer Bereitschaft zur politischen Partizipation. Dazu liegen im Rahmen einer umfangreichen Liste von Lebenszielen Daten seit 1987 vor:

Abbildung I.5.11: Bedeutsamkeit der Orientierung „aktiv am politischen Leben teilnehmen“ im Trend 1987 – 2006. Anteile sehr starker (AP 1) bzw. starker Orientierung (AP 2)

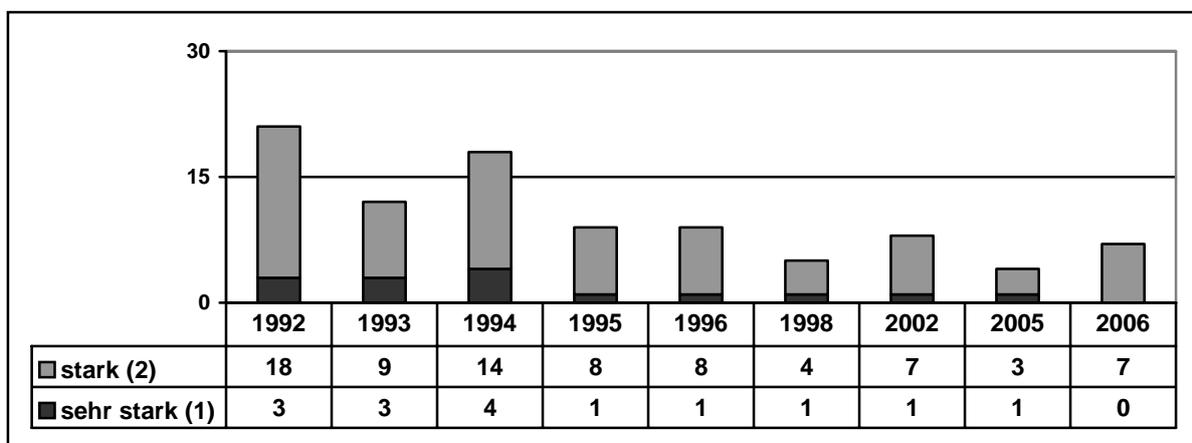


Fragetext: „Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie: aktiv am politischen Leben teilnehmen?“
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

Die Orientierung der Panelmitglieder auf eine aktive Teilnahme am politischen Leben hatte bereits vor der Wende deutlich abgenommen, Ausdruck ihrer zunehmend kritischen Haltung gegenüber der DDR. Dieser Abwärtstrend ist jedoch nach der Wende (genauer ab 1991; 1990 wollten sich immerhin noch 41% aktiv politisch betätigen, eine fast vergessene politische Chance!) weiter gegangen. Er hat sich sogar absturztartig verstärkt - Ausdruck erneuter Verweigerung eines großen Teils der jungen Ostdeutschen auch gegenüber dem jetzigen gesellschaftlichen System, aber zugleich auch sehr geringer Möglichkeiten zur demokratischen Aktivität.

Das belegt auch der Trend zur Unterstützung des politischen Systems seit 1992:

Abbildung 1.5.12: Persönliche Bedeutsamkeit der Unterstützung des gegenwärtigen politischen Systems im Trend 1992 bis 2006



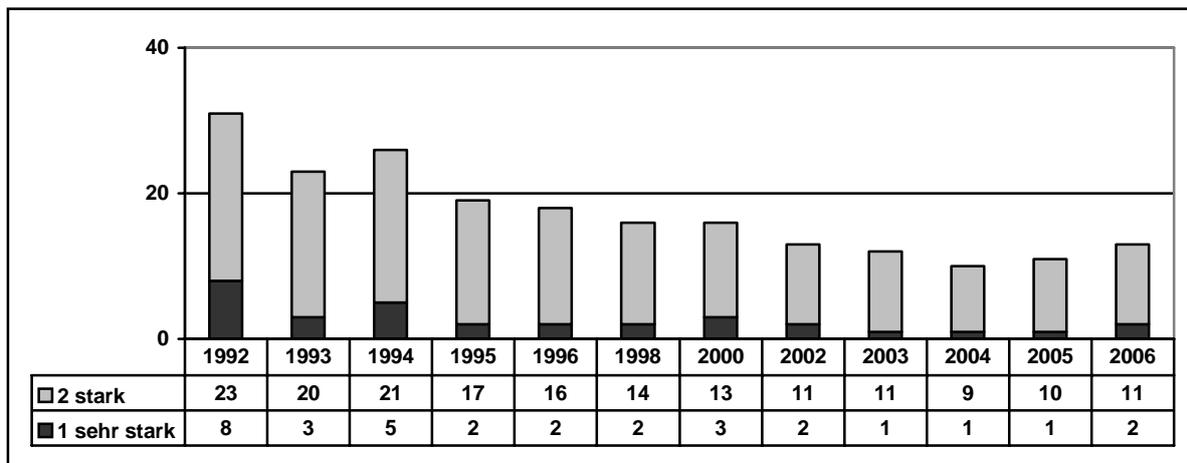
Fragetext: „Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie: Mich für die Erhaltung des heutigen politischen Systems einsetzen?“

Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

Fast von Anfang an war die Quote derer unbedeutend, für die das Engagement für das politische System einen persönlichen Wert bedeutet. Im Zeitverlauf nahm sie sogar weiter ab und geht allmählich gegen Null. Überdurchschnittlich häufig sind laut Korrelation mit der „Sonntagsfrage“ die potenziellen Wähler von CDU/CSU bzw. der SPD zum Engagement bereit: 17% bzw. 15% (FDP: 9%; B90/Grüne Null Prozent). Selbst von den politisch stark interessierten Panelmitgliedern wollen sich nur 13% für das politische System engagieren.

Diese politische Ernüchterung äußert sich zugleich im drastischen Rückgang der Orientierung darauf, in die „oberen Schichten der Gesellschaft“ aufzusteigen:

Abbildung 1.5.13: Bedeutsamkeit der Lebensorientierung „In die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen“ im Trend 1992 bis 2006. Anteile sehr starker (AP 1) bzw. starker Orientierung (AP 2)



Fragetext: „Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie: In die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen?“

Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

Ein sehr interessantestes Ergebnis: Der Anteil der jungen Leute, die aufsteigen, zur „Elite“ der jetzigen Gesellschaft gehören wollen, ist stark rückläufig, dazu auf einem niedrigen Niveau. Wollten 1992 immerhin noch 31% in die „oberen Schichten“ aufsteigen, ging dieser Anteil im Jahr 2006 auf 13% (weiblich: 10%), d. h. auf rund ein Drittel davon zurück! Hintergrund ist die zunehmende Distanz dieser jungen Leute gegenüber dem jetzigen System, aber auch die Erfahrung, als Ostdeutscher noch immer kaum Chancen zu haben, in die 16 Jahre nach der Vereinigung noch immer ausschließlich oder vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite vorzustoßen - ein grundsätzliches Problem Ostdeutschlands, seiner Integration in eine gesamtdeutsche Gesellschaft. Wesentlich ist: Mit der abnehmenden Neigung zu Aufstieg und Prestigegewinn versiegt zugleich eine bedeutende Quelle der Identifikation mit den Werten und Normen der jetzigen Gesellschaft.

Zu diesen Ergebnissen passt ebenfalls, dass seit Jahren nur eine Minderheit der Panelmitglieder (maximal 10%, davon 1% stark) zu den „Reichen“ dieses Landes gehören möchte; diese Lebensorientierung ist politisch eindeutig negativ besetzt.

1.5.3 Nur eine Minderheit glaubt an die Freiheit im gegenwärtigen Kapitalismus und an seine Zukunftsfähigkeit

Vor allem die seit 2000/2001 vorliegenden Ergebnisse zu grundsätzlichen Problemen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung lassen deutlich erkennen, dass diese jungen Erwachsenen nicht nur punktuell Kritik an dieser oder jener einzelnen Seite der

gesellschaftlichen Wirklichkeit üben, sondern dem Kapitalismus als System misstrauisch bis ablehnend gegenüberstehen. Das klang bereits an und soll jetzt weiter belegt werden.

So stimmen nur verhältnismäßig wenige Panelmitglieder zu, dass im jetzigen Gesellschaftssystem Freiheit und Menschenrechte gesichert seien:

Tabelle 1.5.6: Kapitalismus, Freiheit und Menschenrechte

	Das entspricht meiner Meinung						
	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)
<i>„Im jetzigen Gesellschaftssystem sind die Menschen erstmals wirklich frei.“</i>							
2004	5	23	(28)	40	22	10	(32)
2005	5	20	(25)	36	23	16	(39)
männlich	6	26	(32)	35	19	14	(33)
weiblich	3	14	(17!)	39	26	18	(44)
(2006 keine Angaben)							
<i>„Kapitalismus bedeutet Freiheit für alle Menschen.“</i>							
2005	1	12	(13)	33	26	28	(54)
2006	3	6	(9)	28	29	34	(63)
männlich	5	8	(13)	31	28	28	(56)
weiblich	1	5	(6)	25	31	38	(69)
<i>„Im jetzigen Gesellschaftssystem werden die Menschenrechte geachtet.“</i>							
2004	3	31	(34)	38	17	11	(28)
2005	4	25	(29)	38	20	13	(33)
2006	6	19	(25)	35	25	15	(40)
männlich	9	26	(35)	36	18	11	(29)
weiblich	2	13	(15)	35	31	19	(50)

25% der Panelmitglieder vertraten 2005 mehr oder weniger stark die Auffassung, dass die Menschen im jetzigen System erstmals wirklich frei sind, 36% äußerten sich dazu ambivalent, 39% ablehnend. 2006 wurde diese Frage nicht gestellt. Mit 13% stimmen 2006 noch weniger zu, dass das jetzige System Freiheit für alle bedeutet, 63% verneinen das (weiblich: 69%).

25% stimmen 2006 zu, dass im jetzigen System die Menschenrechte geachtet werden, 35% äußern sich hierzu ambivalent, 40% ablehnend. Auffällig sind wiederum die sehr kritischen Auffassungen der jungen Frauen hierzu. Die Tendenz von 2004 zu 2006 ist eindeutig regressiv. Diese geringe Zustimmung zur westlichen Freiheitsphilosophie ist ein Politikum mit erheblicher Brisanz.

Die Distanz der 33-Jährigen gegenüber dem jetzigen System kulminiert in weit verbreiteten Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit und in der nur von einer Minderheit geäußerten Hoffnung, dass dieses System für immer Bestand haben möge:

Tabelle 1.5.7: Grundeinstellungen zum jetzigen Gesellschaftssystem im Trend

Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)
<i>a) „Das jetzige Gesellschaftssystem wird die dringenden Menschheitsprobleme lösen.“</i>							

2000	1	9	(10)	30	32	28	(60)
2001	1	5	(6)	28	32	34	(66)
2002	0	5	(5)	28	34	33	(67)
2003	1	3	(4)	26	34	36	(70)
2004	0	2	(2)	17	38	43	(81)
2005	0	2	(2)	20	34	44	(78)
2006	0	2	(2)	17	36	45	(81)
männlich	1	4	(4)	18	37	41	(78)
weiblich	0	0	(0)	16	34	50	(84)

b) „Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell.“

2000	0	7	(7)	33	29	31	(60)
2001	1	14	(15)	38	26	21	(47)
2002	1	6	(7)	31	32	30	(62)
2003	1	5	(6)	32	28	34	(62)
2004	1	5	(6)	22	30	42	(72)
2005	1	4	(5)	21	32	42	(74)
2006	1	6	(7)	22	29	42	(71)
männlich	2	9	(11)	27	26	36	(62)
weiblich	0	4	(4)	18	31	47	(78!)

c) „Ich hoffe, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt.“

2001	3	15	(18)	43	21	18	(39)
2002	1	11	(12)	38	25	25	(50)
2003	1	10	(11)	32	27	30	(57)
2004	1	8	(9)	30	24	37	(61)
2005	0	6	(6)	29	27	38	(65)
2006	2	9	(11)	27	27	35	(62)
männlich	2	13	(15)	31	24	30	(54)
weiblich	1	6	(7)	24	29	40	(69)

d) „Ich bin froh, heute in einem kapitalistischen Deutschland zu leben.“

2005	2	13	(15)	42	26	17	(43)
2006	3	12	(15)	46	22	17	(39)
männlich	5	17	(22)	46	16	16	(32)
weiblich	0	9	(9)	46	28	17	(45)

e) „Der Kapitalismus ist das beste Wirtschaftssystem, das die Geschichte bisher hervorgebracht hat.“

2005	3	6	(9)	22	29	40	(69)
2006	3	5	(8)	23	30	39	(69)
männlich	5	7	(12)	26	26	36	(62)
weiblich	1	4	(5)	20	34	41	(75)

f) „Im Mittelpunkt des jetzigen Systems steht das Wohl der einfachen Menschen.“

2006	0	2	(2)	11	33	54	(87)
männlich	0	3	(3)	13	32	52	(84)

weiblich 0 1 (1) 9 33 57 (90)

Selbst wenn wir die eingangs erwähnte statistische Fehlertoleranz von +/- 6% berücksichtigen, haben wir es hier doch mit sehr brisanten Daten zu tun:

- Nur sehr wenige Panelmitglieder glauben 2006 daran, dass das jetzige Gesellschaftssystem die dringenden Menschheitsprobleme lösen wird (a), die meisten (81%) zweifeln daran, von den jungen Frauen weitaus mehr als von den jungen Männern.

- Der Anteil derer, die das jetzige Gesellschaftsmodell als das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell ansehen (b), stieg zwar Ende 2001 (die Untersuchung fand kurz nach den Ereignissen vom 11. September statt) leicht an, ging 2002 jedoch wieder zurück und bleibt 2006 ebenfalls eine Minderheit.

- Die Hoffnung, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleiben möge (c), haben im Sommer 2006 nur wenige: 11%; 62% erhoffen das Gegenteil, 27% äußern sich ambivalent. Von den jungen Frauen erhoffen weitaus mehr als von ihren männlichen Altersgefährten das Gegenteil: 69% gegenüber 54%.

- Froh zu sein, heute in einem kapitalistischen Deutschland zu leben (d), sind 16 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur BRD 15% der 33-Jährigen, darunter 22% der jungen Männer gegenüber 9% der jungen Frauen – ein bemerkenswertes Ergebnis.

- Der These, dass der Kapitalismus das bisher beste Wirtschaftssystem sei (e), stimmen 2006 weniger als 8% zu, 69% sehen das völlig anders.

- Lediglich 2% meinen, dass der einfache Mensch im Mittelpunkt des jetzigen Systems steht.

Die zunehmend kritische Sicht der 33-Jährigen auf die heutige Freiheitsrhetorik geht auch aus der Tatsache hervor, dass der Anteil derer, die meinen, dass Freiheit und Arbeitslosigkeit einander ausschließen, noch immer beträchtlich ist:

Tabelle 1.5.8: Arbeitslosigkeit und Freiheit

„Welchem der beiden Standpunkte würden Sie sich am ehesten anschließen?“

1 Für mich ist entscheidend, dass ich in Freiheit leben kann, bei allen Problemen, die es jetzt vor allem durch die hohe Arbeitslosigkeit gibt.

2 Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe.

0 Das ist schwer zu sagen.

	1	2	0
1996	32	49	19
1998	35	47	18
2000	41	44	15
2001	42	37	21
2002	43	38	19
2003	41	43	16
2004	37	47	16

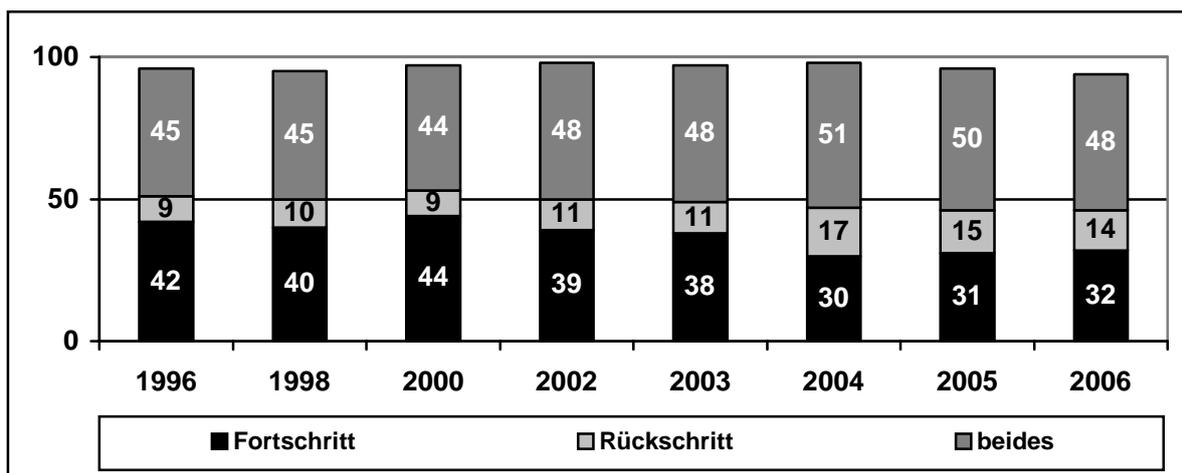
2005	35	52	13
2006	37	47	16
männlich	44	41	15
weiblich	31	53	16

Mit Ausnahme von 2001 und 2002 war die Quote derer, die ohne Arbeit keine Freiheit sehen, stets größer als der Anteil jener, die meinen, dass sich beides nicht widerspricht.

1. 5. 4. Die Entwicklung im Osten: Fortschritt oder Rückschritt?

Skepsis bzw. Kritik der Panelmitglieder gegenüber dem Gesellschaftssystem widerspiegeln sich nicht zuletzt in ihrem Urteil darüber, ob es sich bei den Veränderungen seit der Wende grundsätzlich eher um einen Fortschritt oder eher um einen Rückschritt handelt. Wie von der Fragestellung her beabsichtigt, können diese Angaben als eine Art persönliches Fazit gelten. Dazu liegen Trenddaten seit 1996 vor:

Abbildung 1.5.14: Fortschritt oder Rückschritt? Beurteilung der gesellschaftlichen Entwicklung im Trend 1996 bis 2006



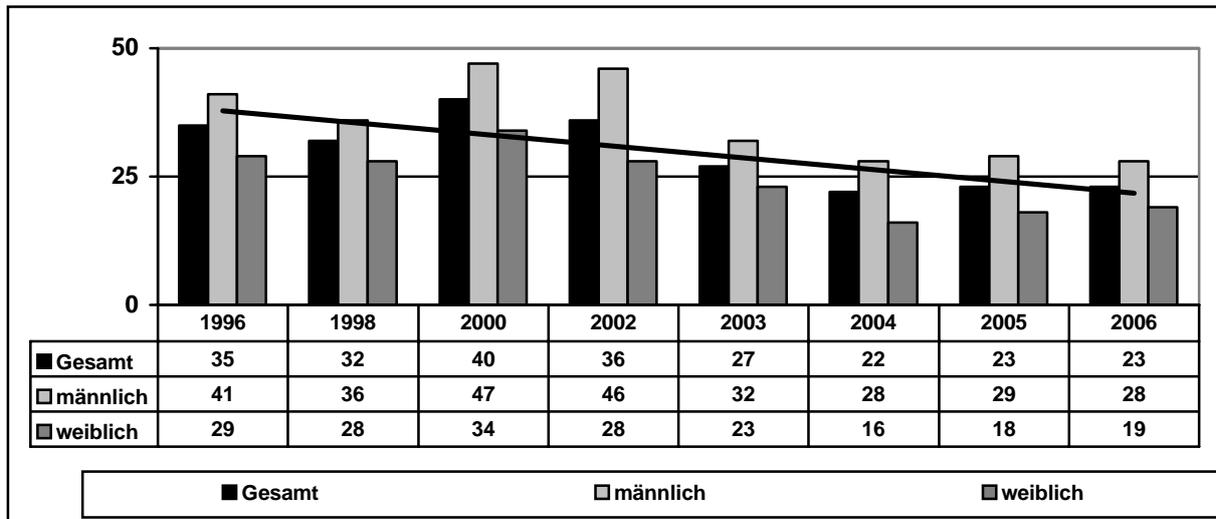
Frage: „Bewerten Sie die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende grundsätzlich eher als Fortschritt oder eher als Rückschritt?“

- 1 eher als Fortschritt
 - 2 eher als Rückschritt
 - 3 teils als Fortschritt, teils als Rückschritt
 - 0 Das ist schwer zu sagen.
- (Abbildung ohne Position 0)

Der langjährige Trend über 10 Jahre ist eindeutig, trotz gewisser Schwankungen: Die meisten beurteilen die erlebten Veränderungen mit gemischten Gefühlen: teils als Fortschritt, teils als Rückschritt. Der Anteil derer, die die Entwicklungen in Ostdeutschland aus der Sicht ihrer Erfahrungen einschränkungslos als Fortschritt betrachten, ist signifikant von 42% auf 30% bis 32% zurückgegangen. Dafür hat sich die Quote derer signifikant oder tendenziell vergrößert, die sie für einen Rückschritt halten. Vor allem bei den jungen Frauen hat die einschränkungslose Beurteilung als Fortschritt deutlich abgenommen: Von 38% 1996 auf 26% 2006!

In der Tendenz werden diese Ergebnisse von den Angaben zur Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung bestätigt:

Abbildung 1.5.15: Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung im Trend 1996 bis 2006



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der gesellschaftlichen Entwicklung?“

1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden 3 eher unzufrieden als zufrieden 4 unzufrieden
 Die AP 1 und 2 wurden zusammengefasst; die Trendlinie bezieht sich auf die Gesamtgruppe.

Nach einer kurzfristigen Zunahme der Zufriedenheit 2000 und 2002 (nach dem Regierungswechsel zu Rot-Grün) verläuft die Entwicklung danach regressiv, sowohl in der Gesamtgruppe als auch in den Geschlechtergruppen, allerdings bei den jungen Frauen auf einem deutlich niedrigeren Niveau als bei den jungen Männern.

1.6. Das Vertrauensdefizit gegenüber den demokratischen Parteien hält an

Als ein sehr aussagekräftiges Kriterium der Identifikation mit dem gegenwärtigen System wurde bereits von 1991 an die Haltung der Panelmitglieder gegenüber den demokratischen Parteien erfasst. Obwohl diese Studie sich ausdrücklich nicht als Parteienforschung versteht, sind durch diese Längsschnittdaten interessante Einblicke und Erkenntnisse entstanden, auf die wir hier in gebotener Kürze eingehen wollen. Allerdings steht eine differenziertere Auswertung noch aus.

Die parteienkritische Position der meisten Panelmitglieder äußert sich drastisch in ihrem geringen Vertrauen gegenüber faktisch allen politischen Parteien. Hier zunächst die Ergebnisse vom Sommer 2006 im Vergleich mit denen von 2005:

Tabelle 1.6.1: Ausprägung des Vertrauens zu den Parteien 2005 und 2006

„Inwieweit haben Sie Vertrauen zu folgenden Parteien?“

1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt keins

		1	2	(1+2)	3	4
CDU/CSU	2005	0	16	(16)	49	35
	2006	1	18	(19)	49	32
SPD	2005	0	9	(9)	57	34
	2006	0	16	(16)	58	26

Linkspartei. PDS	2005	1	10	(11)	44	45
	2006	1	15	(16)	38	46
FDP	2005	1	9	(10)	39	51
	2006	1	12	(13)	45	42
Bündnis 90/Die Grünen	2005	0	7	(7)	42	51
	2006	0	8	(8)	46	46

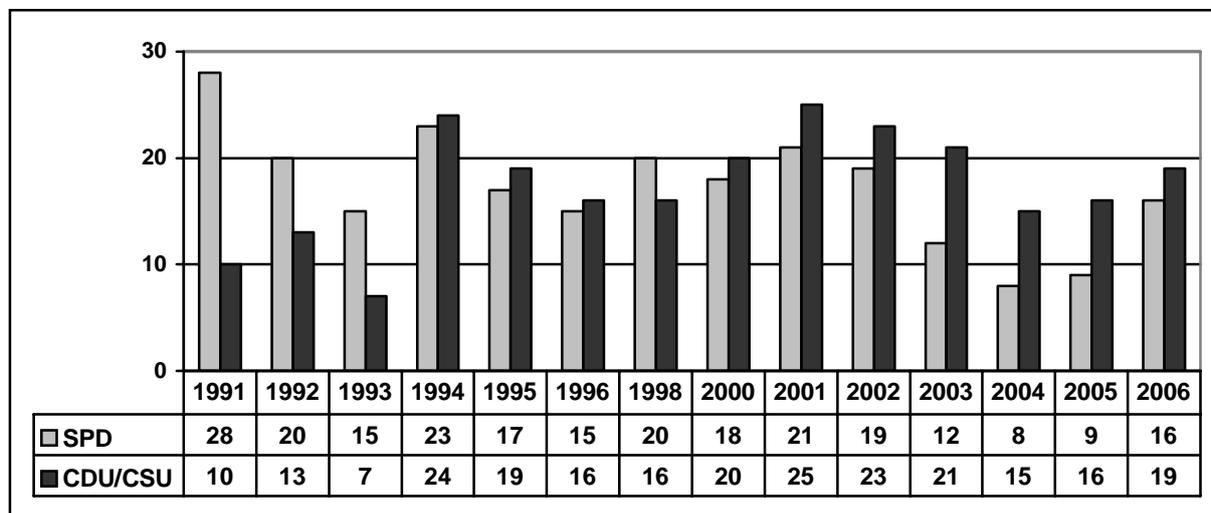
rechte Parteien	2005	0	2	(2)	12	86
	2006	1	2	(3)	8	89

Wie schon in den Jahren zuvor sind auch 2006 die Quoten derer nahezu unerheblich, die den verschiedenen Parteien sehr großes (1) oder großes (2) Vertrauen entgegenbringen. Nennenswerte Veränderungen gibt es nur in Bezug auf die SPD: Der Anteil derer, die zu ihr Vertrauen äußern, ist leicht gestiegen, allerdings auf einem nach wie vor sehr niedrigen Niveau.

Erwähnenswert ist, dass nach wie vor nur einzelne Vertrauen zu rechten Parteien haben (3%, darunter 5% der männlichen bzw. Null % der weiblichen Panelmitglieder).

Die teilweise bis 1991 zurückgehenden Trends bestätigen die schwache Vertrauensbasis aller Parteien fast von Anfang an. Wir belegen das hier für die großen Parteien CDU/CSU und SPD sowie für die Grünen:

Abbildung 1.6.2: Entwicklung der Quoten sehr großen bzw. großen Vertrauens gegenüber SPD und CDU/CSU im Trend 1991 bis 2006 (die Positionen 1 und 2 wurden zusammengefasst)



Fragetext: „Inwieweit haben Sie Vertrauen zu den folgenden Parteien?“
 1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt keins

Die höchste Quote der Panelmitglieder überhaupt, die Vertrauen zu den zwei Parteien äußern, betrug 1991 28% in Bezug auf die SPD! (darunter sehr großes Vertrauen: 6%). Selbst diese geringe Vertrauensquote wurde danach von keiner dieser Parteien wieder erreicht oder gar übertroffen.

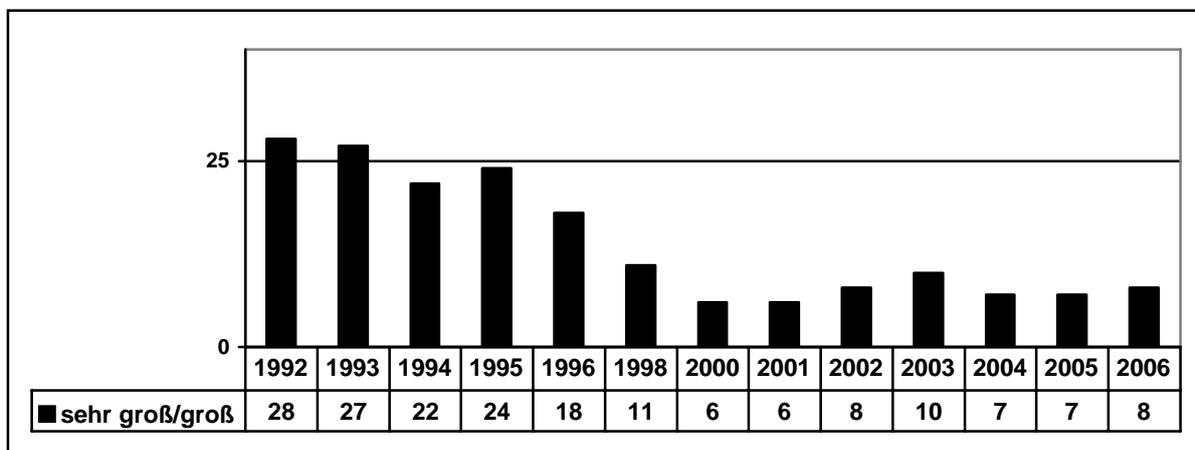
Unübersehbar ist der deutliche Rückgang des Vertrauens zu CDU/CSU schon zwischen 1994 und 1998: Äußerten 1994 noch 24% der Panelmitglieder sehr großes oder großes Vertrauen, sank dieser Anteil bis 1998 fast kontinuierlich und signifikant auf 16% ab. Wesentlich ist:

Dieser erhebliche Vertrauensverlust (dazu auf einem niedrigen Niveau) ging zeitgleich mit einem ebenfalls klaren Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System in diesem Zeitraum einher. Das heißt: Aus der Vertrauenskrise gegenüber den Unionsparteien entwickelte sich damals bei den Teilnehmern offensichtlich eine generelle Vertrauenskrise gegenüber dem politischen System (ausf. siehe Förster 2002, S. 98 und 318). Nach dem Regierungswechsel 1998 stiegen die Vertrauensquoten gegenüber CDU/CSU (hier ablesbar an den Daten ab 2000) zunächst leicht an, um dann erneut signifikant zurückzugehen.

Auch die Vertrauensquoten gegenüber der SPD gingen nach dem Auf und Ab zwischen 1991 und 2001 ab 2002 erneut deutlich zurück, deutlicher sogar als hinsichtlich CDU/CSU. Mit dem starken Vertrauensverlust gegenüber der SPD korreliert wiederum der oben dokumentierte Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System.

Von den anderen Parteien gehen wir hier nur auf Bündnis 90/Grüne ein:

Abbildung 1.6.2: Anteil der Panelmitglieder, die sehr großes (AP 1) oder großes (2) Vertrauen zu Bündnis 90/Die Grünen haben, im Trend 1992 bis 2006



Zwischen 1992 (damals durchschnittlich 19,5 Jahre alt) und 2006 (jetzt 33 Jahre alt) verringerte sich der Anteil der Panelmitglieder, die sehr großes oder großes Vertrauen äußerten, dramatisch von 28% auf 8%! Demgegenüber verdoppelte sich die Quote jener, die überhaupt kein Vertrauen zu ihnen haben (AP 4), von 25% auf 46%. Besonders hoch ist diese Quote seit der Bildung der rot-grünen Regierungskoalition (hier ab 2000). Aus einer nur 1992 gestellten Frage ging übrigens hervor, dass bei denen, die sich damals (mit 19 Jahren) überhaupt auf eine politische Richtung festgelegt hatten (60%), mit 31% die grün-alternative Richtung deutlich dominierte!

Zusammenhangsanalysen (Korrelationen) belegen übrigens, dass die Ergebnisse der „Sonntagsfrage“ nicht gleichzusetzen sind mit Vertrauen zu den entsprechenden Parteien. Einen solchen Vergleich können wir zwischen 1996 und 2006 mehrmals vornehmen.

Tabelle 1.6.2: Anteile der Panelmitglieder, die der Partei, die sie bei der „Sonntagsfrage“ präferiert haben, zum gleichen Zeitpunkt sehr großes oder großes Vertrauen schenken; nur 2006 in Klammer die Anteile der AP 1 „sehr großes Vertrauen“.

	1996	2004	2005	2006
SPD	56	68	38!	58 (2)
CDU/CSU	71	47	57	68 (4)

Bündnis 90/Grüne	65	37	55	65 (5)
Linkspartei.PDS	61	43	46	71 (8)
FDP	71	41	42	47 (9)

Rechte Parteien	57	38	36	66 (33) (n=9)

Diese bemerkenswerten Relationen können erst später genauer untersucht werden.

Erwähnenswert ist auch der hohe Wechsel von der einen Partei zu einer anderen selbst in kurzen Zeiträumen, hier zwischen 2005 und 2006:

Tabelle 1.6.3: Längsschnittvergleich der Parteipräferenzen zwischen 2005 (Alter: 32 Jahre) und 2006 (33 Jahre).

Grundlage: „Sonntagsfrage“. Absolute Werte; N = 357

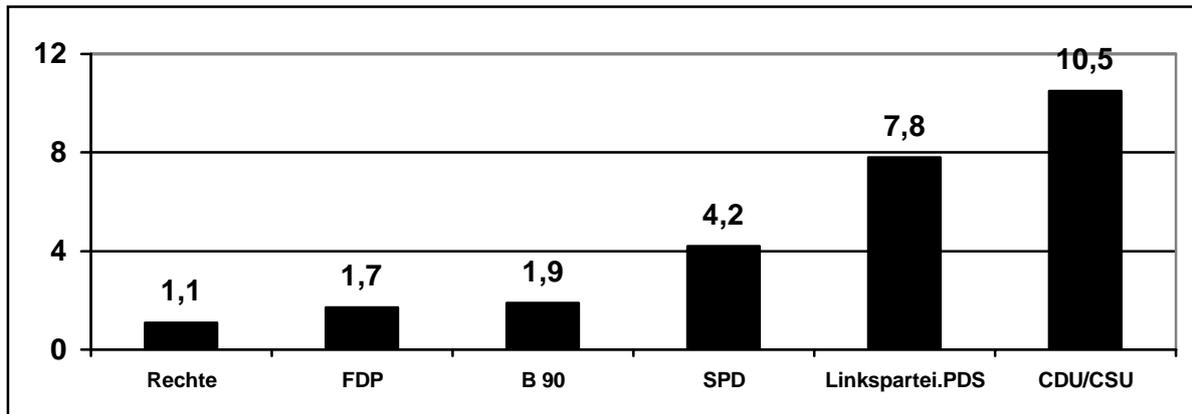
Gewählte Parteien 2006:									
	würde nicht wählen	SPD	CDU/CSU	rechte P.	B90/G	PDS	FDP	andere	
Gewählte Parteien 2005:									
würde nicht wählen	<u>62</u>	10	8	3	2	6	6	3	
SPD	4	<u>27</u>	4	0	6	5	3	0	
CDU/CSU	14	2	<u>49</u>	0	1	5	6	1	
rechte P.	3	3	1	<u>4</u>	0	1	3	2	
B90/Grüne	3	4	0	0	<u>9</u>	1	1	0	
PDS	8	3	0	1	1	<u>41</u>	1	1	
FDP	4	2	4	0	0	1	<u>11</u>	0	
andere	4	0	1	1	0	1	2	<u>8</u>	

Lassen wir jene außer Betracht, die beide Male erklärten, sich nicht beteiligen zu wollen (n=62= 17%), bzw. sich für „eine andere“ entscheiden (n=8=2%) „wählen“ nur 39% der Panelmitglieder 2006 wieder dieselbe Partei wie 2005! Im vergangenen Jahr betraf das beim Vergleich von 2005 gegenüber 2004 38% (ausf. s. Forschungsbericht 2005, S.88).

Schlagen wir den Bogen von 2004 zu 2006, dann lautet die Quote identischer Präferenzen 35%. Gehen wir noch weiter zurück bis in das Jahr 1996 (12. Welle), dann reduziert sich der Anteil übereinstimmender Wahlabsichten auf 24%.

Beziehen wir das nun noch differenzierter auf die einzelnen Parteien, dann können wir prüfen, wie groß die Teilgruppen derer sind, die diese über einen längeren Zeitraum hinweg präferieren, gewissermaßen als „Stammwähler“ bezeichnet werden können. Die folgende Übersicht zeigt die Größe der Teilgruppen für die Jahre 2004, 2005 und 2006:

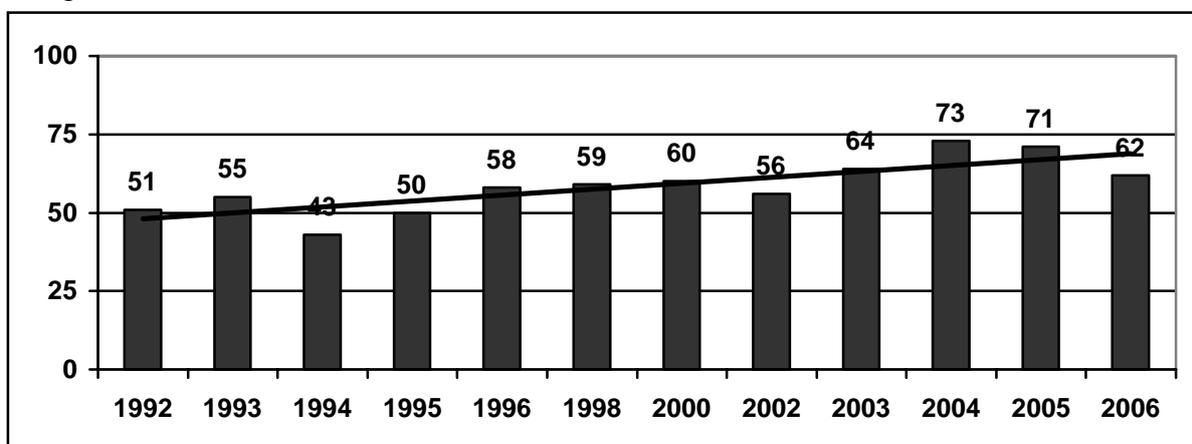
Abbildung 1.6.3: Größe der Teilpopulationen, die bei der Sonntagsfrage 2004, 2005 und 2006 immer dieselbe Partei präferiert haben:



Der Rede wert sind eigentlich nur die Quoten im Hinblick auf CDU/CSU und Linkspartei. PDS. Parteibindungen über längere Zeiträume (hier drei Jahre) hinweg bestehen lediglich bei Minderheiten der Panelmitglieder.

Dieser „Schwund“ bereits nach kurzen Zeitabständen betrifft mehr oder weniger auch das Vertrauen dieser jungen Leute zu den Parteien, wir kommen deshalb noch einmal darauf zurück:

Abbildung 1.6.4: Anteil der Panelmitglieder, die zu keiner der das Gesellschaftssystem tragenden demokratischen Parteien SPD, CDU/CSU, FDP, B90/Grüne sehr großes (AP 1) oder großes (AP 2) haben, im Trend 1992 bis 2006



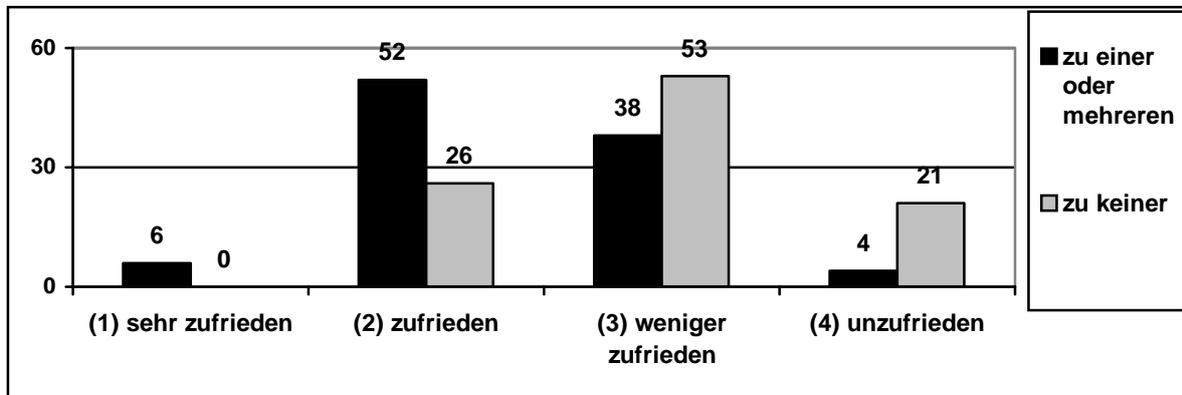
Die Werte beziehen sich auf die Prozentquote derer, die zu keiner dieser vier Parteien sehr großes oder großes Vertrauen äußern.

Schon 1992 und 1993 war dieser Anteil sehr hoch, ging jedoch ab 1994 deutlich zurück, um danach wieder fast kontinuierlich anzusteigen auf 73% im Jahre 2004 bzw. 71% 2005, die bisher höchsten Quoten seit 1992 überhaupt. 2006 ist wieder ein deutlicher Rückgang zu beobachten, möglicherweise im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen im Herbst 2005. Erwähnt werden muss, dass von diesen Panelmitgliedern, die keiner dieser vier etablierten Parteien vertrauen, 2006 mit 40% überdurchschnittlich viele überhaupt nicht wählen gehen würden, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre! (2005 waren es 37%).

Aufmerksamkeit verdienen auch folgende Ergebnisse von 2006: Die große Untergruppe derer, die zu keiner der etablierten Parteien Vertrauen haben (2006 62%; s. o.), fällt deutlich auf,

wenn wir untersuchen, wie diese Panelmitglieder beispielsweise mit der Demokratie in Deutschland zufrieden sind:

Abbildung 1.6.5: Zufriedenheit mit der Demokratie bei Panelmitgliedern, die 2006 zu mindestens einer der etablierten Parteien bzw. zu keiner von ihnen großes Vertrauen haben



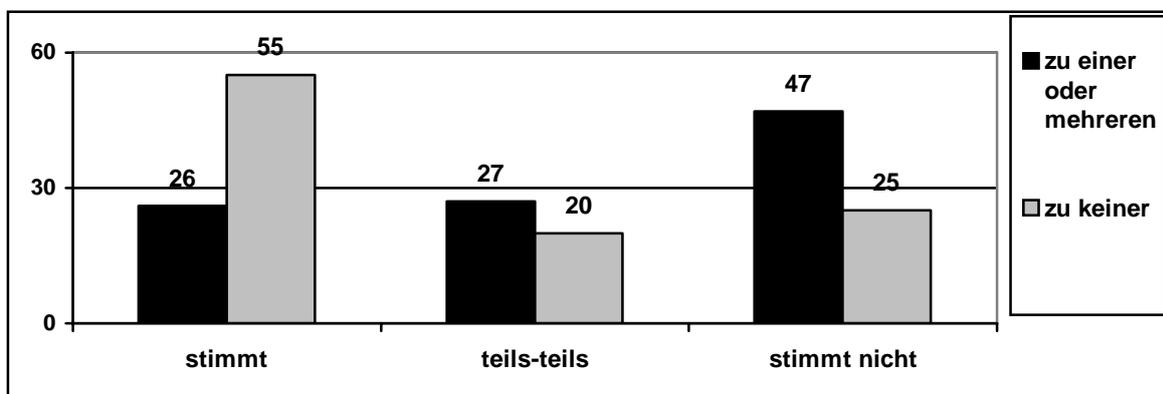
Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie?“

1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

Ablesbar ist, dass sich beide Untergruppen gravierend voneinander unterscheiden ($p = < .0000$): Von den TeilnehmerInnen, die 2006 zu keiner der vier Parteien Vertrauen haben (62%; s. Tabelle 1.6.4), sind lediglich 26% mit der Demokratie zufrieden (AP 1+2, darunter 0% sehr zufrieden); von jenen, die zu einer oder mehr der vier Vertrauen haben, dagegen 58%! Auch in diesem Falle haben wir es natürlich nicht mit linearen Abhängigkeiten, sondern mit Wechselwirkungen zu tun.

Die verbreitete Unzufriedenheit (auch) der Panelmitglieder mit der Demokratie, mit der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt geht demnach in beträchtlichem Maße auf die sehr schwache Vertrauensbasis der das jetzige System tragenden demokratischen Parteien zurück. Das wirkt sich natürlich auch negativ auf die Haltung zur Wahlbeteiligung aus:

Abbildung 1.6.6: Zustimmung zu der These, dass eine Wahlbeteiligung sinnlos sei, bei Panelmitgliedern, die 2006 zu mindestens einer der etablierten Parteien bzw. zu keiner von ihnen großes Vertrauen haben:



Fragetext: „Wählen zu gehen ist sinnlos, die Parteien halten ihre Versprechungen doch nicht ein.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht. Die Positionen 1+2 wurden zu „stimmt“ bzw. 4+5 („stimmt nicht“) wurden zusammengefasst.

Von den 33-Jährigen, die 2006 wenigstens zu einer der vier das System tragenden Parteien Vertrauen empfinden, halten „nur“ 26% die Wahlbeteiligung für sinnlos (AP 1+2); von jenen, die keiner dieser Parteien vertrauen, sind es mit 55% mehr als doppelt so viel!

Gestützt werden diese Ergebnisse durch eine spezielle Analyse der Daten, die sich auf die Interessenvertretung durch die Parteien richten. Dazu liegen Daten seit der 9. Welle 1993 vor:

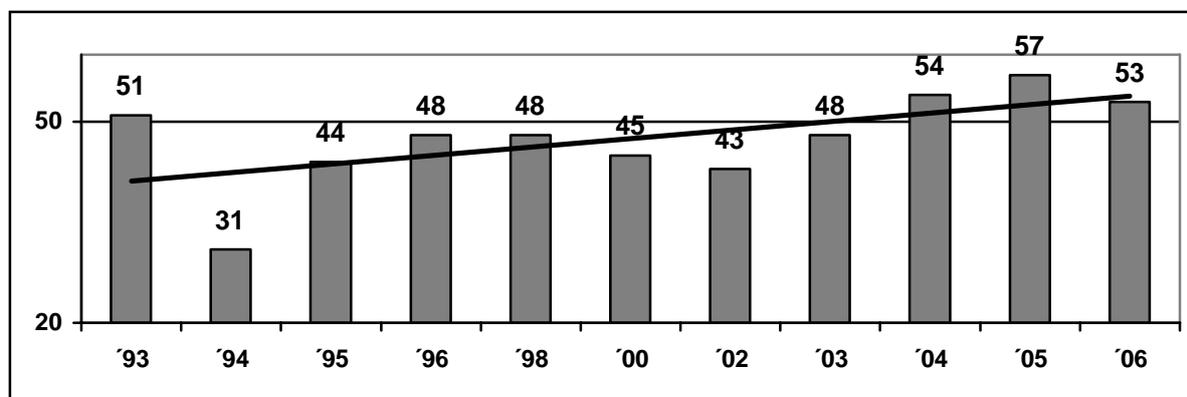
Tabelle 1.6.4: Erlebte Interessenvertretung durch die Parteien im Trend 1993 bis 2006

„Von welcher der folgenden Parteien fühlen Sie sich am besten vertreten?“ (nur eine Angabe)

Welle	9.	10.	11.	12.	13.	14.	16.	17.	18.	19.	20.
Jahr	'93	'94	'95	'96	'98	'00	'02	'03	'04	'05	'06
von keiner	51	31	44	48	48	45	43	48	54	57	53
SPD	10	14	9	11	18	13	13	12	7	9	9
CDU/CSU	7	20	21	16	12	22	20	19	16	15	16
Rechte P.	4	3	2	3	2	2	1	2	3	2	1
B 90/Grüne	16	12	9	11	6	3	3	6	5	3	4
PDS	7	16	14	9	11	10	12	8	10	10	11
FDP	4	2	1	2	2	3	4	5	5	4	4
Andere	1	2	0	0	1	2	4	0	0	0	1
N	232	250	316	355	368	398	419	419	414	384	393

Wir stellen zunächst die Quoten derer noch einmal graphisch dar, die sich jeweils für die Antwortposition „von keiner“ entschlossen haben:

Abbildung 1.6.6.a: Prozentanteile der Panelmitglieder, die keine der Parteien als ihren „Interessenvertreter“ ansehen, im Trend 1993 bis 2006 (hier alle oben genannten Parteien einschließlich PDS, rechte Parteien, andere Parteien)



Außer 1994 streuen die Anteile um 50%, Tendenz zunehmend!

Wir haben hier nicht die Möglichkeit, diese brisanten Quoten im Einzelnen zu interpretieren, sondern wollen wie bei der „Sonntagsfrage“ prüfen, wie konstant diese Angaben eigentlich über mehrere Jahre hinweg sind. Bereits die Längsschnittkorrelation zwischen 19. und 20.

Welle lässt erkennen, dass diese Konstanz sehr gering ist: Nur 23% schätzen ein Jahr später dieselbe Partei erneut als Interessenvertreter ein, alle anderen führen jetzt eine andere oder überhaupt keine an!

Dazu ein Teil des Computerausdrucks der Angaben von den 30 zufällig am Anfang der Liste stehenden (nach dem Familiennamen geordneten) Panelmitgliedern, aus dem zum Zwecke der Demonstration personenbezogen die ausgewählte Partei in den sechs Welle zwischen 2000 und 2006 hervorgeht:

Tabelle 1.6.5: Parteien als genannte Interessenvertreter einzelner Panelmitglieder im Zeitraum von 6 Jahren

Nummer des Panelmitgliedes	2000	2002	2003	2004	2005	2006
0001	2	7	2	0	2	2
0002	4	4	4	4	1	4
0003	0	0	0	0	0	0
0004	0	2	0	6	0	0
0005	0	0	0	0	0	0
0006	2	2	0	2	2	kA
0007	2	2	2	6	0	0
0008	5	5	5	5	5	5
0009	0	2	2	2	2	2
0010	2	2	2	6	6	2
0011	0	5	0	0	0	0
0012	0	0	0	0	0	0
0013	1	0	0	0	0	1
0014	2	2	2	2	2	2
0015	0	1	0	0	0	0
0016	2	2	2	kA	kA	0
0017	0	0	0	4	0	0
0018	5	5	5	0	5	5
0019	7	7	1	3	1	5
0020	5	5	5	5	5	5
0021	kA	1	0	0	2	2
0022	0	0	0	0	0	0
0023	6	0	6	2	0	6
0024	2	2	2	2	2	2
0025	1	1	6	6	6	6
0026	0	0	0	0	0	0
0027	5	6	0	5	0	5
0028	0	5	0	0	5	5
0029	5	6	6	6	6	6
0030	1	0	1	1	1	1

Die Ziffern stehen für folgende Parteien:

1 = SPD / 2 = CDU-CSU / 3 = rechte Partei / 4 = B90/Die Grünen / 5 = Linkspartei. PDS/
6 = FDP / 7 = andere / 0 = von keiner kA = keine Antwort

Schon exemplarisch ist aus den Konfigurationen erkennbar: Konstante Nennungen einer bestimmten Partei sind ziemlich selten; vielfach ist ein Wechsel verschiedener Parteien zu beobachten, je nachdem, wie die Panelmitglieder diese zum jeweiligen Befragungszeitpunkt als Vertreter ihrer Interessen auffassen.

Für einen Überblick in der Gesamtpopulation berechnen wir die Häufigkeit, mit der jede der vorgegebenen Parteien in diesem Zeitraum als „Interessenvertreter“ genannt wurde, d. h. zwischen Null und sechsmal. Null mal bedeutet, die Partei kommt als Interessenvertreter überhaupt nicht vor; sechsmal bedeutet, sie ist (in diesen sechs Jahren) immer genannt worden. Der Mittelwert zeigt die Position auf einer „Interessenvertreter-Skala“ von 0 bis 6 Punkten. Je höher dieser Wert, desto dauerhafter schätzen die Panelmitglieder die jeweilige Partei als ihren Interessenvertreter ein:

Tabelle 1.6.6: Häufigkeit der Nennungen der 6 Parteien als „bester Interessenvertreter“ der Panelmitglieder zwischen 2000 und 2006 (N = 326; nach dem Mittelwert X geordnet)

	6x	5x	4x	3x	2x	1x	0x	X
CDU/CSU	6	4	3	4	6	12	65	1,94
SPD	1	4	1	4	6	12	72	0,64
PDS	3	2	3	2	4	10	76	0,61
B 90/Grüne	0	1	1	2	3	3	90	0,25
FDP	0	1	1	1	2	5	90	0,22
Rechte P.	0	0	1	1	1	2	95	0,12

Am „besten“ schneiden in dieser Zeitspanne von sechs Jahren die Unionsparteien ab. Allerdings ist diese Position sehr relativ zu sehen, anerkennen doch ihr gegenüber 65% der TeilnehmerInnen kein einziges Mal, ihre Interessen „am besten“ zu vertreten. Die übrigen 35% verteilen sich über die gesamte Skala, wobei bei ihr mit 10% der Anteil derer am Höchsten ist, die sie sechs- oder fünfmal genannt haben.

Mögliche Berechnungen über noch längere Zeitspannen erweisen sich faktisch als sinnlos, sie unterstreichen lediglich die Grundtendenz: Die sechs einbezogenen Parteien wurden zwischen 2000 und 2006 nur von Minderheiten der jetzt 33-Jährigen als Vertreter ihrer Interessen erfahren und bewertet.

Alles in allem verdichten sich diese Ergebnisse bei den 33-Jährigen zu dem Fazit, dass es faktisch keiner Partei gelungen ist, ihr gegenüber eine großemäßig relevante, nachhaltige, gefestigte Vertrauensbasis zu entwickeln und als Vertreter ihrer Interessen erlebt zu werden. Damit fallen sie weitgehend bei der Lösung ihres Anliegens aus, an der politischen Willensbildung dieser jungen Bürger und Wähler mitzuwirken.

Im Gegenteil: Bei der (noch nicht abgeschlossenen) Durchsicht der offenen Fragen a) „Wenn Sie sich eine andere Gesellschaft vorstellen können, in der Sie lieber leben würden: Inwiefern müsste diese anders sein als die jetzige? Bitte nennen Sie einige Merkmale, die Ihnen besonders wichtig wären.“

Und b)

„Und wem würden Sie zutrauen, solch eine andere Gesellschaft zu schaffen? (Persönlichkeiten, Organisationen, Bewegungen, Parteien usw.) Bitte nennen“:

stellt sich heraus, dass die 33-Jährigen dies faktisch niemandem zutrauen, mehr noch, sie schließen – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – die Parteien ausdrücklich aus (siehe Anhang).

1.7 Noch nie gab es so viel DDR-Verbundenheit wie jetzt!

1.7.1 Schon Bundesbürger, aber noch immer DDR-Bürger

Die emotionalen Beziehungen der Panelmitglieder zur untergegangenen DDR stehen von der ersten Welle nach der Wende an (4. Welle Frühjahr 1990) mit im Mittelpunkt dieser Studie. Inzwischen liegt eine Fülle von sowohl quantitativen als auch qualitativen Ergebnissen vor, die hier nur angedeutet werden können. Sie dokumentieren, dass bei den TeilnehmerInnen dieser Studie der Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger weitaus komplizierter und anders verläuft, als dies auch von uns nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik erwartet wurde (vgl. u. a. W. Friedrich/P. Förster 1991; W. Friedrich/P. Förster 1994).

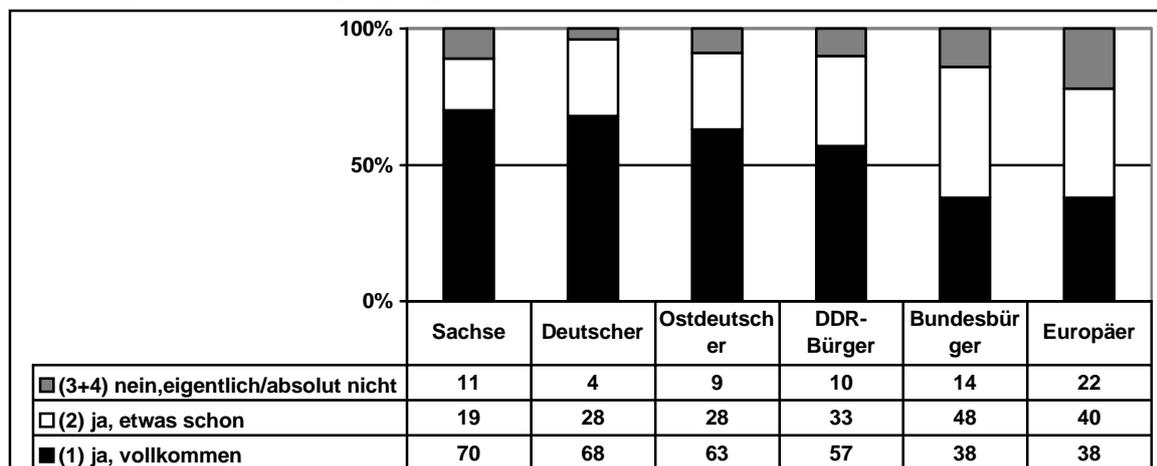
Methodisch sind wir dabei so vorgegangen, dass bewusst keine Alternativen bzw. Präferenzen zwischen den interessierenden Identitäten vorgegeben wurden, sondern jede einzeln beurteilen ließen, um ihre Zusammenhänge untereinander (Strukturen) und mit anderen Merkmalen sowie ihre Trends analysieren zu können.

Zunächst ein Überblick über die 2006 berechneten Ergebnisse:

Tabelle 1.7.1: Ausprägung der Identifikation mit einzelnen Seiten kollektiver Identitäten 2006 „Als was fühlen Sie sich? (nach der Häufigkeit der AP 1 geordnet)

	1 ja, vollkommen	2 ja, etwas schon	3 nein, eigentlich nicht	4 nein, absolut nicht	
	1	2	(1+2)	3	4
als Sachse/Sächsin	70	19	(89)	9	2
als Deutsche (r)	68	28	(96)	3	1
als Ostdeutsche (r)	63	28	(91)	7	2
als Bürger (in) der ehemaligen DDR	57	33	(90)	7	3
als Bürger (in) der Bundesrepublik Deutschland	38	48	(86)	12	2
als Europäer (in)	38	40	(78)	19	3
(als deutsche (r) Patriot (in)	3	10	(13)	37	50)

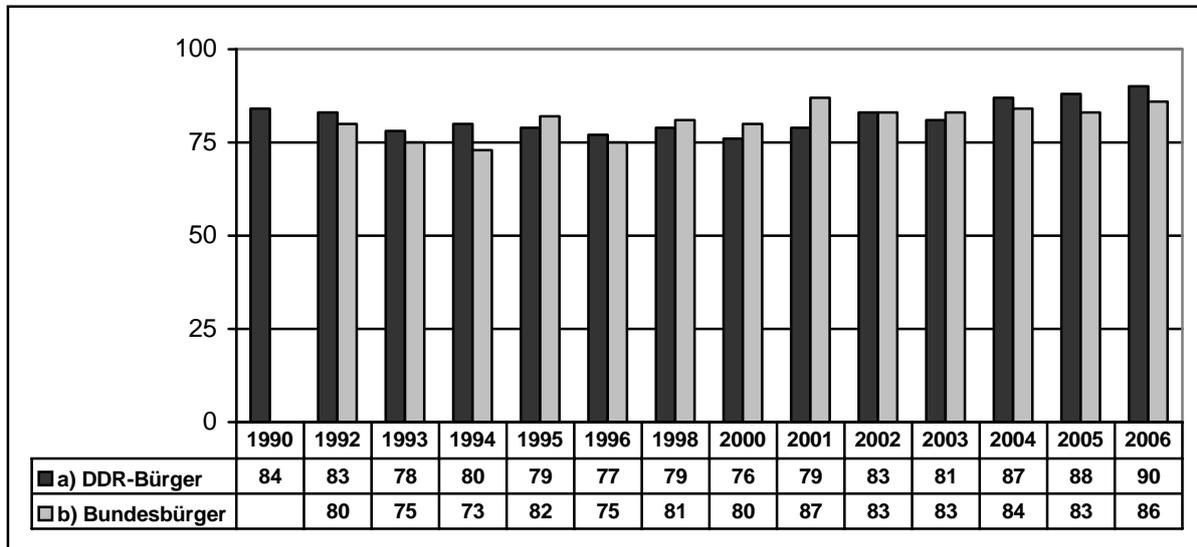
Abbildung 1.7.1: Ausprägung kollektiver Identitäten 2006



Fragetext siehe Tabelle oben

Die Unzufriedenheit des größten Teils der Panelmitglieder mit ihrem gesellschaftlichen Umfeld äußert sich auf spezifische Weise darin, inwieweit sie sich schon als Bundesbürger bzw. noch als DDR-Bürger fühlen.

Abbildung 1.7.2: Ausprägung der Identifikation mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik im Trend zwischen 1990 bzw. 1992 und 2006



Fragetext: „Als was fühlen Sie sich?“ a) als Bürger der ehemaligen DDR
b) als Bürger der Bundesrepublik Deutschland

1 vollkommen 2 etwas schon 3 eigentlich nicht 4 überhaupt nicht

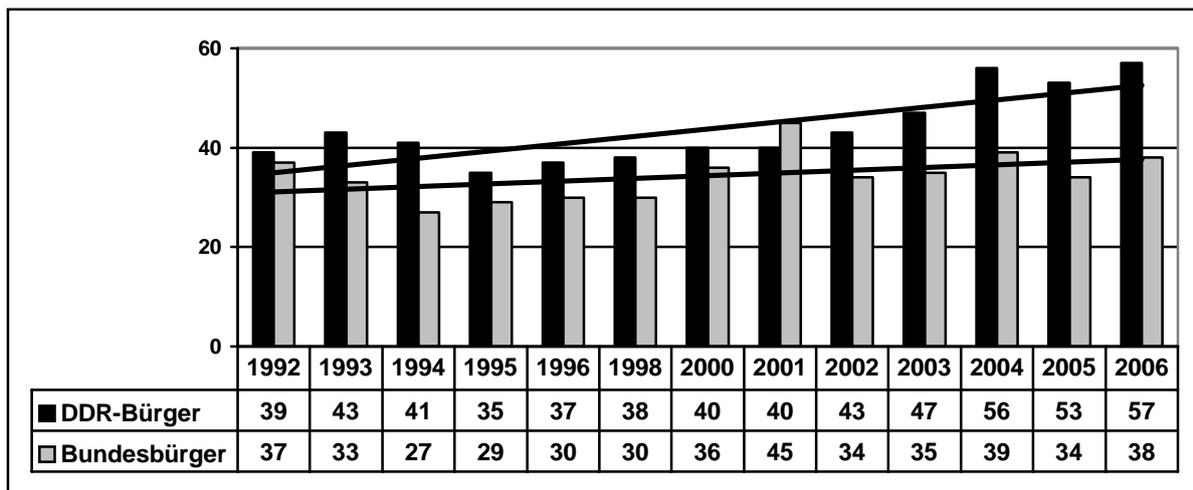
Die Abbildung enthält nur die zusammengefassten Anteile einschränkungsloser (1) und eingeschränkter (2) Verbundenheit.

Die Verbundenheit der Panelmitglieder mit der Bundesrepublik hat sich zwischen 1992 und 2006 faktisch kaum verändert. Lediglich Ende 2001, d. h. kurz nach den Ereignissen vom 11. September, deutete sich ein leichter Zuwachs an, der jedoch im Frühsommer 2002 wieder verschwunden war. Außerdem ist 2006 ein zwar signifikanter, aber nur geringer Zugewinn von 83% auf 86% zu verzeichnen.

Andererseits war die Verbundenheit mit der untergegangenen DDR im Untersuchungszeitraum 1990 (Frühjahr) bis 1996 trotz des gewachsenen Abstandes zu ihrem Untergang nur tendenziell rückläufig, um danach wieder zuzunehmen. Im Jahr 2006 wird mit 90% die bisher größte Quote derer erreicht, die sich mit der DDR identifizieren; das sind signifikant mehr als jene 86%, die sich mit der Bundesrepublik identifizieren.

Wesentlich ist aber der folgende Unterschied: Vor allem einschränkungslos (AP 1) identifizieren sich die Panelmitglieder signifikant häufiger mit der DDR als mit der BRD:

Abbildung 1.7.2: Ausprägung einschränkungsloser Identifikation (nur AP 1) mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik im Trend zwischen 1992 und 2005



Fragetext wie bei Abbildung 1.7.1

Die Prozentquoten der Panelmitglieder mit einer einschränkungslosen Identifikation mit der DDR (Antwortposition 1) sind nach dem kurzzeitigen Rückgang im Jahre 1995 auf 35% wieder geradezu sprunghaft auf 57% 2006 angewachsen. Generell ist der Zuwachs an Identifikation mit der DDR erheblich größer als der Identifikation mit der Bundesrepublik – ein einzigartiges und unerwartetes Phänomen (siehe unsere eigenen, gegenteiligen Prognosen kurz nach der Wende in Friedrich/Förster 1991).

Nicht unwichtig ist, dass Anfang der 90er Jahre zwischen beiden Identifikationen noch ein signifikanter negativer Zusammenhang bestand (je ausgeprägter die Identifikation als DDR-Bürger, desto geringer die Identifikation als Bundesbürger; 1992 z. B. $r = -.30$; $P = .000$). Seit Mitte der 90er Jahre scheinen sie jedoch neutral, unverbunden nebeneinander zu stehen (2004: $P = .086$; 2005 = $.556$; 2006: $.050$).

Eine Typenbildung lässt jedoch eine aufschlussreiche Struktur erkennen. Betrachten wir dazu den Zusammenhang beider Identitäten 2006 leicht vereinfacht, die Antwortmöglichkeiten 1 +2 bzw. 3 + 4 wurden zuvor zusammengefasst:

- > 78 % fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben (Typ I)
- > 12 % haben noch kein Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik entwickelt, fühlen sich jedoch noch als DDR-Bürger (Typ II)
- > 8 % fühlen sich vorwiegend als Bundesbürger und nicht mehr als DDR-Bürger (Typ III)
- > 2 % fühlen sich weder als Bundesbürger noch als DDR-Bürger (Typ IV)

Die Relationen dieser Teilgruppen haben sich seit 1992 nur leicht verändert:

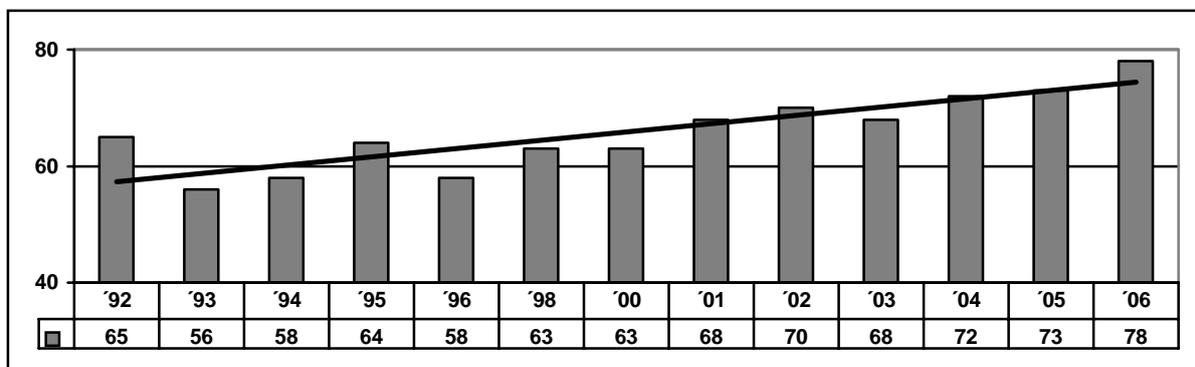
Tabelle 1.7.2: Anteile der Typen staatsbürgerlicher Identifikation im Trend 1992 bis 2006

Jahr	Welle	I	II	III	IV
1992	8	65	20	13	2
1993	9	56	22	19	3
1994	10	58	22	17	3
1995	11	64	16	18	2
1996	12	58	19	16	7
1998	13	63	15	17	5
2000	14	63	13	17	7
2001	15	68	12	18	2

2002	16	70	13	13	4
2003	17	68	13	14	5
2004	18	72	14	12	2
2005	19	73	15	11	1
2006	20	78	12	8	2
lebt im Osten		80	12	6	2
lebt im Westen/Ausland		76	10	13	1
männlich		80	11	7	2
weiblich		77	12	9	2

Wir betrachten die Anteile derer noch einmal im Trend, die sich sowohl als Bundesbürger als auch als DDR-Bürger fühlen:

Abbildung 1.7.4: Prozentquoten der Panelmitglieder, die sich sowohl als Bundesbürger als auch als DDR-Bürger fühlen, im Trend zwischen 1992 und 2006



Die dargestellten Trends sind ziemlich eindeutig: nicht der Anteil derer hat sich vergrößert, die sich schon mehr oder weniger als „reine“ Bundesbürger fühlen, sondern signifikant jener, die sich zwar als Bundesbürger fühlen, aber zugleich auch noch als DDR-Bürger. Dafür verkleinerten sich die Quoten derer, die sich als Bundesbürger bzw. als DDR-Bürger sehen. Als „reine“ Bundesbürger betrachten sich 2006 8%, als „reine“ DDR-Bürger 12%. Vermutlich setzt sich der Trend in dieser Weise fort, was auf einen langen Zeitraum dieses Prozesses schließen lässt.

Wir wollen kurz prüfen, ob diese Typisierung überhaupt relevant ist:

Tabelle 1.7.3: Typ der staatsbürgerlichen Identifikation 2006 und Bewertung der bisherigen persönlichen Erfahrungen mit dem jetzigen System

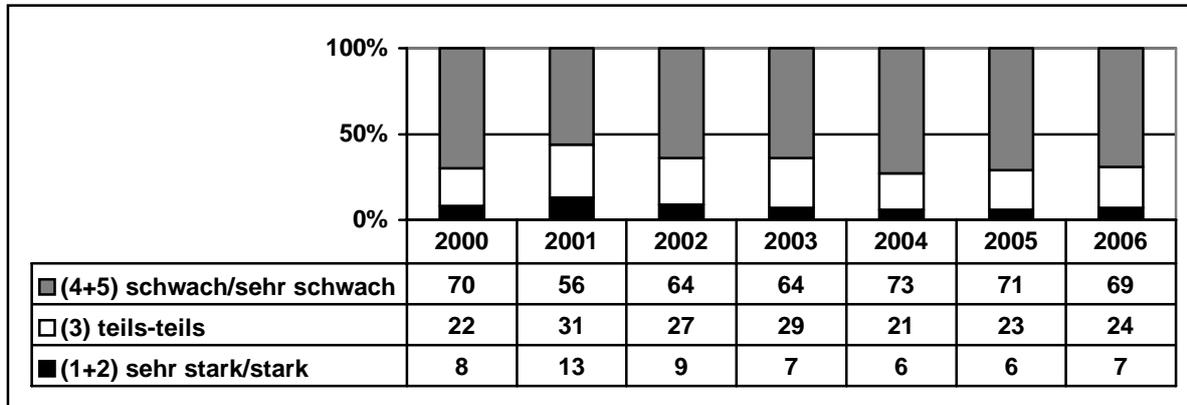
„Welche persönlichen Erfahrungen haben Sie – alles in allem – mit dem jetzigen Gesellschaftssystem gemacht?“ (2006)

1 nur positive 2 überwiegend positive 3 sowohl positive als auch negative
4 überwiegend negative 5 nur negative

Typ	1+2	3	4+5	n
Typ I	20	74	6	299
Typ II	9	67	24	45
Typ III	27	70	3	30

2006	1	6	(7)	24	35	34
männlich	0	9	(9)	28	35	28
weiblich	1	3	(4)	22	34	40

Abbildung 1.7.5: Politische Identifikation mit der Bundesrepublik im Trend 2000 bis 2006

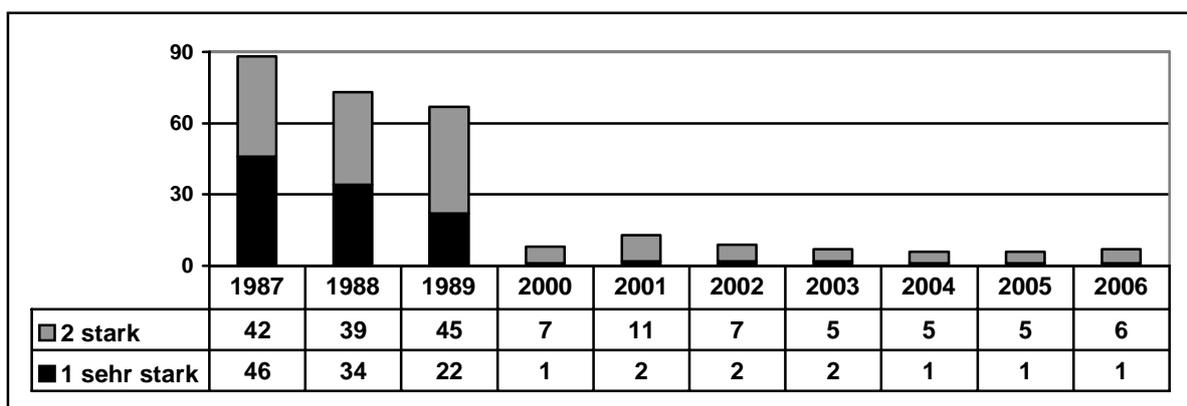


Fragetext: „Ich fühle mich politisch eng mit der Bundesrepublik verbunden“
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

7% fühlen sich im Jahr 2006 politisch mit der Bundesrepublik verbunden, 69% stellen das in Abrede, von den jungen Frauen deutlich mehr als von den jungen Männern: 74% gegenüber 63%. Interessant ist, dass sich die Panelmitglieder nicht signifikant in Abhängigkeit davon unterscheiden, ob sie im Osten oder im Westen leben.

Bemerkenswert ist auch, dass aus der zwischen 1987 und 1989 deutlich zunehmenden kritischen Haltung gegenüber der DDR danach keine politische Identifikation mit der Bundesrepublik hervorgegangen ist! Wir stellen hier noch einmal die Trends der politischen Identifikation der Panelmitglieder mit der DDR zwischen 1987 und 1989 bzw. der politischen Identifikation mit der Bundesrepublik zwischen 2000 und 2006 gegenüber:

Abbildung 1.7.6: Vergleich der politischen Identifikation derselben Panelmitglieder mit der DDR 1987 bis 1989 bzw. mit der Bundesrepublik 2000 bis 2006



Fragetexte:

1987 – 1989 „Ich fühle mich mit der DDR als meinem sozialistischen Vaterland eng verbunden.“

2000 – 2006: „Ich fühle mich politisch eng mit der Bundesrepublik verbunden.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Zwischen der politischen Identifikation mit der DDR 1989 und der politischen Identifikation mit der Bundesrepublik nach der Wende bestehen faktisch keine Zusammenhänge: Von den im Frühjahr 1989 der DDR politisch kritisch gegenüber stehenden Panelmitgliedern identifizieren sich 2006 statistisch nur tendenziell mehr stark mit der Bundesrepublik als von denen, die sich zu ihr bekannten: 16% gegenüber 6%.

In der Überblickstabelle am Anfang hatten wir bereits angegeben, wie viele sich 2006 als „deutsche Patrioten“ fühlen, ein Thema, das mit Regelmäßigkeit in den Medien diskutiert wird, 2006 z. B. im Zusammenhang mit der fast zeitgleich stattfindenden Weltmeisterschaft im Fußball. Trends liegen dazu nicht vor. Wir führen hier noch einige interessante Differenzierungen an:

Tabelle 1.7.5: Fühlen als „Deutscher Patriot“ 2006

„Inwieweit fühlen Sie sich als deutscher Patriot?“

	1 ja, vollkommen	2 ja, etwas schon	3 nein, eigentlich nicht	4 nein, absolut nicht	
	1	2	(1+2)	3	4
Gesamt	3	10	(13)	37	50
Männlich	6	13	(19)	45	36
Weiblich	1	7	(8)	31	61
Lebt im Osten	4	10	(14)	37	49
Lebt im Westen/Ausland	2	10	(12)	37	51
<u>Links-Rechts-Skala</u>					
Links/eher links	3	10	(13)	29	58
Weder-noch	3	7	(10)	41	59
Eher rechts/rechts	7	18	(25)	43	32

Ein vorläufiger Blick auf die Ergebnisse lässt vermuten, dass „deutscher Patriot sein“ für die 33-Jährigen wenig relevant ist. Lediglich 13% stimmen mehr oder weniger zu, 87% weisen es zurück, darunter 50% absolut. Die Wohnregion spielt keine Rolle. Eine signifikante Beziehung besteht mit der Selbsteinordnung in das Links-Rechts-Schema: Von den Rechtsorientierten fühlen sich 25% als Patrioten, doppelt so viele wie den Linken. Die Sortierung nach den verschiedenen Befragungszeiten bringt nichts, auch nach dem Einzug der Fußball-Nationalmannschaft in das Halbfinale ist kein Patriotismus-Aufschwung zu erkennen.

1.7.2 Beim Systemvergleich schneidet die DDR in sozialer Hinsicht besser ab

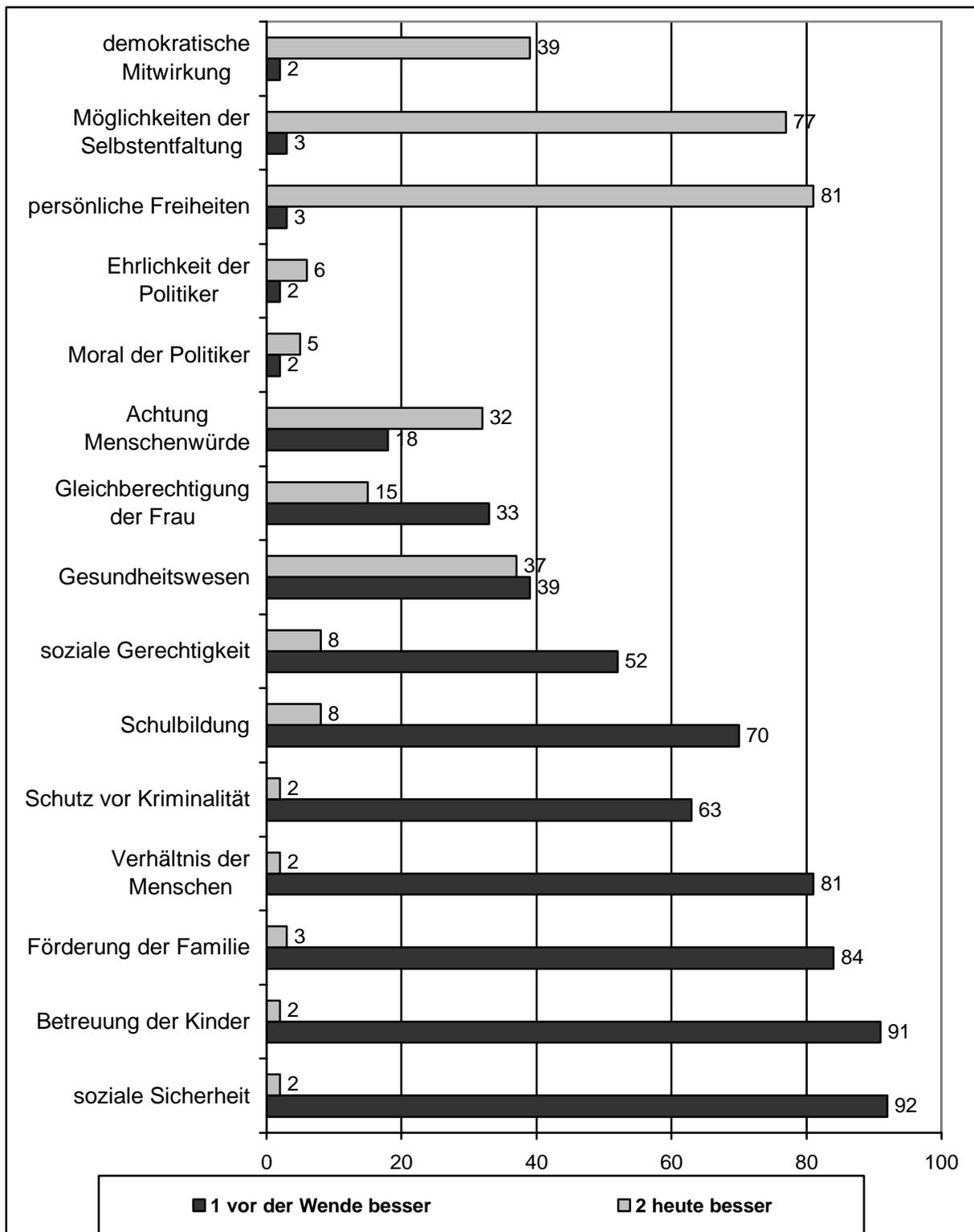
Was steht eigentlich hinter dieser anhaltenden und offensichtlich noch zunehmenden DDR-Verbundenheit, welche Bindekräfte sind hier über so viele Jahre hinweg wirksam?

Seit 1993 nahmen die Panelmitglieder zu ausgewählten Aspekten des gesellschaftlichen Lebens einen Systemvergleich vor, der – langfristig betrachtet - zu teilweise überraschenden Ergebnissen und Trends führte. Die entsprechenden Fragen wurden im Rahmen der 20. Welle aus Gründen des Umfangs des Fragebogens nicht gestellt. Die bisherigen Ergebnisse müssen dennoch, leicht verkürzt, hier erwähnt werden, um die gestellte Frage nach den Bindekräften beantworten zu können (ausf. siehe den Forschungsbericht von 2005: „Keine Zukunft im

Osten! Warum viele junge Ostdeutsche den Kapitalismus wieder loswerden wollen. Beispiel: Die 32-Jährigen.“), auch angesichts des anhaltenden Disputes um das Erbe der DDR.

Die Panelmitglieder geben zu diesen Aspekten an, ob es auf diesem Gebiet vor der Wende besser war oder heute besser ist oder ob es kaum einen Unterschied gibt. Möglich ist auch die Antwort „Das kann ich nicht beurteilen“. Wir beschränken uns hier auf eine grafische Darstellung der Positionen „vor der Wende besser“ und „heute besser“:

Abbildung 1.7.7: Systemvergleich 2005. Nur Antwortpositionen „vor der Wende besser“ und „heute besser“



Gleichberechtigung der Frau: Angaben von 2004

Wie zu sehen ist, geben die Panelmitglieder sehr differenzierte Urteile ab; außerdem ist der Anteil derer überwiegend gering, die einem Urteil ausweichen, weil sie den betreffenden Sachverhalt nicht beurteilen können.

Generell wird sichtbar, dass die DDR-Verhältnisse in sozialer Hinsicht auch im Jahr 2005 bei den 32-Jährigen noch immer gut abschneiden. Auf folgenden Gebieten meinen sie mehrheitlich, dass es vor der Wende besser gewesen wäre: in Bezug auf soziale Sicherheit (92%), Betreuung der Kinder (91%), Förderung der Familie (84%), Verhältnis der Menschen

untereinander (81%), Schulbildung (70%), Schutz gegenüber Kriminalität (63%), soziale Gerechtigkeit (52%). Das sind offensichtlich jene Gebiete des Lebens, auf denen positive Erinnerungen überwiegen, wir kommen auf sie zurück. Ein Vorsprung der früheren gegenüber der jetzigen Situation ist auch ablesbar in Bezug auf die Gleichberechtigung der Frau (33% 2004) und das Gesundheitswesen (39%).

Zu betonen ist, dass diese positiven Urteile in keinem signifikanten Zusammenhang mit der Systembindung bzw. mit der politischen DDR-Identifikation vor der Wende stehen, also keine Langzeitwirkungen der politischen DDR-Sozialisation darstellen.

Ihnen stehen 2005 drei Gebiete des Lebens gegenüber, bei denen die Panelmitglieder mehrheitlich der jetzigen Situation den Vorzug geben: die persönlichen Freiheiten (81%; die aber offensichtlich nicht mit der Freiheit im Kapitalismus überhaupt gleichgesetzt werden; wir sind darauf eingegangen), die Möglichkeiten der Selbstentfaltung (77%). Aus den vorangegangenen Befragungen ging außerdem hervor, dass die heutigen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung deutlich gegenüber früher präferiert werden (2000: 76%).

Ein Vorsprung der heutigen Situation gegenüber der früheren besteht auch hinsichtlich der Achtung der Menschenwürde: 32%; mit 40% sind allerdings noch mehr der Meinung, dass es kaum einen Unterschied zu früher gäbe, ein eher kritisches Urteil über die Gegenwart. Dasselbe gilt für die demokratische Mitwirkung: 39% bewerten sie heute besser als früher (2000 waren es noch 56%!), 35% sehen jedoch keinen Unterschied zwischen heutiger und früherer Situation. An anderer Stelle werden wir noch sehen, dass der gegenwärtige Zustand demokratischer Mitwirkung überwiegend kritisch betrachtet wird.

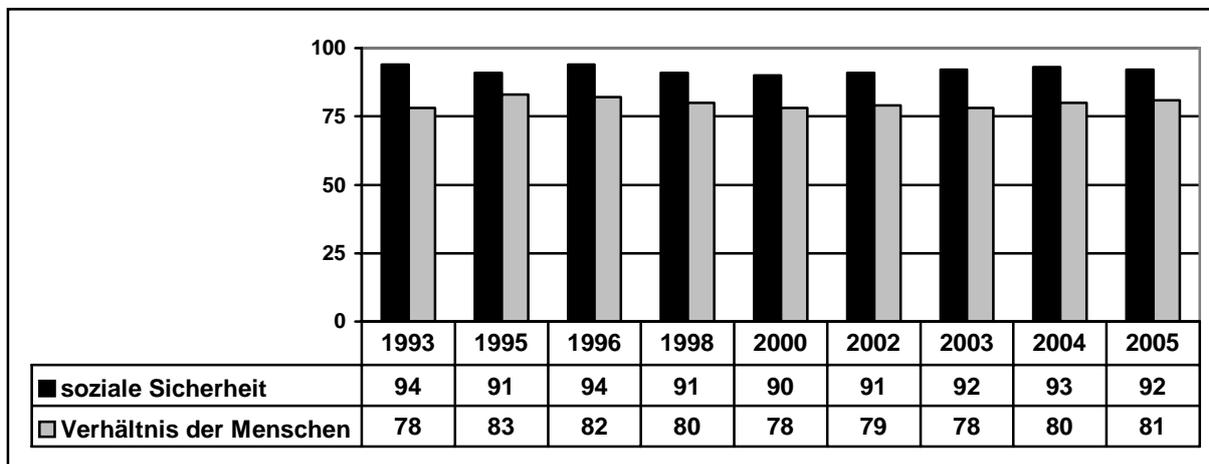
Sehr kritisch fallen 2005 die Urteile über die Moral und die Ehrlichkeit der jetzt herrschenden Politiker aus, verglichen mit den früheren Politikern. Hinsichtlich der Moral sehen mit 79% die meisten keinen Unterschied zwischen früher und heute und nur 5% bevorzugen die jetzige Situation (früher besser: 2%; kein Urteil:14%). Dasselbe gilt für die Ehrlichkeit der herrschenden Politiker gegenüber den Bürgern: 79% sehen keinen Unterschied zu früher und nur 6% schätzen die heutige Situation besser ein (früher besser: 2%; kein Urteil:13%). Diesen Ergebnissen kommt eine Schlüsselstellung zu, belegen doch Korrelationen, dass die Identifikation mit dem gegenwärtigen Gesellschaftssystem in bedeutendem Maße durch die das System repräsentierenden Politiker und Wirtschaftsführer vermittelt wird. Aussagen über Politiker in den zahlreichen offenen Fragen (ohne Vorgaben) tragen ausschließlich ein negatives Vorzeichen; immer häufiger ist die Rede von Affären, Skandalen, Korruption, Unehrlichkeit u. ä., die - das ist wesentlich - nicht dieser oder jener Partei angelastet werden, sondern dem gegenwärtigen System insgesamt.

Im Bericht über die 18. Welle 2004 haben wir dazu bereits zahlreiche wörtliche Zitate von Panelmitgliedern angeführt. Grundtenor ist der Zweifel, ob die Politiker überhaupt über die Situation im Osten informiert sind, ob sie um die Auswirkungen ihrer Politik auf die Menschen wissen. Deutliche Kritik wird daran geäußert, dass mit Sparmaßnahmen stets beim „einfachen Volk“ begonnen würde und nicht bei den Politikern. Aus zahlreichen Formulierungen geht hervor, dass die jungen Erwachsenen generell die Kompetenz der Politiker bezweifeln, die anstehenden Probleme zu lösen.

Als Vorzug unserer Studie erweist sich auch hier, dass die vergleichenden Urteile bei denselben Personen in ihrer Veränderung über längere Zeiträume betrachtet werden können. So geht aus den langjährigen Trends hervor, dass die positiven Urteile über die DDR keine zufälligen Angaben sind, sondern eine erstaunlich hohe Konstanz besitzen, sich verfestigt haben. Wir können das hier nur exemplarisch belegen.

Die höchste Konstanz der Urteile ist in Bezug auf die soziale Sicherheit zu beobachten. Die außerordentlich hohe Quote derer, die meinen, dass die soziale Sicherheit vor der Wende bzw. das Verhältnis der Menschen untereinander größer bzw. besser gewesen sei als heute, hat sich über 11 Jahre hinweg nur unwesentlich verändert:

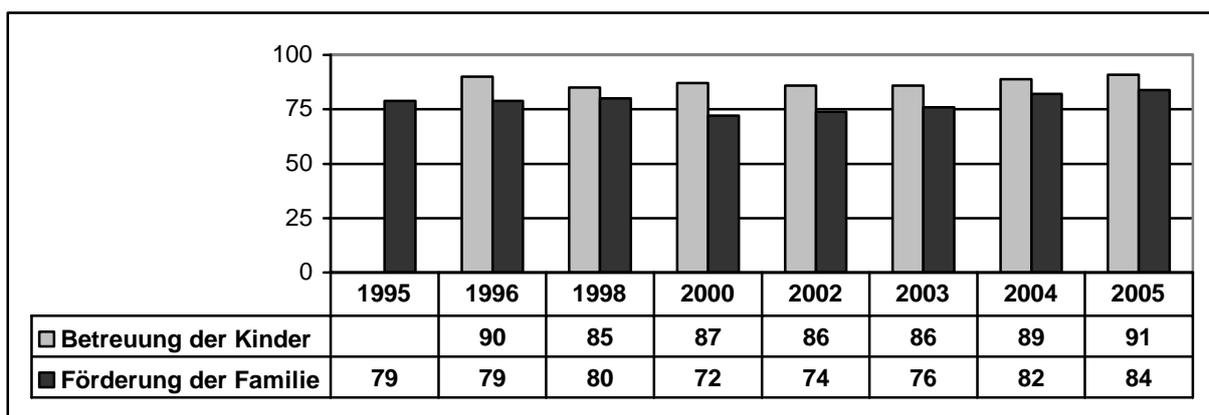
Abbildung 1.7.8: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die soziale Sicherheit bzw. das Verhältnis der Menschen untereinander vor der Wende besser gewesen wären als heute, im Trend 1993 bis 2005



Das Urteil über die soziale Sicherheit scheint mittlerweile unerschütterlich geworden zu sein und das DDR-Bild zu dominieren. Ähnliches gilt für das Verhältnis der Menschen untereinander, über drei Viertel präferieren in dieser Hinsicht die Zeit vor der Wende.

Ähnlich hoch und sehr konstant sind die Urteile über die Betreuung der Kinder bzw. die Förderung der Familie – Aspekte, bei denen die meisten Panelmitglieder mittlerweile eigene Erfahrungen und Kompetenz gesammelt haben:

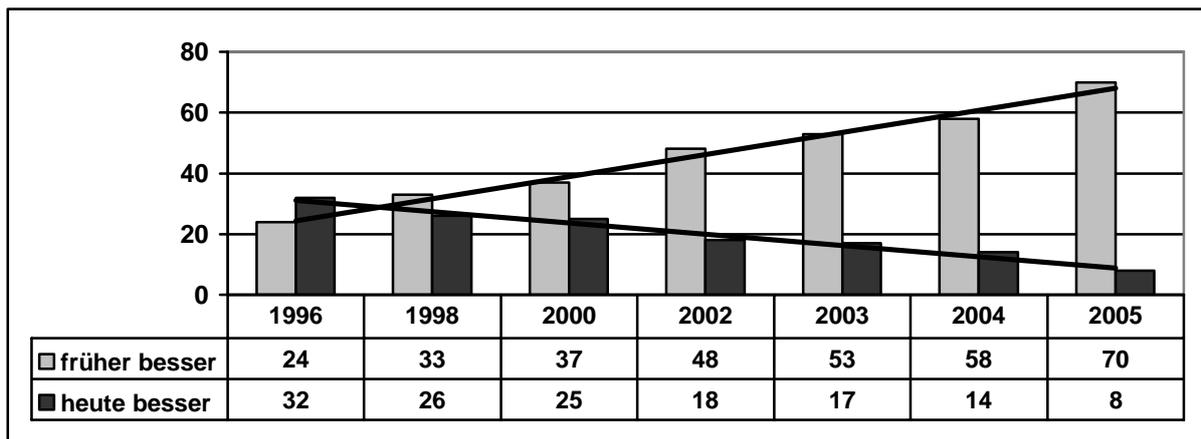
Abbildung 1.7.9: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die Betreuung der Kinder bzw. die Förderung der Familie vor der Wende besser gewesen wären als heute, im Trend 1995 bis 2005



In Bezug auf die Förderung der Familie wird 2005 der bisher höchste Wert erreicht: 84%.

Sehr interessant ist auch der Trend in Bezug auf die Schulbildung:

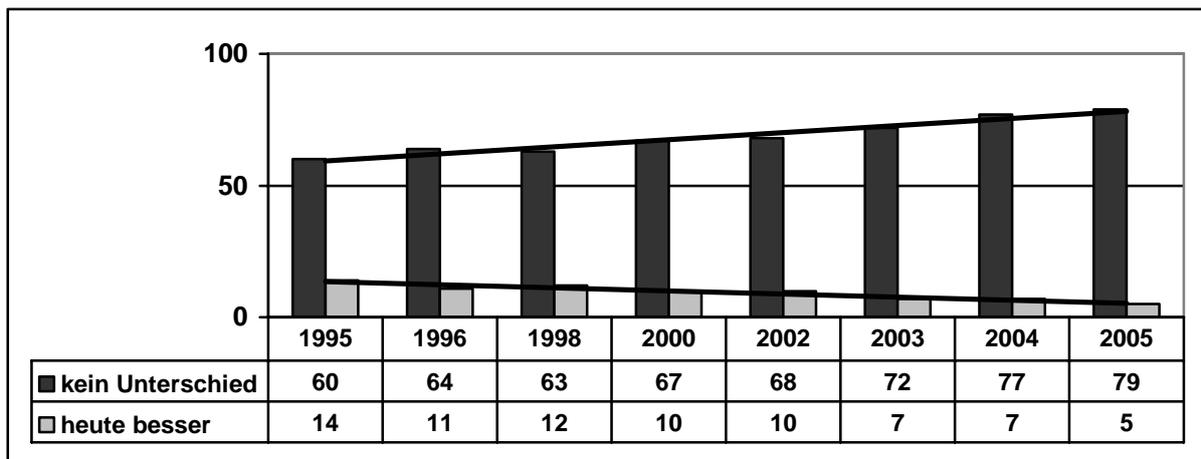
Abbildung 1.7.9: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die Schulbildung vor der Wende besser gewesen wäre bzw. heute besser sei, im Trend 1996 bis 2005



Sichtbar wird, dass immer mehr Panelmitglieder die Auffassung vertreten, die Schulbildung vor der Wende sei besser gewesen als heute. Zwischen 1996 und 2005 hat sich dieser Anteil fast verdreifacht.

Bemerkenswert ist schließlich auch der Trend im Hinblick auf die Moral der herrschenden Politiker:

Abbildung 1.7.10: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass sich die Moral der herrschenden Politiker heute und vor der Wende nicht unterscheiden würde bzw. heute besser sei, im Trend 1995 bis 2005



Fast kontinuierlich und signifikant hat seit 1995 der Anteil der Panelmitglieder zugenommen, die keinen Unterschied hinsichtlich der Moral der herrschenden Politiker zwischen früher und heute sehen. Dafür hat der Anteil jener, die die Moral der heutigen Politiker besser beurteilen, auf sehr niedrigem Niveau abgenommen und geht gegen Null.. Ähnlich kritisch wird die „Ehrlichkeit der Politiker gegenüber den Bürgern“ bewertet: 2005 meinen 79%, dass es in dieser Beziehung keinen Unterschied zwischen früher und heute gäbe.

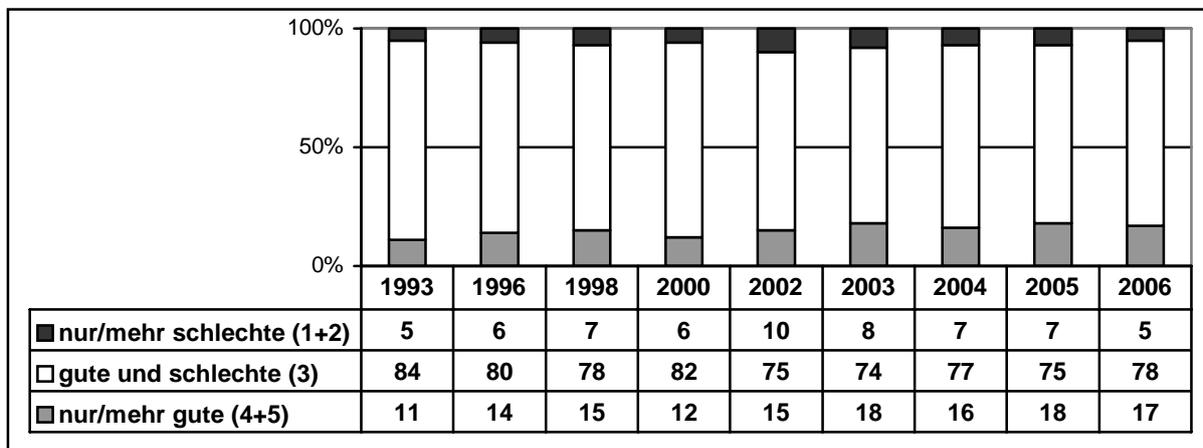
Über die genannten einzelnen Seiten hinaus wurde auch eine übergreifende Analyse mehrerer Seiten vorgenommen, die wir hier nicht detailliert darstellen können. Wesentlich ist, dass auf dieser Indexebeine kein Zusammenhang mit der früheren Systembindung bzw. der damaligen politischen Identifikation mit der DDR besteht, wohl aber mit der jetzigen Verbundenheit mit der DDR: Je häufiger der DDR die genannten Aspekte als besser zugeschrieben werden, desto ausgeprägter ist die heutige Identifikation mit der DDR und umgekehrt. Das heißt, dass die nach wie vor bestehende bzw. sogar zunehmende DDR-Identifikation der überwiegenden Mehrheit der 32-Jährigen sehr viel mit ihren Erinnerungen an wesentliche soziale

Gegebenheiten dieses untergegangenen Landes zu tun hat – selbst nach anderthalb Jahrzehnten.

Zugleich korreliert dieses DDR-Bild mit der Bejahung der deutschen Einheit: Je positiver dieses Bild ausgeprägt ist, desto geringer ist auch die Zustimmung zur Einheit entwickelt. Außerdem werden diese Aspekte umso häufiger genannt, je negativer die Panelmitglieder ihre persönlichen Erfahrungen mit dem jetzigen Gesellschaftssystem einschätzen. Das bei vielen 32-Jährigen fortbestehende positive soziale Bild der DDR ist demnach auch ein Echo ihrer heutigen Erfahrungen mit dem realen Kapitalismus.

Als Fazit dieser Analysen – wieder untermauert von Ergebnissen der 20. Welle 2006 - kann gelten, dass die überwiegende Mehrheit der TeilnehmerInnen in ihren Erinnerungen an die DDR daran festhält, dass diese „gute und schlechte Seiten“ gehabt habe:

Abbildung 1.7.12: Verhältnis von guten und schlechten Seiten der DDR im Urteil der TeilnehmerInnen im Trend 1993 - 2006 (die Positionen 1+2 bzw. 4+5 wurden zusammengefasst)



Fragetext: „Wenn Sie an die DDR-Zeit zurückdenken: Wie war das Leben in der DDR im ganzen gesehen?“ Es gab in der DDR...

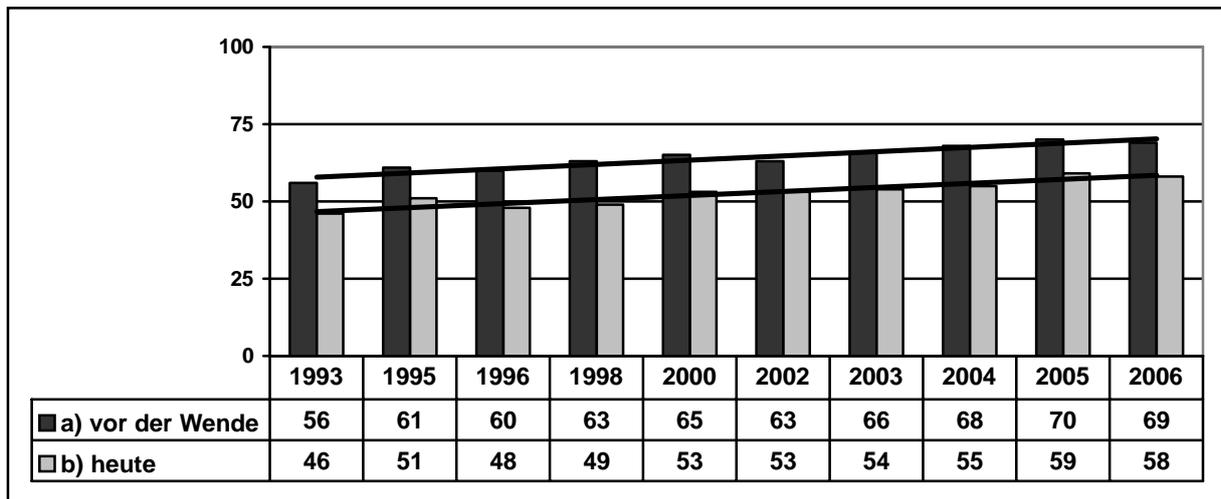
1 nur schlechte Seiten 2 mehr schlechte als gute Seiten 3 gute und schlechte Seiten
4 mehr gute als schlechte Seiten 5 nur gute Seiten

In ihren zusätzlichen Notizen vertreten bis in die Gegenwart zahlreiche TeilnehmerInnen die Auffassung, dass es ein grundsätzlicher und verhängnisvoller Fehler der Vereinigungspolitik sei, faktisch keine der ihrer Meinung nach „guten Seiten“ der DDR, die sich bewährt haben, in das vereinte Deutschland zu übernehmen. Erwähnt werden in diesem Zusammenhang immer wieder die Kindereinrichtungen in der DDR, häufig auch die Jugendklubs, Ferienlager, Polikliniken und in jüngster Zeit in deutlich zunehmendem Maße das Schulsystem. Auch nach rund 16 Jahren wird wütend und verständnislos kritisiert, dass „bis auf das Ampelmännchen vieles im Osten bewusst platt gemacht wurde, was sich bewährt hatte“, dass „viele kaputt gemacht wurde, was jetzt wieder neu erfunden wird“. Aus diesen Erfahrungen und Wertungen speist sich bis in die heutigen Tage ein großer Teil der bestehenden Distanz und Ablehnung gegenüber dem bestehenden Gesellschaftssystem und seiner politischen Klasse.

1.8 Sozialismus – eine gute Idee, nur schlecht ausgeführt

Nach unseren langjährigen Untersuchungen kann nicht daran gezweifelt werden, dass ein beträchtlicher Teil der 33-Jährigen noch oder wieder an sozialistische Ideale glaubt. Aufschlussreiche Ergebnisse dazu liegen seit 1993 vor:

Abbildung 1.8.1: Selbsteinschätzung der Identifikation mit sozialistischen Idealen vor bzw. nach der Wende im Trend 1993 bis 2006 (die Positionen 1 und 2 wurden jeweils zusammengefasst)



Fragetext: „Wie standen Sie a) vor der Wende zu den sozialistischen Idealen und wie stehen Sie b) heute dazu?“ Ich war / ich bin

1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

Aus den Angaben zur Gegenwart geht hervor, dass im Jahr 2006 die reichliche Hälfte der Panelmitglieder an sozialistische Ideale glaubt. Gegenüber 1993 ist ein signifikanter Zuwachs von 46% auf 59% 2005 bzw. 58% 2006 zu beobachten. Sozialistische Ideale sind offensichtlich trotz des erlebten Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus keineswegs bei allen von ihnen diskreditiert, „verbrannt“, sondern finden zunehmend Zuspruch. Interessanterweise gilt das für die jungen Frauen in besonderem Maße: Von ihnen identifizieren sich 2006 immerhin 62% mit diesen Idealen gegenüber 52% der jungen Männer.

Interessant ist, dass rund die Hälfte des Zuwachses zwischen 1993 und 2006 auch von Panelmitgliedern kommt, die damals sozialistischen Idealen ablehnend gegenüber standen. Andererseits geht dieser Gruppe in diesem Zeitraum rund ein Viertel ihrer Anhänger verloren. Dennoch überwiegen die Gewinne die Verluste um nahezu das Dreifache, so dass die Relationen dieses interessanten Veränderungsprozesses 2006 deutlich zugunsten der Sympathisanten sozialistischer Ideale zu Buche schlagen! Diese Veränderungen müssen allerdings noch genauer analysiert werden.

Die bei den Panelmitgliedern verbreitete Sympathie für sozialistische Ideale geht auch daraus hervor, dass rund zwei Drittel der Panelmitglieder den Sozialismus für eine gute Idee halten, die nur schlecht ausgeführt worden sei:

Tabelle 1.8.1: Zustimmung zum Sozialismus als Idee 2004 bis 2006

„Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.“

Das entspricht meiner Meinung 1,2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
2004	31	39	(70)	21	6	3
2005	32	41	(73)	17	8	2
2006	28	38	(66)	21	10	3

Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung 2006:

zufrieden/eher zufrieden	13	38	(51)	23	19	7
eher unzufrieden	30	37	(67)	22	9	2
unzufrieden	42	34	(76)	16	4	4

Je geringer die Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung, desto häufiger wird der Sozialismus als eine gute Idee angesehen. Natürlich gilt hier ebenso die Umkehrung.

Aufschlussreich ist, dass auch diese grundsätzliche Einstellung zum Sozialismus in einer engen positiven Beziehung zum 2005 erhobenen DDR-Bild steht: Je häufiger sich die Panelmitglieder beim Vergleich wesentlicher sozialer Aspekte zugunsten der DDR entscheiden, desto häufiger bejahen sie den Sozialismus „als Idee“. Das lässt darauf schließen, dass sie solche von ihnen damals erfahrenen und noch in der Gegenwart hoch bewerteten sozialen Aspekte wie soziale Sicherheit, Verhältnis der Menschen untereinander, Förderung der Familie und Betreuung der Kinder u. a. positiv mit der „Idee des Sozialismus“ in Verbindung bringen.

Dieser Zusammenhang kommt auch – in generalisierter Weise – in der folgenden Tabelle zum Ausdruck:

Tabelle.1.8.2: Zusammenhang zwischen der Beurteilung der DDR und der Beurteilung des Sozialismus „als Idee“ 2006

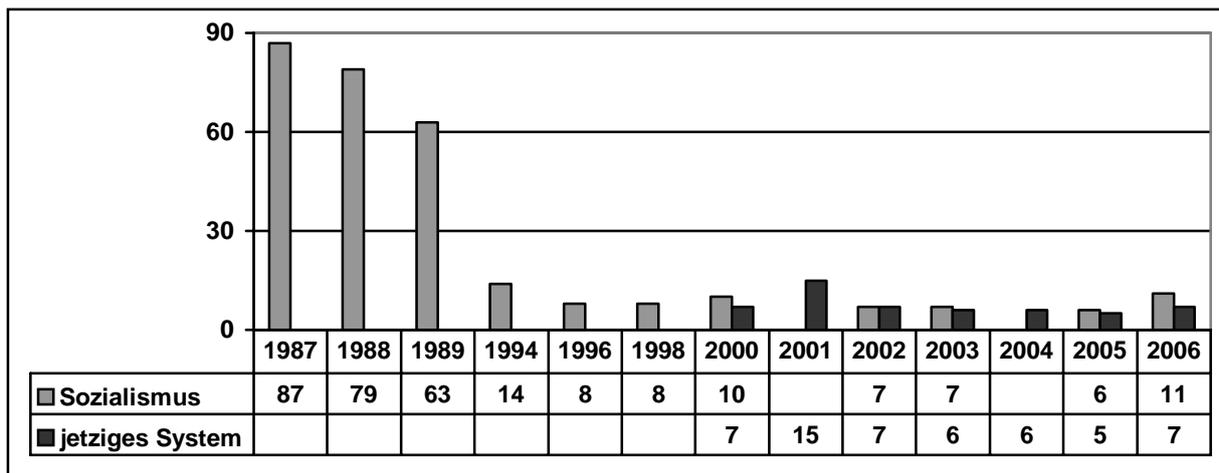
„Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.“
Das entspricht meiner Meinung 1,2,3,4,5 überhaupt nicht (2006)

	1	2	(1+2)	3	4	5
„Die DDR hatte... mehr schlechte als gute Seiten	11	17	(28)	28	22	22
gute und schlechte Seiten	24	40	(64)	23	11	2
mehr gute als schlechte Seiten“	50	30	(80)	11	6	3

Vor allem Panelmitglieder, die 2006 der DDR mehr gute als schlechte Seiten zuschreiben, und selbst jene, die sich ambivalent äußern, halten den Sozialismus - wohl eingedenk ihrer persönlichen Erinnerungen - mehrheitlich für eine „gute Idee“.

Allerdings glauben 2006 nur 11% daran, dass sich die sozialistischen Ideen eines Tages durchsetzen werden:

Abbildung 1.8.2: Glaube an die Zukunft der Systeme im Trend



Fragetexte: Sozialismus 1987 bis 1989: „Dem Sozialismus gehört die Zukunft, trotz zeitweiliger Rückschläge.“; ab 1994 „Die sozialistischen Gesellschaftsideale werden sich eines Tages durchsetzen.“ (2001 und 2004 nicht gefragt).

Jetziges System 2000 bis 2006: „Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell.“ (ab 2000)

Antwortmodell: Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht
Die Positionen 1 und 2 wurden jeweils zusammengefasst.

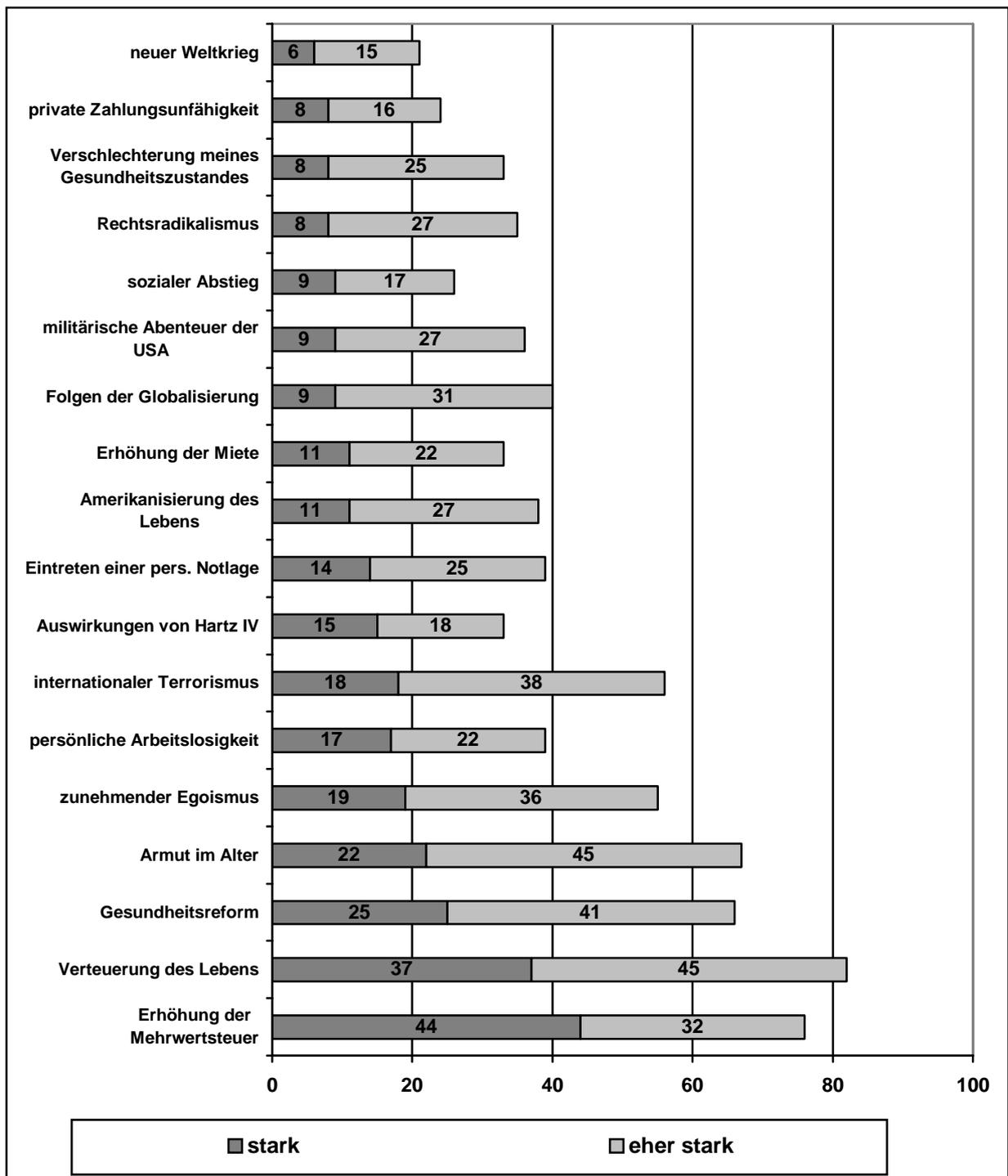
1.9 Existenzängste dämpfen die Zukunftszuversicht und die Bindung an das jetzige System

Die Einstellung der Panelmitglieder zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem und ihr Blick in die Zukunft werden durch eine ganze Reihe von belastenden Ängsten beeinflusst, die im Rahmen dieser Studie seit vielen Jahren dokumentiert werden, zum Teil in Fortschreibung der neun bevölkerungsrepräsentativen Meinungsumfragen des ZIJ 1989/90 und weiterer eigener Untersuchungen in Sachsen (ausführlich vgl. hierzu P. Förster/ W. Friedrich/ H. Müller/ W. Schubarth 1993, S. 169 ff.; W. Friedrich/P. Förster 1996, S. 115 ff.). Vor allem diese Daten geben einen informativen Einblick in die seit der Wende völlig veränderte Gefühlswelt der von uns begleiteten jungen Ostdeutschen; sie sind ein wichtiger Schlüssel, um zu verstehen, warum die meisten von ihnen dem gegenwärtigen Kapitalismus kritisch gegenüber stehen oder ihn ablehnen. Wir geben zunächst einen Überblick zur Situation im Jahr 2006:

Abbildung 1.9.1: Anteil der Panelmitglieder, die 2006 Angst vor ausgewählten Zeiterscheinungen empfinden. Nur Positionen 1 „stark“ und 2 „eher stark“; geordnet nach AP 1

Fragetext: „Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende persönlich bedroht?“

1 stark 2 eher stark 3 eher schwach 4 schwach



Wir haben es hier mit sehr unterschiedlichen, miteinander korrelierenden Ängsten zu tun, die wir insbesondere hinsichtlich ihrer Trends weiter untersuchen werden. Zunächst prüfen wir jedoch, welche von ihnen für das Denken und Fühlen der Panelmitglieder überhaupt relevant sind bzw. welche nicht.

Vor allem interessiert hier im Kontext des Forschungsanliegens, welche (untersuchten) Ängste die persönliche Zukunftszuversicht signifikant beeinflussen. Mittels Multipler Regressionsanalyse wurde so ermittelt, dass folgende Ängste dafür relevant sind:

Tabelle 1.9.1: Multiple Regressionsanalyse: Einfluss der Variablen (hier Ängste) auf die persönliche Zukunftszuversicht 2006

<u>Bezeichnung</u>	<u>Beta</u>
Eigener sozialer Abstieg	.24
Auswirkungen von Hartz IV	.18
Armut im Alter	.15
Ausbreitung von Rechtsextremismus	.14
Eintreten einer persönlichen Notlage	.12
Mögliche eigene Arbeitslosigkeit	.12
Folgen der Globalisierung	.11
Amerikanisierung des gesamten Lebens	.11
Verschlechterung meines Gesundheitszustandes	.10
Zunehmende Verteuerung des Lebens	.10

Multiple R: .58 R Square: .34

Analysis of Variance:

F = 18,65; Significance F = < .0000

Das multiple Bestimmtheitsmaß (R Square) beträgt .34. Das bedeutet, dass wir immerhin ca. 34% der Ausprägung der persönlichen Zukunftszuversicht (u. a.) mit den oben aufgeführten 10 Ängsten erklären können. Dieser Wert ist nur wenig kleiner als der am Beginn der Rechenprozedur mit allen 18 Aspekten berechnete Wert für R Square von .35. Diese minimale Differenz weist darauf hin, dass die im weiteren Rechengang ausgeschlossenen Ängste keinen Beitrag zur Varianzaufklärung der persönlichen Zukunftszuversicht leisten und vernachlässigt werden können.

Wie die oben angeführten Regressionskoeffizienten Beta erkennen lassen, ist das Gewicht der Ängste unterschiedlich. Sie zeigen z. B., dass die von 26% (weiblich: 33%!) geäußerte Angst vor eigenem sozialen Abstieg von den einbezogenen Ängsten den größten negativen Einfluss auf die persönliche Zukunftszuversicht nimmt, gefolgt von der Angst vor den Auswirkungen von Hartz IV (33%). Die übrigen Ängste haben ebenfalls einen signifikanten negativen Einfluss (z. B. die Ängste vor den Folgen der Globalisierung, besonders interessant im Zusammenhang mit dem bevorstehenden G-8-Gipfel!), jedoch in geringerem Maße.

Viele der in diese Analyse einbezogenen Ängste nehmen aber auch einen signifikanten Einfluss auf die (geringe) Zufriedenheit der 33-Jährigen mit der gesellschaftlichen Entwicklung (Multiple R: .47; R Square: .22). Wir führen sie hier nur stichwortartig an (in Klammer Beta-Koeffizient):

Amerikanisierung des gesamten Lebens (.29); Zunahme von Egoismus (.18); Folgen der Globalisierung (.12); Ausweitung des internationalen Terrorismus (.12); Verteuerung des Lebens (.08); Auswirkungen von Hartz IV (.07); Eintreten einer persönlichen Notlage (.06).

Dasselbe gilt für das Zurechtkommen der 33-Jährigen mit den jetzigen gesellschaftlichen Verhältnissen (R: .56; R Square: .31). Signifikanten Einfluss darauf nehmen 2006 die folgenden Ängste: Amerikanisierung des gesamten Lebens (.28); Angst vor (erneuter) Arbeitslosigkeit (.22); Ausweitung des internationalen Terrorismus (.18); Zunahme von Egoismus (.17); Armut im Alter (.14); Ausbreitung von Rechtsradikalismus (.11); Erhöhungen der Miete (.11).

Schon an dieser Stelle soll festgehalten werden, dass es sich bei den meisten Ängsten der Panelmitglieder nicht etwa um ausgedachte Verunsicherungen oder „Jammereien“ handelt,

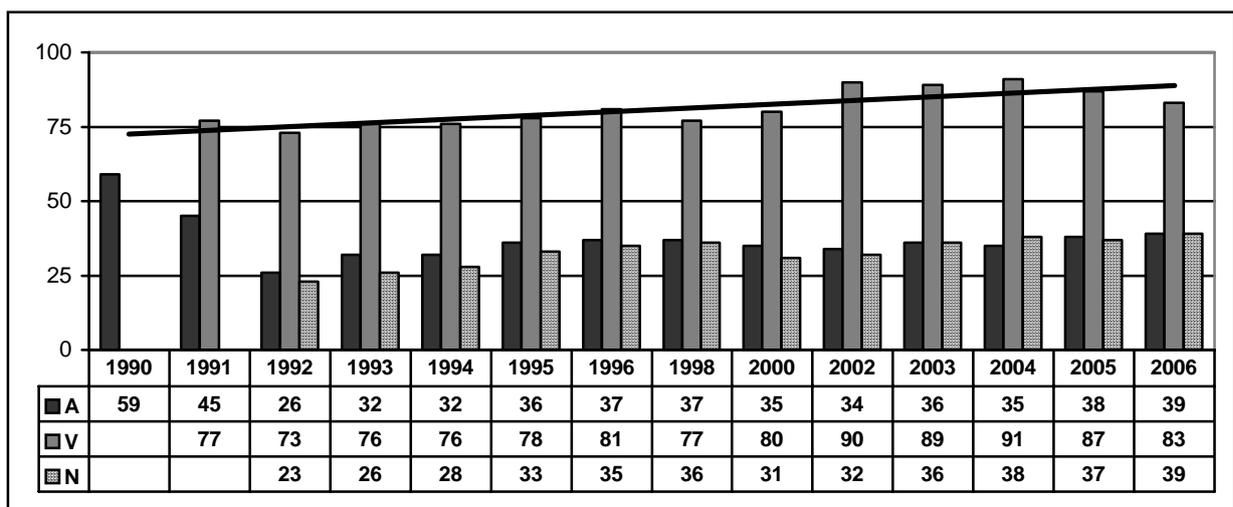
sondern um meist über eine lange Zeit gewachsene, negative emotionale Reaktionen auf den realen Verlauf des Transformationsprozesses im Osten und der politischen und wirtschaftlichen Veränderungen im europäischen bzw. internationalen Maßstab. Fast ausnahmslos handelt es sich dabei um Ängste, die überhaupt erst mit den gesellschaftlichen Umbrüchen der Jahre 1989/90 entstanden sind wie die Angst vor Arbeitslosigkeit, Altersarmut und persönlicher Notlage.

Dasselbe gilt für die verbreiteten Ängste vor weiteren Reformen der Regierung, die 2005 mit 65% einen Spitzenplatz in der Liste der Ängste einnahmen (2006 nicht erfragt). „Reformen“ sind für die Panelmitglieder (und vermutlich nicht nur für sie) inzwischen offensichtlich etwas, vor dem man Angst haben muss, weil sie sich vermutlich oder erfahrungsgemäß mehr oder weniger negativ auf Lebensplanung und Lebensqualität auswirken werden und – nicht zu vergessen - so mitunter von einigen Politikern auch in der Öffentlichkeit angekündigt und in bestimmten Teilen der Medien dramatisiert werden. (In Erinnerung ist z. B. die Äußerung des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch im Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen nach den letzten Bundestagswahlen 2005, „dass dieses Land, die Bundesrepublik Deutschland, heute Abend von einem flächendeckenden Heulen und Zähneklappern ereilt sein wird.“ Spiegel Online, 25.10. 2005).

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass Panelmitglieder, die häufige Leser einer großen und einflussreichen Boulevardzeitung sind, 2006 z. B. signifikant häufiger Ängste vor der Erhöhung der Mehrwertsteuer äußern als jene, die diese nicht lesen bzw. nicht kennen (80% gegenüber 69%; Pt = < .05). Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, dass Personen mit diesen Ängsten eher Zeitungen lesen, die diese Problematik thematisieren.

Bei den folgenden Analysen konzentrieren wir uns auf die drei verbreiteten Ängste vor eigener Arbeitslosigkeit, vor weiterer Verteuerung des Lebens und vor Eintreten einer persönlichen Notlage; wir fassen sie hier als existenzielle Ängste zusammen. Bei diesen Aspekten können wir uns auf langjährige Trends stützen:

Abbildung 1.9.2: Angst vor persönlicher Arbeitslosigkeit (A), vor Verteuerung des Lebens (V) und vor einer persönlichen Notlage (N) im Trend 1990 bis 2006



Fragetext: „Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende persönlich bedroht?“

1 stark 2 eher stark 3 eher schwach 4 schwach

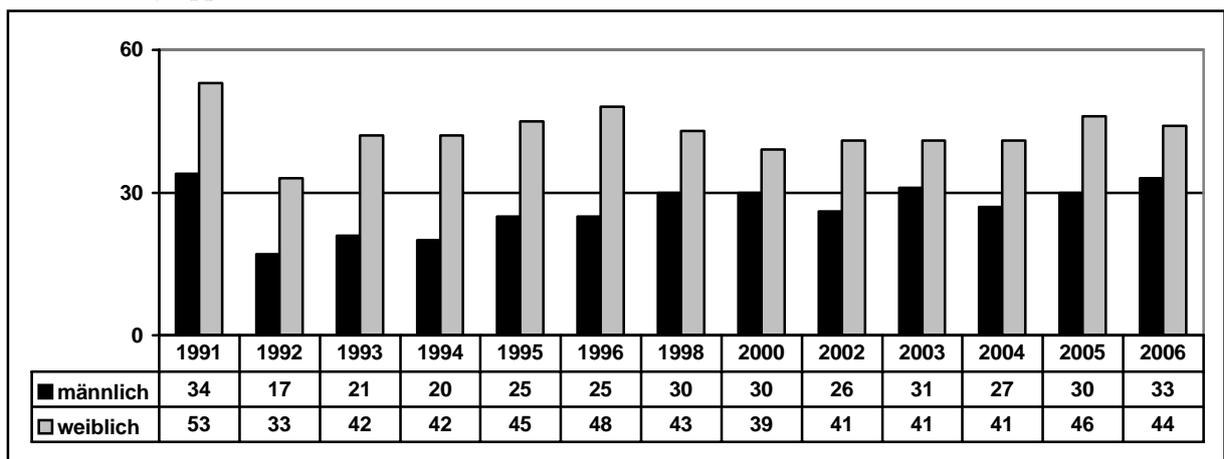
Die Anteile der AP 1 und 2 wurden zusammengefasst. Die Trendlinie bezieht sich auf die Verteuerung des Lebens (V).

Wir gehen etwas näher auf die Entwicklung dieser drei Ängste ein, auf ihren Syndromcharakter kommen wir noch zurück.

Bei der Angst vor eigener Arbeitslosigkeit war 1992 gegenüber 1990 und 1991 zunächst ein signifikanter Rückgang zu verzeichnen. Seit Mitte der 90er Jahre betrug der Anteil derer mit starker oder eher starker Angst jedoch ziemlich konstant ein reichliches Drittel, ist aber 2006 gegenüber 2004 tendenziell angestiegen auf den seit 1992 höchsten Wert von 39%.

Die jungen Frauen äußern zu jedem Zeitpunkt weitaus häufiger diese Angst, Anfang bis Mitte der 90-er Jahre sogar etwa doppelt so häufig wie ihre männlichen Altersgefährten!

Abbildung 1. 9.3: Angst vor Arbeitslosigkeit im Trend 1991 bis 2006, nach den Geschlechtergruppen differenziert.



Die Stichprobe der 5. Welle 1990 ist für eine Differenzierung nach Geschlechtergruppen zu klein. (Die Anteile der AP 1 und 2 wurden zusammengefasst.)

Gegenüber 2005 ist bei jungen Frauen ein tendenzieller Rückgang festzustellen, bei den jungen Männern dagegen eine leichte Zunahme. Nach wie vor ist ein großer Teil der 33-Jährigen mit dieser existenziellen Angst belastet.

Wie in den vorhergehenden Jahren belegen Längsschnittkorrelationen, dass die ab 1990 und 1991 bei vielen Panelmitgliedern erstmals aufgetretenen Ängste im Hinblick auf mögliche eigene Arbeitslosigkeit, aber auch in Bezug auf ihre Eltern, noch immer bis in die Gegenwart nachwirken. Selbst 2006 besteht mit den Angaben von 1991 (6. Welle) ein signifikanter und relevanter Zusammenhang ($P = .003$), ein nachhaltiges psychisches „Echo“ damaliger massiver Verunsicherungen mit Langzeitwirkung ist unverkennbar. Tatsache ist, dass viele der schockartigen negativen Erfahrungen, die zahlreiche Panelmitglieder bereits unmittelbar nach der Wende gemacht haben, von erheblicher Lebensdauer sind, meist im Kontext weiterer. Diese nachhaltigen, teilweise irreversiblen Wirkungen, bei einmaligen Untersuchungen nicht sichtbar, wurden und werden noch immer stark unterschätzt. Nach dem Ende einer oder mehrerer Phasen von Arbeitslosigkeit und dem Antritt einer neuen Stelle verlieren sich deren vielschichtigen Aus- und Nachwirkungen nicht wie ein nächtlicher Albtraum.

Und wir müssen noch ein Stück zurück gehen, in die Zeit vor der Wende. Stets muss hinzugedacht werden, dass reale Arbeitslosigkeit und Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes für die jungen Ostdeutschen zu DDR-Zeiten faktisch unbekannte Erscheinungen waren. Die stark prägende Kindheit bzw. Jugendzeit der TeilnehmerInnen dieser Studie war bis zur Wende frei von diesen „kritischen Ereignissen“, eine Tatsache,

deren Relevanz für die Langzeitwirkung der zu DDR-Zeiten erfahrenen Sozialisation kaum überschätzt werden kann. Wir verweisen dazu auf eine hoch interessante Tabelle im Anhang, in der ein aussagekräftiger Vergleich von Ergebnissen zur Angst vor Arbeitslosigkeit kurz vor bzw. nach der Wende vorgenommen wird, denen völlig identische Fragestellungen zugrunde liegen, ein seltener, gezielt herbei geführter Fall sozialwissenschaftlicher Forschung.

Zurück zu den Trends. Deutlich und fast kontinuierlich zugenommen hatte zwischen 1992 und 1998 die Angst vor einer persönlichen Notlage, ein für junge Leute im Osten vor der Wende ebenfalls unbekanntes Bedrohungsgefühl. Der 2000 sich andeutende leichte Rückgang wurde inzwischen von einem erneuten Anstieg auf 39% abgelöst, dem bisher höchsten Wert. Auch diese Angst wurde im gesamten Untersuchungszeitraum ab 1992 von den jungen Frauen häufiger geäußert als von den jungen Männern (2006: 44% gegenüber 32%!).

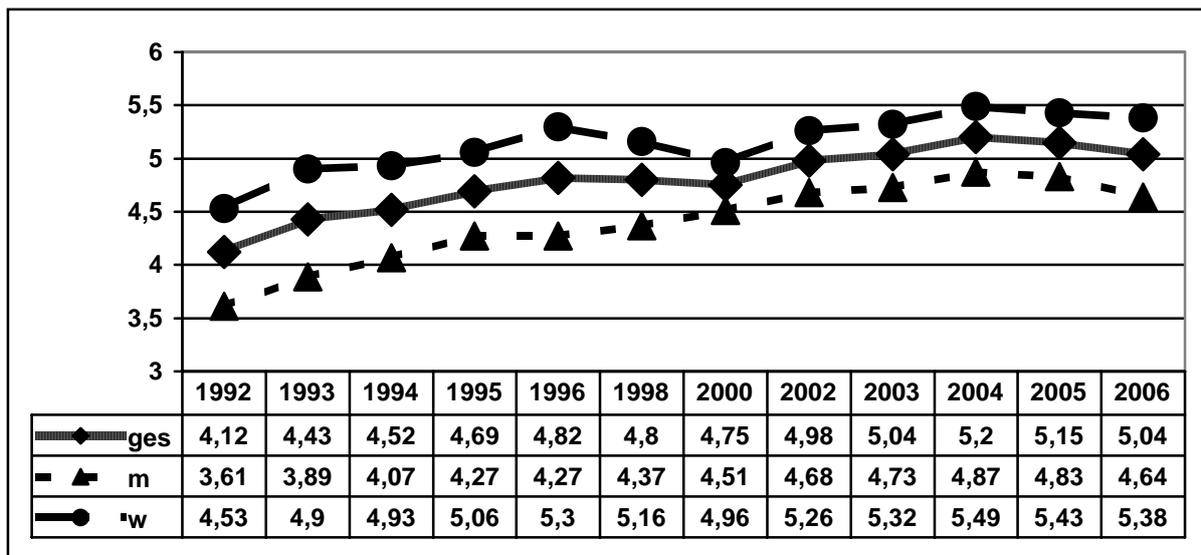
Die von Anfang an stark verbreitete Angst vor einer weiteren Verteuerung des Lebens ist nach 2000 nochmals angestiegen, 2006 wieder leicht zurück gegangen. Diese Spitzenposition ist nicht überraschend angesichts der Realitäten, des tatsächlichen oder „gefühlten“ Anstiegs der Lebenshaltungskosten und nicht zuletzt der faktisch täglichen, meist Sorgen und Ängste auslösenden Ankündigung weiterer Erhöhungen in allen Lebensbereichen, in einigen Medien dazu noch reißerisch aufgemacht.

Diese quantitativen Daten werden noch unterstrichen durch qualitative Daten, d. h. die sehr kritischen Urteile vieler Panelmitglieder über die Lebensverhältnisse in Ostdeutschland, in denen die ständig steigenden finanziellen Belastungen eine zentrale Rolle spielen. Häufig wird die Frage gestellt, „ob den Konzernbossen überhaupt klar ist, dass die Preisspirale immer wieder dieselben Leute trifft, die das ausbaden müssen? Das kann doch nicht so weitergehen!“ In der Tat lassen die vorliegenden Berechnungen für die 33-Jährigen eindeutig darauf schließen, dass eine weitere Verteuerung des Lebens ihre ohnehin schwache Akzeptanz des gegenwärtigen Systems verringern wird mit heute noch nicht absehbaren Konsequenzen für den „sozialen Frieden“ im Lande.

Um die Veränderungstendenzen des erwähnten Syndroms von Existenzängsten genauer untersuchen zu können, wurde auf der Grundlage der drei einzelnen Ängste für jedes Untersuchungsjahr ein Index „Existenzangst“ gebildet, der sich auf einer Punktwerteskala von 0 bis 9 Punkten bewegt, wobei die Ausprägung der Existenzangst mit zunehmender Punktzahl stärker wird. Dass es sich bei den drei Ängsten tatsächlich um ein Syndrom von Existenzängsten handelt, wurde an anderer Stelle nachgewiesen (vgl. Berth, Förster, Brähler & Stöbel-Richter 2007).

Die folgende Abbildung informiert über die Ausprägung des genannten Indexes im Trend zwischen 1992 (8. Welle) und 2006 (20. Welle):

Abbildung I.9.4: Ausprägung des Indexes „Existenzangst“ im Trend 1992 bis 2006, differenziert nach den Geschlechtergruppen. Mittelwerte



Je höher die Mittelwerte, desto größer die Existenzangst.

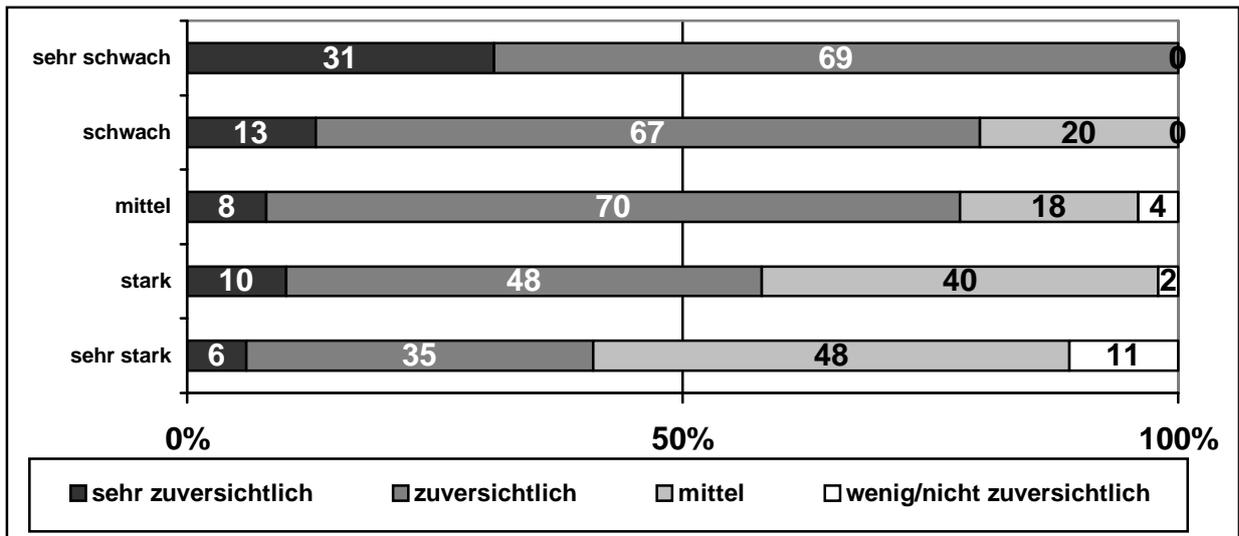
Erkennbar ist, dass die durchschnittliche Ausprägung dieser Ängste in diesem Zeitraum von 14 Jahren – von leichten Schwankungen abgesehen - zugenommen hat. Bei den weiblichen Panelmitgliedern ist zu allen Zeitpunkten eine signifikant höhere Ausprägung festzustellen als bei ihren männlichen Altersgefährten. Ob sich in nächster Zeit ein Rückgang durchsetzt, kann jetzt noch nicht gesagt werden.

Durch diese individuelle Kopplung der seit vielen Jahren beobachteten Existenzängste ist es besser als mittels der einzelnen Seiten möglich zu untersuchen, ob bzw. welche Zusammenhänge zu anderen Persönlichkeitsmerkmalen bestehen. Wären diese nur eingebildeter oder vorgespiegelter Natur (eben „Jammereien“), dann dürften überhaupt keine Zusammenhänge existieren, wir hätten es mit „Nullkorrelationen“ zu tun.

Wir beschränken uns hier auf wenige wichtige Zusammenhänge, so zwischen der Ausprägung von Existenzängsten einerseits und Zukunftszuversicht andererseits. Die ursprüngliche Skala von Null bis 9 Punkten wurde zuvor zwecks besserer Anschaulichkeit auf der Verteilungsgrundlage in eine fünfstufige Skala umgewandelt mit den Bedeutungen:

- Null bis 3 Punkte = sehr schwach (n = 81)
- 4 Punkte = schwach (n = 92)
- 5 Punkte = mittel (n = 72)
- 6 Punkte = stark (n = 52)
- 7 bis 9 Punkte = sehr stark (n = 90)

Abb. 1.9.5: Zusammenhang zwischen der Ausprägung von Existenzängsten und persönlicher Zukunftszuversicht 2006



Fragetext: „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft für Sie persönlich?“

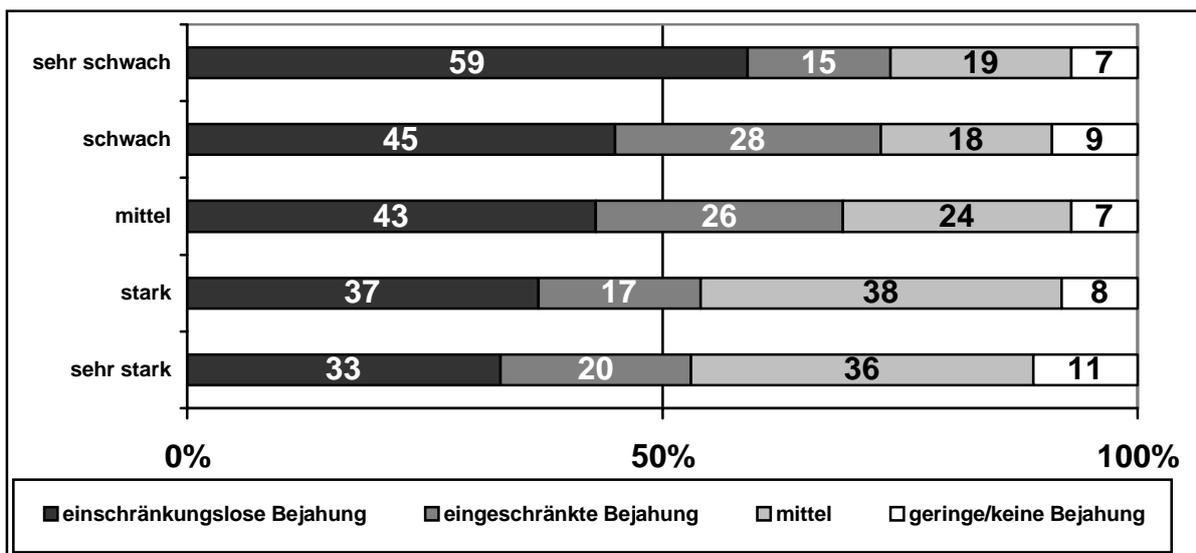
1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

H-Test: Chi-Square = 82,98; D.F. = 4; Significance = .0000

Gut erkennbar ist, dass die Zukunftszuversicht um so geringer ist, je stärker das Syndrom „Existenzängste“ ausgeprägt ist. Das erscheint „logisch“, die Berechnungen belegen jedoch, in welchen erheblichen Größenordnungen das der Fall ist: Von den Panelmitgliedern, die nur „sehr schwach“ von Existenzängsten belastet sind, blicken 31% zugleich sehr zuversichtlich in die Zukunft, weitere 69% zuversichtlich. Von jenen dagegen, die „sehr stark“ belastet sind, äußern sich nur 6% sehr zuversichtlich, 35% zuversichtlich, dafür 48% ambivalent und 11% wenig oder gar nicht zuversichtlich – das sind erhebliche Differenzen!

Ein weiteres, politisch akzentuiertes Beispiel betrifft die (deutlich rückläufige) Bejahung der Wende:

Abbildung 1.9.6: Zusammenhang zwischen der Ausprägung von Existenzängsten und der Bejahung der Wende



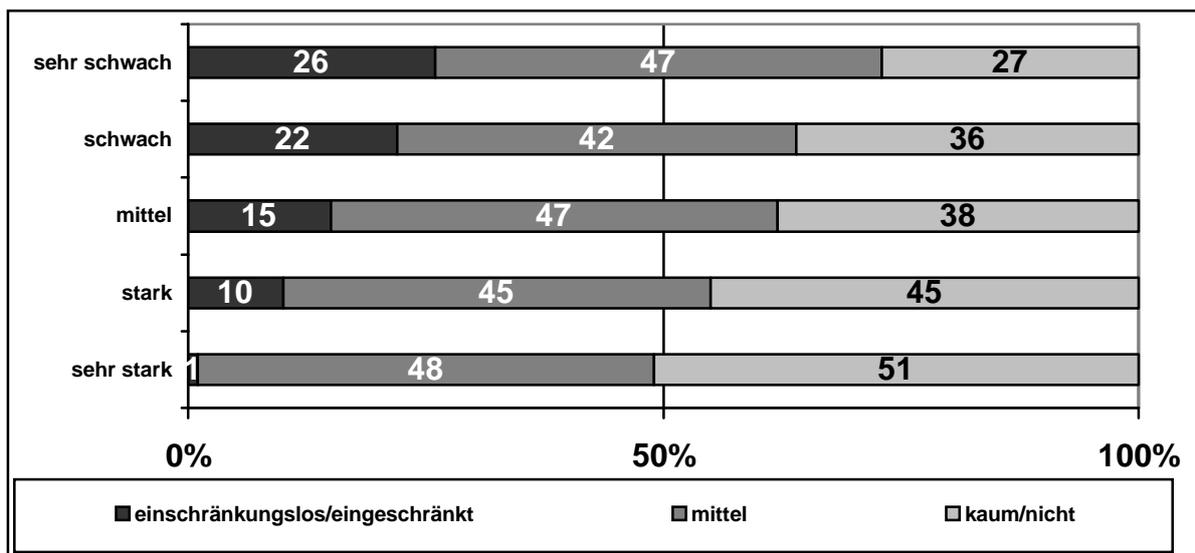
Fragetext: “Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.”

H-Test: Chi-Square = 13,23; D.F. = 4; Significance = .0102

Auch in diesem brisanten Fall besteht eine enge (wechselseitige) Beziehung: Die Bejahung der Wende ist um so schwächer, je stärker die Belastung mit existenziellen Ängsten ist (und umgekehrt).

Schließlich der Zusammenhang mit der Freude der jungen Leute darüber, heute im Kapitalismus zu leben:

Abbildung 1.9.7: Zusammenhang zwischen der Ausprägung von Existenzängsten und der Freude, heute im Kapitalismus zu leben



Fragetext: „Ich bin froh, heute in einem kapitalistischem Deutschland zu leben.“

H – Test: Chi-Square = 24,75; D.F. = 4; Significance = .0001

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Die Positionen 1 + 2 bzw. 4+5 wurden zusammengefasst.

Ablesbar ist: Die Freude der jungen Erwachsenen darüber, heute in einem kapitalistischen Deutschland zu leben, ist umso geringer, je stärker die 33-Jährigen von Existenzängsten belastet sind.

Die Veränderungsrichtung des Indexes „Existenzängste“ stimmt übrigens in seiner generell zunehmenden Tendenz gut mit den Ergebnissen der Langzeitstudie „Ängste der Deutschen“ überein, die seit 15 Jahren im Auftrag der R+V Versicherung bei rund 2400 Deutschen in West und Ost durchgeführt wird. Demnach war das generelle „Angstniveau“ 2005 in beiden Landesteilen das höchste seit 15 Jahren. „Höchstwerte erreichen dabei wirtschaftliche Themen. Ganz oben stehen die Ängste vor steigenden Preisen, einem weiteren Rückgang der Wirtschaft und Arbeitslosigkeit.“ (Internetinformation des Infocenters der R+V Versicherung vom 8. September 2005).

Aus den jüngsten Ergebnissen „Die Ängste der Deutschen 2006“ geht hervor, dass sich die Stimmungslage im Westen deutlich verbessert hat, während sie im Osten auf den tiefsten Stand seit 15 Jahren gefallen ist. So ist die Furcht vor Jobverlust im Westen zurückgegangen und wird 2006 von 47% geäußert, im Osten hat sie dagegen zugenommen und wird von 67% angeführt. Nach Jahren der Annäherung driftet die Stimmungslage in den alten und neuen Bundesländern nach Einschätzung der Autoren wieder weit auseinander (vgl. Die Ängste der Deutschen 2006).

Abschließend verweisen wir auf Ergebnisse einer weiteren multifaktoriellen Analyse (Konfigurationsfrequenzanalyse – KFA nach Krauth und Lienert) mit der wir die qualitativen

Aspekte des Syndroms „Existenzängste“ differenzierter untersucht haben. Sie sind ausführlich beschrieben in der Publikation von Berth/Förster/Brähler/Stöbel-Richter: „Einheitslust und Einheitsfrust“ (2007).

Wir erwähnen hier lediglich, dass die Häufigkeit derer, die von allen drei genannten Existenzängsten gleichzeitig betroffen sind, ziemlich kontinuierlich von 12% 1992 auf 27% 2006 gestiegen ist! Die deutliche Zunahme der Häufigkeit des gemeinsamen Auftretens dieser drei existenziellen Ängste erhärtet unsere Annahme, dass hier offensichtlich bei einem größer werdenden Teil der Panelmitglieder eine Art „Ballung“ negativer Gefühle, ein negativer „Gefühlsstau“ im Sinne von Maaz (vgl. J. Maaz 1990) über viele Jahre hinweg vorliegt, der (nur) in Panelstudien mit Fakten empirisch belegt werden kann.

Da wir in einer Längsschnittstudie aktuelle Befunde in ihrer Entwicklung zurück verfolgen können, stellt sich für jene Panelmitglieder, die 2005 diese starke Belastung aufwiesen, tatsächlich heraus, dass viele von ihnen alle diese Ängste bereits in den vorhergehenden Jahren geäußert haben: 2003, d. h. vor zwei Jahren, waren das 65% von ihnen, 2000 (vor fünf Jahren) 45%; noch früher, im Jahr 1994 (vor 11 Jahren) auch bereits 42%! Dieser für die gegenwärtigen Verhältnisse typische „Angststau“ wird weiter untersucht.

2. Einige Einflussfaktoren der Kritik am gegenwärtigen Gesellschaftssystem und des Entstehens von Existenzängsten

Wie schon in der Endzeit der DDR, so ist auch gegenwärtig nicht politische Rhetorik entscheidend für eine Identifikation der Panelmitglieder mit dem jetzigen Gesellschaftssystem, sondern das persönliche Erleben der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Wir waren deshalb fast von Anfang an bemüht, soweit absehbar, einige wesentliche Seiten der Erfahrungswelt unserer Panelmitglieder zu erfassen. Sie sind natürlich nur ein Ausschnitt. Die folgende Tabelle informiert über die hierzu 2006 gewonnenen, überwiegend überraschenden Ergebnisse:

Tabelle 2.0.1: Erfahrungen der Panelmitglieder 2006

„Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren folgende Erfahrungen gemacht?“

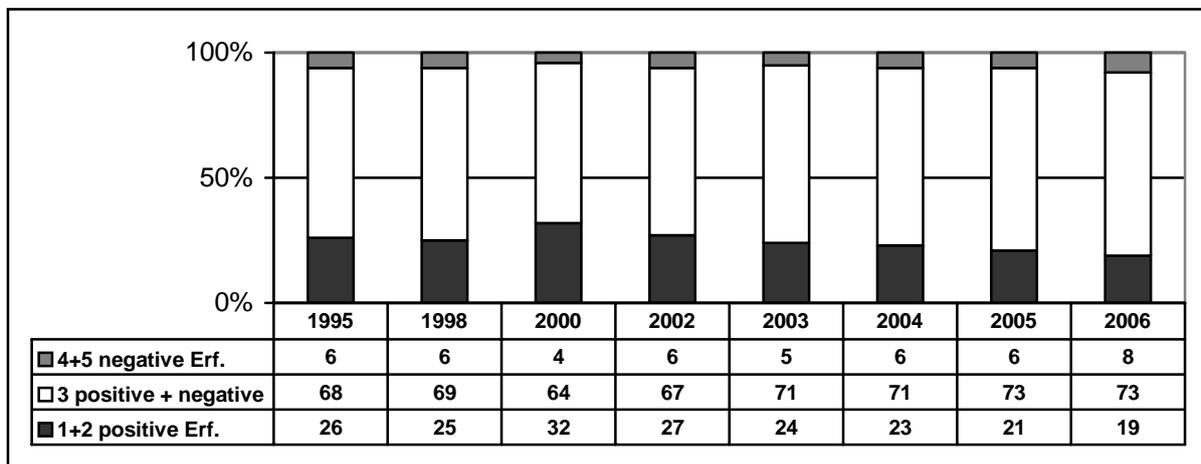
	1 ja	2 nein	0 Das ist schwer zu sagen
dass Sie in der Öffentlichkeit offen Ihre Meinung sagen können	55	28	17
Dass Sie Ihr Leben ohne politische Zwänge frei gestalten können	40	39	21
Dass Sie in der gegenwärtigen Gesellschaft gebraucht werden	33	38	29
Dass Sie in einer <u>sozialen</u> Markt-Wirtschaft leben	32	48	20
Dass Sie in einer menschlichen Gesellschaft leben	29	44	27
Dass Sie Ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand			

erhalten	17	53	30
dass Sie Ihr Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten können	9	81	10
dass die Politiker an Ihrer Meinung interessiert sind	3	87	10

Wir lassen diese Ergebnisse zunächst unkommentiert so stehen, da wir noch ausführlicher auf sie zurückkommen, einschließlich der zum Teil langjährigen Trends.

Seit 1996 gaben die Panelmitglieder ein verallgemeinertes Urteil darüber ab, welche Erfahrungen sie mit dem jetzigen Gesellschaftssystem gemacht haben:

Abbildung 2.0.1: Generelle Erfahrungen der Panelmitglieder mit dem jetzigen Gesellschaftssystem im Trend 1995 - 2006



Fragetext: „Welche persönlichen Erfahrungen haben Sie - alles in allem - mit dem neuen Gesellschaftssystem gemacht?“

- 1 nur positive Erfahrungen
- 2 überwiegend positive Erfahrungen
- 3 sowohl positive als auch negative Erfahrungen
- 4 überwiegend negative Erfahrungen
- 5 nur negative Erfahrungen

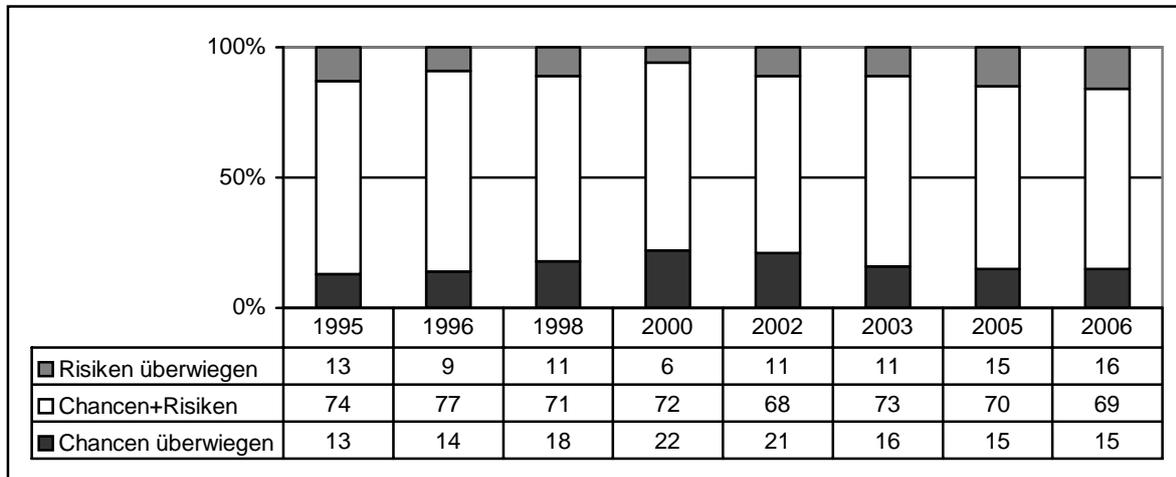
Die Antwortpositionen 1+2 bzw. 4+5 wurden in der Abbildung zusammengefasst.

Knapp ein Fünftel der 33-Jährigen (19%, darunter 1% mit ausschließlich positiven Angaben) verweist 2006 auf positive Erfahrungen, der, wie die längerfristige Analyse zeigt, geringste Wert seit 1995. Seit 2000 (nach Regierungswechsel 1998) besteht ein klarer, signifikanter Rückgang von 32% auf 19%. Außerdem reflektieren die jungen Frauen deutlich seltener positive Erfahrungen als die jungen Männer: 15% zu 24%. Andererseits hat die Häufigkeit negativer Erfahrungen von 4% auf 8% leicht zugenommen. Für die überwiegende Mehrheit (73%) sind nach wie vor ambivalente Erfahrungen charakteristisch, d.h. positive und negative Erfahrungen existieren nebeneinander. Diese ambivalente Beurteilung hat seit 2000 leicht zugenommen.

Für die hohe Ambivalenz der individuellen Erfahrungen mit dem gegenwärtigen Kapitalismus sind in der Studie noch weitere Belege zu finden. Sehr augenscheinlich kommt sie bei der

Beurteilung des in der jetzigen Gesellschaft bestehenden Verhältnisses von neuen Chancen und neuen Risiken zum Vorschein:

Abbildung 2.0.2: Verhältnis von neuen Chancen und neuen Risiken im Trend 1995 bis 2006



Fragetext: „Es heißt, dass die jetzige Gesellschaft den Bürgern *neue Chancen* für die Lebensgestaltung bietet, aber auch *neue, ungewohnte Risiken* mit sich bringt. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht? Überwiegen die Chancen oder die Risiken oder ist beides miteinander verbunden?“

- 1 die neuen Chancen überwiegen
- 2 die neuen Risiken überwiegen
- 3 es gibt sowohl neue Chancen als auch neue Risiken

Die Relationen zwischen neuen Chancen und neuen Risiken im Erleben der Panelmitglieder hatten sich bis 2000 (nach dem Regierungswechsel) kurze Zeit zugunsten neuer Chancen verschoben. Seit 2003 hat jedoch dieser Anteil wieder deutlich abgenommen und die Quote derer deutlich zugenommen, die mehr Risiken als Chancen reflektieren. 2006 sind beide Gruppen fast gleich groß. Typisch für den gesamten Zeitraum ist jedoch die Erfahrung, dass es sowohl neue Chancen als auch neue Risiken gäbe, die hochgradige Ambivalenz der persönlichen Erfahrungen mit dem jetzigen System bleibt auch im Jahre 2006 bestehen.

2.1 Eigene Arbeitslosigkeit und Unsicherheit des Arbeitsplatzes

Ein (vermutlich sogar der) entscheidende Einflussfaktor für die dargestellten Veränderungen ist nach wie vor die anhaltende Verbreitung der Arbeitslosigkeit in unserem Panel. Sie beeinflusst massiv, direkt oder vermittelt das Denken, Fühlen und Verhalten der Panelmitglieder in der Gegenwart, übrigens auch deshalb, weil sie in ihrer Erfahrungswelt vor der Wende, im damaligen Prozess ihrer Sozialisation überhaupt nicht existierte. Dieser Einfluss von etwas, was es „damals“ im Osten faktisch nicht gab, deshalb auch keinen beunruhigte oder gar Existenzängste hervorrief, wird wohl noch immer völlig verkannt.

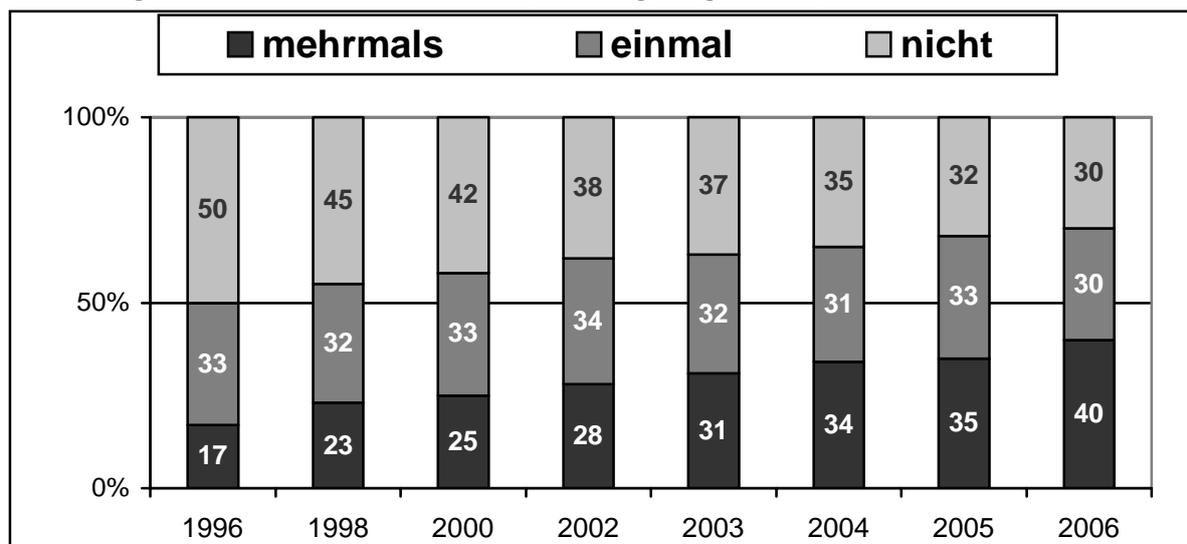
Durch die Fortsetzung der Untersuchungen nach der Wende können wir mit unserer Studie konkrete und repräsentative Aussagen darüber treffen, inwieweit die Panelmitglieder vom Beginn kapitalistischer Verhältnisse, von der „Stunde Null“ an von Arbeitslosigkeit betroffen waren, d. h. wie oft und wie lange. Wir konnten sozusagen „live“ beobachten, wie dieser gefährliche „Virus“ in unsere Population eindrang bzw. – anders ausgedrückt - wie sich der Riss zwischen den Betroffenen und nicht Betroffenen unumkehrbar permanent verbreiterte.

Außerdem können wir darüber hinaus wie kaum eine andere sozialwissenschaftliche Untersuchung Aussagen über den Einfluss persönlich erfahrener Arbeitslosigkeit auf den „Menschlichen Faktor“ treffen, den die herrschende politische Klasse offensichtlich immer mehr aus dem Blick verliert, vermutlich auch nicht sehen will. Aus einer Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel bei den Panelmitgliedern seit 1987 war unmittelbar nach dem Systemwechsel auf ganz „natürlichem Wege“ eine Studie zur Arbeitslosigkeit bei jungen Ostdeutschen geworden. Von besonderem Wert ist dabei, dass wir zu jedem Zeitpunkt Betroffene („Versuchsgruppe“) und nicht Betroffene („Kontrollgruppe“) gegenüber stellen und vergleichen können, eine „ideale“ Konstellation.

Wie hat sich die Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren verändert? Zunächst wurde diese von Anfang an im Rahmen des sozioökonomischen Status der TeilnehmerInnen zum Zeitpunkt der Erhebung erfasst. Nachdem klar geworden war, dass diese Momentaufnahme wenig bringt, insbesondere im Hinblick auf den Einfluss von Arbeitslosigkeit auf ihre psychischen, gesundheitlichen, materiellen und nicht zuletzt auch politischen Auswirkungen, fügten wir ab 1996 weitere Fragestellungen hinzu, die auf die Häufigkeit und die Gesamtdauer der erfahrenen Arbeitslosigkeit bis zum jeweiligen Zeitpunkt abzielten. Darüber hinaus stellten wir mehrere Male auch Fragen zur Arbeitslosigkeit der Lebenspartner, Eltern, Geschwister und Freunde. Der Wert dieses umfangreichen Datenpools wurde uns erst nach und nach bewusst. Uns ist bisher leider keine andere Längsschnittstudie (Panelstudie) zu dieser Thematik bekannt, mit der wir unsere Erkenntnisse und auch unser Vorgehen vergleichen könnten. Unser Angebot an das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), eine gemeinsame Längsschnittstudie zur Problematik der vermutlich unterschiedlichen Verarbeitung von Arbeitslosigkeit in Ost und West durchführen, wurde leider nicht beantwortet.

Die folgende Abbildung informiert zunächst über die Häufigkeit erfahrener Arbeitslosigkeit, unabhängig davon, wie lange sie gedauert hat:

Abbildung 2.1.1: Anteil der Panelmitglieder mit eigener Erfahrung hinsichtlich Arbeitslosigkeit im Trend 1996 bis 2006 (vorläufige Ergebnisse)



Fragetext: „Waren Sie arbeitslos? (einschließlich eventueller jetziger Arbeitslosigkeit)“

1 ja, mehrmals 2 ja, einmal 3 nein

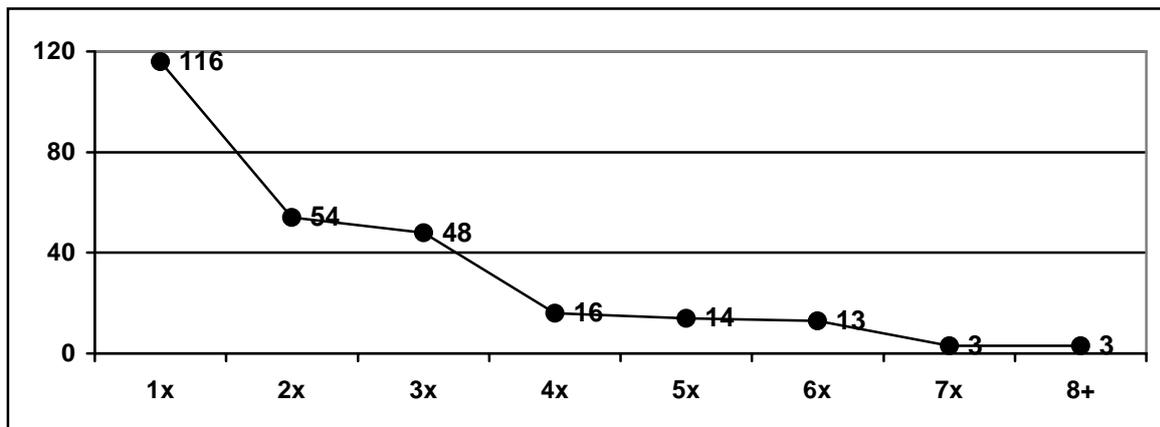
Zum Zeitpunkt der Untersuchung 2006 waren 11% der Panelmitglieder aktuell arbeitslos, darunter 7% der jungen Männer bzw. 14% der jungen Frauen – eine punktuelle Aussage, die

für sich genommen ebenso wenig aussagt wie der monatliche Arbeitsmarktbericht. Längsschnittlich betrachtet haben nämlich bis 2006 bereits 70% der Panelmitglieder ein- oder mehrmals Arbeitslosigkeit „am eigenen Leibe“ erlebt, darunter 73% der jungen Männer und 68% der jungen Frauen. 2006 ermittelten wir außerdem, dass die Betroffenen im Durchschnitt 2,4 Mal arbeitslos waren, männliche eben so oft wie weibliche.

Dementsprechend hat auch die durchschnittliche kumulierte Dauer der Arbeitslosigkeit zugenommen, diese Berechnungen sind noch nicht abgeschlossen.

Auch die Häufigkeit von Phasen der Arbeitslosigkeit wurden erhoben:

Abbildung 2.1.2: Häufigkeit der Arbeitslosigkeit bis 2006 in absoluten Zahlen (nur von Arbeitslosigkeit Betroffene)

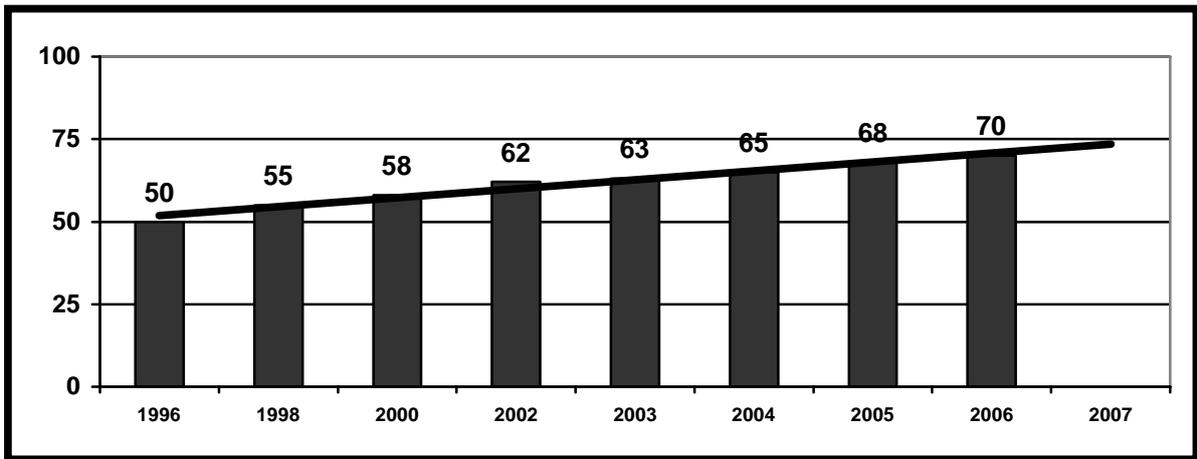


Am häufigsten wurde Arbeitslosigkeit einmal erlebt ($n=116=43\%$ der Betroffenen); immerhin $n=54=20\%$ waren zweimal arbeitslos bzw. $n=48=18\%$ dreimal, im Durchschnitt 2,36 mal. Diese Informationen sind noch differenzierter auszuwerten.

So viel knapp zur Entwicklung zwischen 1990 und 2006. Wie wird es generell mit der Arbeitslosigkeit im Osten weiter gehen? Von den Panelmitgliedern meinen 2006 nur 5%, dass sie abnehmen wird; 47% denken, dass sie so bleibt wie sie ist, 48% dagegen prognostizieren eine Zunahme mit der Tendenz, dass diese Quote um so höher liegt, je länger Arbeitslosigkeit tatsächlich erlebt wurde.

Wir kommen noch einmal auf den Trend der Betroffenheit zurück (siehe Abbildung 1), fassen jedoch alle TeilnehmerInnen zusammen, die einmal oder mehrmals, d. h. überhaupt arbeitslos waren:

Abbildung 2.1. 3: Anteil der Panelmitglieder, die seit der Wende bereits ein- oder mehrmals arbeitslos waren

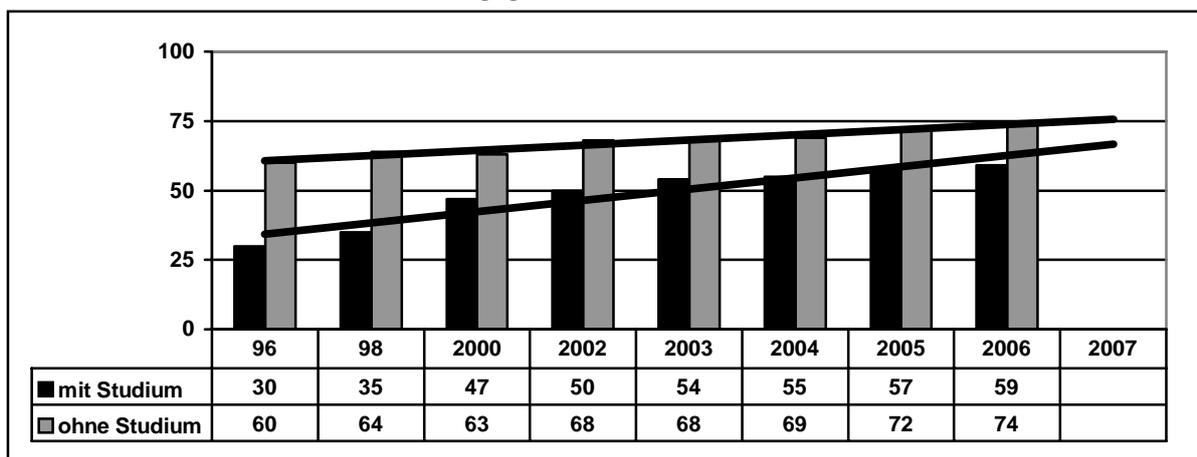


Wie bereits erwähnt, ist die Prozentquote derer, die überhaupt (ob ein- oder mehrmals) eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gemacht haben, auf 70% gestiegen.

Unsere Prognose von 2005, dass bei unveränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ein weiterer Zuwachs von 2% bis 3% zu erwarten ist, war demnach ziemlich genau. Mehr noch: sogar schon mit den Werten der ersten drei Wellen (!) war die in dieser Population zu erwartende Zunahme ziemlich klar absehbar, eine entsprechende Prognose wäre sehr realistisch ausgefallen.

An dieser Stelle soll noch erwähnt werden, dass sich der Trend zunehmender Betroffenheit von Arbeitslosigkeit nicht nur bei den weniger gebildeten Panelmitgliedern fortgesetzt hat, sondern auch bei jenen, die ein Studium abgeschlossen haben:

Abbildung 2.1.4: Anteil der Panelmitglieder, die seit der Wende ein- oder mehrmals arbeitslos waren, differenziert nach dem Bildungsgrad (mit oder ohne Studium)



Die kleine Teilgruppe der Panelmitglieder, die ohne Abschluss studiert hat, wurde hier nicht berücksichtigt.

Höher gebildete Panelmitglieder sind zwar durchweg seltener von Arbeitslosigkeit betroffen als weniger gebildete. (Statt des Studiums als Kriterium für das Bildungsniveau könnten wir hier auch die Schulnoten der Panelmitglieder von Frühjahr 1989 zugrunde legen). Aber: Wie bei Panelmitgliedern ohne Studium steigt die Quote der Panelmitglieder mit der Erfahrung

Arbeitslosigkeit auch bei jenen an, die ein Studium abgeschlossen haben. Die Schere zwischen ihnen schließt sich immer mehr!

Wenden wir uns jetzt einigen Auswirkungen dieser eindeutig negativen Veränderungen im Lebensverlauf vieler unserer Panelmitglieder zu. Hier liegen die entscheidenden Vorteile längsschnittlicher Analysen von Arbeitslosigkeit. Wesentlich ist, dass die in den vorhergehenden Jahren dokumentierten negativen Folgen von Arbeitslosigkeit nach wie vor bestehen bzw. sogar leicht zugenommen haben.

Wir führen dazu einige aufschlussreiche Ergebnisse an, die verschiedene Lebensbereiche betreffen, von der Zufriedenheit mit dem Einkommen bis zur Bejahung der Wende im Herbst 1989. Für diese Berechnungen wurden die Angaben der Panelmitglieder zu ihrer bisherigen Arbeitslosigkeit insgesamt wie schon 2005 zu vier Zeitkategorien zusammengefasst:

Tabelle 2.1: Prozentuale Anteile der Untergruppen nach Dauer der Arbeitslosigkeit 2006 in Monaten (gruppierte Daten; vorläufige Ergebnisse)

	0	1-4	5-11	12 und mehr	N
n	116	71	83	116	386
Gesamt in %	30	18	22	30	100
männlich	29	24	21	26	178
weiblich	33	13	21	33	213
arbeitslos	0	5	9	86	42
lebt im Osten	30	16	23	31	286
im Westen	28	23	19	30	94
im Ausland	57	29	0	14	7

Zur „Gruppe 0“ wurden die TeilnehmerInnen zusammengefasst, die bisher nicht arbeitslos waren (30%); zur „Gruppe 1“ jene mit einer Zeitdauer der Arbeitslosigkeit von ein bis 4 Monaten (18%); zur „Gruppe 2“ jene mit einer Dauer von 5 bis 11 Monaten (22%). Die „Gruppe 3“ umfasst alle jene, die 12 Monate oder länger arbeitslos waren (30%). Dabei sei hier nochmals betont, dass die Dauer anhand der konkreten Angaben der Panelmitglieder kumulativ berechnet wurde.

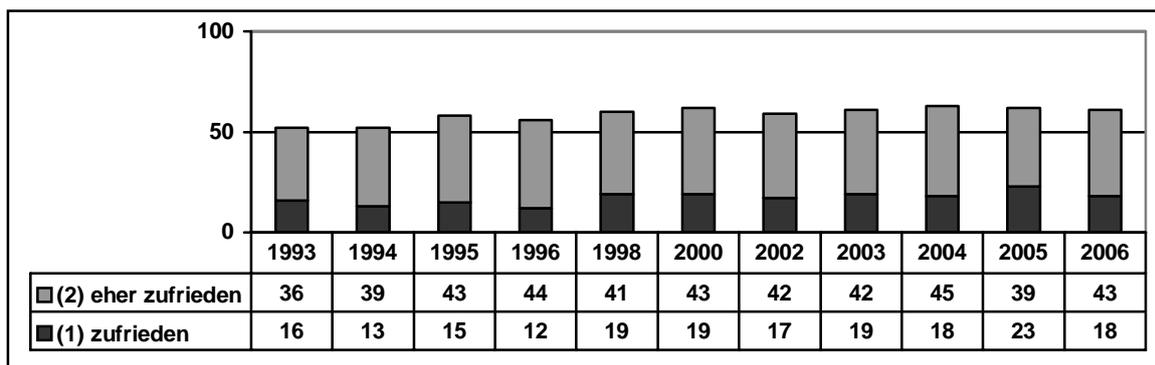
Von den jungen Frauen waren signifikant mehr länger als ein Jahr arbeitslos. Bei den aktuell arbeitslosen Panelmitgliedern fällt erneut auf, dass von ihnen die übergroße Mehrheit länger als insgesamt ein Jahr betroffen war, egal ob zusammenhängend oder in mehreren Phasen.

Ein Vergleich mit der amtlichen Statistik, insbesondere im Hinblick auf Langzeitarbeitslosigkeit (deren Dauer bekanntlich ein Jahr oder länger beträgt), ist nur sehr bedingt möglich. Leider gibt es nach wie vor keine genauen amtlichen Angaben darüber, wie viele Monate oder gar Jahre sich eigentlich hinter diesem mehr verschweigenden als erklärenden Begriff verbergen. Es wäre sehr aufschlussreich und überraschend, das Anwachsen dieses Zeitumfangs und vor allem die anwachsenden Folgen ähnlich unserem Vorgehen „am Mann/an Frau“ zu verfolgen. Offensichtlich hat gerade diese Kernfrage bisher nicht interessiert.

In allen angeführten Fällen wurde mit dem H-Test von Kruskal und Wallis geprüft, ob die vier gebildeten Gruppen sich im Hinblick auf die jeweils untersuchte Variable signifikant voneinander unterscheiden.

An die Spitze stellen wir die Auswirkungen von erfahrener Arbeitslosigkeit auf die Zufriedenheit der jungen Leute mit ihrem Einkommen als eine entscheidende Existenzgrundlage. Wir führen zunächst den Trend dazu an, der belegt, dass sich diese Zufriedenheit zwischen 1993 und 1998 leicht erhöht hat, um danach zu stagnieren:

Abbildung 2.1. 5: Anteil der Panelmitglieder, die mehr oder weniger mit ihrem Einkommen zufrieden sind, im Trend 1993 bis 2006

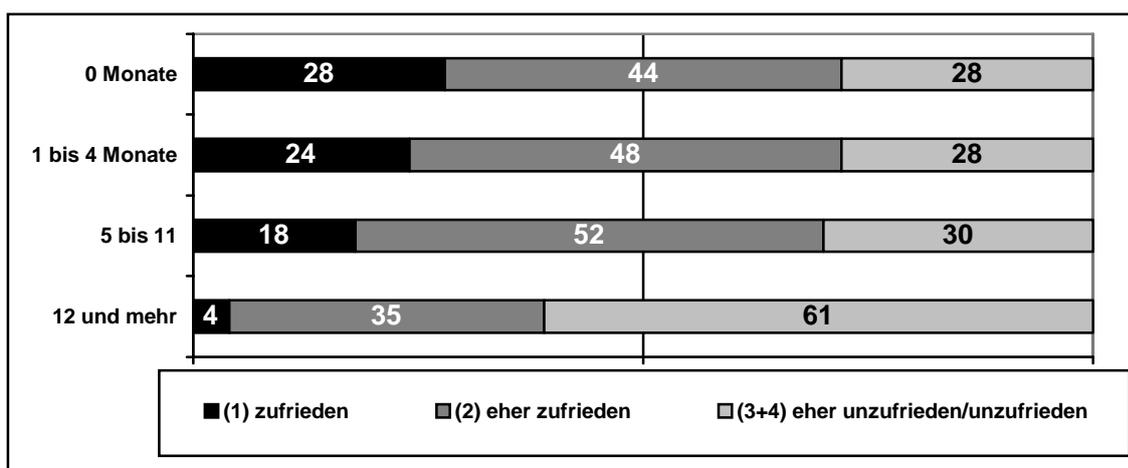


Fragetext: „Inwieweit sind Sie mit Ihrem Einkommen zufrieden?“

1 zufrieden 2 eher zufrieden 3 eher unzufrieden 4 unzufrieden

Für die 33-Jährigen ist belegt, dass diese Entwicklung u. a. signifikant von der bis jetzt erfahrenen Arbeitslosigkeit abhängt. Betrachten wir dazu die Einkommenszufriedenheit differenziert danach, wie lange die Panelmitglieder bisher arbeitslos waren:

Abbildung 2.1.6: Zufriedenheit mit dem Einkommen 2006, differenziert nach der kumulierten Dauer der Arbeitslosigkeit



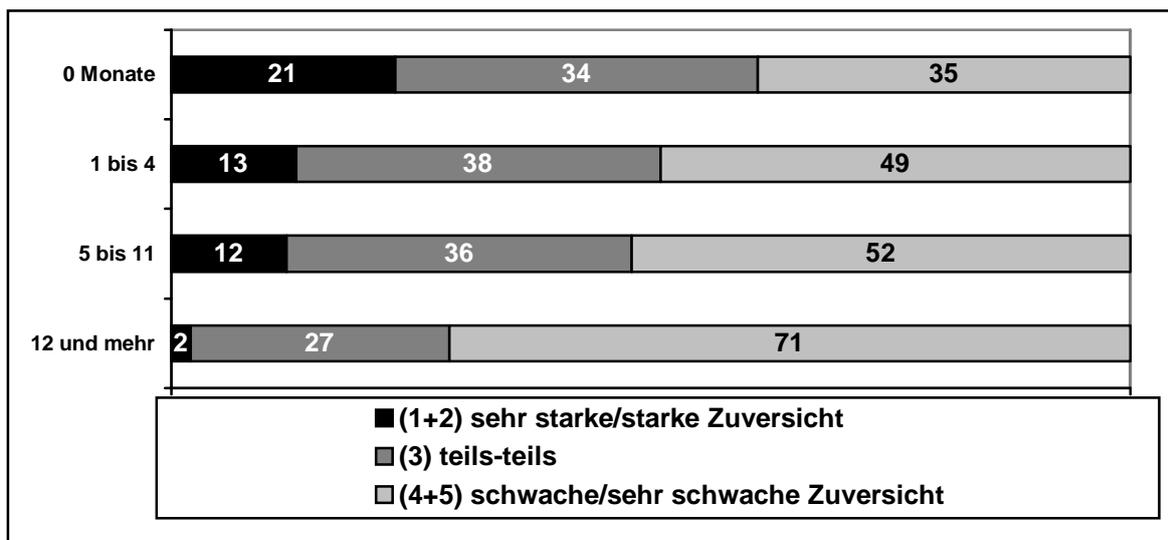
H-Test: Chi-Square = 49,09; Significance = < .0000

Zwar besteht kein Unterschied in der Einkommenszufriedenheit derer, die bisher nicht (0 Monate) oder nur kurz (1 – 4 Monate) arbeitslos waren. Gravierend ist jedoch der Absturz

dieser Zufriedenheit bei einer Zeitdauer von einem Jahr oder länger, was 2006 immerhin 30% der TeilnehmerInnen betrifft!

Deutliche Auswirkungen bisher erfahrener Arbeitslosigkeit existieren auch im Hinblick darauf, wie die Panelmitglieder über eine gesicherte Zukunft in Ostdeutschland denken. Über den Trend ihrer Zukunftszuversicht vor und nach der Wende haben wir bereits informiert. Wir wollen auch diese Angaben dahingehend prüfen, inwieweit eine Beziehung zur Dauer der persönlichen Arbeitslosigkeit seit 1990 besteht:

Abbildung 2.1.7: Ausprägung der Zuversicht 2006, im Osten eine gesicherte Zukunft zu haben, differenziert nach der kumulierten Dauer bisheriger Arbeitslosigkeit



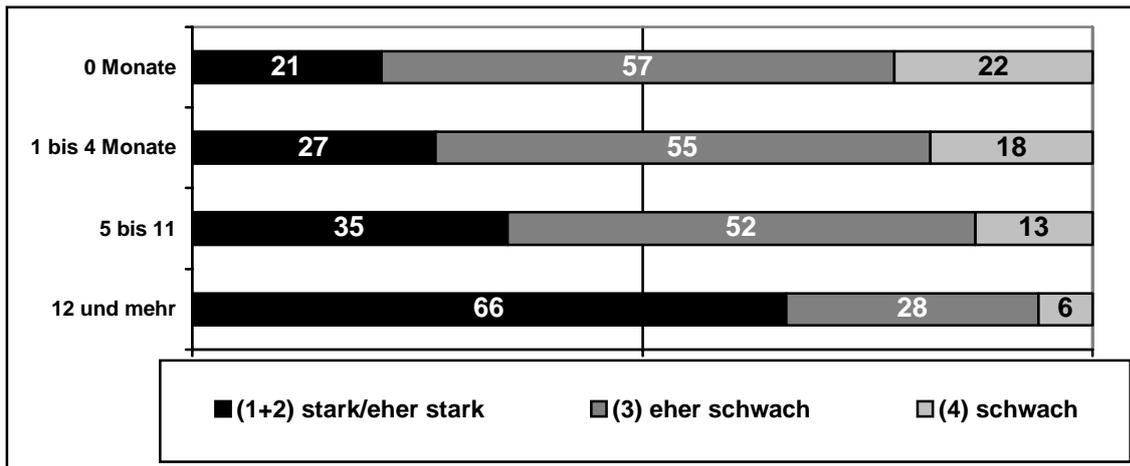
Fragetext: 2006: „Ich habe in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

H-Test: Chi-Square = 22,48; Significance = < .01

Der signifikante Einfluss der bisher erfahrenen Arbeitslosigkeit auf die Zukunftszuversicht ist unübersehbar. Je länger die bisherige Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit ist, desto geringer ist die Zuversicht der Panelmitglieder, im Osten eine gesicherte Zukunft zu haben. Bei denen mit bereits lang andauernden Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit (kumuliert ein Jahr und länger) hat dieses positive Gefühl fast völlig abgebaut: 71% von ihnen stellen mehr oder weniger in Frage, dass ihre Heimat ihnen eine Perspektive bietet!

Wie zu erwarten ist, zeigen sich die negativen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auch 2006 in den weit verbreiteten Ängsten vor (erneuter) Arbeitslosigkeit. Die Trenddaten seit 1991 einschließlich 2006 haben wir ebenfalls bereits dargestellt. Wir schließen erneut die differenzierte Betrachtung nach der bisherigen Dauer von Arbeitslosigkeit an:

Abbildung 2.1.8: Ausprägung der Angst vor (weiterer) Arbeitslosigkeit 2006, differenziert nach der Dauer der Arbeitslosigkeit



Fragetext: „Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende bedroht: mögliche eigene Arbeitslosigkeit“ 1 stark 2 eher stark 3 eher schwach 4 schwach

H-Test: Chi-square = 67,60; Significance = < .0000

Von einer Gewöhnung an Arbeitslosigkeit mit deren zunehmender Dauer kann bei den 33-Jährigen von diesen Daten her nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Das sehr belastende Gefühl existenzieller Angst vor Arbeitslosigkeit hat erheblich an Gewicht gewonnen, je länger die Arbeitslosigkeit bisher insgesamt dauerte. Die Prognose liegt auf der Hand: Je länger die Panelmitglieder künftig weitere persönliche Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit machen müssen, um so gravierender werden mit hoher Wahrscheinlichkeit deren psychischen, materiellen, gesundheitlichen sowie politischen Folgen sein.

Signifikanten Einfluss hat die Dauer persönlicher Arbeitslosigkeit auf die Angst vor eigenem sozialem Abstieg, 2006 zum ersten Mal erkundet: Rund ein Viertel der Panelmitglieder (26%) äußert diese Angst, von den jungen Frauen doppelt so viele wie von den jungen Männern: 33% gegenüber 17%!

Abbildung 2.1.9: Ausprägung der Angst vor sozialem Abstieg 2006, differenziert nach der bisherigen Dauer der Arbeitslosigkeit



Fragetext: “Inwieweit fühlen Sie sich durch eigenen sozialen Abstieg bedroht?“
1 stark 2 eher stark 3 eher schwach 4 schwach

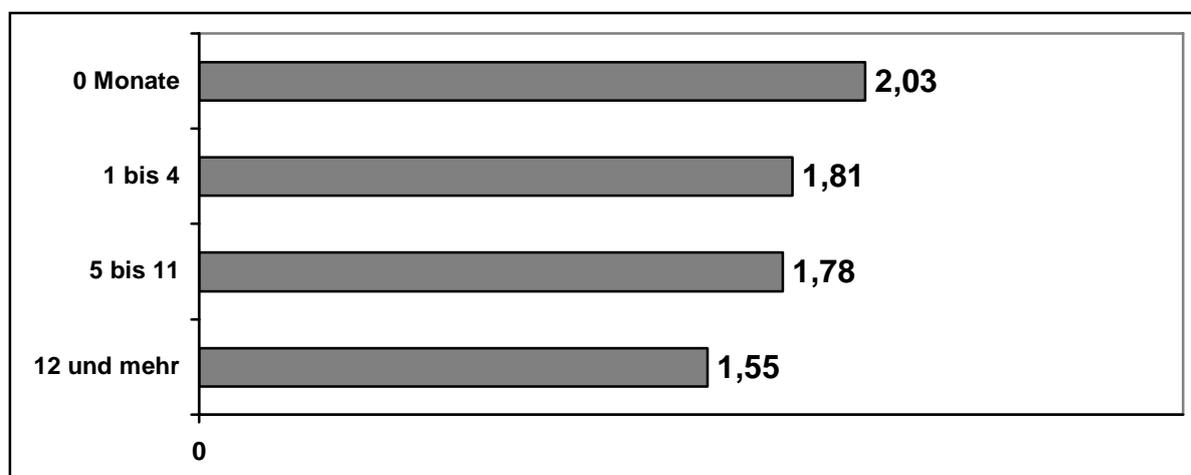
H = 33,79; Significance = < .0000

Von diesen Daten der 20. Welle her kann kein Zweifel daran bestehen, dass die stark belastende Angst vor einem sozialen Abstieg mit zunehmender Dauer persönlicher Arbeitslosigkeit erheblich zugenommen hat. Empfinden „nur“ 15% derer diese stark belastende Sorge, die bisher von Arbeitslosigkeit verschont geblieben sind, beträgt dieser Anteil 44% jener, die ein Jahr oder noch länger arbeitslos waren. So absurd solche Ängste bei den erst 33-jährigen jungen Leuten im Osten erscheinen mögen: sie sind ein besonders zugespitzter Ausdruck handfester gesellschaftlicher Verwerfungen, deren künftige Ausmaße und Folgen heute nur zu ahnen sind.

Das betrifft natürlich auch weitere Ängste wie z. B. die vor einer persönlichen Notlage, vor der angekündigten Gesundheitsreform, der Erhöhungen der Mehrwertsteuer und der Miete, den Auswirkungen der Hartz-Gesetze, dem Eintreten von privater Zahlungsunfähigkeit, der weiteren Verteuerung des Lebens, Armut im Alter usw. So belasten 2006 39% dieser jungen Leute Ängste vor persönlicher Notlage (2005 37%), jedoch in sehr unterschiedlichem Maße in Abhängigkeit von erfahrener Arbeitslosigkeit: die Quote derer mit starken Ängsten reicht von 22% bei den bisher noch nicht Betroffenen bis 58% bei den längere Zeit Betroffenen!

Ähnliche Ergebnisse wie 2005 bestehen auch 2006 im Hinblick auf den Kinderwunsch der 33-Jährigen und ihre großen Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder; sie unterstreichen damit, dass im Kontext der spezifischen demografischen Entwicklung im Osten die Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Ängste nicht ausgeklammert werden dürfen:

Abbildung 2.1.10: Anzahl der gewünschten Kinder 2006, differenziert nach der bisherigen Dauer der Arbeitslosigkeit (nur weibliche Panelmitglieder, n= 201)

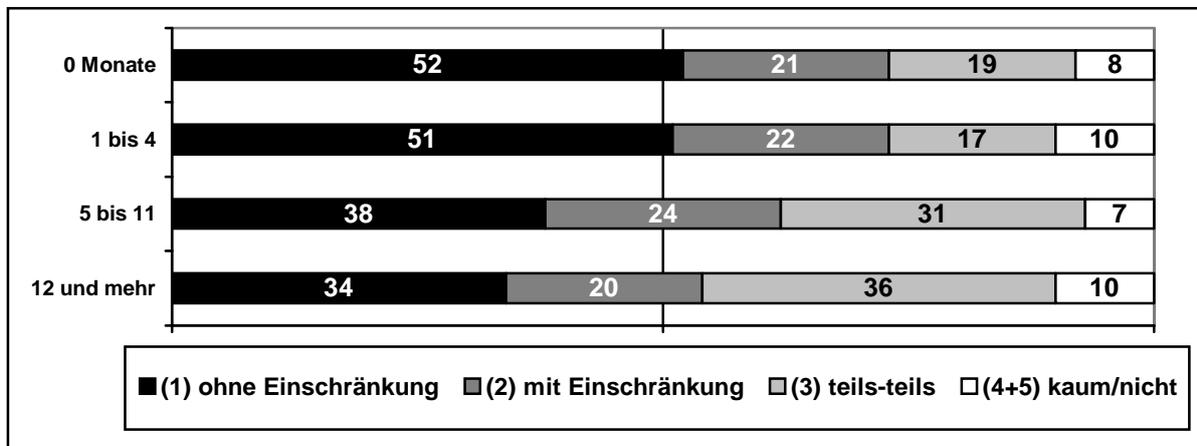


H-Test: Chisquare = 11,80; Significance = < .000

Während junge Frauen, die bisher nicht arbeitslos waren, sich durchschnittlich 2,03 Kinder wünschen, geht dieser Wert signifikant auf 1,55 Kinder bei denen zurück, die bereits länger als insgesamt ein Jahr arbeitslos waren – eine klare Aussage. In dem Zusatzbericht von Dr. Yve Stöbel-Richter kommen wir darauf noch einmal zurück (siehe Anhang).

Die latenten, schleichenden Folgen zunehmender bzw. längerer Arbeitslosigkeit widerspiegeln sich bei den 33-Jährigen in besonderer Schärfe in ihren politischen Einstellungen. Dazu gehört an erster Stelle das seit 1992 beobachtete Maß an Zustimmung zur Wende, die „Politische Gretchenfrage“ schlechthin.. Die Daten von 2006 signalisieren die bisher geringste Akzeptanz dieses Ereignisses von historischer Tragweite, bei weiblichen Panelmitgliedern noch geringer als bei männlichen; wir sind darauf eingegangen.

Abbildung 2.1.11: Bejahung der Wende 2006, differenziert nach der bisherigen kumulierten Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit in Monaten



Fragetext: „Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

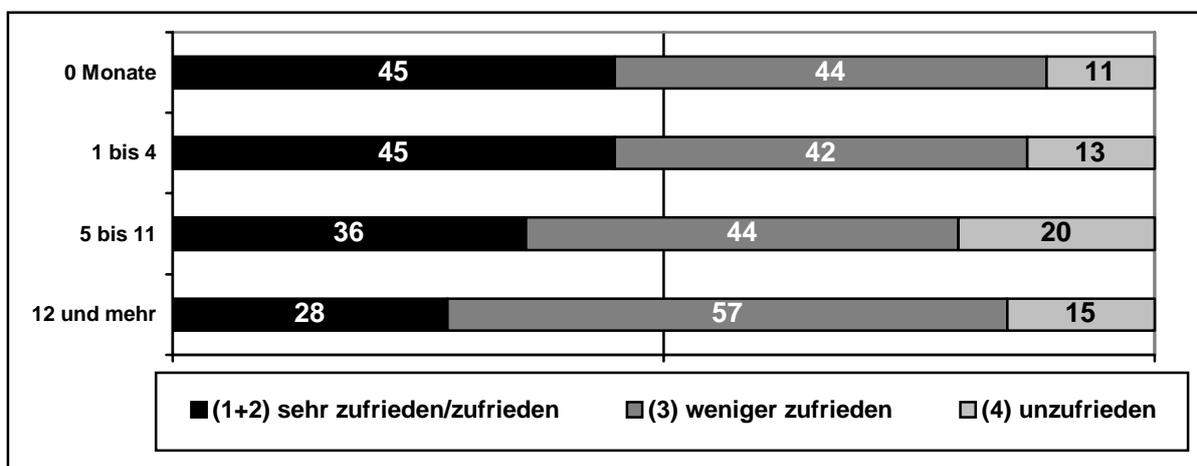
H-Test: Chi-square = 11,25; Significance = < .05

Die einschränkungslose Bejahung des Systemwechsels beträgt 2006 52% derer, die bisher keine Arbeitslosigkeit erlebt haben, gegenüber nur 34% jener, die dieses unerwartete „kritische Lebensereignis“ insgesamt ein Jahr oder länger erleben mussten. Diese ohnehin nicht sehr große Quote schrumpft bei den jungen Frauen sogar auf 28% zusammen (junge Männer: 44%).

Hoch relevante Auswirkungen erfahrener Arbeitslosigkeit betreffen interessanterweise auch die Urteile der Panelmitglieder über die Demokratie, deren Funktionieren immer mehr bezweifelt wird. Wie wenig die Panelmitglieder damit zufrieden sind, haben wir oben bereits vorgestellt.

Setzt man diesen Trend in Beziehung zur Verbreitung und Dauer der Arbeitslosigkeit in unserem Panel, dann kann an einem negativen Einfluss nicht gezweifelt werden:

Abbildung 2.1.12 : Zufriedenheit mit der Demokratie 2006, differenziert nach der kumulierten Dauer der Arbeitslosigkeit



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie?“

1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

H-Test: Chi-square = 8,22; Significance = < .05

Während bei den von Arbeitslosigkeit bisher nicht bzw. nur kurzzeitig betroffenen Panelmitgliedern 45% mit der real existierenden Demokratie zufrieden sind (allerdings nur einzelne einschränkungslos), ist diese Quote bei den mit Erfahrungen von insgesamt mehr als einem Jahr mit lediglich 28% weitaus geringer! Nimmt der Anteil länger arbeitsloser Panelmitglieder weiter zu, dann wird mit hoher Wahrscheinlichkeit die Demokratiezufriedenheit weiter abbauen.

In diesem Kontext mit der real erlebten Demokratie muss auch erwähnt werden, dass die Dauer der bisher erfahrenen Arbeitslosigkeit die Urteile der Panelmitglieder darüber, welche der Parteien gegenwärtig ihre Interessen am besten vertritt, außerordentlich stark variiert: Geben in diesem Zusammenhang 2006 61% derer, die noch keine Arbeitslosigkeit erlebt haben, überhaupt eine Partei an (außer rechte Parteien), so sinkt diese Quote kontinuierlich auf 37% jener ab, die 12 Monate oder länger davon betroffen waren!

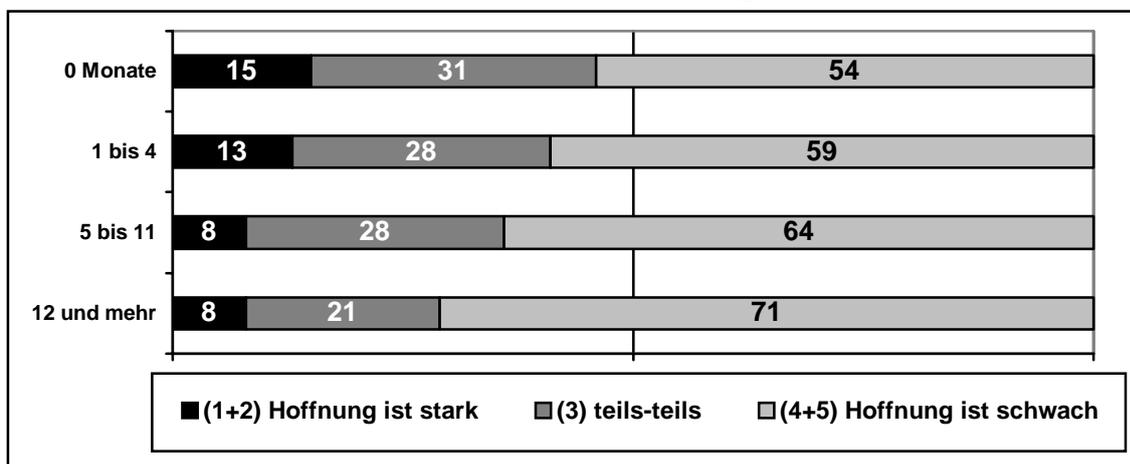
Ähnlich stark ist das Gefälle bei der „Sonntagsfrage“ in Bezug darauf, wie viele TeilnehmerInnen auf die Wahlbeteiligung verzichten würden. Wollen von denen ohne Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit „nur“ 19% nicht wählen gehen, so steigt dieser Anteil kontinuierlich auf 36% bei jenen an, die diese Erfahrungen länger als ein Jahr machen mussten! Prognosen der künftigen Wahlbeteiligung der jetzt 33-Jährigen liegen auf der Hand.

Generell stützen diese empirischen Ergebnisse die Befürchtung, dass die massenhafte Arbeitslosigkeit die Demokratie schwächt, wenn nicht ernsthaft gefährdet!

Erfahrene Arbeitslosigkeit dämpft in erheblichem Maße den ohnehin nur gering ausgeprägten und stark rückläufigen Wunsch dieser jungen Menschen, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleiben möge. Die seit 2001 vorliegenden Zeitreihen haben wir weiter oben bereits dokumentiert. 2006 bestätigen lediglich 11%, dass sie diese Hoffnung haben, 62% haben sie nicht, darunter 54% der Männer gegenüber 69% der Frauen!

Auch diese Daten unterscheiden sich deutlich in Abhängigkeit von erfahrener Arbeitslosigkeit:

Abbildung 2.1.13: Ausprägung der Hoffnung, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer bleibt, differenziert nach der Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit 2006

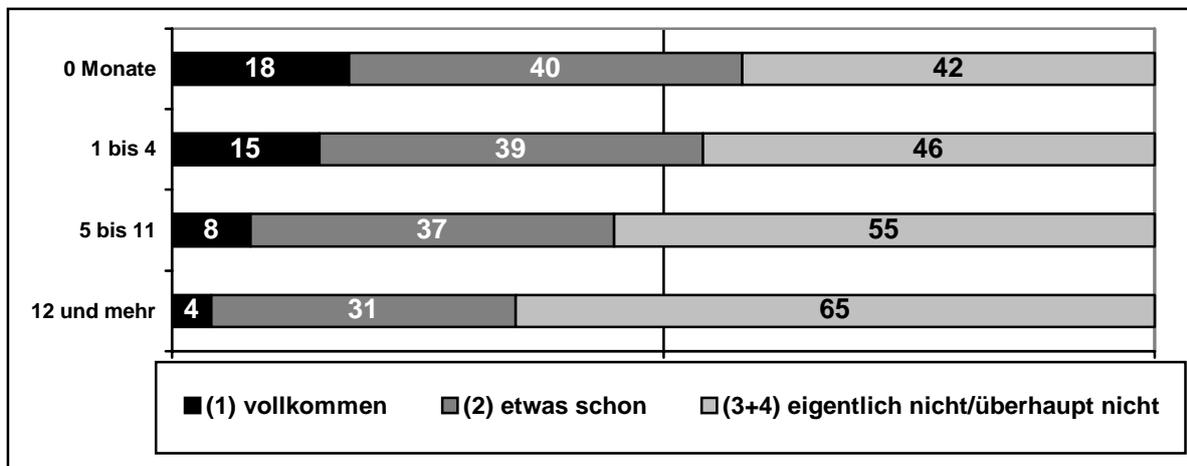


H-Test: Chi-square = 7,79; Significance = .05

Die generelle Tendenz ist: Je länger die bisher erlebte Arbeitslosigkeit, desto weniger hoffen die Panelmitglieder auf das Fortbestehen der jetzigen Ordnung. Ähnliche Relationen bestehen im Hinblick auf die Hoffnung, dass auch die eigenen Kinder in ihr aufwachsen werden. Als „Ende der Geschichte“ wird sie ohnehin nur von wenigen der 33-Jährigen verstanden.

Die bisherige Dauer von Arbeitslosigkeit wirkt sich natürlich auch in erheblichem Maße auf das Gefühl der 33-Jährigen aus, zu den Gewinnern oder zu den Verlierern der deutschen Einheit zu gehören. 2006 sehen sich 47% als Gewinner, allerdings darunter nur 11% einschränkungslos. Als Verlierer betrachten sich 53%.

Abbildung 2.1.14: Anteile der Panelmitglieder, die sich als „Gewinner“ der deutschen Einheit fühlen, differenziert nach der Dauer der Arbeitslosigkeit



Fragetext: „Als was fühlen Sie sich? – als Gewinner(in) der deutschen Einheit.“

1 ja, vollkommen 2 ja, etwas schon 3 nein, eigentlich nicht 4 nein, überhaupt nicht

H – Test: Chi – Square = 22,06; Significance = < .001

Klar erkennbar ist: Je länger die Gesamtzeit der erlebten Arbeitslosigkeit, desto seltener betrachten sich die Panelmitglieder als Gewinner der Einheit. Bei denen, die länger als ein Jahr arbeitslos waren, betrifft das ein reichliches Drittel!

Diese Reihe von Belegen ist bei weitem nicht vollständig. So könnte z. B. noch erwähnt werden,

- dass die Bejahung der Erfahrung, von der Gesellschaft gebraucht zu werden, je nach Zeitdauer eigener Arbeitslosigkeit ganz unterschiedlich geäußert wird: von 42% der nicht betroffenen Panelmitglieder gegenüber 17% der längere Zeit betroffenen (Gesamtgruppe: 33%);

- dass von den bisher nicht Betroffenen 33% annehmen, es würde in nächster Zeit in Ostdeutschland zu sozialen Unruhen kommen, gegenüber 54% der schon längere Zeit betroffenen Altersgefährten (Gesamtgruppe: 42%);

- dass von den bisher nicht Betroffenen 27% hinter der Auffassung stehen, die Ostdeutschen müssten wieder auf die Straße gehen, um auf die Situation im Osten aufmerksam zu machen; von den längere Zeit Betroffenen jedoch mit 51% fast doppelt so viele (Gesamtgruppe: 42%);
- dass von denen, die bisher nicht arbeitslos waren, 25% froh sind, heute in einem kapitalistischen Deutschland zu leben; von jenen, die längere Zeit arbeitslos waren, aber nur 10% (Gesamtgruppe: 15%);
- dass von Ersteren 51% der amtlichen Festlegung widersprechen, man könne auch mit Alg II in Würde leben, von Letzteren dagegen 71% (Gesamtgruppe: 65%);
- dass sich von Ersteren 91% zur Mittelschicht und nur 6% zur Unterschicht rechnen, von Letzteren dagegen 65% zur Mittelschicht und 35% zur Unterschicht! Aus der umkehrten Sicht geht hervor, dass von den sich „Unten“ einordnenden Panelmitgliedern 58% bereits länger als ein Jahr arbeitslos waren! Dieses Selbstverständnis und die damit einhergehenden psychischen Befindlichkeiten haben demnach sehr viel mit den eigenen Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit zu tun. Das wird weiter zu untersuchen sein, zumal aus einer weiteren Frage hervorgeht, dass 28% derer, die sich in die „Unterschicht“ einordnen, in den nächsten Jahren mit einem weiterem sozialen Abstieg rechnen und nur 7% mit einem Aufstieg!

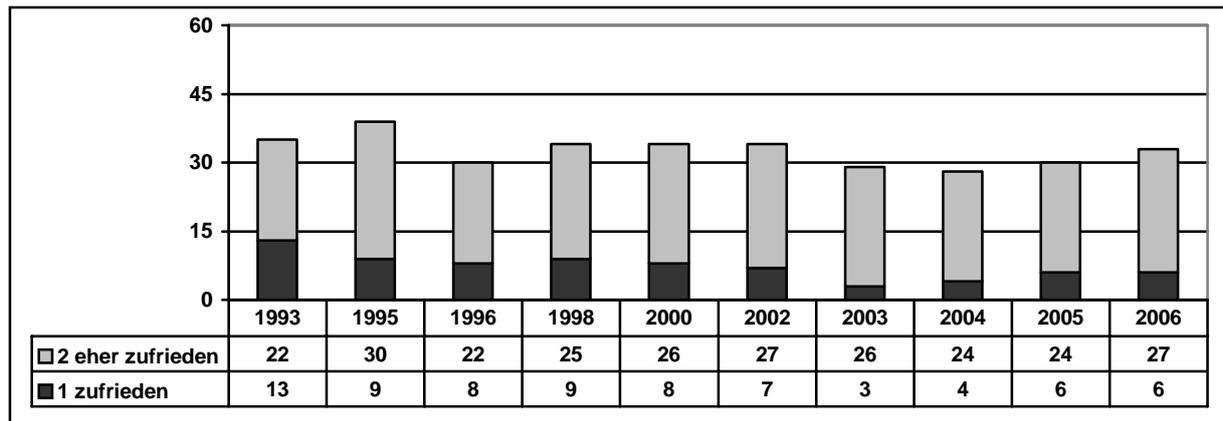
Alles in allem lassen diese bei 33-Jährigen gewonnenen Ergebnisse, Zusammenhänge und Trends erkennen, dass das Thema Arbeitslosigkeit sozialwissenschaftlich wohl noch viel tiefgründiger als bisher angegangen werden muss. Für die „Zählung“ der Betroffenen und ihre Bezahlung mag die bisherige Praxis (funktionierende Computerprogramme vorausgesetzt) vielleicht ausreichend sein. Für die genaue Analyse ihrer vielschichtigen negativen Auswirkungen auf die Menschen scheint ein Umdenken dringend erforderlich! Noch heute können dafür die Forschungen und Veröffentlichungen von Jahoda, Lazarsfeld und Zeisel zu den Arbeitslosen von Marienthal (vgl. 1975) sehr viele Anregungen geben bis hin zum tiefen Verständnis der Forscher für ihre „Forschungsobjekte“ und ihre Lebenslage: „Wir haben als Wissenschaftler den Boden Marienthals betreten: Wir haben ihn verlassen mit dem einen Wunsch, dass die tragische Chance solchen Experiments bald von unserer Zeit genommen werde.“ (S. 112). Mitunter entsteht beim Lesen aktueller Veröffentlichungen zur Arbeitslosigkeit den Eindruck, dass diese weit hinter die damaligen Untersuchungen zurück fallen, insbesondere was die psychologischen, menschlichen Aspekte dieses Massenphänomens in der gegenwärtigen Gesellschaft betrifft. Viele damalige Fragestellungen provozieren geradezu, mehr in die Tiefe zu gehen, quantitativ und qualitativ deutlicher herauszuarbeiten, was es heute eigentlich bedeutet, keine Arbeit zu haben. Die weitere Entwicklung wird wohl dazu zwingen. Dabei sollte auch generell mehr beachtet werden, dass Arbeitslosigkeit im Osten mit hoher Wahrscheinlichkeit anders erlebt und verarbeitet wird als im Westen. Leider fehlen dazu empirische Ergebnisse wie z. B. vergleichende Längsschnittstudien. Vorschläge dazu von uns wurden leider nicht aufgenommen.

Die angeführten Ergebnisse zum Thema Arbeitslosigkeit wurden 2005 (19. Welle) mit weiteren relevanten Daten zu den Urteilen der Panelmitglieder über Arbeitslosigkeit untermauert. Diese Fragen konnten 2006 aus Gründen des Umfangs des Fragebogens nicht gestellt werden, sie sind im Anhang enthalten; wir verweisen ausdrücklich darauf, weil sie die Stimmungslage im Osten verstehen helfen. Dasselbe gilt für die zwischen 1992 und 2005 erfassten Daten zur Unsicherheit des Arbeitsplatzes, die ebenfalls im Anhang zu finden sind.

2. 2. Geringe Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung

Die TeilnehmerInnen der Studie äußern sich schon seit Anfang der 1990er Jahre mehrheitlich sehr enttäuscht und kritisch über ihre geringen demokratischen Mitgestaltungsrechte, an die sie wie die Ostdeutschen generell in der Wendezeit große Erwartungen hatten. Die Angaben der 33-Jährigen von 2006 haben wir bereits angedeutet, wir ergänzen sie hier durch die entsprechende Zeitreihe:

Abbildung 2.2.1: Anteil der Panelmitglieder, die mit ihren Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik zufrieden (1) oder eher zufrieden (2) sind, im Trend 1993 -2006



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihren Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik?“

1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden

3 eher unzufrieden als zufrieden 4 unzufrieden

Hier nur die Anteile der AP 1 „zufrieden“ und 2 „eher zufrieden“.

Dieser Trend über nunmehr 13 Jahre lässt sich nicht anders als eine massive Enttäuschung von der real existierenden Demokratie interpretieren: Nur ein Drittel (33%) äußert sich 2006 positiv, davon nur 6% ohne Einschränkung. Nach wie vor erlebt nur eine Minderheit demokratische Teilhabe.

Diese Aussage wird noch deutlicher, wenn wir uns auf die Ebene des einzelnen Panelmitglieds begeben, die Daten gewissermaßen auf den eigentlichen Akteur „herunter brechen“ und von ihm aus den Untersuchungszeitraum überschauen, möglich nur in Panelstudien. Wir konzentrieren uns hier auf den Zeitraum 2000 (14. Welle) bis 2006 (20. Welle).

Wir prüfen dazu, wie oft die einzelnen Panelmitglieder in diesen 6 Jahren zufrieden (AP 1) oder eher zufrieden (AP 2) mit ihren Möglichkeiten waren, beide AP wurden zusammengefasst. Die gebildete Skala liegt zwischen Null und 6 Jahren; null Jahre bedeuten dabei zu keinem Zeitpunkt zufrieden/eher zufrieden, mit zunehmender Punktzahl steigt die Zufriedenheit, ab 4 Punkten/Jahren könnte man von einer mehr oder weniger konstant ausgeprägten, verinnerlichten Zufriedenheit mit den Möglichkeiten zur politischen Partizipation ausgehen.

Tabelle 2.2.1: Zufriedenheit mit den Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik – Kumulierte Analyse für die Jahre 2000 bis 2006 (14. bis 20. Welle)

Punktwert auf der
Sechsstufigen Skala
der Anzahl der Jahre

n %

Null (-)	163	41,5
1	56	14,2
2	47	12,0
3	46	11,7
4	32	8,1
5	27	6,9
6 (+)	22	5,6
X = 1,74	391	100,0

Ablesbar ist, dass die Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der Einflussnahme sehr unterschiedlich verteilt ist, wenn man den Zeitfaktor berücksichtigt, hier zwischen Null und 6 Jahren. Die Abfolge der Jahre bleibt dabei zunächst unberücksichtigt. Rund 42% waren zwischen 2000 und 2006 nicht ein einziges Mal mehr oder weniger zufrieden; lediglich bei jenen 13%, die immer oder fast immer zufrieden waren (über 6 oder 5 Jahre), kann von einer mehr oder weniger stabilen Zufriedenheit mit den vorgefundenen Partizipationsmöglichkeiten die Rede sein.

Wir stellen diese zeitlich übergreifende Betrachtung in den Zusammenhang mit der generellen Demokratiezufriedenheit. Dazu fassen wir die 6-Punkte-Skala zu vier Kategorien zusammen, um sie überschaubar zu machen:

Tabelle 2.2.2: Zusammenhang zwischen dem zeitlich unterschiedlichen Erleben von Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Politik einerseits und der Einstellung zur Demokratie 2006 (reduzierte Skala)

Punktwert auf der zusammen-
gefassten Skala der Jahre

	Zufriedenheit mit der Demokratie 2006					
	1	2	(1+2)	3	4	n
Null Jahre	1	23	(24)	55	31	156
1 oder 2 Jahre	2	30	(32)	59	9	99
3 oder 4 Jahre	3	57	(60)	32	8	77
5 oder 6 Jahre	2	61	(63)	34	3	49
Gesamt	2	36	(38)	48	14	381

H- Test: Chi-Square = 36,16; Significance = < .0000

Auf dieser Grundlage kann zweierlei festgestellt werden:

Erstens wird sichtbar, dass der Anteil der Panelmitglieder, die über einen längeren Zeitraum hinweg (hier zwischen 2000 und 2006, d. h. über sechs Jahre) konstant mit ihren Möglichkeiten politischer Partizipation zufrieden waren, mit rund 13% (n=49=13%) sehr gering ist.

Zweitens kann abgelesen werden, dass die generelle Zufriedenheit mit der Demokratie umso größer war, je länger in diesem Zeitraum Möglichkeiten zur politischen Partizipation wahrgenommen wurden.

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang auch die folgenden langjährigen Trends, die die geringen Erfahrungen der 33-Jährigen in den letzten Jahren hinsichtlich konkrete Aspekte einer demokratischen Teilhabe widerspiegeln. Wir führen diese Trends komplett an, um zu zeigen, dass wir es hier keineswegs mit punktuellen Einschätzungen zu tun haben:

Tabelle 2.2.3: Erfahrungen der gegenwärtig 32-Jährigen mit der Demokratie im Trend
 „Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren folgende Erfahrungen gemacht?“

	1 ja	2 nein	3 Das ist schwer zu sagen.
Jahr	1	2	3
<hr/>			
<i>dass Sie in der Öffentlichkeit offen Ihre Meinung sagen können</i>			
1996	60	29	11
1998	63	25	12
2000	65	22	13
2002	64	23	13
2003	59	27	14
2005	57	28	15
2006	55	28	17
<i>dass die Politiker an Ihrer Meinung interessiert sind</i>			
1996	3	85	12
1998	4	85	11
2000	3	84	13
2002	4	81	15
2003	4	84	12
2005	2	88	10
2006	3	87	10
<i>dass Sie Ihr Leben ohne politische Zwänge frei gestalten können</i>			
2000	62	22	16
2002	55	24	21
2003	48	32	20
2004	48	35	17
2005	47	36	17
2006	40	39	21
<i>dass Sie Einfluss auf die Gesellschaft nehmen können</i>			
2002	9	70	21
2003	11	69	20
2004	12	73	15
2005	11	73	16
2006	12	67	21
<i>dass Sie in der gegenwärtigen Gesellschaft gebraucht werden</i>			
2005	27	43	30
2006	33	38	29

Mit nur 55% haben 2006 bei weitem nicht alle die Erfahrung gemacht, in der Öffentlichkeit offen ihre Meinung sagen zu können. In jüngster Zeit ist der Trend rückläufig. In diesem Zusammenhang wird häufig so oder ähnlich geäußert: „Ich kann jetzt zwar alles sagen, aber es interessiert keinen.“ oder „Ich kann meine politische Meinung sagen, aber auch nicht überall.“

Eine weitere Relativierung kommt auch hier von dem berechenbaren Anteil derer, die diese Frage seit 1996 (12. Welle) immer oder fast immer (hier 7mal oder 6mal) mit ja beantwortet haben, bei denen also von einem zeitlich gesehen konstant positiven Urteil sprechen kann: das sind lediglich 31%; wir haben es hier mit einer ziemlich seltenen Erfahrung zu tun.

Nur zwischen 2% und 4% haben über mehrere Jahre hinweg die Erfahrung gemacht, dass die Politiker an ihrer Meinung interessiert sind – ein eindeutiges Urteil. Die Berechnung des Anteils derer, die 6 oder 7 mal mit ja geantwortet haben, beträgt 0,8% (3 Personen), der Mittelwert liegt bei 0,2.

Überraschend ist, dass nur die knappe Hälfte der Panelmitglieder zwischen 2000 und 2006 die Erfahrung gemacht hat, ihr Leben ohne *politische Zwänge* frei gestalten zu können, der Trend ist außerdem eindeutig regressiv. 5-mal oder 6-mal positiv äußern sich 27%, der Mittelwert auf der sechsstufigen Skala beträgt 2,8.

Seit 2000 bejaht nur etwa jeder Zehnte, Einfluss auf die Gesellschaft nehmen zu können, die große Mehrheit stellt dies in Abrede. Bei längsschnittlicher Betrachtung schrumpft dieser Anteil deutlich zusammen: 1,6% bejahen das über den gesamten Zeitraum, der Mittelwert liegt bei 0,6 auf der 6-stufigen Skala!

Die Erfahrung schließlich, in der gegenwärtigen Gesellschaft gebraucht zu werden, haben 2006 (zuvor nicht erfragt) 27% gemacht, 43% äußern das Gegenteil.

Auch ein anderer, querschnittlicher komplexer Blick auf diese einzelnen Elemente ist aufschlussreich: Fragen wir danach, wie groß der Anteil derer ist, die 2006 alle fünf oder wenigstens vier dieser inhaltlichen Aspekte von Demokratie tatsächlich erlebt haben, dann stoßen wir auf eine Minderheit von 3,9% der 33-Jährigen (darunter 0,8%, die alle fünf erfahren haben).

Auch diese Sicht ermöglicht es, die interessante Frage zu beantworten, ob ein Zusammenhang mit der Zufriedenheit mit der Demokratie besteht:

Tabelle 2.2.4: Zusammenhang zwischen dem Erleben einzelner Elemente der Demokratie und der Zufriedenheit mit ihr 2006

Punktwert auf der 5-stufigen Skala	Zufriedenheit mit der Demokratie					n
	1	2	(1+2)	3	4	
Null Punkte	0	14	(14)	57	29	103
1 Punkt	3	25	(28)	56	16	105
2 Punkte	2	53	(55)	39	6	97
3 Punkte	2	61	(63)	34	3	61
4 oder 5 Punkte	20	53	(73)	27	0	15
Gesamt	2	36	(38)	48	14	381

(Korrelationskoeffizient $r = .43$; $P = < .0000$)

Auch diese übergreifende Betrachtung spricht dafür, dass die Zufriedenheit der Panelmitglieder mit der Demokratie umso größer ist, je mehr ihrer konkreten Elemente von

den 33-Jährigen tatsächlich erlebt werden (gewissermaßen als „Übungsfelder“ der Demokratie) – was aber kaum geschieht.

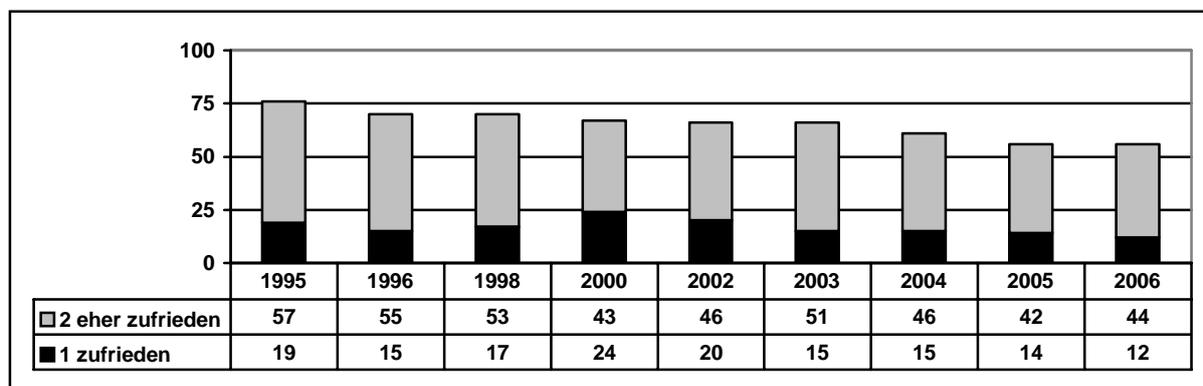
Wir kommen noch einmal kurz auf den starken Einflussfaktor „Bisherige Dauer der erfahrenen Arbeitslosigkeit“ zurück:

Aus dieser übergreifenden Sicht ist der negative Einfluss erlebter Arbeitslosigkeit besonders gut zu erkennen. Immerhin verdoppelt sich der Anteil derer, die 2006 keine der fünf oben angeführten Elemente erlebt haben, von 20% derer, die bis 2006 nicht arbeitslos waren, auf 41% jener, die ein Jahr oder länger arbeitslos waren.

2. 3. Unzufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit

Das auch in dieser Studie seit Jahren zu beobachtende Defizit hinsichtlich „sozialer Gerechtigkeit“ setzt sich fort, gleichgültig ob damit Leistungsgerechtigkeit oder Verteilungsgerechtigkeit gemeint ist.

Abbildung 2.3.1: Zufriedenheit mit den Chancen, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung voranzukommen, im Trend. Zusammengefasste Häufigkeiten zufriedener (1) bzw. eher zufriedener als unzufriedener (2) Panelmitglieder



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit den Chancen, die Sie in der jetzigen Gesellschaft haben, es im Leben durch Leistung zu etwas zu bringen?“

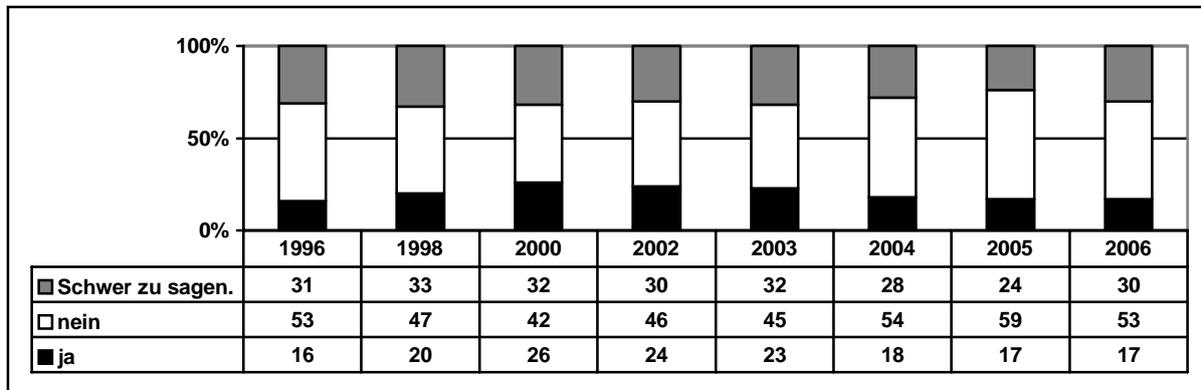
1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden 3 eher unzufrieden als zufrieden
4 unzufrieden

Lediglich die reichliche Hälfte ist im Jahr 2006 mit den real erlebten Leistungschancen im jetzigen System zufrieden, nur der kleinere Teil davon ohne Einschränkung. Außerdem ist eine rückläufige Tendenz erkennbar: Der Anteil mehr oder weniger zufriedener Panelmitglieder ist zwischen 1995 und 2006 von 76% kontinuierlich und signifikant auf 56% abgesunken, darunter der einschränkungslos Zufriedenen seit 2000 von 24% auf 12%! Die jungen Frauen äußern sich außerdem signifikant weniger zufrieden als die jungen Männer: 2006 52% gegenüber 62%.

Das verkündete Leistungsprinzip ist bei weitem nicht Realität ihrer Erfahrungswelt, dazu in deutlich abnehmender Intensität. Insbesondere länger dauernde Arbeitslosigkeit lässt viele Panelmitglieder daran zweifeln, heute durch Leistung voranzukommen: Während immerhin 67% jener, die bisher nicht von Arbeitslosigkeit betroffen waren, mit ihren Leistungschancen mehr oder weniger zufrieden sind, gilt das nur für 36% derer, die bis 2006 länger als ein Jahr arbeitslos waren!

Im Zusammenhang damit steht, dass lediglich eine Minderheit der Panelmitglieder bejaht, ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten, ebenfalls eines der brisantesten Ergebnisse:

Abbildung 2.3.2: Zufriedenheit mit der Verteilungsgerechtigkeit im Trend 1996 bis 2006



Fragetext: „Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren folgende Erfahrung gemacht: dass Sie Ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten.“

1 ja 2 nein 0 Das ist schwer zu sagen.

2006 sind sich lediglich 17% sicher, ihren gerechten Anteil zu erhalten! Der sich bis 2000 andeutende positive Trend hat sich danach wieder umgekehrt, die politische Brisanz einer als ungerecht empfundenen und bewerteten Verteilung des Wohlstandes in der jetzigen Gesellschaft nimmt zu.

Betrachtet man beide Aspekte sozialer Gerechtigkeit gleichzeitig, dann stellt sich heraus, dass 2006 lediglich 15% mit ihr mehr oder weniger stark zufrieden sind.

Das geht auch aus einer seit 2004 zu diesem Thema gestellten Frage hervor, die stets neue Nahrung für breite Diskussionen erhält:

Tabelle 2.3.1: Einstellung zur Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes 2004 bis 2006

„Im jetzigen Gesellschaftssystem erhält jeder, egal ob einfacher Bürger oder Vorstand eines Konzerns, seinen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)
2004	1	2	(3)	15	29	53	(82)
2005	0	3	(3)	12	25	60	(85)
2006	0	3	(3)	10	28	59	(87)

Eine eindeutige Aussage: Nur 3% der 33-Jährigen halten 2006 die im jetzigen System übliche Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes für gerecht, 10% äußern sich ambivalent und 87% äußern eine konträre Auffassung, darunter 59% einschränkungslos, Tendenz zunehmend! Über alle drei Jahre hinweg geben 64% eine konstant konträre Auffassung zur Kenntnis!

Es besteht hierzu in allen sozialen Schichten ein klarer Konsens, der seit Jahren auch durch eine Vielzahl verbaler Aussagen gestützt wird, in denen die jungen Erwachsenen ihr völliges Unverständnis und ihre zunehmende Wut über die bekannt gewordenen Einkommen, Pensionen und Abfindungen von Managern, Bankern und Politikern äußern, vor allem dann,

wenn persönliches Versagen vorliegt oder es um Korruption, Schmiergeld- und Sexaffären geht – ein Schwelbrand, zumal mit kritischer Einschätzung die Bereitschaft zum Protest signifikant anwächst und die ohnehin sehr geringe Hoffnung, dass das jetzige Gesellschaftssystem erhalten bleiben möge, signifikant abbaut.

2. 4. Das Erleben wirtschaftlicher Zwänge

Von erheblichem Einfluss auf die Identifikation mit dem jetzigen Gesellschaftssystem sind die individuellen Erfahrungen mit der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung.

Tabelle 2.4.1: Erfahrung, in einer sozialen Marktwirtschaft zu leben, 2004 bis 2006

„Haben Sie in den in den letzten zwei, drei Jahren die Erfahrung gemacht, dass Sie in einer sozialen Marktwirtschaft leben?“

	1 ja	2 nein	0 Das ist schwer zu sagen.
2004	28	50	22
2005	28	49	23
2006	32	48	20

Rund jeweils ein Drittel glaubt, in den letzten zwei, drei Jahren diese Grunderfahrung gemacht zu haben, die für die Bejahung der jetzigen Wirtschaftsordnung natürlich von erheblicher Bedeutung ist. Nicht zufällig sind 2006 42% derer mit der jetzigen Wirtschaftsordnung zufrieden, die diese Erfahrung gemacht haben gegenüber nur 15% jener, denen diese Erfahrung fehlt! Der Anteil der Panelmitglieder, die diese Erfahrung über den gesamten Zeitraum hinweg bejahen, liegt bei nur 11%!

Erwähnenswert ist, dass von jenen Panelmitgliedern, die sich selbstständig gemacht haben bzw. mit ihrem Einkommen einschränkungslos zufrieden sind, rund die Hälfte diese Erfahrung bestätigen. Interessanterweise bestehen keine signifikanten Unterschiede zwischen denen, die im Osten bzw. die im Westen leben.

Noch weniger bestätigen allerdings, die Erfahrung gemacht zu haben, ihr Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten zu können:

Tabelle 2.4.2: Erfahrung, sein Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten zu können, 2004 bis 2006

„Haben Sie in den in den letzten zwei, drei Jahren die Erfahrung gemacht, dass Sie Ihr Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten können?“

	1 ja	2 nein	0 Das ist schwer zu sagen.
2004	7	80	13
2005	11	80	9
2006	9	81	10

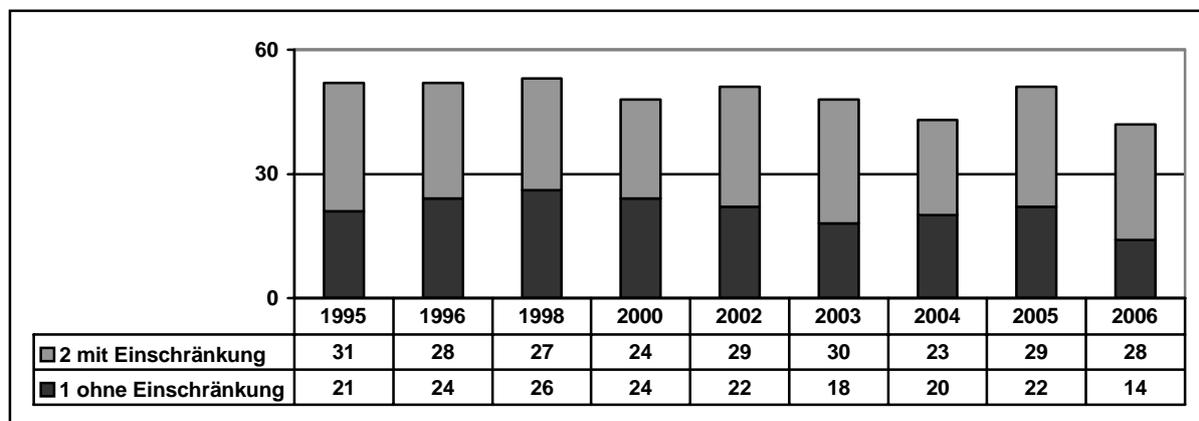
Das muss nicht kommentiert werden. Zwischen den sozialen Gruppen bestehen dabei nur marginale Unterschiede. Selbst von denen, die sich selbstständig gemacht haben (2006 10%), stimmen nur 23% zu. Auch zwischen denen, die im Westen bzw. im Osten leben, bestehen nur minimale Unterschiede: 14% gegenüber 10%. Über alle drei Jahre hinweg betrachtet bejahen 2% diese Erfahrung.

Aus der Sicht des Erlebens von Freiheit im gegenwärtigen Gesellschaftssystem der Bundesrepublik ist bemerkenswert, dass 2006 6,3% der 33-Jährigen erklären, ihr Leben ohne wirtschaftliche und politische Zwänge frei gestalten zu können. Weder die eine noch die andere Erfahrung haben dagegen 38% gemacht.

2.5. Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden

Die Bindung an das gegenwärtige Gesellschaftssystem wird bei einem großen Teil der Panelmitglieder nach wie vor stark durch die Erfahrung beeinträchtigt, von vielen Westdeutschen als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden:

Abbildung 2.5.1: Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden, im Trend 1995 bis 2006. Anteile einschränkungsloser (1) bzw. eingeschränkter (2) Zustimmungen



Fragetext: „Viele Westdeutsche behandeln uns Ostdeutsche als Deutsche zweiter Klasse.“
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Nachdem 2005 der Anteil der Zustimmungen noch einmal deutlich angestiegen war, ist er 2006 erneut erheblich zurückgegangen, insbesondere in ihrer uneingeschränkten Form. Dieser Rückgang trifft auf beide regionale Teilgruppen zu: 2006 bejahen von denen, die im Osten leben, 47% solche Erfahrungen (2005 57%), von denen im Westen 29% (2005 31%). Nach wie vor bleibt diese Erfahrung jedoch eine nicht zu vernachlässigende Einflussgröße, z. B. im Hinblick auf die Identifikation mit der Bundesrepublik, in erstaunlichem Maße aber auch hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Demokratie: Sind von den Panelmitgliedern, die diese Erfahrung gemacht haben, nur 21% mehr oder weniger mit der Demokratie zufrieden, gilt das für 60% derer, die eine solche Erfahrung in Abrede stellen.

2.6 Kritische Wahrnehmung der Politik der USA bei der Verbreitung von Demokratie und Freiheit

Wenn von Faktoren die Rede ist, die die politischen Einstellungen der Panelmitglieder signifikant beeinflussen, dann müssen auch jene mit berücksichtigt werden, die vom Erscheinungsbild der weltweit größten Demokratie ausgehen, dem der USA. Das war kein Schwerpunkt der Studie, Fragen hierzu wurden aus aktuellen Anlässen gestellt. Das belegen z. B. die Ergebnisse dieser Studie zu den verschiedenen Militäraktionen der USA seit 2001. Eindeutig rückläufig entwickelte sich die Zustimmung zu diesen Aktionen in Afghanistan:

Tabelle 2.6.1: Haltung zu den militärischen Aktionen der USA 2001 und 2002
 „Die gegenwärtigen militärischen Aktionen der USA finden meine Zustimmung“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen ... 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
2001 (Dezember)	21	28	(49)	25	11	15
2002 (Frühjahr)	9	16	(25)	30	23	22

Während Ende 2001 noch rund die Hälfte der Panelmitglieder den US-Militäraktionen in Afghanistan zustimmte (15. Welle), ging dieser Anteil 2002 auf 25% zurück!
 Leicht rückläufig entwickelte sich in dieser Zeit auch die Bejahung der Beteiligung Deutschlands an diesen Aktionen, insbesondere bei den jungen Frauen:

Tabelle 2.6.2: Haltung zur Beteiligung Deutschlands an diesen Aktionen 2001 und 2002 in Afghanistan
 „Die Beteiligung Deutschlands an diesen Aktionen war/ist richtig“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen ... 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	
2001 Gesamt		22	23	(45)	19	16	20
männlich		30	23	(53)	18	9	20
weiblich		16	23	(39)	19	22	20
2002 Gesamt		17	19	(36)	22	19	23
männlich		24	23	(47)	20	13	20
weiblich		10	15	(25)	24	25	26

2003 und 2006 wurden die Panelmitglieder im Zusammenhang mit den Militäraktionen der USA im Irak ebenfalls nach ihrem Urteil darüber gefragt:

Tabelle 2.6.3 Zustimmung zu den militärischen Aktionen der USA gegen den Irak 2003 und 2006

2003: „Die gegenwärtigen militärischen Aktionen der USA finden meine Zustimmung.“
 2006: „Die gegenwärtigen militärischen Aktionen der USA im Irak finden meine Zustimmung.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
2003	3	7	(10)	16	22	52
2006	1	4	(5)	16	25	54

Die Zustimmungsquoten waren sehr gering, dazu rückläufig.

Dagegen fand die Ablehnung des Krieges der USA gegen den Irak durch die damalige rot-grüne Regierungskoalition mehrheitlich die Unterstützung der 30-jährigen Panelmitglieder:

Tabelle 2.6.4: Einstellung zur Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Krieg der USA gegen den Irak 2003

„Die Haltung der deutschen Regierung zu diesen Aktionen ist richtig.“
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen ... 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
Gesamt	34	28	(62)	19	10	9

Anzumerken ist, dass sich dieser Kurs positiv auf die Zufriedenheit mit der Militärpolitik ausgewirkt hat; der Anteil damit zufriedener TeilnehmerInnen hatte sich von nur 29% 2002 auf immerhin 45% 2003 erhöht!

2003 wurden die Panelmitglieder auf einem speziellen Zusatzbogen gebeten, ihre grundsätzliche Meinung zum Krieg gegen den Irak zu äußern:

Tabelle 2.6.5: Einstellung zum Krieg gegen den Irak 2003

„Sicher haben Sie sich intensiv mit dem Krieg gegen den Irak beschäftigt, der bei Redaktionsschluss der Befragungsunterlagen noch im Gange war. Und sicher haben Sie sich eine Meinung dazu gebildet. Wie stehen Sie zu dem Krieg gegen den Irak?“

Ich war/bin 1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür
4 sehr dagegen

	1	2	(1+2)	3	4
Gesamt	2	15	(17)	39	44
männlich	3	22	(25)	42	33
weiblich	1	9	(10)	37	53

Diese Angaben sind deutlich: Nur eine Minderheit der damals 30-Jährigen befürwortete diesen Krieg, von den jungen Frauen signifikant weniger als von den jungen Männern.

Mit einer weiteren offenen Frage wurden die TeilnehmerInnen gebeten, ihre Überlegungen dazu ausführlich zu notieren:

„Wenn Sie noch etwas Zeit haben: Bitte beschreiben Sie stichwortartig, was Sie im Zusammenhang mit diesem Krieg bewegt, welche Auffassungen Sie dazu haben. Gehen Sie dabei möglichst mit auf die folgenden Fragen ein:

- worum ging/geht es Ihrer Meinung nach bei diesem Krieg?
- In wessen Interesse wurde/wird er geführt?
- Sind Panzer und Bomben geeignete Mittel zur Einführung von Demokratie und Menschenrechten?“

Wir führen hier einige typische ablehnende Formulierungen an, die meist sehr ausführlich waren, Ausdruck einer gründlichen Beschäftigung mit diesem Thema:

- „a) um die Neuverteilung der Ölrechte.
- b) im Interesse der USA und der erdölfördernden Wirtschaftslobby.

c) *Es ging nie um die Einführung von Demokratie und Menschenrechten. Dass eine solche Mission jämmerlich schief gehen kann, beweist die Aktion Afghanistan. Ich denke, dass Demokratie und Menschenrechte sowie der Wunsch danach bei den Menschen eines Staates selbst entstehen und erkämpft werden müssen. So etwas kann nicht von außen künstlich erzeugt werden. Alles andere halte ich für Augenwischerei. Die USA ist mit Sicherheit kein Friedens- und Demokratiebringer.“*

„Den Vereinigten Staaten ging es ausschließlich um ihre Wirtschaftsmacht und die Ölförderung...Ich verteidige keinesfalls die von Hussein im Irak geführte Politik. Doch es hätte eine diplomatische Lösung geben müssen. Man kann Gewalt nicht mit noch größerer Gewalt bekämpfen. Als Grundschullehrerin versuche ich täglich, den Kindern einen friedvollen Umgang untereinander zu vermitteln. Es darf nicht sein, dass stets der Stärkere seinen Willen durchsetzt. Dafür sind wir Menschen und keine Raubtiere. Es darf nicht sein, dass die USA der ganzen Welt ihre Meinung aufdiktieren...“

Beweis für die rein wirtschaftlichen Interessen der USA... ist die Unfähigkeit einer möglichst schnellen Sicherstellung geregelten Lebens der Bevölkerung im Irak nach dem Krieg. Das Ölministerium wurde besetzt, Ölfelder bewacht, aber gegen Plünderungen von Museen, Krankenhäusern und anderen Einrichtungen wurde nichts unternommen.“

„Einerseits bin ich dafür, dass Leute wie Bin Laden und Saddam Hussein weg müssen (am besten tot), aber einen Krieg zu beginnen..., obwohl so viele Protestaktionen liefen, viele Länder dagegen waren – ist nicht in Ordnung. Da spielten sicherlich auch ganz andere Gründe ein Rolle. Bleibt nur zu hoffen, jetzt wo der Krieg beendet ist, dass es den Menschen dort auch etwas bringt. Den Wiederaufbau dürfen wir ja nun wieder alle bezahlen!“

„Der Krieg war für meine Begriffe nur Rache und Vergeltung. Es sollte gezeigt werden, wer das letzte Wort hat oder wer der Stärkere ist. ... Jedoch habe ich generell etwas gegen Krieg mit Waffen, bei dem immer nur Unschuldige leiden.“

Ehrlich gesagt hatte ich wirklich Angst, dass Deutschland mit hineingezogen wird oder gar ein neuer Weltkrieg ausbricht, und ich bin froh, dass es nicht dazu gekommen ist!“

„Ich denke, es war der Versuch der USA, der Welt zu beweisen, wer `Weltmacht` ist und hat. Hinter der Fassade von Menschlichkeit und Gottesglaube freuten sich Rüstungs- und Ölindustrie über in Aussicht gestellte Gewinne. Krieg und Gewalt sind nie der richtige Weg... Bleibt zu hoffen, dass lachen, spielen, genug zu essen und eine optimale medizinische Versorgung für die Kinder des Irak bald zur Selbstverständlichkeit zählen.“

„a) Um Ölreserven, Ankurbeln der amerikanischen Wirtschaft über die Rüstungsindustrie, Ausprobieren neuer Waffensysteme. b) im Interesse der Öl- und Rüstungsindustrie Amerikas. c) Nein! Es gibt andere Möglichkeiten, Diktatoren zu stürzen, z. B. internationale Polizeiaktionen.“

Einige antworteten nur sehr kurz wie z. B.:

- „a) Öl
- b) USA
- c) niemals“

Es steht außer Zweifel, dass die damaligen USA-Aktionen und ihre sehr ausführliche und realistische Präsentation in den Medien auch bei den Panelmitgliedern nachhaltig meinungsbildend waren.

Mehrmals wurde geprüft, inwieweit die Panelmitglieder Angst vor „militärischen Abenteuern der USA“ empfinden, von denen im Zusammenhang mit Afghanistan und Irak häufig die Rede war:

Tabelle 2.2.6: „Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende persönlich bedroht?“

1 stark 2 eher stark 3 eher schwach 4 schwach

	1	2	(1+2)	3	4
<i>„Amerikanisierung des gesamten Lebens“</i>					
2003	9	27	(36)	45	19
2006	11	28	(39)	40	21
<i>„militärische Abenteuer der USA“</i>					
2002	15	32	(47)	39	14
2003	21	40	(61!)	27	12
2004	17	32	(49)	36	15
2006	9	27	(36)	44	20

Ein reichliches Drittel befürchtet 2006 eine Amerikanisierung des gesamten Lebens ohne Unterschiede zwischen den weltanschaulichen Gruppen zwischen links und rechts bzw. zwischen den Geschlechtergruppen. Allerdings nehmen die Befürchtungen vor einer Amerikanisierung mit zunehmenden Zweifeln an der Vorbildwirkung der USA bei der Verbreitung von Freiheit und Demokratie bzw. zunehmenden Ängsten vor militärischen Abenteuern der USA erheblich zu.

2002 äußerte fast die Hälfte der Panelmitglieder solche Ängste vor Abenteuern der führenden Demokratie in Bezug auf Afghanistan. 2003 war dieser Teil, nun in Bezug auf den Irakkrieg, („offiziell“ März/April 2003, also kurz vor der Befragung) auf fast zwei Drittel angestiegen! Danach gingen die damit verbundenen Ängste wieder zurück, aber auch 2006 hatten noch 36% damit zu tun, vermutlich auch im Zusammenhang mit weiteren Kriegshandlungen und angekündigten militärischen Schlägen.

Solche Ängste haben durchaus nennenswerte Auswirkungen, wenn sie über mehrere Jahre bestehen, also eine gewisse Stabilität besitzen. Das wird insbesondere bei der Teilgruppe derer sichtbar, die zu allen vier Zeitpunkten zwischen 2002 und 2006 starke Angst vor militärischen Abenteuern der USA äußern. Sie umfasst immerhin rund 20% aller Panelteilnehmer und besteht zu fast zwei Dritteln aus jungen Frauen. Enge (wechselseitige) Zusammenhänge bestehen erwartungsgemäß im Hinblick auf die Akzeptanz des kriegerischen Vorgehens der USA: Mit zunehmender Angst davor steigt der Anteil der Panelmitglieder, die diese Aktionen ablehnen, von 62% (zu keinem Zeitpunkt in den 4 Jahren Angst vor ihnen) auf 98% (zu allen Zeitpunkten Angst davor) an ($F = 13,05$; $P < .0000$).

Aufschlussreich ist der Zusammenhang mit dem Urteil über die Praxis der USA bei der weltweiten Verbreitung der Demokratie. Dazu die Ergebnisse von 2006:

Tabelle 2.6.7: „Die USA gehen bei der weltweiten Verbreitung von Freiheit und Demokratie mit gutem Beispiel voran.“ (2006)

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)
Gesamtgruppe 2006	0	2	(2)	19	27	52	(79)
<u>Ängste vor USA-Krieg:</u>							
Zu keinem Zeitpunkt	0	7	(7)	26	35	32	(67)

1 bis 2 Jahre	0	1	(1)	23	30	47	(77)
3 bis 4 Jahre	0	0	(0)	12	18	70	(88)

F= 12,90; P = < .0000 (5-stufige Originalskala)

Nur einzelne Panelmitglieder (2%) stimmen diesem Item zu, mehr als drei Viertel lehnen es ab. Der Zusammenhang mit dem Urteil über die gegenwärtige USA-Politik zur weltweiten Durchsetzung von Freiheit und Demokratie tritt zwar vorwiegend im negativen Bereich der Skala in Erscheinung, dort aber sehr deutlich: 88% der Panelmitglieder, die über längere Zeit starke Ängste artikulierten, haben Schwierigkeiten, die Vorbildwirkung der USA auf diesem Gebiet bejahen.

Erwähnenswert ist, dass sich diese Ängste zwar nicht negativ auf die eigene Zukunftszuversicht auswirken, wohl aber auf die Zukunftszuversicht für die (künftigen) Kinder! (F = 2.70; P = < .05), – ein weiterer empirischer Hinweis darauf, dass Kinder mehr oder weniger stark die „Weltanschauung“ ihrer Eltern verändern können.

Mit diesem Abschnitt soll zugleich angedeutet werden, dass die Palette mehr oder weniger negativer Einflussfaktoren auf die Standpunktbildung der Panelmitglieder zur jetzigen gesellschaftlichen Ordnung sehr viel größer ist als jemals untersucht werden kann (bis hin zu den politischen Verhältnissen in Italien); das ist auch nicht Anliegen dieser Studie.

Aufschlussreich ist nicht zuletzt, dass in Bezug auf die Haltung gegenüber den erwähnten Aspekten der USA-Politik signifikante Zusammenhänge mit den früheren politischen Kenntnissen bestehen, operationalisiert an den damals erfassten Noten im Fach Staatsbürgerkunde. Wir führen hier zum Beleg zwei interessante Zusammenhangsanalysen an:

Tabelle 2.6.7 a): Zusammenhang zwischen politische Kenntnisse vor der Wende (10. Klasse, Frühjahr 1989; N = 371)

„Die gegenwärtigen militärischen Aktionen der USA im Irak finden meine Zustimmung“

1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

(die Noten 3,4 und 5 in Stabü wurden aus Gründen der Besetzung zusammengefasst)

	1	2	(1+2)	3	4	5	n
Note in „Stabü“:							
1	2	3	(5)	13	18	64	125
2	1	4	(5)	14	26	55	156
3,4,5	0	3	(3)	27	33	37	90

H-Test: Chi-Square = 13,41; Significance = .0012

„Die USA gehen bei der weltweiten Verbreitung von Freiheit und Demokratie mit gutem Beispiel voran.“

1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Note in „Stabü“

1	0	3	(3)	11	26	60	125
2	0	1	(1)	20	24	55	156
3,4,5	0	2	(2)	29	32	37	90

H-Test: Chi-Square = 12,49; Significance = .0019

Die (wechselseitigen) Zusammenhänge zeigen sich sehr deutlich:

Je besser die Stabnote damals, umso häufiger heute die uneingeschränkte Ablehnung der Statements. An Langzeitwirkungen damaliger politischer Sozialisation kann nicht gezweifelt werden. Diese interessante Thematik muss jedoch noch exakter analysiert werden, zumal diese Studie die einzige sozialwissenschaftliche Untersuchung ist, die über relevante Daten aus der Zeit vor der Wende verfügt (siehe dazu die ausführlichen Erläuterungen bei Förster 2002 bzw. bei www.wiedervereinigung.de/SLS).

3. Weitere vorläufige Ergebnisse der 20. Welle 2006

Die Befragungsunterlagen des Jahres 2006 enthielten wie auch in den vorangegangenen Wellen einen Zusatzbogen mit zahlreichen Fragen zum Befinden im weitesten Sinne. Auch ein Teil dieser Daten kann mittlerweile (seit 2002) im Längsschnitt betrachtet werden. Die Auswertung ist allerdings noch nicht abgeschlossen, die Ergebnisse sind als vorläufig anzusehen.

A. Ergebnisse des Fragebogens zum Befinden

Von Dr. rer. medic. Hendrik Berth, Universitätsklinikum Dresden

1. Instrumente

Der Fragebogen zum Befinden der 20. Welle der Sächsischen Längsschnittstudie 2006 enthielt die folgenden Instrumente bzw. Items. Diese wurden meistens bereits in früheren Wellen eingesetzt.

SCL-9

Die SCL-9 (Klaghofer & Brähler, 2001) ist eine Kurzform der Symptomcheckliste SCL-90-R. Sie ein sehr ökonomisches Instrument mit nur neun Fragen, die den psychischen Beschwerdedruck oder auch globalen Distress einer Person erfasst.

Gesundheitszustand, Beeinflussbarkeit der eigenen Gesundheit

Weiterhin wurde in Wiederholung aus vorherigen Erhebungen gefragt: „Wie würden Sie Ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand beschreiben?“ (sehr gut, gut, zufriedenstellend, weniger gut, schlecht) und „Welche Meinung haben Sie darüber, wie sehr man seinen eigenen Gesundheitszustand beeinflussen kann?“ (sehr viel, viel, eingeschränkt, wenig, gar nicht).

D-Score

Die globale psychische Belastung wurde auch mit einem selbstentwickelten vier Items umfassenden Screening-Instrument, dem "D-Score", gemessen. Erfragt werden (seit 1991) u. a. Gefühle der Mutlosigkeit und Niedergeschlagenheit oder die Angst vor der Zukunft (vgl. Berth et al., 2006).

G-Score

Der G-Score, auch eine Eigenkonstruktion, umfasst ebenfalls vier Items. Erfragt wird, wie häufig man in den letzten 12 Monate die Beschwerden Nervosität, Schlaflosigkeit, Magenschmerzen und Herzbeschwerden hatte. Daraus wird ein Gesamtwert für körperliche/psychosomatische Beschwerden gebildet.

GBB-24

Der GBB-24 (Brähler & Scheer, 1995) dient zur Erfassung der subjektiven Körperbeschwerden. Die Fragen sind den vier Skalen „Erschöpfung“, „Magenbeschwerden“, „Gliederschmerzen“ und „Herzbeschwerden“ zugeordnet. Aus allen Items wird ein Gesamtwert („Beschwerdedruck“) gebildet.

Suizidalität

Die Suizidalität wurde mittels eines Item erhoben: "Waren Sie schon in der Situation, dass Sie nicht mehr weiterleben wollten?" (Antwortmöglichkeiten: "ja, mehrmals", "ja, einmal", "nein").

HADS

Die HADS-D (Hospital Anxiety and Depression Scale, Herrmann, Buss & Snaith, 1995) ist ein Fragebogeninstrument zur Selbstbeurteilung von Angst und Depressivität bei Erwachsenen (14 Fragen).

Alkoholkonsum

Der Alkoholkonsum wurde mittels drei Fragen aus dem Alk-Audit-Fragebogen (deutsch von Spies & Neumann, 2003) erfasst. Erfasst wurde, wie oft alkoholische Getränke getrunken werden, wie viel typischerweise an einem Tag getrunken wird und wie oft sechs oder mehr Gläser Alkohol bei einer Gelegenheit getrunken werden. Je höher der Wert desto höher die Alkoholismusgefährdung.

Arztbesuche

Für sechs verschiedene Gruppen (Allgemeinarzt, Facharzt, Psychiater, Psychotherapeut, Beratungsstelle bzw. Freunde/Bekannte) war anzugeben, wie oft diese wegen Beschwerden bzw. Erkrankungen in den letzten 12 Monaten Anspruch genommen wurden. Über alle Gruppen wird eine Summe gebildet.

Bedarf an psychosozialer Beratung

Der subjektive Beratungs- und Betreuungswunsch der Teilnehmer wurde mit einer Frage erfasst (Holm-Hadulla & Soeder, 1997): "Hatten Sie aufgrund psychischer oder sozialer Probleme im Laufe der vergangenen zwölf Monate das Bedürfnis nach Beratung oder Betreuung?". Die neun möglichen Antwortalternativen werden inhaltlich zu vier Gruppen zusammengefasst (vgl. Tabelle 3).

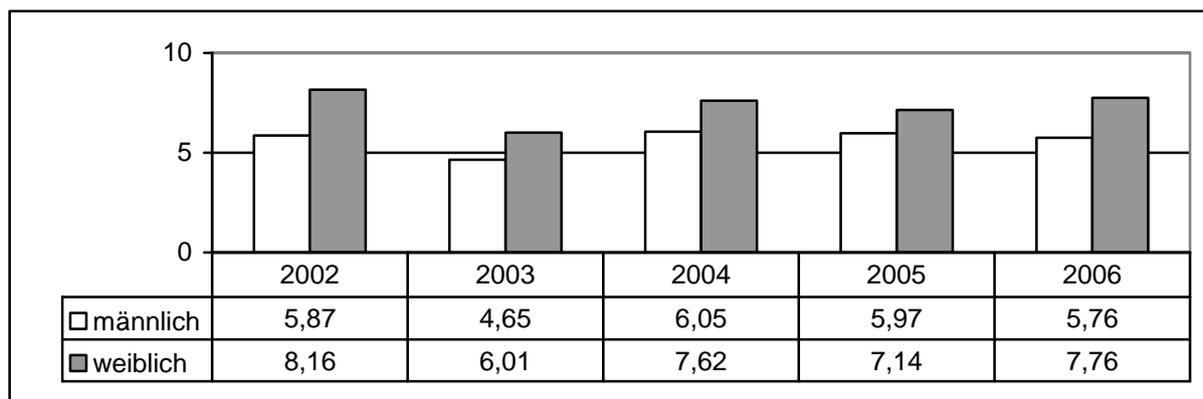
2. Ergebnisse

Bei den nachfolgenden Darstellungen werden - sofern verfügbar - auch die Ergebnisse aus früheren Wellen herangezogen (Längsschnittauswertung). Der Schwerpunkt der Auswertungen liegt auf dem Einfluss von Arbeitslosigkeit auf Gesundheit. Hier wird insbesondere auf die Unterschiede von niemals vs. mehrfach Arbeitslosen eingegangen. Weitere Auswertungen erfolgen nach den Geschlechtergruppen.

SCI-9

Abbildung 1 zeigt die mit der SCL-9 gemessene globale psychische Belastung von 2002 bis 2006 in Abhängigkeit vom Geschlecht.

Abbildung 1: Globale psychische Belastung der Teilnehmer 2002 bis 2006 (SCL-9)



Zu allen Erhebungszeitpunkten (Wellen) ist die psychische Belastung, die von den weiblichen Teilnehmern angegeben wird, signifikant größer als die der männlichen Teilnehmer. Die kleineren Schwankungen in den Mittelwerten zwischen den einzelnen Wellen resultieren aus den unterschiedlichen Teilnehmerkollektiven und Teilnehmerzahlen. Hier, wie auch bei den folgenden Abbildungen und Tabellen, werden jeweils die Daten aller Personen angeführt, die an den dargestellten Erhebungswellen teilgenommen haben und die entsprechenden Fragen vollständig beantwortet haben.

Gesundheitszustand, Beeinflussbarkeit der eigenen Gesundheit

Die Abbildungen 2 und 3 zeigen, wie die Studienteilnehmer ihren eigenen Gesundheitszustand einschätzen, bzw. für wie beeinflussbar sie diesen selbst halten.

Abbildung 2: Selbsteinschätzung des eigenen Gesundheitszustandes als sehr gut/gut bei niemals vs. mehrfach Arbeitslosen (prozentuale Anteile)

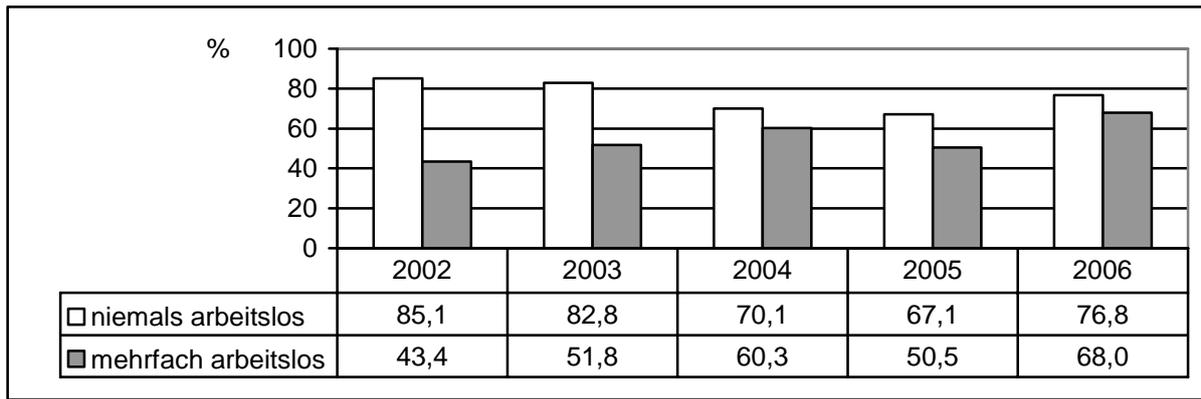
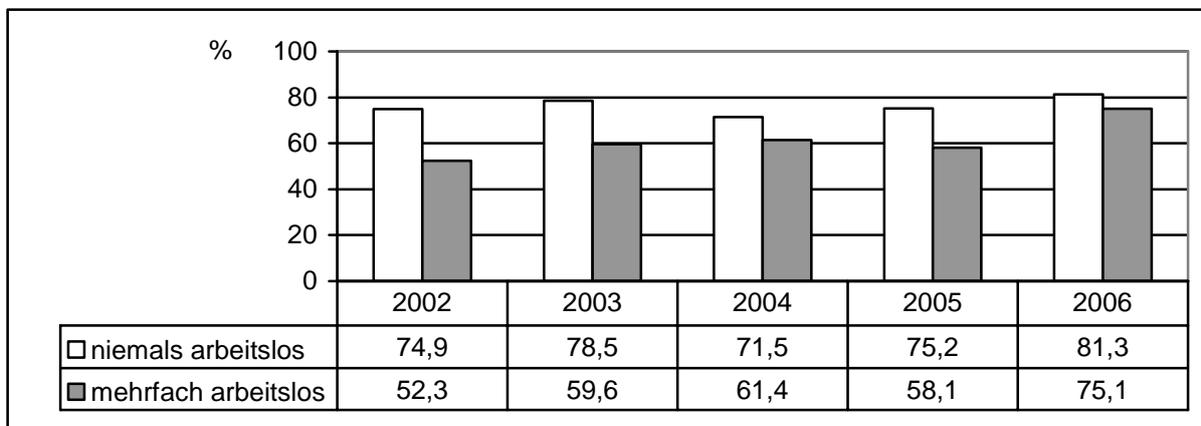


Abbildung 3: Beeinflussbarkeit des eigenen Gesundheitszustandes (sehr/viel) bei niemals vs. mehrfach Arbeitslosen (prozentuale Anteile)



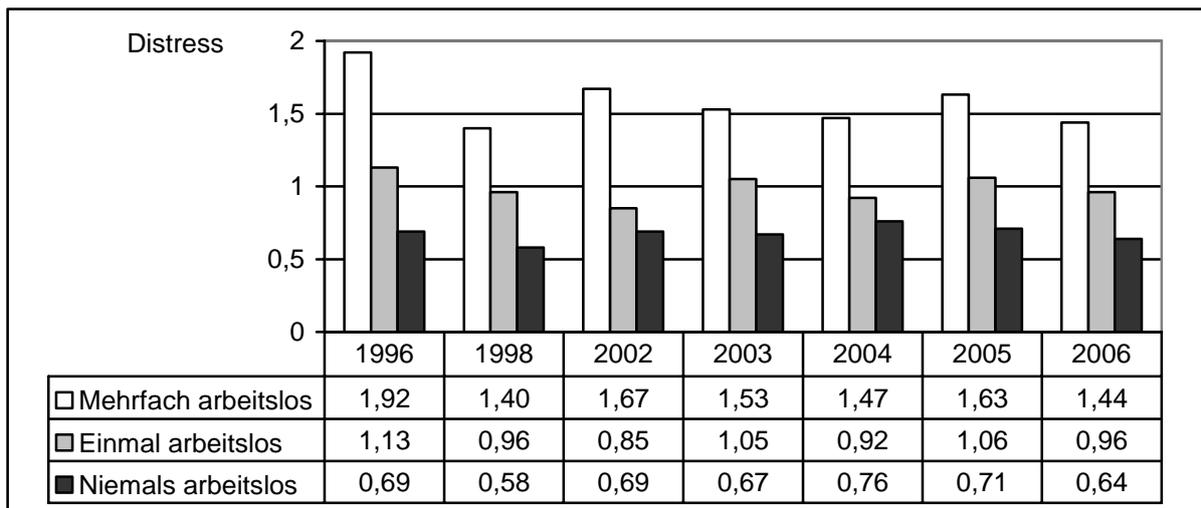
Personen, die mehrfach arbeitslos waren, schätzen ihren eigenen Gesundheitszustand stets als schlechter ein, als die Personen, die noch nie arbeitslos waren. Der Abstand zwischen den beiden Extremgruppen hat sich im Laufe der letzten Jahre angenähert, da auch die Niemals-Arbeitslosen ihren Gesundheitszustand zunehmend als weniger gut beurteilten. Der Unterschied zwischen den Gruppen erreicht 2002 bis 2005, nicht jedoch 2006, die Signifikanzgrenze.

Auch bzgl. der Beeinflussbarkeit des eigenen Gesundheitszustandes unterscheiden sich die Personen mit mehrfachen Arbeitslosigkeitserfahrungen von den Befragten ohne eine solche Erfahrung (2004 und 2006: nicht signifikant). Arbeitslose schätzen die Beeinflussbarkeit ihrer eigenen Gesundheit als deutlich schlechter ein. Die deutliche Mehrheit der Panelmitglieder ist der Auffassung, auf ihren eigenen Gesundheitszustand viel bzw. sehr viel Einfluss zu haben.

D-Score

Der D-Score wird in der Sächsischen Längsschnittstudie bereits seit 1991 (Welle 6) wiederholt eingesetzt (vgl. Berth et al., 2006). Arbeitslosigkeitserfahrungen werden seit 1996 erfasst. Abbildung 4 zeigt die Ergebnisse.

Abbildung 4: Distress und Arbeitslosigkeit 1996 bis 2006 (Mittelwerte)

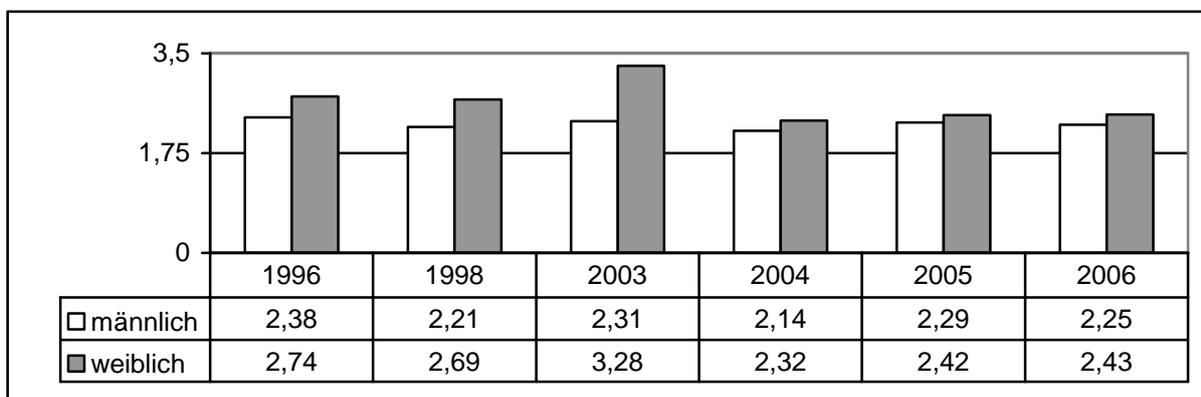


In allen Erhebungen zeigt sich für den D-Score ein einheitliches Bild. Die niedrigsten Werte weisen stets die Personen auf, die noch nie arbeitslos waren. Danach folgen Personen mit einmaliger Arbeitslosigkeitserfahrung. Die Personen, die bereits mehrmals arbeitslos gewesen sind, haben mit Abstand stets die höchsten Werte der psychischen Beeinträchtigung.

G-Score

Der G-Score umfasst das Ausmaß der Belastung mit körperlichen/psychosomatischen Beschwerden. Er wurde 1996 erstmalig vorgegeben. Abbildung 5 zeigt die Ergebnisse nach den Geschlechtern im Längsschnitt.

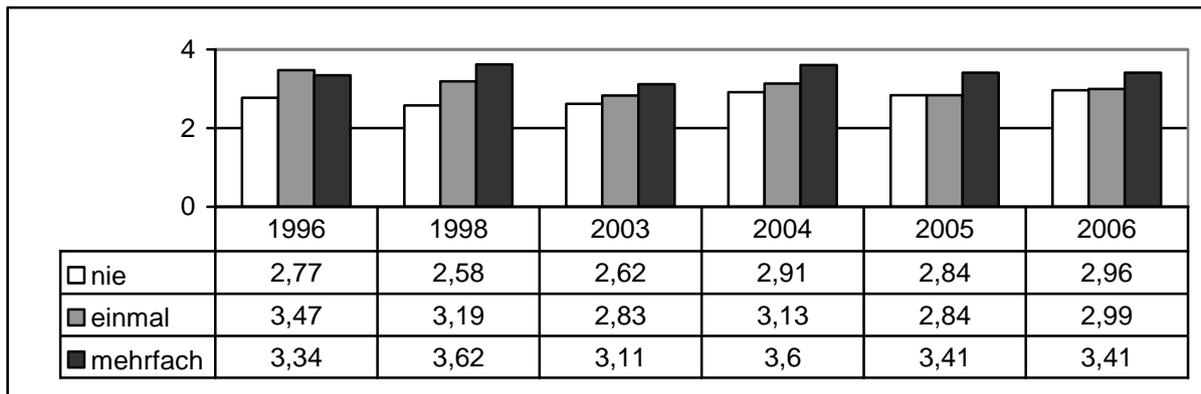
Abbildung 5: Körperliche Belastung der Teilnehmer 1996 bis 2006 (G-Score)



Die Belastung mit körperlichen Beschwerden ist unter den (jungen) Teilnehmern der Sächsischen Längsschnittstudie insgesamt als gering einzuschätzen. Signifikante Unterschiede gibt zu allen Zeitpunkten (Ausnahme: 2005) zwischen den Geschlechtern. Frauen geben stets mehr Körperbeschwerden an als die männlichen Befragten.

Abbildung 6 zeigt die Ergebnisse nach den Arbeitslosigkeitserfahrungen im Längsschnitt. Die Personen, die mehrfach arbeitslos waren, geben stets (Ausnahme 1996) mehr körperliche Beeinträchtigungen an. Signifikant werden die Unterschiede jedoch nur 1998 und 2004.

Abbildung 6: Körperliche Belastung der Teilnehmer 1996 bis 2006 nach den Arbeitslosigkeitserfahrungen (G-Score)



GBB-24

Der GBB-24 dient ebenfalls zur Erfassung der Häufigkeit von körperlichen Beschwerden. Er wurde bislang in drei Wellen (2002, 2004, 2006) vorgegeben (Tabelle 1, vgl. auch Berth, Förster & Brähler, 2003).

Tabelle 1: Häufigkeit von Arbeitslosigkeit und körperliche Beschwerden 2002 - 2006 (GBB-24, MW, SD, Univariate Varianzanalyse)

	Arbeitslosigkeitserfahrungen								
	2002			2004			2006		
	nein	einmal	mehrmals	nein	einmal	mehrmals	nein	einmal	mehrmals
Erschöpfungsneigung	5,64 (4,52) F=2,64, p>0,05	5,88 (4,12)	6,85 (4,80)	5,08 (4,24) F=2,81, p>0,05	5,53 (4,36)	6,31 (4,61)	5,06 (4,35) F=2,66, p>0,05	4,79 (4,54)	6,03 (5,04)
Magenbeschwerden	2,68 (3,08) F=2,03, p>0,05	2,65 (6,88)	3,32 (3,24)	2,60 (2,91) F=2,04, p>0,05	3,08 (3,42)	3,36 (3,19)	2,64 (3,40) F=2,36, p>0,05	2,32 (2,95)	3,14 (3,08)
Gliederschmerzen	6,60 (4,23) F=2,13, p>0,05	6,88 (4,27)	7,66 (4,35)	6,07 (4,29) F=5,72, p<0,05	6,23 (4,40)	7,78 (5,15)	6,29 (4,76) F=4,36, p<0,05	6,04 (4,69)	7,64 (4,95)
Herzschmerzen	1,89 (2,52) F=1,84, p>0,05	2,19 (2,95)	2,57 (3,31)	1,63 (2,29) F=4,26, p<0,05	1,81 (2,79)	2,59 (3,45)	1,54 (2,28) F=2,29, p>0,05	1,62 (2,36)	2,18 (3,27)
Beschwerdedruck	16,81 (11,74) F=3,46, p<0,05	17,61 (11,28)	20,39 (11,69)	15,38 (11,16) F=5,52, p<0,05	16,65 (11,82)	20,04 (13,15)	15,54 (12,03) F=4,47, p<0,05	14,77 (11,89)	19,00 (13,22)

2002 gab es einen signifikanten Unterschied nur im Bereich des Beschwerdedrucks (Gesamtwert des GBB), dieser ist bei den mehrfach Arbeitslosen am höchsten ausgeprägt. Beschwerdedruck und Gliederschmerzen sind 2004 und 2006 bei der Gruppe der mehrfachen Arbeitslosen im Vergleich zu Personen ohne bzw. mit einmaliger Arbeitslosigkeitserfahrung ebenfalls deutlich erhöht. 2004 findet sich ein weiterer Unterschied auch im Bereich der Herzschmerzen.

Suizidalität

Die Frage zur Suizidalität wurde in den Wellen 12, 13, 19 und 20 gestellt. Abbildung 7 zeigt die Ergebnisse nach den Geschlechtern, Abbildung 8 nach den Arbeitslosigkeitserfahrungen. Die beiden zustimmenden Antworten (ja, mehrfach und ja, einmal) wurden zusammengefasst.

Abbildung 7: Suizidale Tendenzen 1996 - 2006 nach Geschlecht (Prozentuale zustimmende Anteile)

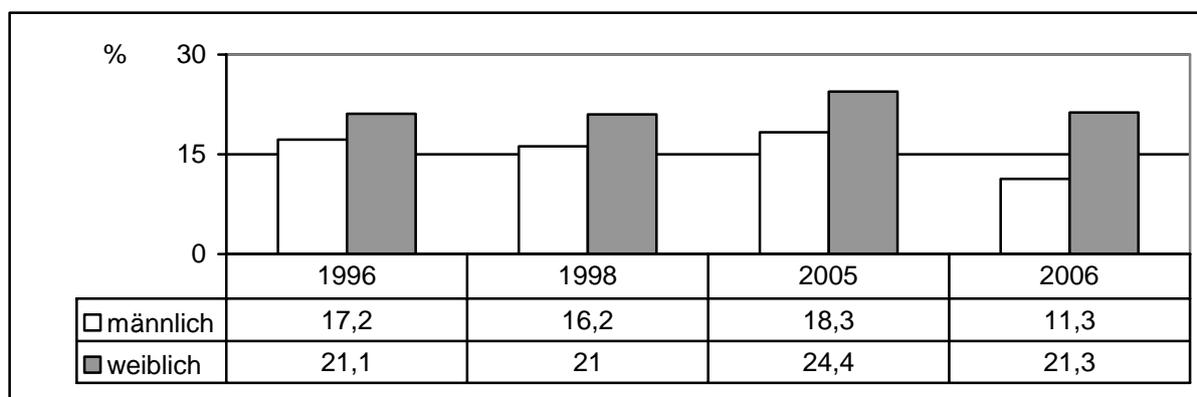
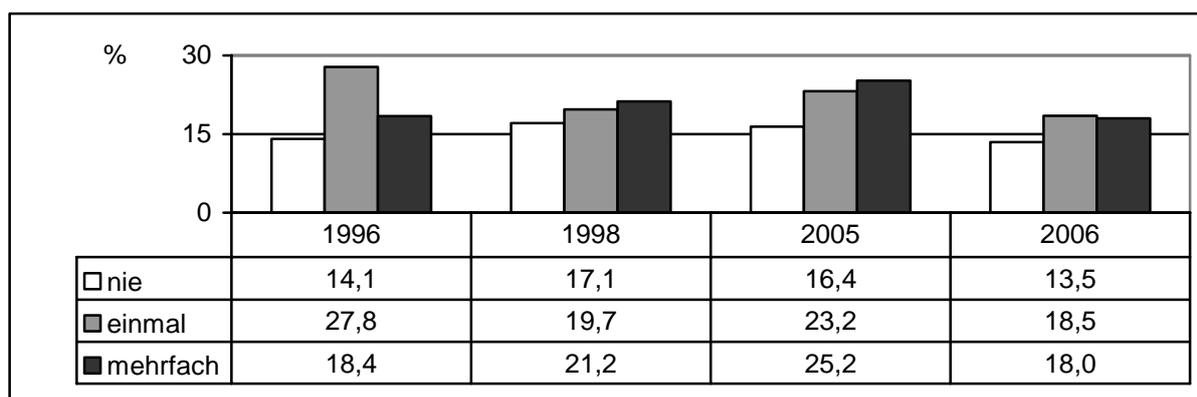


Abbildung 8: Suizidale Tendenzen 1996 - 2006 nach Arbeitslosigkeitserfahrungen (Prozentuale zustimmende Anteile)



Die etwas höhere Angabe von suizidalen Tendenzen bei den weiblichen Teilnehmern erreicht nur 2006 die Signifikanzgrenze. Personen, die nie arbeitslos waren, geben stets weniger suizidale Gedanken an, als Personen, die ein- oder mehrfach arbeitslos waren. Signifikant wird der Unterschied zwischen den Arbeitslosigkeitserfahrungen jedoch nur 1996.

HADS

Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse der Hospital Anxiety and Depressionsscale (HADS) für die drei Wellen, in denen dieses Instrument zum Einsatz kam (vgl. auch Berth, Förster & Brähler, 2003).

Tabelle 2: Häufigkeit von Arbeitslosigkeit und Ängstlichkeit und Depressivität 2002 - 2006 (HADS, MW, SD, Univariate Varianzanalyse)

	Arbeitslosigkeitserfahrungen 2002			2004			2006		
	nein	einmal	mehrmals	nein	einmal	mehrmals	nein	einmal	mehrmals
Ängstlichkeit	6,24 (3,16)	6,13 (3,00)	7,44 (3,32)	5,53 (3,57)	5,67 (3,10)	6,30 (3,74)	5,36 (2,29)	5,16 (3,50)	5,81 (3,52)
	F=6,74, p<0,01			F=1,93, p>0,05			F=1,28, p>0,05		

Depressivität	3,47 (2,86)	3,67 (2,69)	4,98 (3,00)	3,75 (3,10)	4,21 (3,16)	5,58 (3,66)	3,61 (2,89)	3,83 (3,49)	4,69 (3,62)
	F=10,68, p<0,001			F=11,38, p<0,01			F=42,8, p<0,05		

Im Bereich der Ängstlichkeit gab es 2002, nicht aber 2004 und 2006 einen signifikanten Unterschied in Abhängigkeit von den Arbeitslosigkeitserfahrungen. Die Werte der Depressivitätsskala unterscheiden sich in allen drei Wellen signifikant zwischen den Gruppen. Personen, die mehrfach arbeitslos waren, sind deutlich depressiver.

Alkoholkonsum

Abbildung 9 (2004) und Abbildung 10 (2006) zeigen für die Gesamtgruppe, für die Geschlechter und in Abhängigkeit von den Arbeitslosigkeitserfahrungen die Werte des Alk-Audit-Fragebogens. Höhere Werte stehen für einen höheren Alkoholkonsum.

Abbildung 9: Alkoholkonsum 2004 in der Gesamtgruppe, nach Geschlecht und Arbeitslosigkeitserfahrungen (Alk-Audit-Fragebogen, MW)

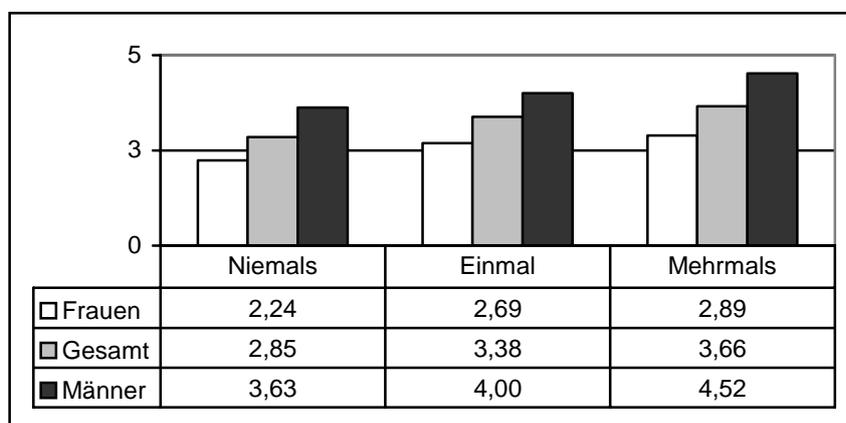
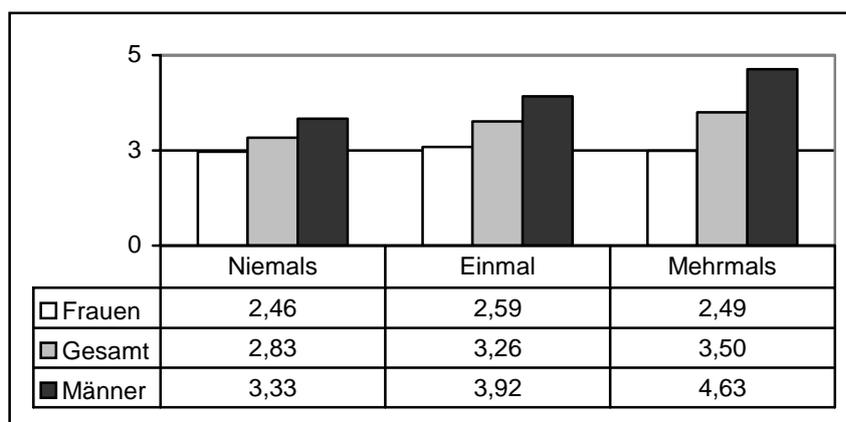


Abbildung 10: Alkoholkonsum 2006 in der Gesamtgruppe, nach Geschlecht und Arbeitslosigkeitserfahrungen (Alk-Audit-Fragebogen, MW)



Im eingesetzten Fragebogen sind Werte zwischen 0 und 12 möglich. Insgesamt ist im Mittel daher der Alkoholkonsum in der Stichprobe als moderat einzuschätzen. Zu beiden Zeitpunkten zeigt sich, dass der Alkoholkonsum der männlichen Teilnehmer stets höher ausgeprägt ist als der der Frauen. Sichtbar ist bei Männern, Frauen und in der Gesamtgruppe der Einfluss der Arbeitslosigkeit: Personen mit mehrfachen Arbeitslosigkeitserfahrungen

trinken mehr als einmalig Arbeitslose und diese wiederum gaben einen höheren Konsum an, als Personen ohne Arbeitslosigkeitserfahrungen.

Arztbesuche

Die Häufigkeit von Arztbesuchen ist für beide Wellen 2004 und 2006 in Abbildung 11 nach den Geschlechtern und in Abbildung 12 nach den Arbeitslosigkeitserfahrungen dargestellt.

Abbildung 11: Häufigkeit von Arztbesuchen 2004 und 2006 nach Geschlecht (Mittelwerte)

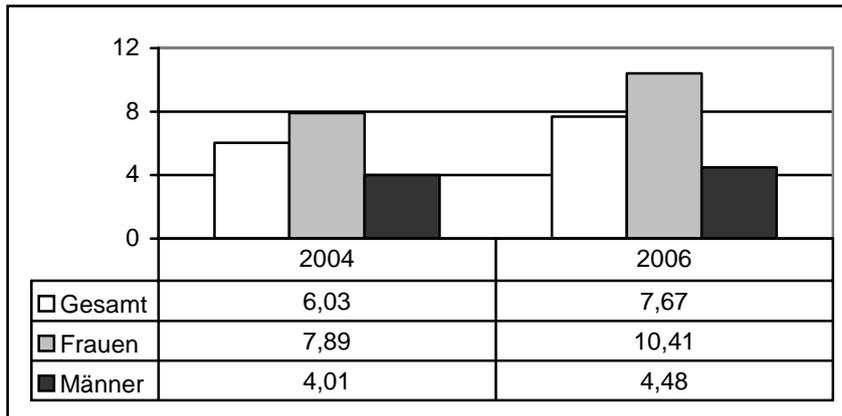
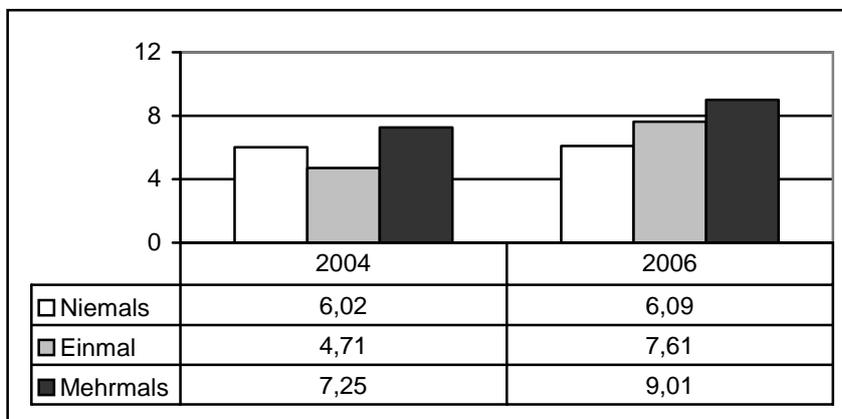


Abbildung 12: Häufigkeit von Arztbesuchen 2004 und 2006 nach Arbeitslosigkeitserfahrungen (Mittelwerte)



Mit dem steigenden Alter der Teilnehmer hat von 2004 auf 2006 auch die Häufigkeit von Arztbesuchen zugenommen. Dieser Zuwachs betrifft vor allem die Frauen. Zu beiden Zeitpunkten geben die weiblichen Teilnehmer eine signifikant höhere Zahl von Arztbesuchen an als die Männer.

Abbildung 12 verdeutlicht den Einfluss von Arbeitslosigkeit auf Gesundheit: Die häufigste Zahl von Arztbesuchen gaben jeweils die mehrfach arbeitslosen Personen an, die Signifikanzgrenze wird jedoch nicht erreicht.. Auch hier spiegelt sich die Zunahme über die Zeit wieder.

Bedarf an psychosozialer Beratung

In Auswertung der Frage nach dem wahrgenommenen Bedarf bzw. nach den tatsächlich in Anspruch genommenen psychosozialen Hilfen sind in Tabelle 3 für die Gesamtgruppe und verschiedene Teilstichproben die Verteilungen der Antworten dargestellt.

Tabelle 3: Bedarf und in Anspruchnahme psychosozialer Hilfe in Abhängigkeit von Geschlecht, Arbeitslosigkeitserfahrungen, Arbeitsplatzunsicherheit und psychischer Belastung (Verteilungen N, %, Chi-Quadrat-Tests)

	Bedarf und Inanspruchnahme psychosozialer Hilfen			
	Kein Bedarf	Geringer Bedarf, selbstgelöst	Bedarf, aber Hindernisse (ungedeckter Bedarf)	Bedarf, Hilfe wahrgenommen (gedeckter Bedarf)
Gesamtgruppe	194 (49,4)	139 (35,4)	22 (5,6)	27 (6,9)
Geschlecht				
männlich	104 (61,5)	54 (32,0)	3 (1,8)	8 (4,7)
weiblich	90 (43,1)	82 (39,2)	19 (9,1)	18 (8,6)
	Chi-Quadrat(df=3)=18,23 p<0.001			
Arbeitslosigkeitserfahrungen				
< 12 Monate	86 (57,0)	50 (33,1)	6 (4,0)	9 (6,0)
> 12 Monate	45 (39,1)	50 (43,5)	10 (8,7)	10 (8,7)
	Chi-Quadrat(df=3)=9,18 p<0.05			
Arbeitslosigkeit aktuell				
Ja	11 (36,8)	20 (48,4)	4 (9,8)	6 (14,6)
Nein	183 (53,7)	119 (34,9)	18 (5,3)	21 (6,2)
	Chi-Quadrat(df=3)=12,12 p<0.05			
Bedrohung Arbeitsplatzverlust				
Bedroht	54 (36,7)	68 (46,3)	14 (9,5)	11 (7,5)
Nicht bedroht	140 (60,6)	68 (29,4)	8 (3,5)	15 (6,5)
	Chi-Quadrat(df=3)=22,84 p<0.001			
Psychische Belastung (D-Score)				
Vorhanden	40 (28,0)	72 (50,3)	16 (11,2)	15 (10,5)
Nicht vorhanden	154 (64,4)	67 (28,0)	6 (2,5)	12 (5,0)
	Chi-Quadrat(df=3)=51,15 p<0.001			

Anmerkungen: Arbeitslosigkeitserfahrungen in Monaten nur für Personen, die jemals arbeitslos waren
Bedrohung durch einen Arbeitsplatzverlust nur für Personen, die derzeit einen Arbeitsplatz haben

N = 49 Personen (12,7 % der Stichprobe) gaben an, im letzten Jahr Bedarf an professioneller psychosozialer Unterstützung gehabt zu haben. Von diesen haben N = 27 (55,1 %) auch tatsächlich professionelle Hilfe in Anspruch genommen. Die Mehrzahl der Befragten (49,4 %) hatte im letzten Jahr keinen Bedarf an psychosozialer Betreuung, bzw. hat aufgetretene Probleme selbst oder mit Freunden usw. bewältigt (35,4 %).

Alle in Tabelle 3 dargestellten Prädiktoren erwiesen sich als bedeutsam für den wahrgenommenen Bedarf und die realisierte Inanspruchnahme psychosozialer Beratung: Der Bedarf ist höher bei Frauen, bei Personen mit längerer Arbeitslosigkeitsdauer, bei aktuell zum Befragungszeitpunkt arbeitslosen Personen, bei von Arbeitsplatzverlust bedrohten Personen und bei Befragten, bei denen eine objektive Belastung (gemessen mit dem D-Score vorhanden war).

Zusammenfassung

In der 20. Welle der Sächsischen Längsschnittstudie wurden 2006 zahlreiche standardisierte und erprobte Instrumente eingesetzt, die zum Großteil bereits wiederholt vorgegeben wurden.

Die Ergebnisse des Fragebogens zum Befinden können die bereits in früheren Wellen festgestellten Trends bestätigen. Dies sind zum einen Geschlechtsunterschiede: Frauen sind psychisch belasteter (SCL-9), sie geben mehr Körperbeschwerden (G-Score) an, trinken weniger Alkohol, gehen häufiger zum Arzt und haben einen größeren Bedarf an professionellen psychosozialen Hilfen.

Besonderes Augenmerk hatten wir, wie schon in den vergangenen Erhebungen, auf die Gesundheitsfolgen von Arbeitslosigkeit gelegt und konnten zeigen, welche gravierenden Folgen eine solche Erfahrung hat. Arbeitslose fühlen sich subjektiv weniger gesund, sie empfinden ihren Gesundheitszustand als weniger beeinflussbar, sie äußern eine höhere psychische Belastung (D-Score), sind depressiver (HADS), geben etwas mehr Körperbeschwerden an (GGB-24, G-Score), trinken mehr Alkohol, gehen häufiger zum Arzt und äußern einen höheren Bedarf an professionellen psychosozialen Hilfen.

Literatur

- Berth, H., Förster, P. & Brähler, E. (2003). Gesundheitsfolgen von Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit bei jungen Erwachsenen. *Das Gesundheitswesen*, 10, 555-560. [<http://www.wiedervereinigung.de/sls/PDF/gesundheitswesen2003.pdf>].
- Berth, H., Förster, P., Stöbel-Richter, Y., Balck, F. & Brähler, E. (2006). Arbeitslosigkeit und psychische Belastung. Ergebnisse einer Längsschnittstudie 1991 bis 2004. *Zeitschrift für Medizinische Psychologie*, 15, 111-116. [<http://www.wiedervereinigung.de/sls/PDF/zmp2006.pdf>].
- Brähler, E. & Scheer, J.W. (1995): Gießener Beschwerdebogen (GGB), 2. erg. u. rev. Auflage. Göttingen. Hogrefe.
- Herrmann, C., Buss, U. & Snaith, R. P. (1995). Hospital Anxiety and Depression Scale - Deutsche Version. Ein Fragebogen zur Erfassung von Angst und Depressivität in der somatischen Medizin. Bern: Huber.
- Holm-Hadulla, R. & Soeder, U. (1997). Psychische Beschwerden und Störungen von Studierenden. *Psychotherapie, Psychosomatik, Medizinische Psychologie*, 47, 419-425.
- Klaghofer, R. & Brähler, E. (2001). Konstruktion und teststatistische Prüfung einer Kurzform der SCL-90-R. *Zeitschrift für Klinische Psychologie, Psychiatrie und Psychotherapie*, 49, 115-124.
- Spies, C. & Neumann, T. (2003). Audit-Fragebogen zum Alkoholismus Gesundheitsinformationen, Online-Document <http://www.patienten-information.de/2gesundheitsinformationen/eigene/AUDIT/> [Retrieved 14.3.2004].

B. Ergebnisse der Fragen zur Familienbildung

Von Juniorprofessorin Dr. Yve Stöbel-Richter

1. Instrumente

Der Fragebogen mit den Familienfragen enthielt in der 20. Welle der Sächsischen Längsschnittstudie (SLS) 2006 10 zusätzliche Items, welche z. T. in früheren Befragungen der SLS, aber auch in anderen Studien zur Familienbildung getestet wurden (vgl. Stöbel-Richter et al., 2006). Die Items thematisierten die folgenden

Aspekte: Partnerschaftszufriedenheit, aktueller Kinderwunsch, aktuelle Schwangerschaft, die Entscheidung für oder gegen ein Kind beeinflussende Faktoren, Kinderwunschaspekte. Letztere wurden mit dem Leipziger Kinderwunschfragebogen (LKM) erhoben. Darüber hinaus wird in jedem Jahr nach der realisierten und idealen Kinderzahl und dem Familienstand gefragt.

Der *Leipziger Fragebogen zu Kinderwunschnativen (LKM)* besteht aus 20 Items, wobei sich jeweils fünf Items einer von vier faktorenanalytisch konstruierten Skalen zuordnen lassen. Die Skalen (1) *Emotionale Stabilisierung und Sinnfindung* und (3) *Soziale Anerkennung und Identitätsbildung* repräsentieren dabei den Kinderwunsch fördernde Motive, während die Skalen (2) *Persönliche Einschränkungen und Probleme* sowie (4) *Unzureichende materielle und soziale Unterstützung* Motive vertreten, die eher gegen die Realisierung des Kinderwunsches sprechen. Alle Items des LKM müssen auf einer fünfstufigen Skala beantwortet werden, die von "beeinflusst mich gar nicht" (=0) bis "beeinflusst mich stark" (=4) reicht.

2. Ergebnisse

2.1 Partnerschaft – Verheiratet und glücklich?

Mit 33 Jahren im Jahr 2006 stehen viele der Befragten mitten im Prozess der Familiengründung; 64,6 % haben bereits Kinder.

45,8 % der TeilnehmerInnen sind verheiratet, 48,9 % sind ledig (vgl. Tabelle 1), von diesen haben aber 21,9 % einen festen Partner/ Partnerin und 16,4 % leben in einer Lebensgemeinschaft. In der 20. Welle wurde das Antwortschema für die Frage nach dem Familienstand verändert, stattdessen wurde zusätzlich die Frage nach der Art der Beziehung gestellt. Bei der Auswertung dieser Frage zeigt sich, dass von den ledigen Männern 66,3 % (N = 67) und von den Frauen 70,2 % (N = 59) angeben, in einer festen und sexuell treuen Beziehung zu leben.

Tab. 1: Familienstand im Alter von 33 Jahren (Angaben in Prozent, W 20, 2006)

	Gesamt		Frauen		Männer	
	N = 380	100 %	N = 210	100 %	N = 170	100 %
Ledig	186	48,9	85	40,5	101	59,4
Verheiratet, zusammen lebend	168	44,2	105	50,0	63	37,1
Verheiratet, getrennt lebend	6	1,6	6	2,9	0	0

Geschieden	19	5,0	13	6,2	6	3,5
Verwitwet	1	0,3	1	0,5	0	0

Betrachtet man die Art der Beziehung, unabhängig vom "offiziellen" Familienstand, zeigt sich, dass die meisten der StudienteilnehmerInnen in einer eher konventionellen Beziehung leben – mit einem festen Partner in einer sexuell treuen Beziehung (vgl. Tabelle 2).

Tab. 2: Beziehungsformen (W 20, 2006)

	Gesamt		Frauen		Männer	
	N =	100 %	N =	100 %	N =	100 %
Keine/n feste/n Partner/in und keine sexuellen Beziehungen	37	9,8	21	10,1	16	9,4
Keine/n feste/n Partner/in, aber sexuelle Beziehungen	26	6,9	9	4,3	17	9,9
Feste/n Partner/in ohne sexuelle Beziehung	6	1,6	4	1,9	2	1,2
Feste/n Partner/in in sexuell treuer Beziehung	307	81,2	172	83,1	135	78,9
Feste/r Partner/in, aber auch sexuelle Beziehungen außerhalb	2	0,5	1	0,5	1	0,6

Männer und Frauen unterscheiden sich nicht in der Art der Beziehung (Pearson's Chi² Test = 4,879; df = 4; p = .300; vgl. Tab. 2), aber im Familienstand – Frauen heiraten signifikant eher als Männer (Pearson's Chi² Test = 17,438; df = 4; p = .002; vgl. Tab. 1).

2.2 Realisierte und gewünschte Kinderzahl

Seit dem 19. Lebensjahr wurden die Befragten nach bereits vorhandenen Kindern und danach gefragt, wie viele Kinder sie einmal haben möchten.

Im Alter von 33 Jahren sind 64,6 % der Befragten Eltern. Der überwiegende Teil hat ein Kind (34,7 %), 26,2 % haben zwei Kinder und lediglich 3,7 % haben drei oder vier Kinder. 35,4 % haben kein Kind. Betrachtet man Männer und Frauen getrennt voneinander, so zeigen sich folgende Tendenzen: Frauen haben signifikant zeitiger und mehr Kinder als Männer; im Alter von 25 Jahren haben bereits 16,1 % der Frauen, aber nur 5,4 % der Männer ein oder zwei Kinder. Im Alter von 33 Jahren sind immerhin noch 45,3 % der Männer und 27,4 % der Frauen kinderlos, 34,7 % der

Männer und 34,6 % der Frauen haben ein Kind, zwei Kinder haben 17,1 % der Männer und 33,7 % der Frauen und lediglich 3 % der Männer und 4,3 % der Frauen haben drei oder vier Kinder. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind signifikant (Pearsons $\chi^2 = 20,246$, $df = 4$, $p < .001$).

Im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit zeigt sich, dass TeilnehmerInnen, die nicht arbeitslos waren, im Durchschnitt signifikant mehr Kinder haben (1,08), als Befragte, die ein- oder mehrmals arbeitslos waren (0,82) ($F = 3,84$, $p(F) = .022$).

Die verschiedenen Aspekte des Kinderwunsches wurden mit dem Leipziger Kinderwunschfragebogen. Die Skalengesamtwerte sind in Tabelle 3 aufgeführt. Je höher der Wert (Erreichbares Maximum wäre 25, Minimum 5), desto größer ist die angegebene Beeinflussung durch die zur entsprechenden Skala zugehörigen Werte. In den Ergebnissen zeigt sich eine deutliche Ambivalenz zwischen positiven und negativen Kinderwunschaspekten – einerseits werden emotionale Aspekte sehr stark beeinflussend wahrgenommen (z. B. "Ein Kind gibt mir das Gefühl, ein richtiges Zuhause zu haben"), andererseits die unzureichende gesellschaftliche Unterstützung ("Ein Kind zu haben, bedeutet in unserer Gesellschaft ein Handicap"). Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern wurden mittels einfaktorieller ANOVA berechnet. Die Ergebnisse zeigen signifikante Unterschiede auf den Skalen LKM 2 und LKM 3: Männer meinen, sich von Kindern stärker persönlich eingeschränkt zu fühlen und geben stärker an, dass ein Kind wichtig ist, um als Erwachsener anerkannt zu werden.

Tab. 3: Skalenmittelwerte für LKM-Skalen für Gesamtstichprobe und nach Geschlecht getrennt, sowie Ergebnisse der einfaktoriellen ANOVA

		N	MW	SD	df	F	p
LKM 1: Emotionale Stabilisierung und Sinnfindung	männlich	171	17,68	4,918	1	,304	,582
	weiblich	207	17,98	5,279			
	Gesamt	378	17,84	5,114			
LKM 2: Persönliche Einschränkungen und Probleme	männlich	171	8,37	2,809	1	6,462	,011
	weiblich	208	7,67	2,546			
	Gesamt	379	7,98	2,687			
LKM 3: Soziale Anerkennung und Identitätsbildung	männlich	171	7,56	2,917	1	4,063	,045
	weiblich	208	6,97	2,770			
	Gesamt	379	7,24	2,848			
LKM 4: Unzureichende materielle und soziale Unterstützung	männlich	171	13,15	3,909	1	,157	,692
	weiblich	208	12,99	3,987			
	Gesamt	379	13,06	3,948			

2.3 Arbeitslosigkeit als Einflussfaktor

Familiengründung und Arbeitslosigkeit

Betrachtet man Arbeitslosigkeit und Familiengründung im Zusammenhang, zeigen sich doch deutliche Verzögerungen in der Familiengründung bei Personen, die Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit gemacht haben: diejenigen, die mehrmalige Arbeitslosigkeitserfahrungen gemacht haben, sind seltener verheiratet, als diejenigen, welche die Erfahrung nicht machen mussten.

So unterscheidet sich der Anteil der verheirateten Männer tendenziell in Abhängigkeit von ihrer bisherigen Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit. Im Alter von 33 Jahren sind in der Gesamtstichprobe derjenigen, die an allen Wellen seit 1998 teilgenommen haben 37,4 % der Männer und 57,9 % der Frauen verheiratet. Von den verheirateten Männern waren 9,8 % mehrmals arbeitslos und jeweils 13,8 % einmal bzw. nicht arbeitslos. Von den verheirateten Frauen waren 19,3 % mehrmals arbeitslos, 14,8 % einmal und 23,8 % nicht arbeitslos. Betrachtet man diese Angaben im Trend, so zeigt sich, dass Personen, die angeben, mehrmals arbeitslos gewesen zu sein, scheinbar später heiraten, als Personen, die nicht arbeitslos waren. In Abbildung 1 und 2 sind diese Entwicklungen für Männer und Frauen getrennt dargestellt; die Prozentangaben beziehen sich dabei auf die Gesamtstichprobe. Um hierfür eine bessere Relation zu erreichen, ist in der anschließend abgebildeten Tabelle 4 der Gesamtanteil der Verheirateten in den jeweiligen Wellen aufgeführt.

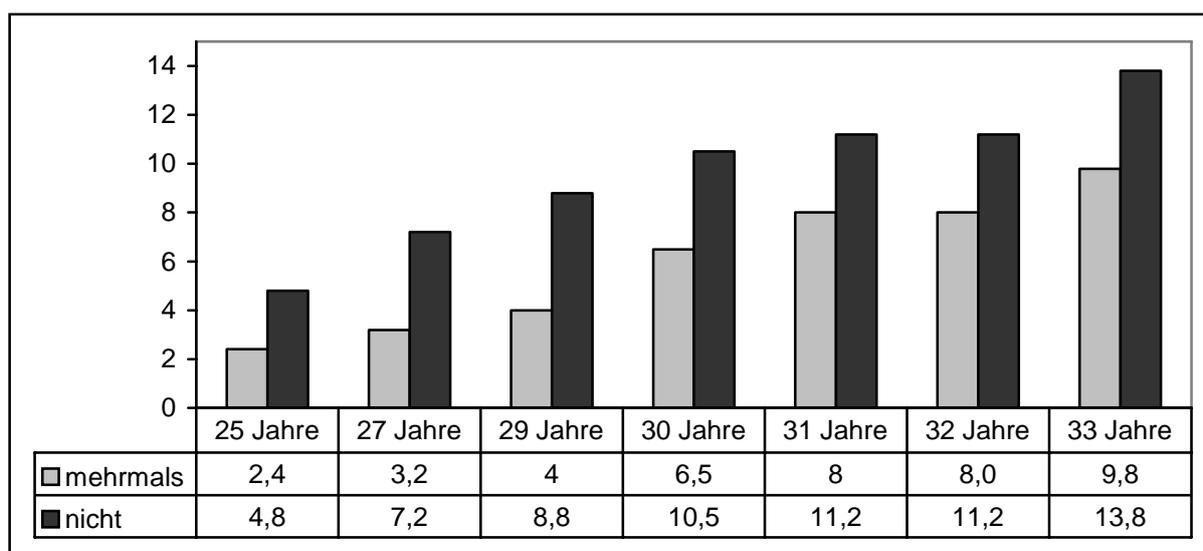


Abb. 1: Anteil verheirateter Männer in der Gesamtstichprobe derjenigen Teilnehmer, die an allen 7 Wellen teilgenommen haben (N = 125)

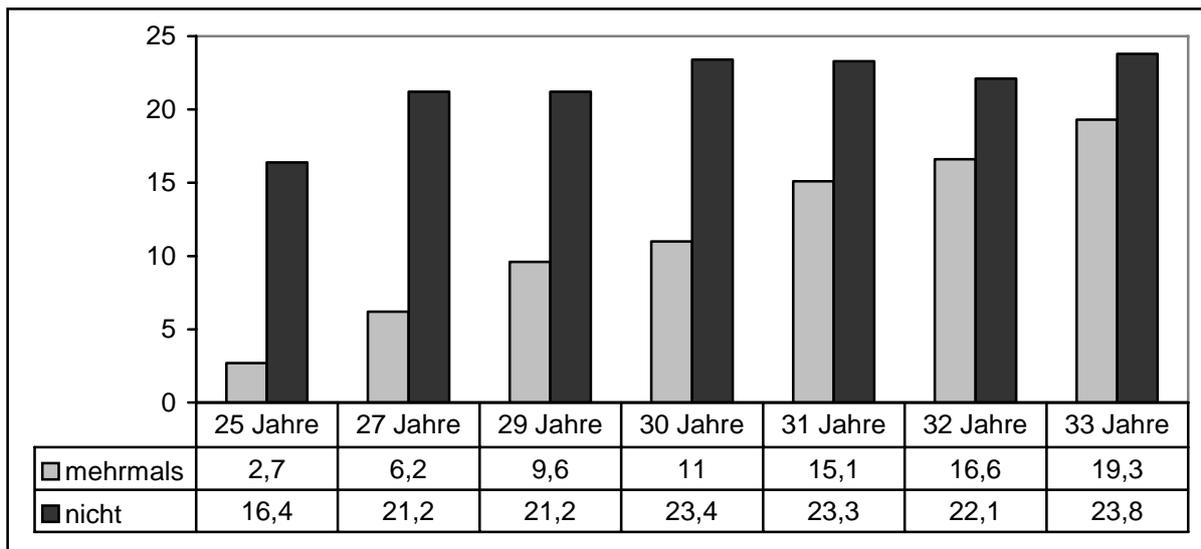


Abb. 2: Anteil verheirateter Frauen in %, nur Teilnehmerinnen, die an allen 7 Wellen teilgenommen haben (N = 146)

Tab. 4: Anteil der Verheirateten an der Gesamtstichprobe zwischen 1998 (25 Jahre) und 2006 (33 Jahre), Angaben in Prozent

	N	1998	2000	2002	2003	2004	2005	2006
Alter in Jahren		25	27	29	30	31	32	33
Männer	125	10,4	16,0	20,8	25,0	28,0	32,0	37,4
Frauen	146	25,3	39,0	42,5	47,6	52,1	52,4	57,9

Die Ergebnisse weisen allerdings nicht darauf hin, dass die Erfahrung der Arbeitslosigkeit ein Risikofaktor für die Partnerschaft ist; die Zahl der Geschiedenen ist nicht höher als bei den Befragten, die nicht arbeitslos waren. Ebenso gibt es keine Unterschiede hinsichtlich der Partnerschaftszufriedenheit zwischen denen, die nicht arbeitslos waren und denen, die diese Erfahrung machen mussten (ANOVA, $F = ,689$; $p(F) = ,559$), bzw. denen, die aktuell arbeitslos sind und denen, die eine Beschäftigung angeben (ANOVA, $F = ,918$; $p(F) = ,339$).

Realisierte Kinderzahl und Arbeitslosigkeit

Ein weiterer Unterschied zeigt sich beim Vergleich von Befragten, die nie arbeitslos waren und jenen, die diese Erfahrung bereits machen mussten. Befragte, die nie arbeitslos waren, geben eine durchschnittliche Kinderzahl von 1,08, Befragte, die einmal arbeitslos waren 0,84 und Befragte, die mehrmals arbeitslos waren, 0,82 an. Die Differenzen sind signifikant (vgl. Abschnitt 3.1), was also belegt, dass sich

Personen, die Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gemacht haben, nicht nur später für eine Familiengründung entscheiden (vgl. Abschnitt 2.2), sondern auch die Elternschaft keine Alternative zur Berufstätigkeit darstellt. Welchen gravierenden Einfluss die Erfahrung der Arbeitslosigkeit auf die realisierte Kinderzahl hat, zeigt sich nochmals deutlicher, wenn man die Dauer der Arbeitslosigkeit kumuliert. Die Ergebnisse zeigen, dass mit zunehmender Dauer die realisierte Kinderzahl signifikant abnimmt ($\text{Chi}^2 = 8,29$; $p = .04$). Tabelle 5 zeigt die Werte für die einzelnen Gruppen.

Tab. 5: Zusammenhang zwischen realisierter Kinderzahl und Dauer der Arbeitslosigkeit (2005)

Zeitdauer in Monaten	Realisierte Kinderzahl
0	1,10
1-4	0,89
5-11	0,85
12 und länger	0,77

Die Sicherheit des Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzes wirkt sich nicht signifikant auf die realisierte Kinderzahl aus ($F = 0,927$; $p(F) = .428$).

Ideale Kinderzahl und Arbeitslosigkeit

Betrachtet man Einflussfaktoren auf die realisierte oder die ideale Kinderzahl, so spielt in den meisten Analysen das Thema Arbeitslosigkeit keine Rolle. Da unsere StudienteilnehmerInnen jedoch vielfach und sehr häufig hiervon betroffen waren bzw. noch sind, haben wir den Faktor mit in die Analysen eingeschlossen. Es zeigte sich, dass eine Veränderung der idealen Kinderzahl bei denjenigen stattfindet, welche mehrmals arbeitslos wurden bzw. waren. Vor allem bei den Frauen, welche ja häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind als Männer, ist die ideale Kinderzahl geringer als bei Frauen, die nicht arbeitslos waren. Im Jahr 2006 betrug von denjenigen Frauen, mehrmals arbeitslos gewesen, die ideale Kinderzahl 1,56, bei denen, die einmal arbeitslos waren 1,84 und bei denen, die nicht arbeitslos waren 2,03. Diese Unterschiede sind signifikant (Pearsons Chi^2 -Test $F = 5,99$; $p = .003$). Bei den Männern ist die ideale Kinderzahl geringer und auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede hinsichtlich der Arbeitslosigkeit: Männer, die mehrmals arbeitslos waren, geben 1,41 als ideale Kinderzahl an, Männer, die einmal arbeitslos waren 1,63 und Männer, die diese Erfahrung nicht gemacht haben, 1,72. Im Gegensatz zu

den Frauen sind diese Unterschiede nicht signifikant (Pearsons Chi²-Test: F = 2,11; p = .124). Betrachtet man diesen Zusammenhang im Zeitverlauf, so wird er nicht in jedem Fall signifikant. Generell scheint es aber längerfristig einen Zusammenhang zwischen beiden Faktoren zu geben, bei Frauen sicherlich stärker als bei Männern.

Unterscheidet man in der Stichprobe nach der Dauer der Arbeitslosigkeit (vgl. Abbildung 3), so wird deutlich, dass diejenigen, welche bis dato noch nie arbeitslos waren, häufiger 3 und mehr Kinder als Ideal angeben. Im Gegensatz dazu geben Langzeitarbeitslose bzw. Personen, die insgesamt 12 Monate und länger arbeitslos waren, häufiger "kein Kind" als Ideal an. Grundsätzlich unterscheiden sich die einzelnen Gruppen signifikant (Chi²-Test: F = 26,21; p = .010), Personen, die noch nie arbeitslos waren, geben als durchschnittliche ideale Kinderzahl 1,88 an, diejenigen, welche kurzzeitig (1 bis 4 Monate) arbeitslos waren 1,70, diejenigen, welche länger (5 bis 11 Monate) arbeitslos waren 1,71 und schließlich diejenigen, die 12 Monate und länger Arbeitslosigkeit erfahren mussten, 1,47 Kinder als Ideal an. Es zeigt sich also deutlich, dass die ideale Kinderzahl, welche allgemein als relativ stabil im Lebensverlauf betrachtet wird, vor allem durch längere Arbeitslosigkeit entscheidend beeinflusst wird.

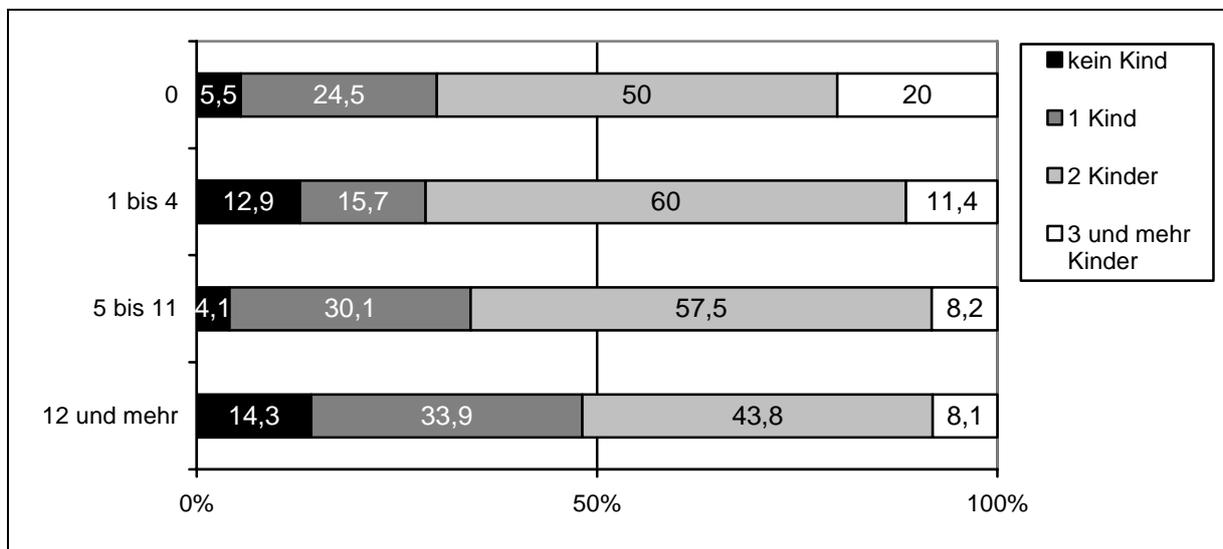


Abb. 3: Zahl der gewünschten Kinder, differenziert nach der bisherigen Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit in Monaten (2006, 33 Jahre)

2. 4 Sind Kinder planbar?

Trotz gesellschaftlicher Umbrüche und Geburtenrückgang ist Kinder groß ziehen nach wie vor ein sehr bedeutsames und über die Dauer der Zeit auch ein relativ stabiles Lebensziel, welches im Verlauf des Lebens an Bedeutung zunimmt.

Dennoch hat nur ein Teil der Befragten zurzeit einen aktuellen Kinderwunsch ("Wie stark wünschen Sie sich im Moment ein Kind?"): 21,8 % geben einen starken bzw. sehr starken Kinderwunsch an, 17,1 % sind ambivalent ("Kaum"), 61,1 % wünschen sich derzeit kaum oder gar kein Kind. Dabei ist der Kinderwunsch bei bis dato kinderlosen Probanden signifikant höher (2,71) als bei Eltern (2,08; t-Test: $F = 0,301$; $df = 361$; $p < .001$) und bei Frauen (2,72) höher als bei Männern (2,35), hier allerdings nicht signifikant (auf einer Skala von 1 = gar nicht bis 5 = sehr stark).

Im Jahr 2004 danach gefragt, ob man innerhalb der nächsten zwei Jahre plant, ein Kind zu bekommen, antworten 29 %, dass sie dies für sehr bzw. eher wahrscheinlich halten. Erstaunlicherweise scheinen sich Männer dieser Planbarkeit noch sicherer zu sein, als Frauen; immerhin 31 % von ihnen rechnen mit einer Schwangerschaft in den nächsten zwei Jahren (sehr bzw. eher wahrscheinlich), hingegen nur 27 % der Frauen. Im Jahr 2006 antworten 18,8 %, dass sie eine Schwangerschaft in den nächsten zwei Jahren für sehr bzw. eher wahrscheinlich halten. Auch hier unterscheiden sich Männer und Frauen: immerhin 20,4 % der Männer, aber nur 17,7 % der Frauen rechnen mit einer Schwangerschaft in den nächsten zwei Jahren (sehr bzw. eher wahrscheinlich). Die Unterschiede zwischen beiden Jahren in der Gesamtgruppe sind signifikant (einfaktorielle ANOVA $F = 5,512$; $p < .001$).

Betrachtet man nun, ob sich bei denjenigen, die 2004 eine Schwangerschaft für sehr bzw. eher wahrscheinlich hielten, tatsächlich auch eine Schwangerschaft eingestellt hat, so zeigen die Ergebnisse einen signifikanten Zusammenhang auf – je wahrscheinlicher man es im Jahr 2004 hielt, desto eher kam auch eine Schwangerschaft zustande ($\chi^2 = 57,91$; $p < .001$; Kontingenzkoeffizient = ,401; $p < .001$). Tabelle XXX zeigt die konkreten Zahlen. Es zeigt sich aber auch, dass lediglich die Hälfte der geplanten Schwangerschaften zustande kam und knapp 10 % der Schwangerschaften eher weniger geplant waren.

Zusammenfassung

In den vorliegenden Daten zu Familie und Elternschaft zeigt sich ganz deutlich, dass Familie einen hohen Stellenwert bei den Befragten hat. Fast alle TeilnehmerInnen

leben in einer Beziehung, wobei Frauen sich zeitiger binden, als Männer. Dies kann auch daran liegen, dass Männer ihren Auszug aus dem Elternhaus länger hinauszögern.

Zwei Drittel der Befragten haben Kinder, dabei überwiegt allerdings die Ein-Kind-Familie. Auch hier entscheiden sich die Männer später als die Frauen; mehr Männer als Frauen sind kinderlos, was aber sicher auch als Ursache hat, dass Männer in der Regel mit durchschnittlich 3 Jahre jüngeren Frauen zusammenleben und damit das Thema Elternschaft für sie eine andere Priorität besitzen mag. 7 % unserer Stichprobe geben an, keine Kinder bekommen zu wollen, das ist etwas weniger als im bundesdeutschen Durchschnitt, hier sind es immerhin in weiteren eigenen repräsentativen Untersuchungen 10 %. Dennoch spiegelt sich auch bei unseren Befragten die allgemeine Entwicklung wider: bei vielen erfolgt ein Aufschub der ersten Elternschaft und ein Teil der heutigen (potentiellen) Elterngeneration wird kinderlos bleiben, was ja in der DDR eher untypisch war. Einen großen Einfluss auf die Familienbildung und Elternschaft hat die Erfahrung der Arbeitslosigkeit. Unsere Ergebnisse belegen eindrucksvoll, dass diese einschneidende Erfahrung sich nachhaltig auswirkt und eine damit einhergehende persönliche Perspektivlosigkeit die ganze Lebensplanung beeinflusst.

Dennoch ist der Übergang zur Elternschaft kein vollkommen planbarer Lebensabschnitt, bei immerhin 23 % unserer TeilnehmerInnen kam eine Schwangerschaft ungeplant zustande und auch nur knapp ein Drittel "planen" ein Kind in den nächsten zwei Jahren.

4. Zusatzinformationen

Bedrohung durch Arbeitslosigkeit in der DDR

Erleben von Bedrohungen durch mögliche eigene Arbeitslosigkeit bei ostdeutschen Jugendlichen kurz vor und kurz nach der Wende. Ergebnisse bevölkerungsrepräsentativer Umfragen mit identischer Methodik.

„Ich fühle mich persönlich bedroht durch den Verlust des Arbeitsplatzes.“
1 sehr stark 2 stark 3 mittel 4 schwach 5 überhaupt nicht

1 2 (1+2) 3 4 5

junge Erwerbstätige (18 - 29 Jahre)

1987	8	6	(14)	6	12	68
1990 (September)	41	28	(69)	19	9	3

Lehrlinge

1987	7	8	(15)	11	17	57
1990 (September)	42	29	(71)	19	10	0

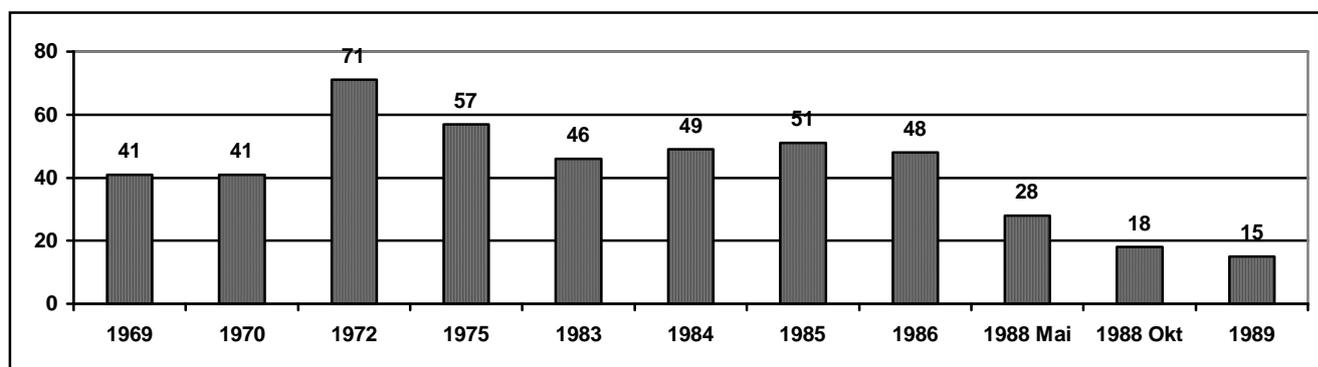
Quellen: 1987: DDR-repräsentative Studie „Frieden 1987“, gemeinsam organisiert vom Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ), der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg.

September 1990: Bevölkerungsrepräsentative Meinungsumfrage M 8 des ZIJ im Auftrage des Nachrichtenmagazins „DER SPIEGEL“.

Diese Daten, die aus zwei verschiedenen bevölkerungsrepräsentativen Umfragen vor bzw. kurz nach der Wende stammen, widerspiegeln eine gravierende Zäsur im Hinblick auf eine entscheidende Existenzbedingung. Gegenüber 1987 (damals wurde diese Frage nur aus forschungsmethodischen Gründen gestellt, um einen empirischen unteren Grenzwert des Auftretens verschiedener Ängste von DDR-Bürgern zu erhalten) haben sich die Relationen im Herbst 1990, nur rund drei Jahre später, nahezu umgekehrt. War es damals nur eine Minderheit der Jugendlichen (wie der Erwerbstätigen allgemein), die sich durch den Verlust des Arbeitsplatzes bedroht fühlte (wobei damals mit Sicherheit kein Befragter an eine Entlassung in die Arbeitslosigkeit gedacht hatte, sondern an eine Versetzung innerhalb des Betriebes o. ä.), traf das im Herbst 1990, d. h. noch vor der Vereinigung, für die überwiegende Mehrheit zu. Der Lebensweg, bisher klar absehbar, wurde mit einem Mal ungewiss, unberechenbar.

Wandel der Identifikation der Lehrlinge mit der DDR zwischen 1969 und 1989

Anteil der Lehrlinge mit einschränkungsloser Identifikation mit der DDR zwischen 1969 und 1989 (in %)



Quelle: Walter Friedrich/Peter Förster/Kurt Starke (Hg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. edition ost, 1999. Dort auch zahlreiche weitere Zeitreihen zu verschiedenen Gruppen der Jugend. Zwar handelt es sich hier nicht um Ergebnisse von Längsschnittstudien, aber um Daten DDR-repräsentativer Umfragen.

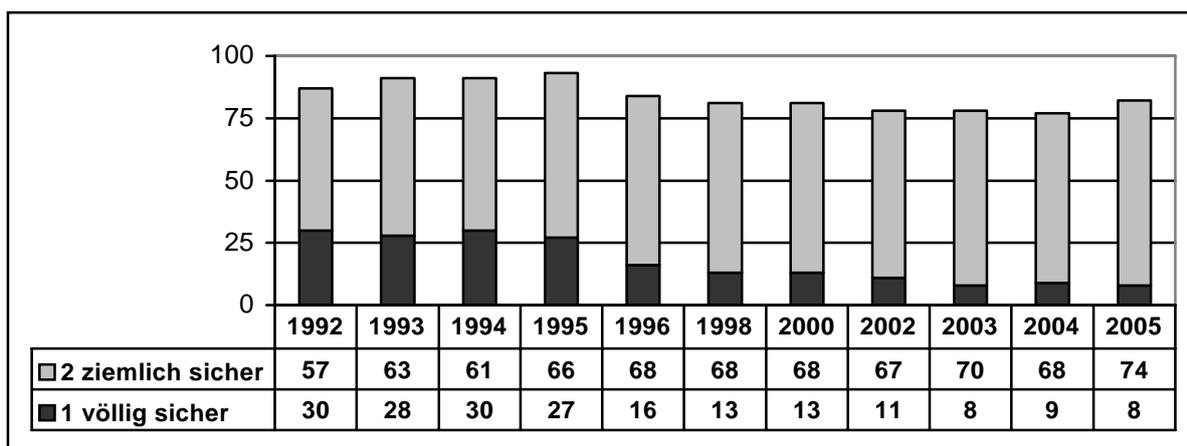
Neben ihrer inhaltlicher Relevanz für den Identifikationsprozess Jugendlicher mit der DDR veranschaulicht diese aufschlussreiche Abbildung exemplarisch die enormen latenten, schleichenden Prozesse, die zu DDR-Zeiten nur wenigen Personen bekannt waren.

Retrospektive Umfragen nach der Wende stützen übrigens weitestgehend diese damaligen Befunde. So berichtete z. B. Noelle-Neumann 1992 über das Ergebnis einer Repräsentativstudie, demzufolge 67 % der in Ostdeutschland befragten Bürger sagten, „es habe eine Zeit in ihrem Leben gegeben, in der sie vom sozialistischen Staat überzeugt waren“. Jeder zweite von ihnen hatte sogar bis zum Zusammenbruch „an die sozialistische Regierung der DDR geglaubt“ (vgl. Marquardt, B.: Das erste große Stimmungsbild des Ostens. In: BILD vom 7. August 1992).

Sicherheit des Arbeitsplatzes zwischen 1992 und 2005 (2006 nicht erhoben)

Zur verbreiteten Erfahrung Arbeitslosigkeit kommt außerdem hinzu, dass seit 1992 das für die Lebensqualität bedeutsame Gefühl, gegenwärtig einen sicheren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz zu besitzen, zurückgegangen ist:

Vermutete Sicherheit des Arbeitsplatzes im Trend 1992 – 2005. Anteile der AP „völlig sicher“ (1) und „ziemlich sicher“ (2)



Fragetext: „Wie sicher ist Ihr Arbeits- /Ausbildungsplatz?“

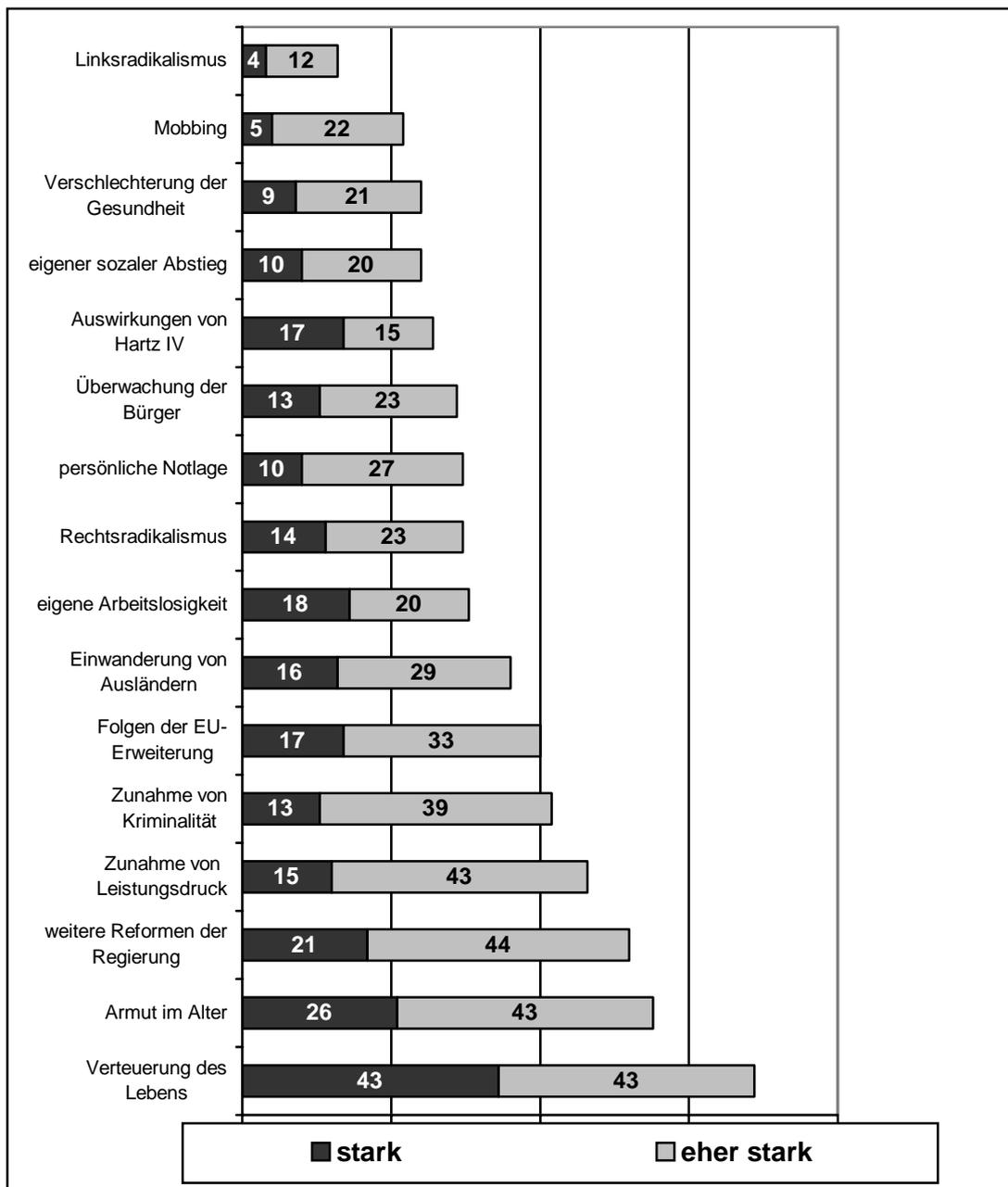
1 völlig sicher 2 ziemlich sicher 3 ziemlich unsicher 4 völlig unsicher

Vor allem der Anteil derer, die sich ihres Arbeitsplatzes völlig sicher sind, hat erheblich abgenommen: von 30% 1992 auf 8% 2005!

Wie an anderer Stelle belegt wird, haben diese Unsicherheiten ähnlich starke negative Auswirkungen auf die psychische Verfassung der jungen Leute wie die existenzielle Angst vor Arbeitslosigkeit.

Alltagsängste 2005

Anteil der Panelmitglieder, die 2005 Angst vor ausgewählten Zeiterscheinungen empfinden. Nur Positionen 1 „stark“ und 2 „eher stark“



Fragetext: „Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende persönlich bedroht?“

1 stark 2 eher stark 3 eher schwach 4 schwach

Verwiesen sei auf folgende Ängste, die zwar 2005, nicht aber 2006 erfasst wurden: Mobbing, Linksradikalismus, Überwachung der Bürger, Einwanderung von Ausländern, Folgen der EU-Erweiterung, Zunahme von Kriminalität, Zunahme von Leistungsdruck, weitere Reformen der Regierung.

Gravierende Umbrüche zwischen 1989 und 1990

Tiefgehende Umbrüche innerhalb sehr kurzer Zeit erlebten auch viele TeilnehmerInnen dieser Studie. So antwortete z.B. ein Teilnehmer im Frühjahr 1989 als Schüler der 10.Klasse in

seiner Antwort auf die offene Frage, was ihm in der DDR gegenwärtig am besten gefällt: „Die sichere Zukunft, das Recht auf Arbeit, Bildung und Wohnen.“ Im Frühjahr 1990 schreibt er - nun Lehrling im 1. Lehrjahr - „Die größten Sorgen macht mir, dass ich höchstwahrscheinlich nach der Lehrzeit arbeitslos werde.“

Eine Schülerin schrieb 1989: „Friedenssicherung, jeder hat Arbeit und Wohnung - gesicherte Zukunft.“, im Frühjahr 1990 notierte sie als Lehrling: „Ich habe auch Angst, dass ich eines Tages mal meinen Beruf verliere und dann dastehe.“

Schließlich ein drittes Beispiel: „Gesicherte Zukunft, Friedenspolitik, Gefühl der Geborgenheit.“ Im Mai 1990 formulierte sie dagegen diesen Satz: „Ich habe sehr große Angst davor, dass ich nach dem Schließen unseres Betriebes arbeitslos auf der Straße stehe.“

Diese und viele ähnliche Aussagen vom Frühjahr 1990 sprechen für sich, lassen die individuellen Konfliktslagen, Frustrationen und Brüche in den Lebensentwürfen ahnen, welche die katastrophale Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt mit sich brachte. Lebensentwürfe wurden faktisch über Nacht entwertet. Und das war bekanntlich erst der Anfang...

Identifikation mit der DDR und der BRD 1988

Selbst kurz vor der Wende bedeutete eine zunehmend kritische Sicht auf die DDR nicht eine Identifikation mit der BRD:

Verbundenheit von Berufstätigen, Lehrlingen und Schülern mit der DDR und der BRD Ende 1988

„Inwieweit fühlen Sie sich mit folgendem verbunden?“

1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht
1 2 (1+2) 3 4 5

mit der DDR

	1	2	(1+2)	3	4	5
Berufstätige	23	40	(63)	26	9	2
Lehrlinge	20	38	(58)	29	10	3
Schüler 8.-10. Kl.	17	40	(57)	27	12	4

mit der BRD

	1	2	(1+2)	3	4	5
Berufstätige	2	12	(14)	28	27	31
Lehrlinge	3	14	(17)	29	25	29
Schüler 8.-10. Kl.	6	22	(28)	29	24	19

14 % der Berufstätigen, 17 % der Lehrlinge und 28 % der (14-16jährigen) Schüler der POS fühlten sich rund ein Jahr vor dem Zusammenbruch der DDR mehr oder weniger stark (Antwortpositionen 1 und 2) mit der Bundesrepublik verbunden. Das waren deutlich mehr als bei den Studenten. Dennoch war auch bei diesen Teilgruppen der Jugend Abwendung von der DDR nicht identisch mit Zuwendung zur BRD. Das wurde auch durch entsprechende Korrelationen belegt (ausf. siehe Förster in: Friedrich/Förster/Starke 1999, S.117).

Vergleich DDR – BRD kurz vor der Wende

Vergleich ausgewählter Merkmale des Gesellschaftssystems der DDR bzw. der BRD Ende 1988

„Geben Sie bitte an, inwieweit die folgenden Merkmale

a) für die DDR und

b) für die BRD zutreffen“

Das trifft zu 1 vollkommen, 2,3,4, 5 überhaupt nicht

		1	2	3	4	5	X	D*)
Sicherheit des Arbeitsplatzes	DDR	82	15	2	1	0	1,2	2,9
	BRD	2	4	16	38	40	4,1	
Beseitigung der gesellsch. Wurzeln des Faschismus	DDR	78	17	3	1	1	1,3	2,3
	BRD	5	9	28	33	25	3,6	
soziale Sicherheit	DDR	69	27	3	1	0	1,4	2,3
	BRD	2	6	37	33	22	3,7	
Beseitigung der gesellsch. Wurzeln von Kriegen	DDR	68	23	6	2	1	1,4	2,0
	BRD	7	13	32	28	20	3,4	
gleiche Bildungschancen für alle	DDR	57	31	9	2	1	1,6	1,9
	BRD	5	11	35	29	20	3,5	
Achtung der Würde des Menschen	DDR	41	41	14	3	1	1,8	1,3
	BRD	6	20	40	23	11	3,1	
Nutzung von Wissenschaft und Technik zum Wohle des Menschen	DDR	41	38	16	4	1	1,8	1,1
	BRD	13	24	34	22	7	2,9	
reale Möglichkeiten aller Bürger zur demokratischen Mitbestimmung	DDR	28	35	24	10	3	2,2	0,8
	BRD	9	27	36	20	8	2,9	
Wahrung persönlicher Rechte und Freiheiten	DDR	24	35	29	9	3	2,3	0,6
	BRD	9	22	44	19	6	2,9	
hoher Lebensstandard	DDR	15	42	33	8	2	2,4	0,5
	BRD	41	38	15	5	1	1,9	
Schutz und Erhaltung der natürlichen Umwelt	DDR	15	18	35	28	4	2,9	0,6
	BRD	22	37	30	9	2	2,3	
umfassende Information über gesellschaftliche Ereig- nisse und Prozesse	DDR	13	36	35	12	4	2,6	0,2
	BRD	20	34	34	10	2	2,4	

*) D = Mittelwertdifferenz zwischen den Bewertungen der DDR und der BRD

Quelle: Friedrich/Förster/Starke (Hg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1996 bis 1990, S.123

Deutliche Fragen an die Politiker

Typische Antworten von Panelmitgliedern auf die bereits 2004 gestellte offene Frage, welche Fragen sie ihrerseits hochrangigen Politikern zur Situation in Ostdeutschland stellen würden.

„Warum können die Politiker in Deutschland nicht ein einziges Problem lösen? Wozu sind sie überhaupt da?“ (Maurer)

„Welches Datum steht für die komplette Streichung von Sozialleistungen (Rente, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Kita-Zuschüsse usw.) bereits fest? Wo bleiben die versprochenen Arbeitsplätze? Wann hören Sie auf zu lügen? Das Volk ist nicht dumm. Wenn der Mensch auch träge ist, es wird doch auf die Situation in Deutschland hin heftigste, vulkanartige Ausbrüche geben! Was wollen Sie dann tun? In den Luftschutzkeller fliehen, Herr Schr. ? Das wird Ihnen auch nichts nützen! Besser, ich begegne den Politikern niemals!“ (Arbeitslos)

„Ob sie wissen, was sie mit ihrer Politik (Wirtschaft, Renten, Steuern, Menschenrechte usw.) den Bürgern der BRD antun. Die ganze Regierung gehört ausgetauscht, da sie nur die eigenen Interessen vertritt und nicht die der Bevölkerung!“ (Arbeitslos)

„Würden Sie sich heute für 24 Stunden als Arbeitsloser auf Arbeitssuche oder als Bürger mit gesundheitlichen Problemen unters Volk mischen? Als Mutter mit 2 Kindern mal einkaufen gehen, wenn man kaum Geld zur Verfügung hat, um zu sehen, wie schwer es derzeit im Land ist. Damit Sie sehen, was die Probleme der einfachen Menschen sind?“ (Erziehungsurlaub)

„Wie soll das mal weitergehen? Na gut, noch schlechter kann es gar nicht mehr werden.“ (Packerin)

„Wie kann man es mit seinem Gewissen vereinbaren, 16 Millionen Menschen zu vera....? Warum vertreten Sie Banken und Konzerne, die den Hals nicht voll kriegen und bluten Deutschland aus? Wie können Sie sich gegenüber dem Sozialismus als Sieger hinstellen? Warum spüre ich so wenig von den angeblich überlegenen christlichen und demokratischen Werten?“ (Angestellte)

„Wie viel Geld wollen Sie uns noch aus der Tasche ziehen? Wollen wir mal ein Jahr tauschen? Sie leben so wie ich und ich so wie Sie?“ (Mediengestalter)

„Fragen an Politiker zu stellen ist völlig überflüssig. Antworten bekommt man sowieso nicht.“ (Techniker)

Arbeitslosigkeit zerstört die Persönlichkeit

Urteile über Arbeitslosigkeit 2002, 2004 und 2005 (geordnet nach dem Mittelwert 2005); diese Fragen wurden 2006 nicht gestellt.

„Noch einige Aussagen zum Thema Arbeitslosigkeit. Bitte nehmen Sie zu jeder einzelnen Stellung, indem Sie die jeweils zutreffende Zahl in die entsprechende Klammer eintragen.“

1 Ich stimme vollkommen zu 2, 3, 4, 5 Ich lehne vollkommen ab

1 2 (1+2) 3 4 5 X

Arbeitslosigkeit macht Angst vor der Zukunft

2002	49	34	(83)	14	2	1	1,73
2004	68	21	(89)	8	3	0	1,48
2005	70	24	(94)!	5	1	0	1,37

Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihr Selbstbewusstsein

2002	41	33	(74)	20	4	2	1,94
2004	52	30	(82)	14	4	0	1,70
2005	59	31	(90)	8	2	0	1,52

Arbeitslosigkeit bedeutet Verlust an individuellen Freiheiten

2002	37	35	(72)	20	5	3	2,02
2004	56	29	(85)	11	3	1	1,65
2005	57	30	(87)	12	1	0	1,59

Arbeitslosigkeit macht die Menschen arm

2002	39	32	(71)	21	6	2	1,98
2004	54	29	(83)	13	2	2	1,69
2005	57	27	(84)	13	3	0	1,64

Arbeitslosigkeit ist ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems

2002	38	36	(74)	18	6	2	1,98
2004	60	25	(85)	11	3	1	1,61
2005	56	27	(83)	13	3	1	1,66

Arbeitslosigkeit macht die Menschen krank

2002	34	40	(74)	20	3	3	1,96
2004	40	31	(71)	21	8	0	1,98
2005	48	33	(81)	16	2	1	1,75

Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihre Lebensfreude

2002	31	38	(69)	25	4	2	2,09
2004	38	34	(72)	23	5	0	1,97
2005	43	36	(79)	17	3	1	1,82

Arbeitslosigkeit macht die Menschen depressiv

2002	42	38	(80)	16	3	1	1,83
2004	40	35	(75)	20	4	1	1,92
2005	41	36	(77)	19	4	0	1,87

Arbeitslosigkeit führt zu Ausländerhass

2002	24	28	(52)	28	11	9	2,54
2004	28	27	(55)	27	9	9	2,43
2005	36	27	(63)	25	8	4	2,19

Arbeitslosigkeit verstößt gegen die Achtung der Würde des Menschen

2002	24	26	(50)	29	13	8	2,56
2005	25	34	(59)	23	13	5	2,38

Sehr viele Panelmitglieder stimmen den überwiegend kritisch formulierten Statements über Arbeitslosigkeit zu, selbst dann, wenn sie bisher noch nicht persönlich von Arbeitslosigkeit betroffen waren (was aber – wie erwähnt – für die Eltern, Lebenspartner, Geschwister und Freunde zutreffen kann). Das lässt darauf schließen, dass diese Meinungen einen weit verbreiteten Konsens darstellen als Reaktion dieser jungen Leute auf die kollektiv erfahrene und sich weiter ausbreitende Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland.

Der größte Teil von ihnen reflektiert Arbeitslosigkeit als gravierende Bedrohung und Einschränkung ihrer Persönlichkeitsentwicklung. Enorm zugenommen hat seit 2002 insbesondere die einschränkungslose Zustimmung (nur Position 1) zu dem Statement, dass Arbeitslosigkeit Angst vor der Zukunft macht: von 49% auf 70% (1+2: von 83% auf 94%). Dagegen stellen nur einzelne diese Aussage in Abrede. Das unterstreicht noch einmal den empirisch nachgewiesenen Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Zukunftsangst.

Deutlich zugenommen hat darüber hinaus auch die einschränkungslose bzw. eingeschränkte Zustimmung (Positionen 1 und 2) zu folgenden Aussagen

- Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihr Selbstbewusstsein (von 74% auf 90%; darunter einschränkungslos von 41% auf 59%!)
- Arbeitslosigkeit bedeutet Verlust an individuellen Freiheiten (von 72% auf 87%; darunter einschränkungslos von 37% auf 57%!)
- Arbeitslosigkeit macht die Menschen arm (von 71% auf 84%; darunter einschränkungslos von 39% auf 57%!)
- Arbeitslosigkeit ist ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems (von 74% auf 83%; darunter einschränkungslos von 38% auf 56%!). Nur sehr wenige Panelmitglieder widersprechen dem: 2002 8%, 2004 und 2005 4%.
- Arbeitslosigkeit macht die Menschen krank (einschränkungslos von 34% auf 48%)
- Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihre Lebensfreude (einschränkungslos von 31% auf 43%)
- Arbeitslosigkeit führt zu Ausländerhass (einschränkungslos von 24% auf 36%)

Aufschlussreich ist auch die Veränderung bzw. Konstanz bei folgenden Aussagen:

1 Ich stimme vollkommen zu 2, 3, 4, 5 Ich lehne vollkommen ab

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
Wer wirklich Arbeit sucht, findet auch welche							
2002	24	33	(57)	30	10	3	2,34
2004	15	21	(36)	31	21	12	2,95
2005	9	19	(28)	40	18	14	3,08
An Arbeitslosigkeit kann man sich mit der Zeit gewöhnen							
2002	9	15	(24)	22	17	37	3,61
2004	11	20	(31)	19	15	35	3,43
2005	10	18	(28)	19	19	34	3,49
Arbeitslosigkeit hat auch angenehme Seiten							
2004	6	17	(23)	20	23	34	3,61
2005	5	12	(17)	23	28	32	3,72
Mit der Arbeitslosigkeit muss man sich abfinden, man kann nichts daran ändern							
2002	0	3	(3)	12	23	62	4,43
2005	1	5	(6)	20	25	49	4,14

Jeder ist selbst daran schuld, wenn er arbeitslos wird

2002	0	3	(3)	19	29	49	4,24
2005	1	1	(2)	13	28	57	4,43

- Besonders ins Auge fällt der erhebliche Rückgang der Zustimmung zu der immer wieder in Umlauf gesetzten These, dass wer wirklich Arbeit sucht auch Arbeit findet: von 57% 2002 auf 28% 2005!

- Rund ein Drittel meint, dass man sich mit der Zeit an Arbeitslosigkeit gewöhnen könne. Bei den aktuell arbeitslosen 32-Jährigen beträgt dieser Anteil allerdings nur 10%!

- Noch weniger unterstellen der Arbeitslosigkeit auch angenehme Seiten: 17% im Jahr 2005.

- Nur einzelne stimmen zu, dass man sich mit der Arbeitslosigkeit abfinden müssen bzw. dass jeder selbst daran schuld ist, wenn er arbeitslos wird.

Alles in allem ist von diesen Urteilen der Panelmitglieder her auf eine sehr kritische Wahrnehmung und Bewertung der Arbeitslosigkeit als ein wesentliches Merkmal des gegenwärtigen Gesellschaftssystems zu schließen, das schon seit der Wende ihren Lebensweg in starkem Maße negativ beeinflusst. Es spricht sehr wenig dafür, dass sie bereit sein könnten, sich auf die Dauer mit Arbeitslosigkeit und deren Folgen abzufinden.

Vorstellungen von einer „anderen Gesellschaft“

Die letzte, 8. Seite des Fragebogens diente 2006 der Analyse der Vorstellungen der 33-Jährigen von einer „anderen Gesellschaft“. Diese Angaben sind noch nicht ausgewertet.

„Abschließend drei Fragen, bei denen Ihre Phantasie gefragt ist.

95. Können Sie sich eine andere als die jetzige Gesellschaft vorstellen, in der Sie lieber leben würden, als in der gegenwärtigen? Bitte die entsprechend Zahl eintragen.“

1 ja, auf jeden Fall	21%
2 ja, etwas schon	47%
3 nein	10%
4 Das ist schwer zu sagen	22%

Rund zwei Drittel können sich eine „andere Gesellschaft“ vorstellen, davon der kleinere Teil auf jeden Fall.

96. „Wenn Sie sich eine andere Gesellschaft vorstellen können, in der Sie lieber leben würden: Inwiefern müsste diese anders sein als die jetzige? Bitte nennen Sie einige Merkmale, die Ihnen besonders wichtig wären.“

Hier werden jene Merkmale genannt, die bei solchen und ähnlichen Fragen angeführt werden: mehr Gerechtigkeit, keine Arbeitslosigkeit, mehr für die Kinder tun, keine Armut usw.; das muss erst noch ausgewertet werden.

Wichtiger sind die Ergebnisse der folgenden Frage 97:

„Und wem würden Sie zutrauen, solch eine andere Gesellschaft zu schaffen? (Persönlichkeiten, Organisationen, Bewegungen, Parteien usw.) Bitte nennen“:

Es stellt sich nämlich heraus, dass die 33-Jährigen dies faktisch niemandem zutrauen! Dafür wenige Beispiele per Zufallsauswahl:

- „keinem!“ / „keiner“
- „? Die/den gibt es noch nicht!
- „alle Politiker egal welchen Partei denken leider nur an seinen eigenen Vorteil, somit müsste es eine neue Partei mit normalen Menschen geben.“
- „KEINEM! (das ist ein Wunschtraum)“
- „??“
- „Für so eine Gesellschaft ist es noch zu früh, vielleicht in 500 Jahren, und so was schaffen nur Einzelpersonen oder Bewegungen, ich denke ähnlich dem Dalei Lama oder Sekten.“
- „bisher niemandem“
- „Habe z.Z. überhaupt kein Vertrauen für irgendeine Partei, alle haben nur den großen Mund und alles wird noch schlimmer!“
- „keiner Partei“
- „einer Partei, die eher rechtsorientiert (nicht nazistisch) handelt...“
- „eventuell der Kirche, obwohl ich da nicht so überzeugt bin“
- „Keine Ahnung, wem man solch große Aufgaben stellen kann! Die jetzigen Parteien scheinen es alle nicht zu schaffen, die Gesellschaft zufrieden zu stellen. Mal sehen, was die Zukunft bringt!“
- „Leute aus der unteren Schicht, die trotz Erfolge bodenständig bleiben können.“
- „Keinem würde ich das zutrauen. Weil sie alle nur versprechen, um gewählt zu werden. Aber halten tun sie alle nichts. Jeder denkt nur an sich.“
- „Herr Schröder hat doch einen guten Grundstein gelegt, die CDU profitiert bloß davon“
- „am ehesten der jetzigen Regierung, aber das muss sie noch beweisen“
- „Parteien nicht, da es dort zu viele Laienpolitiker gibt.“
- „Es müssten Persönlichkeiten sein, die aus den unteren Schichten der Gesellschaft kommen; nicht Dumme, aber die das Wissen besitzen, wo der Hase lang läuft“
- „? Keiner so richtig“
- „Eine Mischung aus allen Parteien. Sie müssten nur ein bisschen zusammen arbeiten. Und zusammen gemeinsame Ziele haben. Nicht an die nächste Diät denken, sondern an die sozial Schwachen.“
- „Da die Großkonzerne hinter den Politikern stehen, macht es keinen Sinn, darüber nachzudenken, wer das ändern könnte. Ich würde gern was ändern.“
- „Gibt es momentan noch nicht, hoffe auf die nachfolgende Generation.“

- „Prof. Meinhard Miegel, Hans Werner Sinn“

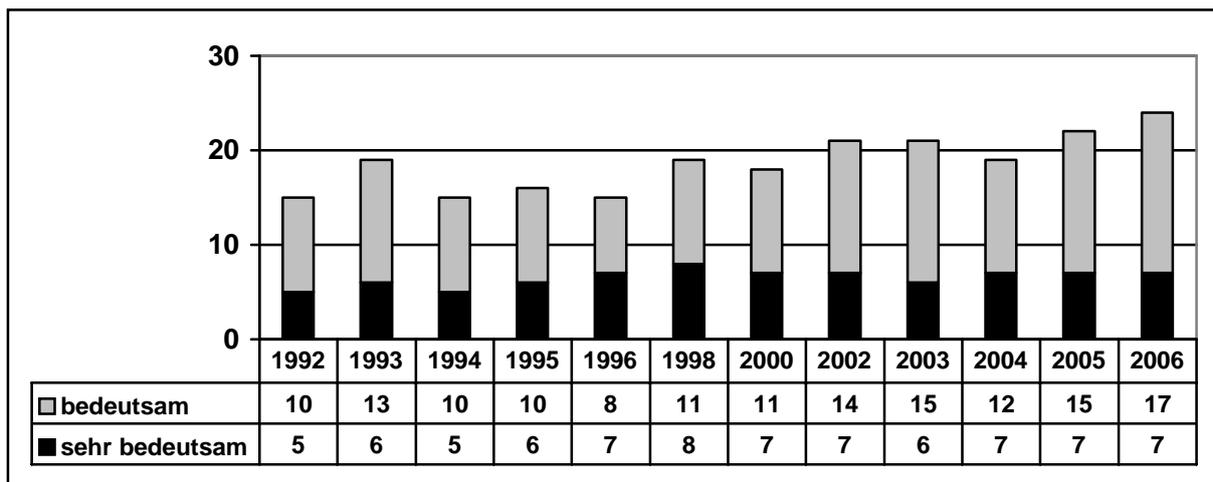
- „Sie werden jetzt vielleicht lächeln: der Pfarrer aus der Nikolaikirche in Leipzig, er ist standhaft, hat Durchsetzungsvermögen und ist für die Menschen da. Es muss jemand sein, der nicht nur an sich denkt.“

- „Vielleicht die PDS?“

Grundtenor: Resignation, ob es da überhaupt jemanden gibt; oft Betonung, dass es keine Partei sein dürfte, die spielen auch nahezu keine Rolle. Hier widerspiegelt sich ganz krass das oben erwähnte Ergebnis, dass die Parteien schlechthin fast kein Vertrauen genießen, alle mehr oder weniger in einen Topf geworfen werden.

Leben nach christlichen Werten, Glaube an Gott

Angaben der Panelmitglieder zur Bedeutsamkeit des Lebenszieles „Nach christlichen Werten leben“ im Trend zwischen 1992 und 2006



Frage: „In seinem Leben kann man sich verschiedene Ziele stellen, die man erreichen möchte. Wir haben einige zusammengestellt. Geben Sie bitte an, wie bedeutsam jedes einzelne für Sie ist.“

Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2 3 4 5 überhaupt nicht bedeutsam

„e) nach christlichen Werten leben“

(Auswahl aus 16 Lebenszielen)

Der Teil der Panelmitglieder, die sich christlichen Werten verpflichtet fühlen, ist signifikant größer geworden und beträgt 2006 mit 24% fast ein Viertel. Dieser Trend muss noch differenzierter aufbereitet werden, auch hinsichtlich der Stabilität dieser Einstellung.

Bei einer weiteren Frage 2006 gaben 24% der 33-Jährigen an, dass sie an einen Gott glauben, 59% verneinten das und 17% sind sich darüber noch nicht im Klaren.

Gefühlte Zugehörigkeit zu Schichten

Dazu wurde in der 20. Welle folgende Frage gestellt:

„Zu welcher sozialen Schicht rechnen Sie sich gegenwärtig?“

	1 zur Oberschicht	2 zur Mittelschicht	3 zur Unterschicht
Gesamt	1	81	18
Männlich	2	79	19
Weiblich	1	82	17

Kumulierte Dauer der Arbeitslosigkeit bis 2006

Null Monate	3	91	6
1-4 Monate	1	86	13
5 – 11 Monate	0	83	17
12 Monate und länger	0	65	35

Status (Auswahl)

Aktuell arbeitslos	0	56	44
Arbeiter	0	67	33
Elternzeit	0	78	22
Angestellte	2	89	9
Beamte	0	94	6
Selbstständige	5	90	5

Bildungsgrad

Studiert mit Abschluss	3	91	6
Ohne Abschluss	4	78	18
Ohne Studium	0	77	23

Zufriedenheit mit eigener finanzieller Lage insgesamt

Zufrieden	5	90	5
Eher zufrieden	1	92	7
Eher unzufrieden	0	68	32
Unzufrieden	0	52	48

Erläuterung der Längsschnittkoeffizienten:

Es handelt sich um Koeffizienten, welche die Anteile der sich zwischen den Erhebungswellen verändernden bzw. nicht verändernden Analysepersonen (Apn) wiedergeben, ohne die Größe der Veränderungen auf der Antwortskala zu berücksichtigen:

POP = prozentualer Anteil der Apn, die sich positiv verändert haben, wobei die niedrigeren Skalenplätze als die positiveren definiert sind;

NEP = prozentualer Anteil der Apn, die sich negativ verändert haben;

KOP = prozentualer Anteil der Apn, die sich nicht verändert haben.

Mit dem Vorzeichentest wird geprüft, ob der Unterschied zwischen den positiven und den negativen Veränderungen statistisch signifikant ist (in den Tabellen kursiv hervorgehoben).

Ausführlichere Erläuterungen zu diesen und weiteren speziellen Längsschnittkoeffizienten findet der Leser bei Ludwig 1997: 391; Friedrich/Müller 1989: 32 ff.

5. Literatur, Angaben zum Verfasser

Ausgewählte Publikationen des Verfassers zur „Sächsischen Längsschnittstudie“ bzw. zur Jugend in Ostdeutschland:

Der lange Weg vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. In: U. Schlegel/P. Förster (Hg.): Ostdeutsche Jugendliche. Von DDR-Bürger zum Bundesbürger. Verlag Leske + Budrich, Opladen 1997

Die 25jährigen auf dem langen Weg in das vereinte Deutschland. Ergebnisse einer seit 1987 laufenden Längsschnittstudie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 43-44/99

„Es war nicht alles falsch, was wir früher über den Kapitalismus gelernt haben.“ Empirische Ergebnisse einer Längsschnittstudie zum Weg junger Ostdeutscher vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. In: Deutschland Archiv, H. 2/2001

Junge Ostdeutsche heute: doppelt enttäuscht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 15/2003

Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation. In: Sabine Andresen/Karin Bock/Micha Brumlik/Hans-Uwe Otto/Mathias Schmidt/Dietmar Sturzbecher (Hg.): Vereintes Deutschland – geteilte Jugend. Ein politisches Handbuch. Leske + Budrich, Opladen 2003.

Die 30-Jährigen in den neuen Bundesländern: Keine Zukunft im Osten! Ergebnisse einer systemübergreifenden Längsschnittstudie. In: Deutschland Archiv 1/2004

Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse der Studie zwischen 1987 und 2001 (1. bis 15. Welle) enthält die Publikation:

Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende. Verlag Leske + Budrich, Opladen 2002 (ISBN 3-8100 – 3452 – 5; 357 Seiten

Gemeinsame Publikationen mit anderen Autoren:

Berth, H., Förster, P. & Brähler, E. (2003). Gesundheitsfolgen von Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit bei jungen Erwachsenen. In: Das Gesundheitswesen, 65, 555-560.

Berth, H., Förster, P. & Brähler, E. (2003). Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Ergebnisse einer Studie bei jungen Erwachsenen. In: Jahrbuch für Kritische Medizin, 39, S. 108-124. Hamburg: Argument-Verlag.

Berth, H., Förster, P. & Brähler, E. (2004). Psychosoziale Folgen einer Migration aus den neuen in die alten Bundesländer. Ergebnisse einer Längsschnittstudie. In: Stöbel-Richter, Y., Brähler, E. (Hg.): Demographischer und sozialer Wandel; psychosozial Nr. 95 / 2004, S.81 - 97

- Berth, H., Förster, P., Brähler, E. (2005): Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzunsicherheit und Lebenszufriedenheit. Ergebnisse einer Studie bei jungen Erwachsenen in den neuen Bundesländern. Sozial- und Präventivmedizin, Heft 50
- Berth, H., Förster, P., Balck, F., Brähler, E., Stöbel-Richter, Y. (2005): Arbeitslosigkeit, Selbstwirksamkeitserwartung, Beschwerdeerleben. Ergebnisse einer Studie bei jungen Erwachsenen. Zeitschrift für Klinische Psychologie, Psychiatrie und Psychotherapie, 53, S. 328-341
- Berth, H., Förster, P., Petrowski, K., Stöbel-Richter, Y. & Balck, F. (2006): Geschlechterdifferenzen in den Gesundheitsfolgen von Arbeitslosigkeit. Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie. Psychosozial-Verlag Gießen
- Förster, P., Friedrich, W., Müller, H., Schubarth, W. (1993): Jugend Ost. Zwischen Hoffnung und Gewalt. Verlag Leske + Budrich, Opladen
- Friedrich, W.: Ostdeutsche Jugend 1990. In: Deutschland Archiv, Heft 4 und 7/1991
- Friedrich, W.: Jugend im Osten. Politische Mentalität im Wandel. Leipzig 1996
- Friedrich, W.: Jugendliche in den neuen Bundesländern. Ergebnisse einer empirischen Studie zum Wandel der Meinungen, Einstellungen und Werte von Jugendlichen in Sachsen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 19/1996
- Roski, G.: DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch. Berlin 1990

Weitere zitierte Literatur:

- Allmendinger, J., Eichhorst, W., Walwei, U. (Hg.): IAB Handbuch Arbeitsmarkt. Analysen, Daten, Fakten. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg 2005
- Castells, M.: Das Informationszeitalter, Teil 2: Die Macht der Identität. Opladen 2002
- Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt (Hg.), 2006
- Die Ängste der Deutschen 2006: [http://www.ruv.de.de/presse/download/pdf/aengste der Deutschen 2006](http://www.ruv.de.de/presse/download/pdf/aengste_der_Deutschen_2006)
- Eurobarometer 66 (2006)
- Friedrich, W., Förster, P., Starke, K.: Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966 bis 1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Verlag edition ost, Berlin 1999
- Hengsbach, F.: Das Reformspektakel. Warum der menschliche Faktor mehr Respekt verdient. Verlag Herder Freiburg im Breisgau, 2004
- Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie. Opladen 2000

Müller, H. : Die Forschungsorganisation. In: Friedrich, W., Förster, P., Starke, K.: Das Zentralinstitut für Jugendforschung 1966 -1990; a. a. O., S.477 ff.

Schroeder, Klaus: Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung. Verlag Ernst Vögel, 2006

SPIEGEL SPEZIAL 1/1991: Das Profil der Deutschen. Was sie vereint, was sie trennt.

Zum Verfasser:

Prof. Dr. sc. paed; geboren 1932. 1959 bis 1965 wissenschaftlicher Assistent/Oberassistent an der Karl-Marx-Universität Leipzig/Institut für Pädagogik.

1966 bis 1990 Abteilungsleiter im Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig (ZIJ).

Ab 1991 nach „Abwicklung“ des ZIJ und Arbeitslosigkeit Mitarbeiter der Forschungsstelle Sozialanalysen bzw. des Leipziger Instituts für praktische Sozialforschung (LIPS), Teilnahme an mehreren Forschungsprojekten zur ostdeutschen Jugend; seit 1999 Ruhestand; Fortsetzung sozialwissenschaftlicher Forschung, insbesondere Weiterführung der Sächsischen Längsschnittstudie auf ehrenamtlicher Basis.

Zahlreiche Publikationen zur Jugendentwicklung in der DDR bzw. in Ostdeutschland, sowie zu methodologischen und methodischen Fragen der Sozialforschung.

E-Mail-Kontakt:

prof.foerster@gmx.de

Wir verweisen auch auf die Homepage der Studie:

www.wiedervereinigung.de/SLS/